

Hermann Schwengel

Optimismus im Konjunktiv

Politisch-soziologische Aufsätze 2001-2006

Vorwort zum Gesamtband

Es liegt mir daran, meine politisch-soziologischen Aufsätze des letzten halben Jahrzehnts in dieser zeitgenössischen Form des *e-book* zu veröffentlichen. Sie bezeichnen Übergänge, die zu Fragestellungen führen, wie sie im einleitenden Essay bereits angetönt sind. Die erste Phase der Globalisierungsdebatte, die die Veränderungen reflektierte, die ich in diesem Essay als noch äußere Globalisierung bezeichne, geht zu Ende. Das Ergebnis der vorgezogenen Bundestagswahl von 2005 hat gezeigt, dass eine libertär-konservative Reformideologie, die zu wissen vorgab, wohin die Reise geht und nur erhöhte Geschwindigkeit annahmte, ebenso wenig zum Zuge kommen kann wie eine bloße wohlfahrtsstaatliche Defensive, die die progressive Lebensführung für sich zu vereinnahmen sucht. Auch in Italien und Frankreich sieht es ähnlich aus. Das schafft Raum für neue politisch-soziologische Überlegungen, die sich aber aus Gründen der intellektuellen Aufrichtigkeit ihrer Geschichte versichern müssen. Es kommt hinzu, dass sich die Universität, ihre Leitungs- und Forschungsstrukturen wandeln und der Ort der Wissenschaften von der Gesellschaft neu zu bestimmen ist. Das geschieht nicht allein organisatorisch-administrativ, sondern vor allem in der Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Voraussetzungen und Konsequenzen der Globalisierung. In den letzten vier Jahren war ich Gründungsdekan der neuen Philosophischen Fakultät an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Wenn mir eines in dieser Zeit klar geworden ist, dann, dass die Gesellschafts- und Geisteswissenschaften sich schneller, breiter und intensiver an der zweiten Phase der Globalisierungsdebatte beteiligen müssen, als sie es an der ersten getan haben. Aber es gibt Anlass zu Optimismus.

Die Welt ist hügelig..... 1

I. Globale Gesellschaftsanalyse

1. ***Global Transformation: Eine neue Runde zwischen Ökonomie und Kultur?*** 17
(Mit Dominik Haubner). In: Blümle, Gerold / Goldschmidt, Nils / Klump, Rainer / Schauenberg, Bernd / Senger, Harro von (Hrsg): *Perspektiven einer kulturellen Ökonomik?* LIT Verlag, Münster 2004, S. 386-397.
2. ***Auf dem Wege zu globalen Eliten. Neue politische Machtkonstellationen im Entstehen***..... 34
In: Hitzler, Ronald / Hornbostel, Stefan / Mohr, Cornelia (Hrsg): *Elitenmacht. Schriftenreihe Soziologie der Politik.* VS-Verlag, Wiesbaden 2004, S. 62-78.
3. ***Nach Terror, Krieg und Krise. Globale Regionen, ökonomische Vitalität und europäischer Machtwille***..... 52
In: Hitzler, Ronald / Reichertz, Jo (Hrsg): *Irritierte Ordnung. Die gesellschaftliche Verarbeitung von Terror.* UVK-Verl.-Ges, Konstanz 2004, S. 261-274.
4. ***Asian Security as a Global Public Good***..... 66
In: Hoadley, Stephen / Rüländ, Jürgen (Hrsg.), *Asian Security Reassessed.* ISEAS, Singapur 2006, S. 311-324.
5. ***Sozialdemokratische Zugänge zur Ideenwelt öffentlicher Güter***..... 81
Beitrag für die Grundwertekommission der SPD zur Programmdiskussion, 2003.

II. Politische Theorie

1. ***It's the society stupid. Einen geschichtlichen Moment im politischen Wettbewerb begreifen***..... 89
Beitrag für die Grundwertekommission der SPD zur Programmdiskussion, 2006.

2. ***Wer definiert die Zukunft? Die Gliederung der Vergangenheit im Zeichen der Globalisierung.*** 109
In: Schwengel, Hermann, (Hrsg.), Wer bestimmt die Zukunft? Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt/Main 2005.
3. ***Mit langem sozialdemokratischem Atem. Der Globalisierung ein europäisches Gesicht geben.*** 119
Beitrag zur Konferenz; „Die SPD und die Zukunft der sozialen Demokratie in Europa“, Schloss Genshagen 29. - 31. Oktober 2004, Politische Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung, in: Haubner, Dominik / Mezger, Erika / Schwengel, Hermann (Hrsg.), Agendasetting und Reformpolitik. Strategische Kommunikation zwischen verschiedenen politischen Welten. Metropolis Verlag, Marburg 2005.
4. ***Für ein gesellschaftspolitisches Kerneuropa.*** 138
In: Frankfurter Hefte, 51, 2004, S. 52-56.

III. Bildung und Kommunikation

1. ***Bildung als Gesellschaftspolitik.*** 146
(Mit Klaus West). In: Gewerkschaftliche Monatshefte 8-9, 2001, S. 457-473.
2. ***Strategische Kommunikation in der Kommunikationsgesellschaft.*** 173
(Mit Klaus West). In: Schwengel, Hermann, (Hrsg.), Wer bestimmt die Zukunft? Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt/Main 2005.
3. ***Bildungsgerechtigkeit.*** 192
Vortrag Goethe Institut, Neapel 2003.
4. ***Kalkulierte Gründerzeit: Die Bildung strategisch ins Spiel bringen.*** 200
In: Haubner, Dominik / Mezger, Erika / Schwengel, Hermann (Hrsg.): Wissensgesellschaft, Verteilungskonflikte und strategische Akteure. Metropolis Verlag, Marburg 2004, S. 357-365.

IV. Politische Philosophie

1. ***Was kommt nach dem Leben? Way of Life, Globalisierung, Weltpragmatismus..... 210***
In: Bröckling, Ulrich / Paul, Axel T. / Kaufmann, Stefan (Hrsg.): Vernunft - Entwicklung - Leben. Schlüsselbegriffe der Moderne. Festschrift für Wolfgang Eßbach. Fink, München 2004, S. 359-369.
 2. ***Der Eingriff des Intellektuellen..... 223***
In: Rehbein, Boike / Schwengel, Hermann / Saalman, Gernot (Hrsg.): Pierre Bourdieu Theorie des Sozialen. UVK, Konstanz 2003, S. 287-295.
 3. ***Von Luhmann zu Hegel. Zum Wandel politischer Konstellationen..... 231***
In: van den Brink, Bert / Düwell, Marcus / van Doorn, Herman / Eßbach, Wolfgang (Hrsg.): Geschichte - Politik - Philosophie. Festschrift für Willem van Reijen. Fink, München 2003, S. 138-146.
 4. ***Zwischen Sozialstruktur und Kommunikationspolitik. Wertelitenkonflikte in der Globalisierung..... 241***
Vortrag auf dem Soziologentag in München 2004.
 5. ***Kulturelle Globalisierung.***
In: Jahrbuch für Kulturpolitik 2006, Bd 6: Diskurs Kulturpolitik (hrsg. vom Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft). Klartext Verlag, Essen 2006 S. 79- 83.
- Epilog: Das Prekariat als Lernprozess..... 255***

Die Welt ist hügelig

Gesellschaften auf dem langen Weg
innerer Globalisierung.

Hermann Schwengel

Der amerikanische Publizist und Kolumnist der *New York Times*, Thomas Friedman, ist nach der intensiven Auseinandersetzung mit dem Phänomen Bangalore, dem indischen Silicon Valley, und dem Aufstieg anderer asiatischer Gesellschaften zu der Einsicht gekommen, dass die Welt flach ist. Die globalen Datenströme und Wertschöpfungsketten lassen die Vorstellung, dass die Erde rund, d.h. von politisch-geographischen Strukturen und historischen Mentalitäten bestimmt ist, alt aussehen. Mit einer Fülle von Beispielen portraitiert er die Kräfte, die die Welt einebneten. Als die Mauern fielen und *Windows* die Fenster zur Welt öffnete, als immer neue Netze über die Welt gespannt, Computer zu Zeitmanagern und die Kompetenzen alter Gemeinschaften zu neuer Konnektivität genutzt wurden, dass man nicht mehr von *outsourcing*, sondern von *roundsourcing* sprechen und man mit den Gazellen rennen und den Löwen fressen solle – alles Motive Friedmans – sahen sich Länder, Unternehmen und Individuen einer völlig neuen Herausforderung gegenüber. Friedman ist ein bekennender ricardianischer Freihändler, mit moralischem Sinn für die Risiken ricardianischer Tauschprozesse, aber mit der geopolitischen Überzeugung, dass es für Amerika und die Welt keine echte Alternative zu dieser globalen „flachen“ Interdependenz gibt.

Nicht nur Begriffe erkennt man daran, *wogegen* sie gerichtet sind – das war Carl Schmitts Ansicht – sondern auch Bilder. Dass die Welt flach ist, widerspricht weniger der runden Welt des Kolumbus als der Wahrnehmung einer Welt aus revolutionären Schluchten, Wüsten der Armut, unmöglichem Aufstieg und reißenden Kapitalflüssen. Wie viele liberale Autoren stellt Friedman Marx von den Füßen auf den Kopf, indem er die im Kommunistischen Mani-

fest zum Ausdruck gebrachte Dynamik der Welt, in der sich das Feste auflöst, das Flüssige verdampft und die Energie in permanent fließende Warenproduktion transformiert wird, in die flache Welt horizontaler Austausch- und Wertschöpfungsprozesse münden läßt. Es wäre nicht schwer, das Bild wieder umzudrehen und das Elend der Welt in die Bilder bedrohlicher oder karger, vereinsamer oder unterwerfender Gebirgs- und Wüstenlandschaften zu fassen. Gegen die Faszination des Bildes der flachen Welt kommt dieses Gegenbild aber nicht an. Stattdessen möchte ich vorschlagen, die Welt als hügelig zu betrachten. Auch die Hügel haben es in sich, sie mögen idyllisch erscheinen, aber verleiten zu Fehleinschätzungen, was Entfernung, Erreichbarkeit und Aufstieg betrifft. Ihre Qualität als Kulturlandschaft, der Bau von Terrassen und Wegen kann schnell wieder zunichte gemacht werden, der Blick über die Hügel kann ermüden und die Sehnsucht nach einer ganz anderen Ästhetik provozieren. Aber dennoch vermitteln Hügel das Gefühl der Erreichbarkeit in der Zeit, der Lösbarkeit von Transport- und Aufstiegsproblemen und der Vermittlung von menschlichem Vermögen und Natur. Die Liebhaber der Hügel müssen allerdings damit rechnen, dass aus einer anderen Perspektive ihre Hügel nur kleine Erhebungen der flachen Welt oder umgekehrt Vorgebirge zu dann steil ansteigenden gefährlichen Höhen sind. Zwischenzeitlich soll aber die Behauptung gelten, die Welt ist hügelig.

Im Bild der flachen Welt überdeckt die Faszination für Datenströme, Wertschöpfungsketten und Mobilität drei übergreifende Fragestellungen, von deren Beantwortung die Gestalt der Welt abhängt. Da ist zunächst die Frage, wie der Aufstieg *Indiens* und *Chinas* angemessen zu deuten und im Prozess der Globalisierung zu verorten ist. Da ist zweitens die Frage, ob tatsächlich Individuen und ihre Familien nach der politischen Ökonomie der Staaten und großen Unternehmen nun die Souveräne der Weltgesellschaft werden. Für Friedman regierten von der Neuzeit bis 1800 die gewaltfähigen Staaten, danach die großen, erdumspannenden Unternehmen und schließlich werden in diesem Jahrhundert die souveränen mobilen Individuen regieren. Schließlich ist die Frage, ob die *populäre Demokratie* wieder in der Lage ist, Datenströmen und Wertschöpfungsketten eine Form zu geben, in der sich ihre Widersprüche bewegen können – so hätten es Hegel und Marx ausgedrückt – oder ob das richtige Institutionendesign, mit der scharfen Intelligenz von Eliten entworfen, die einzigen Anpassungs- und Gestaltungschancen eröffnen. Meine These ist zunächst, dass der Aufstieg Indiens und Chinas – weil großer Nationalstaaten, globaler Regionen und Erben langer zivilisatorischer Reihen zugleich – die Verfassung der

Globalisierung bereits *jetzt* zu verändern beginnt, obwohl die empirischen Effekte der Wohlstandsangleichung sich noch in überschaubarem Rahmen halten. Die These geht weiter, dass zwar die Souveränitätsansprüche von National- und Sozialstaaten an Boden verlieren, aber dass *Gesellschaften*, ihre Dichte und ihr wechselseitiger Austausch massiv an Gewicht gewinnen, während der Grad an Souveränität der Individuen und ihrer Familien sich kaum ändert. Die These endet damit, dass nach drei Jahrzehnten liberaler Institutionenökonomie populäre Demokratie, im Kontext mehr oder weniger globalisierter Gesellschaften *wieder* zu definieren ist.

Erst jetzt gewinnen diese Fragestellungen Kontur, nämlich in einer Periode beginnender *innerer Globalisierung* – wie ich sie nennen möchte – in der die Gesellschaften ihren Platz, ihre Chance und ihre Zukunft im Prozess der Globalisierung zu bestimmen haben. So wie die Selbstorganisation der globalen Märkte offenbar in eine neue Phase tritt, so wohl auch die der Gesellschaften. Man mag die drei Jahrzehnte bis zu diesen ersten Jahren des 21. Jahrhunderts als einen Schub *äußerer Globalisierung*, der Märkte öffnete, Technologien zur Verfügung stellte und die kapitalistischen Produktionsverhältnisse modernisierte, bezeichnen. Auch der lange Globalisierungsschub in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts war ein Schub vorwiegend äußerer Globalisierung, dem ein Schub innerer Globalisierung – im Zeitalter von Imperialismus und Kolonialismus, Darwinismus und sich entfaltendem Rassismus – nicht in derselben Intensität zu folgen vermochte, mit den bekannten Konsequenzen. Diese innere Globalisierung wird in der hier diskutierten Perspektive als hügelig portraitiert, sie sieht Gesellschaften vorwiegend nicht *gegen* oder *ohne* die Globalisierung, sondern *mit* dieser sich wandeln. Sie rechnet mit der Zeit, mit Beschleunigung und Verlangsamung, sie rechnet mit differenzierten Räumen, Eliten und Massen, Hoffnungen und Enttäuschungen, progressiven und konservativen Codes. Sie kann Bildern wie *Capitalism now*, die so klingen wie *Apocalypse now*, nichts abgewinnen, ebenso wie dem jungkonservativen nie endenden Aufbrechen von Verkrustungen. Nicht die schroffen Herrschaftsansprüche von Land und Meer, runder und flacher Welt, sondern die *hügeligen Landschaften der Macht* sind es, an denen sich der Erfolg innerer Globalisierung erweisen wird.

Emerging Powers

Der Aufstieg Chinas und Indiens, die schiere Zahl an neuen Arbeitskräften und Konsumenten, der Wiedereintritt von Zivilisationen in weltgeschichtliche Führungsrollen, die für Jahrhunderte vom Okzident besetzt waren, verführt zu überzogenen Erwartungen oder Befürchtungen, die dann im nächsten Artikel, im nächsten Buch oder bei der nächsten Reise wieder entzaubert werden. Idealtypisch lassen sich die Versuche, den Prozess der indisch-chinesisch inaugurierten *emerging powers* zu begreifen, in *sieben Schritte* gliedern: *Zuerst* wird die territoriale Größe und unvergleichliche Einwohnerzahl dramatisiert, auch wenn die sich ankündigende demographische Stagnation in China inzwischen auch schon zur primären Beobachtung gehört. *Dann* wird die Zahl der kaufkraftfähigen Schichten und gebildeten Arbeitnehmer angeführt, die für die globale Arbeitsteilung und Nachfragestruktur auch dann bedeutsam sind, wenn ihr relativer Anteil in China und Indien noch weit von modernen Gesellschaften entfernt ist. In einem ähnlichen Stil der Differenzierung wird dann *drittens* die Zahl der hoch qualifizierten Ingenieure und Software-Spezialisten angeführt, die entscheidend zu einem globalen Arbeitsmarkt mobiler Professionen beitragen, auch wenn die Absolventen der Hochschulen nur zu einem geringeren Teil bereits höchste Qualitätsmaßstäbe erfüllen. Diese drei Schritte sind dem chinesischen und indischen Aufstieg eigen, sie lassen sich nicht so einfach auf die kleineren Gesellschafts- und Politikräume Südamerikas, Südostasiens oder Südafrikas übertragen. Im *vierten* Schritt unseres idealtypischen Versuches wird dann die kulturell verankerte unternehmerische Fähigkeit, wirtschaftliche Kräfte in verzweigten Familien- oder stärker zentralen expansiven Unternehmen zu bündeln und dabei auf eine kulturell ebenso tief verankerte Arbeits- und Aufstiegsethik setzen zu können, aufgerufen. Im *fünften* Schritt wird diese wirtschaftskulturelle Fähigkeit mit der kommunalen Bereitschaft zu gemeinschaftsbildenden lokalen und regionalen Einheiten zusammengeführt, die für die starke innere Mobilität einen sichernden Untergrund bereitstellt und auch die Auslandsmigration an innere Gemeinschaften koppelt. Dieser vierte und fünfte Schritt ist nicht China und Indien eigen, beide Schritte gelten für alle *emerging powers*. Ihren Ursprung haben diese Fähigkeiten eher in den nachholenden Stadtgesellschaften wie Singapur und Hongkong oder in durch historische Teilungsprozesse zu besonderer Selbstbehauptung angereizten Gesellschaften wie in Südkorea und Taiwan und – als längste historische Linie – im Aufstieg Japans. Davon haben dann die Aufsteiger der nächsten Generation in

Brasilien, Südafrika und Thailand in ähnlicher Weise gelernt wie Indien und China. Der *sechste* Schritt in der Identifikation des chinesisch-indischen Phänomens besteht dann in der Verknüpfung aller dieser Größen mit der chinesischen und indischen Gesellschaft, ihrer Sozialstruktur, Soziokultur und ethnisch-kulturellen, linguistischen und religiösen Diversität, die erst zusammen jene Einheit in der Vielfalt hervorbringt, die für europäische wie amerikanische Gesellschaften der Schlüssel zum Erfolg gewesen ist. Der *siebte* Schritt besteht schließlich darin, den spezifischen Charakter indischer und chinesischer Gesellschaftlichkeit in eine angemessene politische Selbstbeschreibung zu formieren, also dessen, was Chinesen und Inder als Chinesen und Inder tun können, welche Verwundbarkeiten ihrer Handlungsfähigkeit entgegenstehen und welche Mobilisierungs-, Differenzierungs-, Deutungs- und Konfliktabsorptionsfähigkeiten für ihr Handeln notwendig sind. Der sechste und siebte Schritt sind wiederum für die Erfassung des chinesisch-indischen Phänomens typisch, stellen Indien und China aber auch in eine Reihe mit globalen Akteuren wie Brasilien und Rußland – was dann häufig dazu führt, eine energie- und ressourcenpolitische Großmachtreihe aufzustellen, die dann auch den fragmentierten Nahen und Mittleren Osten einschließt.

Bei der realistischen Großmachtreihe gehen am Ende die entscheidenden Einsichten verloren, die mit einer nüchternen Deutung des Aufstiegs Indiens und Chinas verbunden sind. Die *erste* Einsicht besteht darin, dass wenn China und Indien alle sieben Schritte der *emergence* gehen wollen, sie die Fähigkeiten kleinerer, als Gesellschaften dem Wettbewerb ausgesetzter und historisch wenig typischer Gesellschaften mit den Erfahrungen von Mächten in globalen Gleichgewichtsprozessen verbinden müssen. Mehr noch, die erste Phase unserer zeitgenössischen Globalisierung vollzog sich mehr in den Universen globaler Unternehmen, Kapital- und Geldmärkten und technologischen Transfers, in globalen Szenen des Wissens, der Ästhetik und der Reflexion von Anrechten und Verpflichtungen und an Orten wie den *global cities*, die die wirtschaftlichen, kulturellen und technologischen Netzwerke verdichteten. Singapur mußte sich nicht die politischen Sorgen Shanghais machen, die Filmszenen Hongkongs nicht die kulturellen Sorgen Mumbais, Taipeh sich nicht um das handels- und währungspolitische Gleichgewicht kümmern wie Peking. Die politische Ökonomie der frühen Globalisierung ist an politische Grenzen gestoßen, weil die Idee eines Weltmarktes, der unter der politisch-militärischen Garantie der zugleich atlantischen wie pazifischen Vereinigten Staaten steht, sich als nicht realistisch erwiesen hat. Es ist eine Paradoxie: Die Aufstiegsprozesse in

China und Indien bedürfen jener Qualitäten – des vierten und fünften Schrittes, nämlich der Bündelung unternehmerischer Fähigkeiten mit einer breiten Arbeitsethik wie der Verknüpfung ökonomischer Vitalität mit kommunaler Gemeinschaftsstabilität – die zuvor eher als Eigenschaft von Stadtgesellschaften oder zu besonderer Selbstbehauptung verurteilten Wachstumsgesellschaften unter amerikanischem Schutz galten.

Die *zweite* Einsicht besteht darin, dass wenn aber alle sieben Schritte gegangen werden, die alte Dialektik von Aufstieg und Gleichgewicht, die schon das 19. Jahrhundert gekennzeichnet hat, zurückkehrt. Henry Kissinger sieht hier das gefährliche 17. Jahrhundert wiederkehren, aber aus europäischer Perspektive sieht es anders aus. China und Indien werden sich einem mäßigen Angleichungsprozess mit steigenden Binnenlöhnen bei wachsenden *middle classes* und immer neuen Währungsanpassungen nicht entziehen können. Der Aufstieg Deutschlands und Japans nach dem Zweiten Weltkrieg und spätere Aufstiegsprozesse spricht dafür, dass überproportionales Wachstum und Integration in die Weltwirtschaft zusammengehen können, obwohl die Bäume dabei auch nicht in den Himmel wachsen. Die bisher führenden Märkte werden nicht einfach überrollt, Anpassungskrisen finden in Zentren wie Semizentren statt und die Angleichung kann sich fortsetzen. Dennoch aber bedeutet die Wiederkehr der Dialektik von Aufstieg und Gleichgewicht, dass dieser Prozess nicht allein in *terms of trade*, sondern in *politisch* vermittelten Sicherheits- und Entwicklungsstrukturen verläuft. Die Globalisierung der Politik folgt allerdings auch nicht der Ermächtigung der alten Dritten Welt, in globalen Wirtschafts- und Sozialräten die Richtung zu definieren. Es ist die Anerkennung des Aufstiegs einer neuen Zweiten Welt aus *emerging powers*, die politische und ökonomische Ordnung wieder auf demselben Niveau vermitteln müssen, die das Format globaler Institutionen wesentlich bestimmen wird. Die Logik ist vorhersehbar. So lange die *emerging powers* in der Regel günstig sind, sind sie in der Regel auch selten hochwertig, wenn sie aber hochwertig werden, können sie nicht günstig bleiben, d.h. dieser globale Anpassungsprozess folgt eher einer Aufstiegs- und Gleichgewichtsordnung als einer Hegemonial- oder Widerstandsphantasie. Innere Globalisierung heißt, dass sich *Gesellschaften* – weder allein Staaten noch wirtschaftlich souveräne Individuen – auf diese Engführung von Aufstieg und Gleichgewicht einstellen.

Eine *dritte* Einsicht, die aus den beiden ersten erwächst, ist also, dass es auf die Gesellschaften sowohl in den Zentren wie in den Semiperipherien, die man besser semizentrale nennen sollte, ankommt. Wie die Gesellschaften in Europa,

Amerika und Japan mit den Gesellschaften der *emerging powers* interagieren, ihre Austauschprozesse wahrnehmen und deuten und ihre politischen Systeme an *denselben Problemlagen* restrukturieren, davon hängt alles ab. Für eine ganz kurze Zeit sah es so aus, als ob eine amerikanische imperiale Ordnung, die natürlich den Widerstand auf sich zog, den Rahmen setzen würde. Nach dem Niedergang der neokonservativen Hybris glauben manche liberale amerikanische Eliten, dass jetzt die Rückkehr zu einer gutwilligen Hegemonie möglich werde. Tatsächlich aber werden im Kontext des chinesisch-indischen Aufstiegs die *Assoziationen* von Staaten und Gesellschaften, zunächst natürlich im Europa der Europäischen Union, aber auch in Südamerika, Südostasien und darüber hinaus, angereizt, alternative Vermittlungen von Aufstieg und Gleichgewicht anzustreben. Die Erwartungen der Welt an Europa und der Europäer an Deutschland stehen allerdings in einem Missverhältnis zur Verknüpfung von welt- und gesellschaftspolitischem Willen hier. Manche Länder mögen sich in einer schwierigen Zwischenlage wiederfinden wie Mexiko, das nicht mehr im Schlepptau der alten hegemonialen Wachstumsordnung reüssiert, aber noch nicht Anschluß an zukunftssträchtige globale Regionsbildung gewonnen hat. Wenn sich Gesellschaften so füreinander interessieren müssen, dass die Bildung urbaner Zentren im Inneren Chinas, die den Fortschritt von der Küste in das Land tragen, von ebenso elementarem Interesse für alle ist wie die Aufstockung des indischen Bildungssystems, das nicht mehr solche harten Abstufungen, Abbrüche und Zukunftsbeschneidung mit sich bringt wie bisher, ist jeweilige innere Globalisierung gefordert.

Wir schauen von unseren sanften europäischen Hügeln auf die chinesische Städte- und indische Bildungslandschaft, die uns in unserer toskanischen Perception natürlich sowieso schroffer erscheint, aber es sind mittlerweile beides Hügel. In der inneren Globalisierung zählen Gesellschaften, die in ihren Schulen, ihren Universitäten und in ihren Medien die Interdependenz *sichtbar* machen. Die Verlierer und Gewinner – und die vielen dazwischen – in den *emerging powers* und den alten zentralen Gesellschaften können sich auch wechselseitig sehen. Sie mögen die Entfernungen über- oder unterschätzen, nicht ausreichend mit dem nördlichen oder südlichen Licht umgehen können, das die Hügel in verschiedener Gestalt erscheinen läßt, aber es ist auch sichtbar *eine* Welt. Allerdings eine ganz andere als sich vor Jahrzehnten die Advokaten einer globalen Weltinnenpolitik vorgestellt haben. Das Risiko besteht nicht in erster Linie in *failing states* – obwohl sich darum zu kümmern weltrepublikanische Pflicht ist – und nicht in der Abwehr eines theokratischen Terrorismus, der

Staat und Markt überhaupt in Frage stellt, sondern in *failing societies* in Zentren und Semizentren, die zu keinem weltwirtschaftlichen und weltgesellschaftlichen Kern beitragen und der tatsächlichen Dritten Welt keine reale Zugangsperspektive vermitteln. Europäer können gute Ratgeber in diesem kostenreichen Gestaltungs- und Anpassungsprozeß werden, besser womöglich als andere, weil sie nach bitteren Erfahrungen etwas von der dauerhaften Pflege hügeliger Kulturlandschaften verstehen. Diese Landschaft aus Gesellschaften, die sich permanent austauschen, aber ihre jeweiligen Höhenlagen – wie beim Weinbau – zu unterscheiden wissen, auf gemischter Bepflanzung und vielfältiger Nutzung bestehen, um den rauhen Winden der Globalisierung nicht die Chance zu geben, die Kulturlandschaft abzutragen, ist nicht Utopie, sondern es gibt Orte ihrer Erfahrung. Es ist nicht mehr die nur gezähmte Erinnerung an portugiesisch-spanische, niederländisch-britische und französisch-deutsche Welteroberung, sondern in dieser Perspektive eine zur Ruhe gekommene Weltanschauung.

Society matters

Es ist wieder an der Zeit, sehr genau von *Gesellschaft* zu sprechen. Nicht jedes soziale Zusammenleben von Verwandtschafts- und Stammesordnungen bis zur alteuropäischen *societas civilis* ist Gesellschaft, vielmehr handelt es sich um eine außerordentlich voraussetzungsreiche, späte und anspruchsvolle Form der *Vergemeinschaftung*, die sich – wie uns Max Weber gelehrt hat - vom dauerhaften *Konflikt* bis hin zum Bürgerkrieg ebenso unterscheidet wie von *substantieller* Vergemeinschaftung, in der man in erster Linie Status-, Standes- und anderen das ganze Leben bestimmenden Gruppen angehört, die nur durch Herrschaft vermittelt werden. Gesellschaft fügt zwar Konflikt in ihre Teilhabordnung ein und differenziert und mobilisiert Vergemeinschaftungschancen macht daraus aber etwas Eigenes. Noch die Klassengesellschaft des späten 19. Jahrhunderts – die Zeit der Entstehung der Soziologie – war dann noch keine richtige Gesellschaft. Dabei ist Modernität – Kapitalismus, der zur industriellen Produktion führt; Verfassungsstaat, der national- und wohlfahrtsstaatliche Identifikation erlaubt; Säkularisierung, die wirtschaftliche, moralische und soziale Lebensführung zu rationalisieren ermöglicht; Individualismus, der bürgerliches Leben und Denken eröffnet – im Okzident ein wichtiger öffnender und

schützender mentaler Rahmen, aber die lange Modernitätserfahrung stellt keine unverzichtbare Bedingung gesellschaftlichen Lebens an sich dar. Zwar wurde durch den langen Prozess der Modernisierung das soziale Leben im Westen, das keineswegs zuvor bereits ein gesellschaftliches war, zur Gesellschaft fähig, aber Gesellschaft kann auch mit *kürzerer, importierter* oder *simulierter* Modernitätserfahrung Wirklichkeit werden. Das ist eine harte *theoretische Gabelung* für die zeitgenössische Debatte: Statt Modernität immer flexibler und multipler zu fassen, um die mit Globalisierung einhergehende Diversität gesellschaftlichen Lebens zu verstehen, ist es konsequenter, von „langer“ Modernität als einer begünstigenden, aber nicht notwendigen Bedingung von Gesellschaft als spezifischer Form der Vergemeinschaftung zu sprechen. Es mag überflüssig sein hinzuzufügen, dass allerdings indigene Gemeinschaften nicht dadurch zu Gesellschaften werden, dass sie nicht modern sind. Dass Gesellschaften mit kürzerer und begrenzter Modernitätserfahrung auskommen können, hat ein bekanntes strukturgeschichtliches Vorbild: Die amerikanische Gesellschaft ist mit sehr viel *kürzerer Industrialisierungserfahrung*, mit kürzerer Erfahrung industriegesellschaftlicher großer Organisationen und dichter Urbanität ausgekommen als etwa die Europäer. Zu diesen Fragen gibt es Bibliotheken, aber die einfachen Unterscheidungen sind seltener.

Mit der globalen Verflechtung von Märkten, Institutionen und kulturellen Erfahrungen fällt es Gesellschaften schwerer, sich als National- und Wohlfahrtsstaaten zu beschreiben, ganz zu schweigen von sozialen Gebilden, die von einer gesellschaftlichen Ordnung noch weit entfernt sind. Das Gewicht von Gesellschaft selbst aber wächst. Soziologen sind, obwohl man ihren Einfluss nicht überschätzen sollte, dabei nicht nur Teil dieser Lösung, sondern auch Teil des Problems. Nachdem für sie die Amalgamierung von Gesellschaft und Modernität zur modernen Gesellschaft in den drei Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg zu einer nicht mehr hinterfragten sozialen Tatsache geworden war, schien ihnen die Einheit der Gesellschaft immer poröser. Das mochte eine Weile als Emanzipation gedeutet werden, zumal wenn die sich emanzipierenden Individuen sich nicht eigentlich von der Gesellschaft, sondern von älteren autoritäreren Vergemeinschaftungen ablösen. Aber irgendwann läuft die soziologische Differenzierungsmaschine leer, so wie auch die gesellschaftliche Differenzierung selbst mehr anomische Effekte erzeugt als ihr lieb ist. Hilflös müssen Gesellschaft und Gesellschaftswissenschaft dann zuschauen, wie das soziale Leben nur in ökonomischen Rationalitäts-, Gewinner- und Verlierermeta-

phern oder in der Perspektive überwältigender kultureller Diversität und ihrer Gegenreaktionen formatiert wird.

Mit der Globalisierung steigt also die Nachfrage nach der Ordnungsleistung von Gesellschaft wieder an, so wie es langer Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts bedurfte, um empirisch wie diskursiv die eine Gesellschaft zu schaffen. Reflexive und multiple Modernitäten, offene und diverse Vergesellschaftungen – und Beschwörungen der einen alten gesellschaftlichen Modernität – haben sich abgenutzt. Man will wissen, wie sich deutsche und thailändische, indische und brasilianische, französische und südafrikanische Gesellschaft jetzt in den globalen Austausch- und Konfliktsystemen lokalisieren, wie sehr die Bedeutung transnationaler Aushandlungs- und subnationaler soziokultureller Bildungsprozesse anerkannt wird. Zwar können subgesellschaftliche Gruppen und Szenen sich direkt in der Weltöffentlichkeit bemerkbar machen, und wirtschaftliche und politische Eliten sich jenseits ihrer Gesellschaften verständigen, aber ordnende und orientierende Kräfte entstehen erst in Bezug auf die Gesellschaft. Es ist nicht mehr die feste Grenzbildung der National- und Wohlfahrtsstaaten, um die es hier geht, aber *Grenzen* gibt es auch für *Gesellschaften*. Für viele afrikanische Länder gilt sogar, dass sie die staatlichen Grenzen gerade deshalb hervorheben, weil sie mit gesellschaftlichen Grenzen nicht in der Lage sind umzugehen. Für die reichen westlichen Gesellschaften gilt, dass sie oft mit dem Aufweichen der staatlichen Grenzen zwischen ihnen auch die gesellschaftlichen verschwinden sehen. Das aber macht sie unfähig, den Ausgleich mit den semiperipheren oder semizentralen Gesellschaften der *emerging powers* bewusst in Angriff zu nehmen. Die Gewinner der Globalisierung – so die irreführende Selbstetikettierung – glauben, mit den Gewinnern der aufstrebenden Gesellschaften in einem transnationalen und transsozialen Boot zu sitzen, während die Verlierer sich nicht an die mögliche Vitalität ihrer Gesellschaften halten, sondern allein an die Schutzleistung des Sozial- und Wohlfahrtsstaates. Daraus kann keine belastbare Struktur werden, die die innere Globalisierung in Zentren wie Semiperipherien betreibt.

Die Herausforderung besteht darin, zwei alte Maßstäbe wieder zu erfüllen, die zur Konstitution von gesellschaftlichem Leben einmal gehört haben, aber mit wachsender Differenzierung der Lebensverhältnisse keinen Ort mehr gefunden haben. Dabei handelt es sich zuerst um die Konstitution von Gesellschaft durch *gesellschaftliche Arbeit*, die Gesellschaften dazu nötigt, ihre Arbeits- und Lebensteilungen im globalen Wettbewerb zu definieren. Dabei müssen sie keineswegs diese Entscheidung globalen Märkten einfach ausliefern.

Arbeits- und Erwerbs-, Familien- und Dienstleistungsstruktur sind gesellschaftlichen Entscheidungen zugänglich, sie können, wie man in Skandinavien wie Neuseeland und Kanada sehen kann, verschieden ausfallen und sich dennoch austauschen. Zweitens handelt es sich um die *Repräsentation der symbolischen Einheit* der Gesellschaft, die Eröffnung einer zivilreligiösen Arena, die Individuen und Gruppen Raum für intensiven Glauben wie skeptische Weltlichkeit lässt, sie aber auf die originäre Diversität des gesellschaftlichen Lebens verpflichtet. Im Prinzip gelten diese beiden Herausforderungen für *alle* zentralen und semizentralen Gesellschaften, während die peripheren von diesen beiden an sie herangeführt und die Oligarchien in beiden an der Bildung eigener Parallelgesellschaft gehindert werden müssen. Dass damit die alten mit Gesellschaft konkurrierenden Vergemeinschaftungsformen, nämlich feindschaftlicher Konflikt und substantielle Gemeinschaftsbedürfnisse, zurückkehren können und zurückgekehrt sind, steht außer Frage. Aber es ist die Interaktion von Gesellschaften der alten Zentren und der *emerging powers*, die allein gegen den Separatismus der Not von unten und den Separatismus des Reichtums von oben das zivilisatorische und universalistische Niveau gesellschaftlichen Lebens global erhalten und entwickeln können. Ein echter globaler *Universalismus* entsteht weder aus den herrschaftlichen zivilisatorischen Traditionen der Hochreligionen – gar der monotheistischen – und nicht aus den hybriden Ansprüchen der Modernität, sondern aus dem sich erst entwickelnden und erfahrbaren Erfolg der *Interaktion globaler Gesellschaften*.

Welche politische Kraft kann aber diesen Ausgleichsprozess, notwendig mit Konflikt und Gemeinschaftsutopie verbunden, befördern und tragen? Nach einem Vierteljahrhundert neoliberaler Dominanz – und der Opposition auf deren Niveau – mag es überraschen, dass nur eine Renaissance der populären Demokratie in den globalisierten Gesellschaften die notwendigen Einbildungs- und Gestaltungskräfte dafür erwecken kann. Für Jahrzehnte haben wir gehört, dass es auf von Eliten ausgedachte Institutionen ankommt, die die richtigen Anreizstrukturen schaffen, damit sich die Individuen und ihre Familien zum Wohle eines Ganzen – das wiederum die Rationalität der Eliten definiert – verhalten. Nicht dass die Leistung der Eliten jetzt nicht mehr gefordert ist, ganz im Gegenteil, aber ohne einen populären Begriff und ein populäres Bild dessen, was die deutsche und französische, thailändische und chinesische, brasilianische und südafrikanische Gesellschaft im globalen Austausch in den nächsten Jahrzehnten ausmachen soll, und die offene Auseinandersetzung um die Richtigkeit von Bild und Begriff wird es nicht gehen. Niemand sollte sich von den ewig

jungen Institutionalisten mit ihren immer neuen politischen und ökonomischen Geschäftsmodellen ins Bockshorn jagen lassen: Wenn eine Renaissance der populären Demokratie nicht gelingt, scheitert auch die Globalisierung.

Popular democracy

Die Mehrheit der politischen Eliten kann sich gewiss noch nicht vorstellen, dass die Vermittlung globalisierter Gesellschaften durch populäre Demokratie möglich ist: Populäre Demokratie weder gegen noch ohne, sondern mit der Globalisierung. Für eine nüchterne Betrachtungsweise ist es zunächst unabdingbar, die Begeisterung für oder die Abneigung gegen den Populismus hinter sich zu lassen. Der Populismus ist keine bestimmte Ideologie, sondern eher ein Attribut aller politischer Kulturen, vor allem der von zentralen und semizentralen Gesellschaften, die in dem skizzierten neuen globalen Interaktionsprozess befangen sind. Es werden die verschiedensten *populi* konstruiert, die eine symbolische Einheit der Gesellschaft versprechen, die das jeweilige politische Regime nicht bieten kann oder eine egalitärere Verteilung von Arbeit und Einkommen versprochen, die mit offenen Märkten nicht vereinbar ist. Aber die populistischen Motive verschwinden nicht dadurch, dass man die jeweiligen Lösungsvorschläge als illusionär entlarvt, weil es sich nicht um eine bestimmte Ideologie handelt, der man zustimmen oder die man ablehnen kann, sondern um eine tiefer sitzende gesellschaftliche Struktur.

David Brooks, auch Kolumnist der *New York Times*, hat für Amerika noch einmal die inzwischen in die Jahre gekommene progressive reformerische Phantasie formuliert, die Clinton und Blair, Pearson und Schröder verband, nämlich dass es politisch auf den Gegensatz zwischen *nationalen Populisten* und *progressiven Globalisten* hinauslaufe. Die populistischen Nationalisten würden sich für die gewöhnlichen Leute eines Landes einsetzen, die ihre Arbeit tun, Lasten tragen und Steuern zahlen, die ihre lokalen Gemeinschaften zusammenhalten und in der größeren Zugehörigkeit der Nation aufheben. Sie setzen sich für nationale Unternehmen, nationale Häfen und nationale landwirtschaftliche Produktionen ein, stützen die arbeitsbezogene Sozialversicherung und sind kulturell bodenständig. Die progressiven Globalisten auf der anderen Seite vertrauen auf Märkte, vertreten liberale Werte und einen multilateralen Interventionismus in der Außenpolitik. Sie setzen auf globale Öffnungs- und

allgemeine Bildungsprozesse, sehen die wachsende Interdependenz zwischen den Gesellschaften als Fortschritt und vertrauen auf aufgeklärte *global governance*. Der progressive Globalismus war die erste *sozialreformerische* Antwort auf die Globalisierung nach den 70er Jahren – eine libertär-wertkonservative hatten Reagan und Thatcher zuvor schon in die Tat umgesetzt, indem sie die nachholende Modernisierung der eigenen im Niedergang befindlichen Ökonomien in globale Politik verlängerten. Neben die progressiven Globalisten sind konservative getreten, die die Freiheit offener Märkte und wirtschaftlicher Eliten weltweit nur durch familiäre Gruppen, Verträge sichernde Staaten, kulturell-religiöse Werte und die Konstruktion von Zugehörigkeit um die Unternehmen herum begrenzen wollen. Der Populismus hat auch zumindest zwei Anker, einen in der Tat symbolisch-nationalistischen (und regionalistischen) und einen eher *labouristischen*, also jene beiden Merkmale globalisierter Gesellschaftlichkeit. Es ist also heute nicht mehr so, dass sich allein progressive Globalisten und nationale Populisten entgegen stehen – so wie es Brooks für Amerika noch sieht – sondern zwischen einem labouristischen Populismus und einem progressiven Globalismus und zwischen nationalistischem Populismus und konservativem Globalismus sich zur Vermittlung zwingende *Machtlücken* auftun. Je nach den politischen Traditionen der Gesellschaften wird diese Lücke in Konflikt und Wettbewerb besetzt, je nach Entwicklungsstand wird sie globalistischer oder populistischer, je nach Kulturgeschichte sind die Erfolgchancen für beide Typen der Vermittlung unterschiedlich verteilt, je nach bürgerlicher Erfahrung können progressive und konservative Globalisten im Gespräch bleiben und je nach der Geschichte von Oppositionsbewegungen können labouristische und nationalistische Populisten Allianzen eingehen. Je stärker sich diese globale Struktur durchsetzt, je mehr wird der labouristische Populismus nicht durch die Erfahrungen der Industriearbeit geprägt, sondern durch das ganze Kontinuum der Arbeit von der Land- bis zur Dienstleistungsarbeit. Je mehr wird auch der nationalistische Populismus durch das ganze Spektrum der Zugehörigkeitschancen in einer Gesellschaft, vom Dorf- bis zu den urbanen Machtcliquen geprägt. Das System aber ist ziemlich stabil und gilt für alle Gesellschaften, die im globalen Strukturwettbewerb befangen sind.

Dieses tatsächlich globale politische System hat einen gefährlichen Untergrund, weil nämlich der nationalistische Populismus sich rasch in einen ethnisch-religiösen vertiefen kann und der labouristische in einen sozialdiktatorischen, während beide sich in theokratischen Phantasien vereinigen. Je mehr aber die Globalisten den Populismus nicht als politische Struktur, sondern nur

als gegnerische oder gar feindliche Ideologie wahrnehmen, die es zu bekämpfen gilt, fördern sie den reaktionären politischen Untergrund und lassen die kreativen Möglichkeiten des Populismus außen vor. Hier setzt populäre Demokratie ein. Die Vermittlung von populistischer Struktur und – gegenüber der realen Globalisierung unabdingbaren – globalistischen Haltung, die im Wettbewerb zweier konkurrierender großer Strömungen erfolgt, verlangt die klare *Verortung* der eigenen Gesellschaft im Gefüge globaler Märkte und Gesellschaften, das Bewusstsein der Massen in diesem Gefüge Stellung nehmen, in der Perspektive von Generationen entscheiden und Distanz gegenüber den Interessen der Eliten wahren zu können. Für eine zweite Welle sozialreformerischer Auseinandersetzung mit der Globalisierung wird es auch unabdingbar sein, dass die Demokraten, Sozialdemokraten und Sozialisten – wie immer sie im jeweiligen Kontext auch heißen mögen – der *emerging powers* einbezogen sind und nicht ab und zu zu amerikanisch-europäischen Gipfeln zugelassen zu werden. In dieser Verbindung von Renaissance der Gesellschaften und *emerging powers* liegt die Zukunft der populären Demokratie, weder im Schrumpfen der Volkssouveränität auf repräsentative Institutionen, die den Individuen abstrakte Orientierung bieten und nicht im Aufblasen globaler sozialer Bewegungen zu einem demokratischen Volk, das sie nie bilden werden. Die Gesellschaftswissenschaften täten gut daran, an diesem *mapping* der Gesellschaften und *emerging powers* mitzuwirken statt in immer neuen *cultural, cosmopolitan, power* und *complexity turns* ihre bereits hochdifferenzierten Sortiermaschinen zu überdrehen.

Es kann auch schief gehen. In der Begegnung mit dem globalen Populismus können die vermittelten politischen Größen, die in Europa fast eineinhalb Jahrhunderte zu ihrer Bildung gebraucht haben, beschädigt werden. In den reichen Gesellschaften können sich nicht nur die neuen Oligarchien aus Vermögen, Prestige und Wertüberheblichkeit, sondern auch die obere Mitte dem Glauben hingeben, sie könnten sich von der Gesellschaft emanzipieren, die immobilen und verhaltensschwachen Klassen hinter sich lassen und in schönen transnationalen Parallelgesellschaften eine neue Heimat finden. Die Interessen der oberen Mitte der aufstrebenden Gesellschaften wiederum mögen sich gegen die Erben der okzidentalen Arbeiterklassen richten, diese zu Teilhabern der historischen Kolonialisierung erklären und die Entwertung derer gesellschaftlichen Arbeit nur als gerecht empfinden. In die untere Mitte der wohlhabenden Gesellschaften können Feindseligkeiten eindringen, die der Fähigkeit der Gesellschaft zu dynamischem globalen Ausgleich Grenzen setzen. Die untere Mitte

der nachholenden Gesellschaften kann ganz ausgeschlossen werden, was die Idee der Gesellschaft ad absurdum führen würde. Auf die ganz Reichen wie auf die ganz Armen zu starren führt dazu, die entstehende globale politische Mechanik aus den Augen zu verlieren. Es sind allein die Anerkennung der *emerging powers*, die Renaissance der Gesellschaft als politisches Ordnungsprinzip und populäre Demokratie, die *zusammen* das Auseinanderdriften von Globalismus und Populismus verhindern. Die Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg, die einen gewaltigen Schub äußerer Globalisierung erlebten, waren nicht die Zeit innerer Globalisierung. Liberale Advokaten der Globalisierung greifen gern auf diese historische Periode zurück, ohne sich deren tiefe Ambivalenz klarzumachen. Die Akzeptanz des Freihandels dauerte damals nicht lange und die bürgerlichen Gesellschaften blieben vielerorts schwach. Die Interaktion globaler Gesellschaften wird auch nicht entstehen, wenn die innere Globalisierung nicht ihre historische Zeit bekommt.

Die Forderung, den Ort ihrer Gesellschaft in der Welt der *emerging powers* populär-demokratisch zu bestimmen, richtet sich in Europa vor allem an das alte Zentrum, die italienische, französische und deutsche Gesellschaft. Die Gesellschaften des nördlichen und westlichen Europa haben gesellschaftliche Souveränität schon früher – auf verschiedenem Wege und mit verschiedenen Resultaten – entwickelt, bei der südlichen Erweiterung der europäischen Union trug die Auseinandersetzung mit der Diktatur auch zur Bildung dieser gesellschaftlichen Souveränität bei und im östlichen Europa wird trotz instabiler politischer Mechanik und Korruption dieser Prozess eine realistische Chance haben. In den alten Kerngesellschaften steht gerade der frühere populäre Demokratie ermöglichende industrie- und wohlfahrtsgesellschaftliche Erfolg einer neuen gesellschaftlichen Souveränität im Wege, die sich an den Widersprüchen der *emerging powers* bildet. Aber die Verhältnisse sind in Bewegung.

I. Globale Gesellschaftsanalyse

Global transformation?

Eine neue Runde zwischen Ökonomie und Kultur

Hermann Schwengel / Dominik Haubner

Das Verhältnis von Ökonomie und Kultur wird dann Thema, wenn es im sozialen und politischen Getriebe knirscht. Wenn die Legitimität der Wirtschaftskultur kaum in Frage steht, wenn sich in den Dispositionen, Präferenzen und Routinen der Wirtschaftssubjekte eine stabile kulturelle Gemeinschaft zum Ausdruck bringt, die von den *stakeholdern* wie von den *shareholdern* gleichermaßen akzeptiert wird, wird man nicht lange fragen. Die Stunde von Krise und Kritik schlug zuerst, als der Kapitalismus in die traditional hierarchische Gesellschaft eindrang, etwas Unwahrscheinliches sich ankündigte, vor dem ältere Gesellschaften immer zurückgezuckt haben, obwohl sie Markt und Geld, Arbeit und Kapital, Lokalität und Globalität durchaus gekannt haben. Kultur ist hier Voraussetzung und Widerlager solchen Eindringens. Sie stellt die Frage nach der Differenz von Werten und Preisen auf Dauer, die zuvor nur dann gestellt wurde, wenn absolute Knappheit, Hunger und Raub die Legitimität der geltenden Ordnung in Frage stellt. Die moralische Ökonomie steht als politische auf der Tagesordnung. Die revolutionäre Faszination entsteht so durch eine Paradoxie, nämlich dass dem Eindringen des Kapitalismus widerstanden und zugleich sein Durchdringen des gesellschaftlichen Lebens beschleunigt werden soll, damit er in eine neue historische Qualität umschlagen kann. Dagegen bildet sich bereits früh die Idee des *posthistoire*, die diese Beschleunigung wider Willen aufzuhalten sucht. Kurzum, es ist die Zeit der *great transformation*. Karl Polanyi (1944) hat die Logik dieser Entwicklung unter die Leitideen von Reziprozität, distributivem Zentrum und Eigentums- bzw. Marktbeziehungen gestellt. So wie *great transformation* zum Focus einer unendlichen Debatte geworden ist, hatte dann die Idee allgemeiner Modernisierung eine neue Runde zwischen Ökonomie und Kultur eröffnet.

Wenn Öffnung und Schließung der Gesellschaft nicht mehr auf eine historische Zeit konzentriert und begrenzt werden, sondern als eine dauernde Aufgabe verstanden werden, können wir – um im Wortbild Polanyis zu bleiben – von *permanent transformation* sprechen. Keine fremde soziale Macht wie der Kapitalismus, die bisher immer zurückgewiesen worden ist, dringt erstmalig erfolgreich in ein vertrautes Gehäuse ein, sondern Modernisierung ist zu einer dauerhaften inneren Aufgabe bereits moderner von Gesellschaften geworden. Während die *great transformation* Sozialphilosophie und politische Ökonomie provoziert, von John Locke und Adam Smith zu Rousseau und Hegel, begünstigt die *permanent transformation* die Ausdifferenzierung von Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, den kreativen Realismus historisch-ökonomischer und historisch-soziologischer Schulen von Schmoller bis Veblen und vor allem natürlich die soziologische Modernisierungstheorie von Durkheim bis Parsons und ihren Nachfolgern. Die Durchsetzung von gesteuerter Marktwirtschaft, Konkurrenzdemokratie und zivilem Wohlfahrtspluralismus ist ihr ewiges Thema. Marx und Weber bezeichnen in dieser Perspektive eher die Zwischenlagen einer verspäteten Nation bei der Übersetzung von *great* in *permanent transformation*. Weil im Prozess der Modernisierung Selbstorganisation und Macht der arbeitenden Klassen zeitgleich mit den *managerial habits* (Field / Higley 1983) aufstiegswilliger neuer *middle classes* entsteht, ist die *permanent transformation* lange durch den Ideenkonflikt zwischen Liberalismus und Sozialismus geprägt. Aber die *permanent transformation* ist auf die okzidentalen Gesellschaften beschränkt, sie kommt von innen aus bereits transformierten Gesellschaften, bildet sich mit der Modernisierungserfahrung weiter, entwickelt zuerst die Sinne für Konsum, Pluralismus und Wohlfahrt und verfeinert sie dann mit den Ambivalenzen der Modernität. Der Modernisierungsdiskurs stößt an Grenzen seit mit der Globalisierung auf der einen Seite die älteren Fragen nach Kapitalismus und Staat zurückkehren und auf der anderen die unterschiedlichen Pfade der Modernität ihr Recht einfordern. Gerade in dem Augenblick, in dem die Modernisierungstheorie zu einer Alltagstheorie zu werden schien, die man zu erfinden gehabt hätte, wenn es sie nicht bereits gegeben hätte, entsteht ein neuer Typus der Transformation.

Seit mehr als einem Vierteljahrhundert nähern wir uns nun einer *global transformation*, die jetzt von innen wie von außen kommt und die okzidentalen Gesellschaften wie ihre Herausforderer in Atem hält. Während unter der Leitidee der Individualisierung die relative Auflösung von festen Milieus, mächtigen Organisationen und großen Erzählungen beschrieben wird, bricht mit der

Leitidee der Globalisierung die Welt konkurrierender Gesellschaften, grenzstößender Technologien und vernetzter Märkte in das kultivierte Spiel reifer Modernitäten ein. Die Gewaltsamkeit dieses Prozesses ist in der *global transformation* häufig verdeckt, unberechenbar aber tritt sie als Terror, Krise oder Krieg immer wieder an die Oberfläche. Dass der Kapitalismus der Einbettung bedürfe, dass die evolutionären Suchprozesse der Märkte eines stabilen institutionellen Rahmens und die zerstörerische wie kreative unternehmerische Innovation einer Gerechtigkeit stiftenden Arbeitskultur bedürfen, ist so richtig wie beruhigende Rhetorik, weil die Härte der *global transformation* schwer zu ertragen ist. Die Steigerung der globalen Arbeitsteilung, die Verringerung von Transport- und Kommunikationskosten, die verschiedene Mobilität der Faktoren, Technologie- und Qualitätswettbewerb provozieren nicht nur Beschleunigung, Anpassung und Reaktion, sondern auch Verdrängung. Die *global transformation* ist deshalb sublim, so wie bei Freud das Sublime die Gewaltsamkeit seines Ursprungs nicht leugnet.

Die *global transformation* ist konkret. Sie hebt *great transformation* und *permanent transformation* auf, um den Widersprüchen eine Form zu geben, in der sie sich bewegen können, wie Marx es ausgedrückt hätte. Der Umschlag von Modernisierung in Globalisierung wird als kontinentaleuropäische Wachstums- und Beschäftigungskrise reflektiert, die zunächst in den vertrauten politischen Mustern ausgetragen wird. Um die inneren Wachstums- und Beschäftigungsprobleme einer Volkswirtschaft wie der deutschen zu bewältigen, bedarf es aber weder einer liberalen Revolution von oben, die die arbeitgebenden Klassen ermächtigt, die Gesellschaft nach ihrem Bilde zu formen noch einer sozialdemokratischen Revolution – wenn es denn so etwas gibt – von unten, die die arbeitnehmenden Klassen ermächtigt, ihre Errungenschaften als Eigentum zu betrachten. Vielmehr ist ein magisches Viereck aus hoher gesellschaftlicher Erwerbsquote, gesteigerter qualifizierter Frauenerwerbstätigkeit, massiven Bildungsinvestitionen und *upgrading* der Produktions- und Dienstleistungsstruktur der Schlüssel, um im europäischen Verbund eine beispielhafte Wirtschaftskultur zu inaugrieren, die global anschluss- und gestaltungsfähig ist. Denn es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die globale Arbeitsteilung geringe Erwerbsquoten, die vom Staat kompensiert werden müssen, nicht zulässt, dass sie Gesellschaften als ganze in die Konkurrenz zwingt, ihre soziale Kohäsion immer wieder zu erneuern und sich zu definieren, dass sich die alles entscheidende Bildungsstruktur in einem sich globalisierenden Bildungssektor bildet und die hierarchische Stellung der eigenen Produktions- und Dienstleis-

tungsstruktur von globalen Produktions- und Verteilungsrelationen abhängig ist. Betrachten wir *global transformation* aber zunächst von innen, aus der Problemperspektive der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft, die zur revolutionären Vermittlung von wachsender Ökonomie und kreativer Kultur geradezu gezwungen ist, weil sie nach einer zuerst tragischen katastrophischen Jahrhundertgeschichte und einem widersprüchlichen Wiederaufbau lange gewartet hat und durch die Wiedervereinigung zuletzt daran gehindert war, sich der Wirklichkeit von *global transformation* zu stellen. Dafür müssen wir die Sprache wechseln, um von innen zu sehen, was Sache ist, damit wir dann auf den Rahmen von *global transformation* zurückkommen können.

Wirtschaftliches Wachstum und kultureller Wandel in Deutschland:

Vielleicht ist es dem Bremer Historiker Paul Nolte (2002) jüngst gelungen, die zahlreichen Wechselwirkungen zwischen kulturell definierten, intellektuellen Barrieren und dem zunehmenden, anhand ökonomischer Indikatoren messbaren, Zurückfallen des „Modells Deutschland“ in einem Satz zusammenzufassen: „Die typisch deutsche Vorstellung, eine angeblich konstante gesamtgesellschaftliche Arbeitsmenge nur gerechter verteilen zu müssen – ein falsches Spiel bereits seit Ende der 70er Jahre –, ist endgültig zusammengebrochen.“ Die angesprochenen Indikatoren lassen an Deutlichkeit nichts vermissen: Deutschland ist gegenüber den Spitzennationen seit 1995 mit einem siebenprozentigen Rückstand hinsichtlich der Wachstumsraten behaftet (SVR 2003). Die Auseinandersetzung mit dieser Wachstumsschwäche offenbart aber auch intellektuelle Selbstblockaden, die darauf beruhen, dass die kritische liberale Diskussion der 80er Jahre unter dem Druck der Wiedervereinigung nicht wirklich zu Ende geführt worden ist (Lotter 2003). Ein falsches Selbstvertrauen hat sich so festgesetzt. Dass der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgehe und zweite Arbeitsmärkte oder Bürgerarbeit dauerhafte Kompensationen sein könnten, gehört zu diesem falschen Selbstvertrauen. Doch die Soziologen befinden sich hinsichtlich selbst erzeugter Barrieren, die eine andauernde und über die Zyklen hinweg betrachtete permanente Ausweitung des Arbeitsvolumens verhindern, in guter Gesellschaft mit der Mehrzahl der deutschen Ökonomen (Schulze-Böing 2002). Einkreist von französischen Konservativen, angelsächsischen Investmentbankern, ganz zu schweigen von den administrativ-

wirtschaftspolitischen Eliten in den USA, Großbritannien und den beitriftswilligen Ländern zur europäischen Währungsunion verweigern sie sich bockig der makroökonomischen Steuerung als Gesellschaftspolitik (Bofinger 2003; Flassbeck / Maier-Rigaud 2003; Volz 2003). Sie tun dies, ohne zu beachten, dass eine Übernahme der amerikanischen Deregulierungspolitiken ohne die expansive Wirtschaftspolitik die Kombination der schlechtesten der beiden Welten bedeuten würde (Haubner 2003). In ihrer konstruierten Welt können letztlich weder Fiskal- noch Geldpolitik etwas für Wachstum und Beschäftigung tun. Die berühmten Strukturreformen werden lediglich zur Exekution des Glaubenssatzes, dass Märkte immer alles und besser wissen.

Was man von Amerika bei aller Gesellschafts- und Politikkritik wirklich lernen kann, ist jedoch die bewundernswerte Distanz, die permanente Kraft der Selbstreflexion im ökonomisch-kulturellen Handeln (Schwengel 1999). Dabei kann man auf den Begriffsdualismus von Joseph A. Schumpeter zurückgreifen, dessen multidisziplinärer Analyseansatz durch eine permanente *kultursoziologische Zweitstimme* mitgeprägt wurde. Dynamische und innovative, sich selbst in permanenter *schöpferischer Zerstörung* erneuernde Gesellschaftsformation ist als Grundvoraussetzung für einen ökonomischen Prosperitätsprozess zu begreifen. Statische Gesellschaftsformationen ohne Fähigkeit zu Innovationen werden insbesondere im Zeitalter ökonomischer Internationalisierung „nach unten“ durchgereicht. Gerade die in den 80er Jahren begonnene Globalisierungsdiskussion, die zunächst im Kern eine gesteigerte strukturelle Konkurrenzsituation umschreibt, hat mit einiger Distanz gezeigt, dass Globalisierung nicht, wie ursprünglich behauptet, per se Arbeit vernichtet, sondern sich nur die Gesellschaftsformationen im ökonomischen Wettbewerb behaupten, *die als Ganzes, in ihrer sozialen Kohäsion in der Lage sind, sich zu erneuern und sich permanent selbst zu erfinden!* Das gilt für lokale und regionale Gesellschaften unterhalb des nationalstaatlichen Niveaus und für transnationale Föderationen oberhalb, aber es gilt vor allem für die National- und Wohlfahrtsstaaten selbst, die als mächtige Knoten im Netzwerk globaler Beziehungen nicht nur nicht an Gewicht verloren haben, sondern ein Stück weit über ihr altes territoriales Prinzip hinausgewachsen sind.

Der Erneuerungsdruck konzentriert sich auf die *kontinentaleuropäischen* wohlfahrtsstaatlichen Regimes, eröffnet diesen aber auch bereits mittelfristig neue Chancen. Göran Esping-Andersen (1990) hat einen engen Zusammenhang zwischen wohlfahrtsstaatlichen Regelungen, den Risikoverteilungsmustern am Arbeitsmarkt und sozialen Ungleichheitsstrukturen konstruiert, sodass

sich institutionelle Praxismuster wohlfahrtsstaatlicher Intervention unterscheiden lassen. Den verschiedenen Regulierungsarrangements liegt jeweils eine zentrale regulative Idee zugrunde, die auch im historischen Wandel ihre Pfadabhängigkeit behält. Das skandinavische Modell der Sozialpolitik ist eng mit der sozialdemokratischen Ideenwelt verbunden, deren zentraler Steuerungsmechanismus der Staat ist mit dem Ziel, die Emanzipation der Individuen von Marktabhängigkeiten zu ermöglichen. In den konservativen kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten verweist der Staat auf subsidiär nachgeordnete Sicherungsinstitutionen und befestigt familiäre, gemeinschaftlich kooperative Bindungen und Abhängigkeiten. Weil die regulative Idee eher eine christdemokratische als eine sozialdemokratische ist, ginge – nach Dahrendorfs früherem Diktum – eigentlich ein christdemokratisches Zeitalter zu Ende. Der im angelsächsischen Raum verankerte liberale Typus hat die Wahrung der Marktkonformität sozialpolitischer Institutionen und Interventionen als Leitidee, hält das soziale Netz grobmaschiger, betont Markt und Familie und bindet soziale Ansprüche eng an individuelle Bedürftigkeitsprüfungen. Der Staat ist der Garant hegemonialer marktkonformer Lösungen, der in seiner sozialpolitischen Zurückhaltung die Akteure zur Übernahme individueller Eigenverantwortung nötigt. Lange stand diesem hegemonialen Liberalismus eine stolze klassengesellschaftliche Gegenwart gegenüber, die der Selbstorganisation der Arbeit mehr zutraut als dem Staat. In mancher Hinsicht ist das kontinentaleuropäische Modell zwischen den beiden anderen eingezwängt und stärker zu seiner eigenen Wiedererfindung gezwungen. Der Schlüssel dafür ist zunächst die Steigerung von Erwerbs- und vor allem Frauenerwerbsquote, die bei entsprechender politischer Gestaltung neue soziale und kulturelle Dienstleistungsstrukturen ermöglicht, die widersprüchlichen Interessen und Ansprüche in eine gemeinsame Qualitätsoffensive zwingt und dafür den richtigen geld- und gesellschaftspolitischen Mantel schneidert (Seeleib-Kaiser 2002).

Hohe Frauenbeschäftigung als Schlüssel zu neuen Dienstleistungsräumen:

Innerhalb der vorherrschenden arbeitsmarktpolitischen Diskurse darf es überraschen, mit welcher politischen Energie Ideen zur Deregulierung des Arbeitsmarktes und zur Schwächung der Konfliktregulierungsmechanismen zwischen Arbeit und Kapital fortlaufend entwickelt werden, ohne gleichzeitig – politik-

wissenschaftlich gesprochen – sog. Positivkoordinationen als (Wachstums-) Balancen anzustreben. Es fehlt die progressive Energie, den Veränderungsdruck als eine Chance zu begreifen, die gesellschaftlichen Verhältnisse wieder stärker in die eigenen Hände zu nehmen. Dies kann insbesondere bei der Betrachtung des zentralen Problems des deutschen Arbeitsmarktes, der im internationalen Vergleich wie im kontinentaleuropäischen Vergleich zu Frankreich geringen *Frauenbeschäftigung*, verdeutlicht werden.

Beschäftigungsquote von Frauen in Prozent (a)	Besuch von Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder unter 3 Jahre in Prozent (b)	Ganztagsbetreuung von Kindern im Grundschulalter in Prozent (c)	
56,9	10	5	Deutschland
71,0	48	64	Schweden
71,0	64	80	Dänemark
67,4	54	k.A.	USA
64,7	34	5	Großbritannien

Quelle: OECD Employment Outlook 2001 und 2002; aus: Eichhorst / Thode (2002): (a) S. 20, (b) S. 30, (c) S. 31

Tab. 1: Zusammenhang von Frauenbeschäftigung und Kinderbetreuung

In der Bundesrepublik wird ein Großteil des Humankapitals dauerhaft verschenkt. Obwohl Frauen in den letzten Jahren auf der Ausbildungsskala konstant nach oben geklettert sind, bestehen in Deutschland zahlreiche Barrieren, die ihnen den Berufseintritt oder die Wiederaufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses fundamental und systematisch erschweren. Die Bundesrepublik leistet sich die Investitionen in die im historischen Vergleich am besten ausgebildete Frauengeneration nicht voll zu nutzen (Engelbrech 2002). Dabei liegen die sich wechselseitig allokativ steigernden Folgewirkungen einer höheren Frauenbeschäftigung auf der Hand: Langfristig könnte mit einer höheren Beschäftigtenquote die hohen Lohnnebenkosten mittels einer höheren Anzahl von BeitragszahlerInnen bekämpft werden, durch bessere Betreuungsangebote für Alleinerziehende könnten SozialhilfeempfängerInnen zu BeitragszahlerInnen werden. Der Mismatch in bestimmten qualifikationsintensiven Branchen kann am wirkungsvollsten durch eine höhere Frauenbeschäftigung bekämpft werden.

Da die meisten Frauen in Dienstleistungsbereichen beschäftigt sind, könnte der Rückstand im Tertiarisierungsprozess verringert werden. Die Opportunitätskosten bei Wiedereinaufnahme von einstmals vor einer Schwangerschaft bestehenden Arbeitsverhältnissen sind als gering zu veranschlagen. Letztlich verweisen neuere Untersuchungen darauf, dass die in der Bundesrepublik ausgeprägten monetären Leistungen eher die Geburtenrate nach unten drücken (Sell 2002). So wäre im Falle einer besseren finanziellen Ausstattung der Frauen über Arbeitsverhältnisse, die immer monetäre Transferleistungen übersteigen werden, in Zusammenhang mit einer verbesserten Kinderbetreuungssituation noch am ehesten eine höhere Fertilitätsrate zu erwarten, die wiederum langfristig die Sozialversicherungssysteme stabilisierte (Hank / Kreyenfeld / Spieß 2003). Die argumentative Reihe ließe sich fortsetzen. Wichtiger aber ist der Anschluss an die Logik der Dienstleistungsentwicklung.

Dienstleistungen wachsen nicht automatisch mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, sondern der erwünschte zunehmende Tertiarisierungsprozess ist insbesondere im Bereich der personenorientierten Dienstleistungen von gesellschaftlichen und politischen Weichenstellungen abhängig. Dabei zeigen internationale Untersuchungen, dass das Wachstum personenorientierter hochwertiger Dienstleistungen eng mit einer relativen Einkommensgleichheit wie mit dem Outsourcing ökonomischer Tätigkeiten aus dem Haushalt korreliert (Bielinski / Bosch / Wagner 2002). Es existiert eine enge Korrelation zwischen dem Niveau der Frauenerwerbstätigkeit, der Beschäftigungsquote im Dienstleistungssektor und Qualitätschancen bei der Erbringung. Im europäischen Vergleich zeigt sich, dass zwischen der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit beider Partner und der Nachfrage nach Dienstleistungen und verstärkt bei sozialen Dienstleistungen ein sich wechselseitig stärkender Zusammenhang besteht. (Mehr)Arbeit entsteht durch (mehr) Arbeit. Pro Kopf der Erwerbsbevölkerung werden in Schweden, Dänemark und Großbritannien 25% mehr bezahlte Stunden im Dienstleistungssektor geleistet als in Westdeutschland (Bosch / Wagner 2003). Die deutsche Wirtschaftskultur verbraucht eine politisch bewusste Transformation von unbezahlter in bezahlte Arbeit. Es geht in Deutschland wie in Frankreich und Italien nicht in erster Linie um Dekommodifizierung, sondern um Qualitätskommodifizierung. Auch für die Qualitätskommodifizierung gilt, dass sie nicht von Märkten automatisch bereitgestellt wird, sondern des politischen Konflikts bedarf. Gewiss ist es nach wie vor die Aufgabe wohlfahrtsstaatlicher Arrangements, Lebensformen vor mächtigen Märkten zu schützen, wenn diese alle Lebensverhältnisse durchdringen. Aber mit

der Tertiärisierung wächst noch mehr die Aufgabe, Akteure in die Lage zu versetzen, die Kraft differenzierter Märkte für die Gestaltung ihrer Lebensformen nutzen zu können.

Diese Erkenntnisse gilt es in der bundesrepublikanischen Familienpolitik umzusetzen: Es geht um einen Wechsel von einer quantitativen zu einer *qualitativen* Familienpolitik, von einer konsumtiven zu einer *investiven* Strategie und um die Frage, ob knappe öffentliche Mittel vorrangig für den konsumtiven Lebensunterhalt von Kindern und Eltern oder primär investiv für Zwecke der Humanvermögensbildung und der dafür sozialkulturellen Infrastrukturen und bezahlten Dienstleistungen bereitgestellt werden (Bertsch 2003). In Deutschland wird vergleichsweise viel Geld für Familienförderung ausgegeben. Mehr ist es – relativ betrachtet – in Skandinavien, in Frankreich, in den Niederlanden auch nicht. Zugleich werden aber in den genannten Ländern bis zu einem Drittel mehr an Kindern geboren. Zeitgleich führt die deutlich höhere Frauenbeschäftigung in den anderen Nationen zu weniger Familien- und Kinderarmut. In Deutschland wird es zukünftig darum gehen, statt erhöhtem Kindergeld, Familienförderung durch Ehegattensplittung, Erziehungsgeld und -freibeträge stärker finanzielle Mittel, infrastrukturelle und politische Handlungsspielräume durch Umschichtungen aus dem konsumtiven Bereich zu gewinnen. Auch hier hätte die Wiedervereinigung sehr viel stärker Anlass sein können, Beschäftigungs- und Familienbildung dynamisch zu verknüpfen.

Gegen die zu erwartenden Widerstände lassen sich Tatsachen anfügen. In keinem anderen europäischen Land geben so viele Mütter ungewollt ihre Arbeitsstelle auf, die Diskrepanz zwischen gewünschtem und ausgeübtem Erwerbsmuster der Frauen ist in Deutschland eine der größten in Europa (Beckmann 2002). Der Mangel an infrastrukturellen Einrichtungen, der wesentlich dafür verantwortlich ist, führt auch dazu, dass vor allem Akademikerinnen (zu 40%) auf Nachwuchs verzichten, was zu einer gesellschaftlichen Dequalifizierungsspirale beitragen mag (Engelbrech 2002). Finanzielle Transfers können auch keine Fehlleitung durch Steuergesetzgebung kompensieren, wenn in Deutschland Familien mit Zweitverdienern nur 63% Mehreinkommen als eine Familie mit nur einem Erwerbstätigen aufweist, während in Schweden der Unterschied 83% beträgt. An die Stelle des Negativkreislaufs zwischen mangelnder Qualifizierung, niedrigen Wachstumsraten, niedriger Frauenbeschäftigung und niedrigen Fertilitätsraten müssen Qualitätskreisläufe aus frühkindlicher Betreuung, Bildung und Investition treten, für die gesellschaftliche Mehrheiten bereitstehen, wenn an dieser Stelle politische Machtbildung funktionierte. Die-

se Machtbildung kann die emanzipatorischen Motive, das Bewusstsein der Intensität von Sozialisationsprozessen und den Willen zur Selbstorganisation von Erziehung und Bildung einschließen, der Gegensatz von bürgerlich-individualistischer und organisierter kollektivistischer Sozialisation wird in Qualitätskreisläufen aufgehoben. Die Synergieeffekte, die sich einstellen, wenn unternehmerische und staatliche Träger auf breiter Front kooperieren und wohlhabendere Familien in erheblichem Umfang in Betreuung und Bildung investieren, stellen sich ohne politische *leadership* allerdings nicht ein. Diese wiederum bedarf des zielführenden Elitenkonflikts, der gesellschaftspolitischen Verbreiterung und kommunikationspolitischen Klarheit, die nicht nach dem Muster der Führung eines Unternehmens zu gewinnen ist.

Raum für Wachstum, Qualität und Verteilung:

Zweifellos befinden wir uns in einer politischen Zeitenwende. Die kulturelle Wachstumskritik, die im Kontext der reifen *permanent transformation* vor allem in Europa gute Gründe für sich beanspruchen konnte, macht einer neuen gesellschaftlichen Wachstumstheorie Platz. Im Kontext globaler Tertiarisierung schlägt die Kritik des Wachstums in eine neue Politik qualitativen Wachstums und der Nachhaltigkeit um – je mehr auf der Basis von Ressourcenproduktivität umso besser. Anders als in früheren industriegesellschaftlichen Erfolgskonstellationen kommt es jetzt aber darauf an, Wissen und Ideen, Humankapital und Know-how der Gesamtbevölkerung als wesentliche Wachstumskräfte anzusehen. Wirtschaftliches Wachstum ist in erster Linie eine Konsequenz der Investitionen in das Humankapital. Dadurch rückt Bildung in das Zentrum des Geschehens. Volkswirtschaft, Gesellschaft und Kultur müssen sich zusammen so entwickeln, das vorhandene Wissen so ausbauen, weitertreiben und einsetzen, dass es höhere Erträge abwirft. Wachstum muss so in gewisser Weise soziologisch definiert werden, muss nicht nur in die Nutzung, sondern in das Verstehen von Bildungsprozessen eingebettet sein und egalitär ansetzen. Aber gerechte Verteilung entsteht eher durch die richtige Struktur, Finanzierung und Institutionalisierung von Bildungsprozessen als durch Marktkorrektur.

Bereits seit Mitte der 90er Jahre stagniert die Bildungsexpansion, Abiturientenquote und der Anteil der Schulabgänger mit mittlerer Reife ebenso (Rein-

berg / Hummel 2001). Die große Dynamik der Bildungsexpansion erlahmte im Bereich der Allgemeinbildung mit Beginn der 90er Jahre und hat seitdem auch keine nennenswerten Impulse mehr erhalten. Der Anteil der Jugendlichen mit Berufsausbildung sinkt, die Ungelerntenanteile haben in den letzten 10-15 Jahren zweistellige Wachstumsraten. Damit ist die Bundesrepublik nicht in der Lage, ein *gesamtgesellschaftliches upgrading* zu initiieren, was langfristig zu niedrigeren Wachstumsraten und immer teureren Sozialleistungen führen wird. Die Erwerbsquoten bei Akademikern liegen heute bei 90%, bei der mittleren Qualifikationsebene bei ca. 80%, bei den Geringqualifizierten hingegen lediglich bei 60%. Die öffentlichen Ausgaben je Schulplatz steigen in Deutschland mit dem Alter der Schülerinnen und Schüler (Institut der deutschen Wirtschaft 2003). Das geht in die falsche Richtung. In der Auseinandersetzung mit den erfolgreichen PISA-Ländern wurde für viele deutlich, dass ein als Bildungsbereich entwickelter Elementarbereich eine der Voraussetzungen für späteren Schulerfolg ist und vor allem die starke Selektivität des Bildungssystems abmildern helfen kann (Kluge 2003).

In deutschen vorschulischen Einrichtungen tummeln sich nach einer Untersuchung der OECD im Schnitt 23 Kinder pro Erzieher, in Finnland 12, in Neuseeland 5. Vordringlichstes Ziel muss die Steigerung der Bildungsausgaben für den vorschulischen Bereich und für die Grundschule sein. Bislang wird allerdings eine sehr ausgeprägte „Priviligierung der Priviligierten“ (Klemm 2002) praktiziert.

Primarstufe	Sekundarstufe I	Sekundarstufe II	
3818	4918	10107	Deutschland
4138	6390	5479	Finnland
5240	5612	6460	Japan
5636	5678	6077	Schweden
6582	8175	8175	USA

Quelle: OECD 2002; entnommen aus Otto (2003)

Tab. 2: Bildungsinvestitionen: Ausgaben je Schüler in US-Dollar

Langfristige Fehlentwicklungen in Bildung und Gesellschaft kommen hier zum Ausdruck. Die PISA-Studie ist weniger Anlass zu allgemeiner Depression oder

zur Vorteilsnahme einzelner Bundesländer, sie macht vor allem deutlich: Keine der beiden Seiten im Schul- und Kulturkonflikt der 70er Jahre hat Recht behalten. Ein neuer Anfang ist notwendig, der Bildungs- wieder als Gesellschaftspolitik begreift, aber die ideenpolitischen Konflikte wieder an der Sache schärft. In Deutschland sind die Ressourcen noch zu sehr auf den industriegesellschaftlichen Mittelbau des Bildungskörpers konzentriert, sowohl die elementarschulische Basis wie die tertiäre Qualität ermöglichende Spitze stehen zurück. Den Eltern werden bei der Schulbildung bereits hohe private Lasten aufgebürdet, während die Hochschulfinanzierung öffentlich ist, ohne soziale Gerechtigkeit zu erzeugen. Die Umstrukturierung der Finanzierung, die die Mittel der Hochschulen wie die gesteigerte Förderung des Elementarbereiches erbringen soll, bedarf aber eines sehr viel stärkeren Wandels der Gesellschaft, der Mentalitäten und des privaten wie öffentlichen Investitionsverhaltens als die bekannten Vorschläge sich vorzustellen erlauben. Nur wenn Bildungsstrategien in veränderte gesellschaftliche Wachstums-, Qualitäts- und Lebensorientierungen eingebettet sind, die Mehrheiten vom Erfolg dieses Wandels überzeugen, werden sich die Dinge ändern. Ohne Ideenpolitik keine Bildungsreform. Auf die Finanzschwäche der Hochschulen mit allgemeinen Studiengebühren zu reagieren, auf die im internationalen Vergleich sehr gute Bezahlung deutscher Lehrer mit Kürzungen und auf bürokratische Erstarrung mit marktwirtschaftlichen Wettbewerbsprozessen, muss allein auf die Krise als Lehrmeister setzen, mobilisiert aber nicht die Hoffnungen, Wünsche und Energien der Menschen, die diese Umwälzung ihrer Lebensführung bewerkstelligen sollen. Der Kreis muss sich schließen, von der Inklusion der Frauen in den Arbeitsmarkt zu Hochqualitätsdienstleistungen, von der Umlenkung der Bildungsressourcen zu Basis und Spitze zur breiten Erhöhung der Tätigkeitsniveaus und von der okzidentalen Kritik des Wachstums einer globalen Politik der Tertiarisierung (Gottschall 2002). Jean Fourastié (1954) hat vor einem halben Jahrhundert die Dynamik dieses Prozesses bereits anklingen lassen, die sich aber erst mit der Globalisierung voll zeigt. Die kontinentaleuropäischen Gesellschaften können zwischen liberalem Kapitalismus und der Utopie skandinavischer Sozialdemokratie – die kaum dort eingeführt werden kann, wo sie nicht bereits existiert – zerrieben werden, sie können aber auch den Widerspruch aufheben, öffentliche Güter entwickeln, die egalitäre Qualitätskreisläufe ermöglichen und global anschlussfähige Institutionen anbieten.

Abhängig sind solche qualifizierte Wachstumsprozesse allerdings von einem geld- und fiskalpolitischen Rahmen, der die Last der Ermöglichung von

Expansion gerecht verteilt und die Frage der Generationengerechtigkeit nicht zu einem Mythos anschwellen lässt. Expansive Geldpolitik ist durch fiskalische Expansion dann substituierbar, wenn dadurch nicht die relative Handlungsfähigkeit des Staates oder der Europäischen Union verloren geht. Eine erhöhte Verschuldung, die in die *global transformation* investiert wird, sich der langen Wellen der Transformation bewusst ist und darauf die Finanzierungsstruktur einstellt – nicht die große Krise der 30er Jahre, sondern die lange Gründungs-, Spekulations- und Innovationswelle der Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg bleibt die angemessene Folie – zeigt sinnvolles politisches Unternehmertum. Wie Wachstum ist auch Geld ein gesellschaftliches Verhältnis, das nur in der Verknüpfung wirtschaftlicher und kultureller, historischer und politischer Perspektiven zu begreifen ist. Die öffentliche Rhetorik ist weit von dieser Problemlage entfernt und die Eliten trauen sich nicht, eine echte ideenpolitische Debatte zu beginnen. Die globale Tertiarisierung braucht aber den expansiven Rahmen, wer immer ihn bereitstellt. Groß- wie kleinbürgerliche Geldbesitzer, die Royalisten des privaten Sektors – man denke an Franklin D. Roosevelts Kritik der *economic royalists* in den 30er Jahren – und die Menge der Analysten – die Hardts und Negris rebellionssträchtiger Menge entgegensteht – stehen im Wege. Allerdings besteht auch kein Zweifel, dass eine den globalen Strukturwandel ignorierende blanke Politik der Nachfrage ins Leere läuft.

Global transformation, Elitenkonflikt und Demokratie:

Die *great transformation* greift wie von außen in die Produktions- und Verständigungsverhältnisse traditionaler Gesellschaften ein, öffnet ihre Hierarchien und ermöglicht – wenn es gut geht – regulierte Marktwirtschaft, Konkurrenzdemokratie und zivilen Pluralismus, weist aber eine absolutistische, imperiale und kolonialistische Kehrseite auf, die niemals vollständig verschwindet. Die *permanent transformation* ermöglicht auf verschiedenen Modernisierungspfaden dauerhafte technologisch-wirtschaftskulturelle Innovation und geregelten gesellschaftlich-politischen Konflikt von innen, hat aber die Abstände zu ihrer Peripherie eher vergrößert und wohl nur in Ostasien dauerhafte Angleichungsprozesse in Gang gesetzt. Die *global transformation* kommt von innen und außen, ergreift das innere Gefüge von Arbeit, Bildung und Lebensführung und koppelt es an eine äußere globale Dynamik. Vielen Beteiligten vergeht bei

dieser unkontrollierten Fusion Hören und Sehen. Auf exemplarischen Feldern, wie dem der Bildung, steht eine Vermittlung der *global transformation* an, die an die Arbeit der Psychoanalyse in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erinnert, die auf ihrem Feld ebenso exemplarisch die aufkeimenden Widersprüche der *permanent transformation* im inneren Leben der – wenigen – modernen Gesellschaften zu vermitteln hatte.

Die deutsche Gesellschaft macht sich im Augenblick klar, dass es in vieler Hinsicht nicht so weitergeht wie bisher. Da werden Illusionen aufgegeben, dass Wohlstand auf immer steigender Verschuldung aufgebaut sein könne, dass die Kosten der Wiedervereinigung in zwei Generationen abgearbeitet sein könnten, dass Vorsorge ohne Investition möglich sei und der Umbau des Sozialstaates ohne relativen Abbau möglich sei. Aber es reicht nicht aus, zu mehr individueller Vorsorge und Aktivität aufzurufen, den relativen *decline* hinzunehmen und ihn nach unten durchzureichen, im Gesundheitswesen zur Investition in das eigene Biokapital zu nötigen und das Kostenbewusstsein für eine dritte Lebensphase im Alter wieder zu individualisieren. Dass diese Ernüchterungen notwendig sind, daran zweifelt keine ernsthafte Diagnose, aber ob sie hinreichend sind, um Aufbruch, Innovation und Handlungsfähigkeit zu stiften, muss mit Fug und Recht bezweifelt werden. Nur wenn die nüchterne Wahrnehmung der Wirklichkeit in das Verstehen der *global transformation* eingebettet wird, kann die Verknüpfung zwischen dem Mentalitäten- und dem Strukturwandel Handlungschancen eröffnen. Jeder muss verstehen, dass Arbeit aus Arbeit entsteht und hohe Erwerbsquoten Moment globaler Arbeitsteilung sind, der sich niemand kostenlos entziehen kann. Jeder muss verstehen, dass erhöhte Frauenerwerbstätigkeit nicht nur die Summe vieler individueller Entscheidungen ist, sondern in der globalen Konkurrenz von Sozialstrukturen erst die Chance zum Erfolg schafft. Jeder muss verstehen, dass Bildung nicht nur ein individuelles Bürgerrecht und soziale Aufstiegschance darstellt, sondern zu einem entstehenden globalen Bildungssektor gehört, der die Produktivkräfte globaler tertiärisierter Ökonomie bestimmt. Jeder muss schließlich verstehen, dass die entscheidenden distributiven Beziehungen nicht mehr in erster Linie durch die Verteilung eines gegebenen nationalen Produkts entstehen, sondern durch das *upgrading* oder *downgrading* von Arbeits- und Dienstleistungsverdichtungen in und zwischen Gesellschaften (Merkel 2001). Es ist nicht so, dass wir in Deutschland nur ein Umsetzungs- und kein Verstehensproblem hätten. Die öffentliche Rhetorik läuft leer, bevor die Sprache sich den wirklichen Problemen angenähert hat. So steht die defensive Behauptung von Ansprüchen gegen die

offensive Forderung nach Mentalitätenwandel, dessen Ziel aber nicht deutlich wird. Es bedürfte echten Elitenkonflikts, um demokratische Mehrheiten an den harten Alternativen der Globalisierung zu bilden. Aber dann dürfen die einen nicht länger glauben, die *permanent transformation* in einem Land halten zu können und die anderen nicht, dass *global transformation* nur die Fortsetzung der *permanent transformation* auf Weltniveau sei. Globale Arbeitsteilung, globale Konkurrenz und Sozialstrukturen, globaler Bildungssektor und globale distributive Beziehungen können sehr unterschiedliche Formen annehmen und soziale Rechte auch neu stiften. Demokratischer Elitenkonflikt ist in erster Linie für die Zukunft notwendig, nicht für den Konflikt zwischen Gestern und Heute. Paul Krugman vermutet in der New York Times des öfteren die Entstehung einer oligarchischen politischen Struktur in den Vereinigten Staaten, die den Elitenkonflikt außer Kraft setzte. So weit mag es nicht kommen, aber zweifellos hat die Frage nach der Gestaltung nach der *global transformation* noch nicht die Formate gefunden, in denen sie auch beantwortet werden kann.

Literatur

- BECKMANN, P. (2002): Zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Tatsächliche und gewünschte Arbeitszeitmodelle von Frauen mit Kindern liegen immer noch weit auseinander, IAB-Werkstattbericht 12/02, S. 1-17.
- BERTSCH, F. (2003): Quantitative oder qualitative Familienpolitik, in: Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte 3/03, S. 31-37.
- BIELINSKI, H. / BOSCH, G. / WAGNER A. (2002): Wie die Europäer arbeiten wollen. Erwerbs- und Arbeitszeitwünsche in 16 Ländern, Frankfurt a.M., New York.
- BOFINGER, P. (2003): The Stability and Growth Pact Neglects the Policy Mix between Fiscal and Monetary Policy, in: Intereconomics 1/2003, S. 4-7.
- BOSCH, G. / WAGNER, A. (2003): „Beschäftigungshoffnung Dienstleistungen“ braucht politische Begleitung; IAT-Report 4/2003 (<http://www.iatge.de>), S. 1-8.
- EICHHORST, W. / THODE, E. (2002): Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Gütersloh.
- ENGELBRECH, G. (2002): Transferzahlungen an Familien – demografische Entwicklung und Chancengleichheit, in: WSI-Mitteilungen 3/02, S. 139-146.
- ESPING-ANDERSEN, G. (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism, Princeton.

- FIELD, G.L. / HIGLEY, J. (1983): Eliten und Liberalismus. Ein neues Modell zur geschichtlichen Entwicklung der Abhängigkeiten von Eliten und Nicht-Eliten. Zusammenhänge, Möglichkeiten, Verpflichtungen, Opladen.
- FLASSBECK, H. / MAIER-RIGAUD, R. (2003): Auf der schiefen Bahn. Die deutsche Lohnpolitik verschärft die Krise, in: Wirtschaftsdienst 3/03, S. 170-178.
- FOURASTIÉ, J. (1954): Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts, Köln.
- GOTTSCHALL, K. (2002): Die Halbtagschule in Deutschland – ein Sonderfall in Europa (http://www.nelp.de/beiträge/05_bildung/gottschall.htm), S. 1-8.
- HANK, K. / KREYENFELD, M. / SPIß C.K. (2003): Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland, DIW-Discussion Paper No. 331, S. 1-35.
- HAUBNER, D. (2002): Vorbild USA? Das amerikanische Beschäftigungswachstum und einige Konsequenzen für die Bundesrepublik Deutschland, Dissertation an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.
- INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT (2003): Schulsysteme international – der hohe Aufwand verpufft, in: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Nr. 49 vom 5.12.02 (<http://www.iwkoeln.de>), S. 1-2.
- KLEMM, K. (2002): Chancengleichheit in der Bildung, in: Mathieu, H. (Hrsg.): Bildung im Wettbewerb, Digitale Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, (<http://www.library.fes.de/library/newdigbib.html>), S. 12-35.
- KLUGE, J. (2003): Schluss mit der Bildungsmisere, Frankfurt a.M., New York.
- LOTTER, W. (2003): Die Blechtrommler, in: brandeins-online 3/03 (http://www.brandeins.de/magazin/archiv/2003/ausgabe_03/schwerpunkt/artikel1.html), S.1-6.
- MERKEL, W. (2001): Soziale Gerechtigkeit in Deutschland. Warum Studiengebühren gerecht und hohe Sozialleistungen ungerecht sein können, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2.01.01, S. 6.
- NOLTE, P. (2002): BürgerInnen, ins Parlament! In: t.a.z. vom 28.11.02, S. 12.
- OTTO, J. (2003): Lernziel Deutsch, in: Die Zeit, Nr. 10/03, S. 38.
- POLANYI, K. (1944): The Great Transformation, Wien.
- REINBERG, A. / HUMMEL, M. (2001): Stillstand ist Rückschritt. Bildungsexpansion in Westdeutschland; IAB-Kurzbericht 8/2001, S. 1-7.
- SCHULZE-BÖING, M. (2002): Fördern durch Fordern. Fordern durch Fördern? Aktivierende Arbeitsmarktpolitik und die Rolle von Kommunen (http://www.nelp.de/beiträge/03_akstaat/schulze-boing.htm), S. 1-13.
- SCHWENDEL, H. (1999): Globalisierung mit europäischem Gesicht. Der Kampf um die politische Form der Zukunft, Berlin.
- SEELEIB-KAISER, M. (2002): A Dual Transformation of the German Welfare State? in: West European Politics 4/02, S. 25-48.

- SELL, S. (2002): Zukunftsfaktor Kinder. Eine nationale Initiative als gesellschaftliches Reformprojekt, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 12/2002, S. 698-705.
- SVR ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG (2003): Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2003, Internetversion, S. 1-88.
- VOLZ, J. (2003): Großbritannien: Erfolgreiche antizyklische Wirtschaftspolitik, in: DIW-Wochenbericht 13-14/03, Internetversion, S. 1-8.

Auf dem Wege zu globalen Eliten

Neue politische Machtkonstellationen im Entstehen

Hermann Schwengel

Wie vielfältig und widersprüchlich die Prozesse der Globalisierung auch verlaufen – sie verschärfen die Krise der politischen Repräsentation und verführen zur Konstruktion von Elitenbildern, denen dann mit populistischem Protest entgegen getreten werden kann: *Davos men gegen Seattle people* (Schwengel 2000). Die Krise der politischen Repräsentation (Vester u.a. 2001) hatte schon unter dem Vorzeichen fortgeschrittener kapitalistischer Modernisierung begonnen, nämlich mit technologischem Strukturwandel, Erosion der sozialen Basis kontinentaleuropäischer Wohlfahrtsstaaten, Kultur der Diffusion und Individualisierung, wird aber durch den gegenwärtigen Globalisierungsschub noch einmal zugespitzt, sodass nicht mehr Reform, Transformation oder Neubildung politischer Parteien, Bewegungen und Netzwerke die Antwort zu sein scheint, sondern Elitendezisionismus und unkonzentrierter populistischer Protest. Tatsächlich aber lassen sich schon heute Elemente einer globalen Elitenkonfiguration ausmachen, die es zu sortieren gilt, um zu einer Theorie globaler Elitenbildung zu kommen, in deren Kontext wiederum die europäische Elitenbildung zu verorten ist.

Drei Wege werde ich im Folgenden nicht beschreiten, obwohl sie für die Theoriebildung am Ende ebenso unverzichtbar sein werden wie der hier verfolgte Weg. Zunächst macht es noch keinen Sinn, globale Elitenbildung aus der Perspektive sozialer Bewegungen systematisch zu betrachten, so wie die neuen sozialen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre ein Jahrzehnt später zum Gegenstand einer Bewegungsforschung geworden sind. Eine solche politische Perspektive verführte heute entweder zu anti-globalistischen Affekten wie bei Naomi Klein (Klein 2000) oder zur Hochrechnung der post-strukturalistischen Kritik der großen bürgerlichen und marxistischen Erzählun-

gen zu einer neuen großen Erzählung gegen das *Empire*, wie Hardt und Negri die falsche Ordnung benennen (Hardt und Negri 2002). Hochrechnen lassen sich zweitens auch nicht die Beschreibungen nationaler Elitenbildung auf eine höhere multi- und transnationale Ebene. Wie es eine empirische Frage ist, ob die Unternehmensverflechtung nur zu multinationalen Unternehmen oder zu originär transnationalen Unternehmen (vgl. Mann 1990) führt, so ist es auch eine empirische Frage, wie weit die Verflechtung der Eliten bereits gegangen ist. Drittens schließlich ist es zu verführerisch, die Wissenslücke zwischen dem vermuteten tiefen historischen Einschnitt durch Globalisierung und der empirisch noch jungen Durchdringung aller Lebensverhältnisse durch Informations- und Biotechnologien durch suggestive Bilder von Eliten zu überbrücken. Robert Reichs Symbolproduzenten, Richard Sennets *Davos men* als Konstrukteure des flexiblen Menschen und die Wahrnehmung der Eliten der neuen Ökonomie als Gründungsspekulanten, Gründungsbank-rotteure oder schöpferische Zerstörer, wie es sie vor einem Jahrhundert ebenfalls schon gegeben hat, bleibt noch zu plakativ. Die Verführung ist groß, die noch nicht erreichte theoretische Reife durch Akteursbeschwörungen, d.h. die Beschreibung globaler Eliten, die im Prozess der Globalisierung Macht ausüben, zu ersetzen. Auch eine Soziologie der Reportage, die die Verflechtungen wirtschaftlicher, politischer und kultureller globaler Eliten in den *global cities* zum Ausgangspunkt nimmt, um Chicagoer Schule, Ethnographie und Netzwerkanalyse zu verknüpfen, trägt noch nicht. Noch ist die Masse nicht groß genug, um daraus Theorie und Empirie neuer Buddenbrocks, Rockefellers und Rothschilds zu gewinnen. Dennoch aber gilt es, eine begriffliche Strategie zu entwickeln, die nicht den empirisch motivierten Pessimismus, dass die Globalisierung der Eliten noch nicht sehr weit fortgeschritten sein kann, auch noch theoretisch überhöht, sondern positiv die Möglichkeit theoretischer Analyse der globalen Elitenbildung eröffnet.

Theoriegeschichte als Sortiermodell

Gehen wir von der Annahme aus, dass die Theoriegeschichte Strukturen hervorgebracht hat, die sich auch als Sortiermaschine für die Beobachtung globaler Elitenbildung eignen. Nennen wir mit Scott den elitetheoretischen Hauptstrom die Machiavellisten (Scott 1990). Die Machiavellisten differenzieren sich in Pluralisten und Elitisten im engeren Sinne, aber sie halten an ihrer kon-

stitutiven Annahme fest, dass die Elite in einer Gesellschaft eine aktive soziale Kraft ist und von großer struktureller Kraft auch gegenüber sozialökonomisch definierten Schichten und Klassen. Marxisten haben sich traditionell für die Machiavellisten immer dann interessiert, wenn der politische und kulturelle Überbau für Erhalt und Erneuerung der kapitalistischen Ökonomie so bedeutsam erschien, dass er als eine aktive Kraft und eben nicht als Überbau betrachtet werden musste. Die machiavellistische Elite ist durch strategische und taktische Klugheit, kulturelles Bewusstsein und eine realistische Auffassung der Machtverhältnisse charakterisiert. Die regierende Elite (Pareto 1968) summiert nicht einfach die Leistung der verschiedenen Funktionseliten, sondern offenbart ihre originäre politische Qualität, die sich nicht zuletzt bei Rekrutierung und Erneuerung zeigt. Ob die machiavellistische Elite nun in erster Linie noch an der Aristokratie gemessen wird wie noch zu Zeiten Moscas und Paretos oder ob sie unter moderneren Bedingungen pluralistisch gedeutet werden kann – als Gewaltenteilung der vielen Wenigen – variiert die Leistung dieser Elite, ändert aber nichts an deren Substanz. Heute ließe sich eine regierende Elite vielleicht daran messen, inwieweit sie in der Lage ist, die Produktion gesellschaftlich notwendiger öffentlicher Güter wie Sicherheit, Bildung oder Nachhaltigkeit auf jedem territorialen Niveau zu ermöglichen.

Von dieser politische Identität definierenden machiavellistischen Elite lässt sich eine zweite machiavellistische Elite unterscheiden, die Scott in seinem einführenden Theoriepanorama vermutlich als bloße pluralistische Variation verstehen würde. Es handelt sich um liberale Konsensuseliten (vgl. Field und Higley 1980), die gelernt haben, ihre Ansprüche nach innen und außen kompensatorisch zu behandeln und so die allgemeine stabilisierende Leistung der machiavellistischen Elite gezielt zu sichern. Liberale Konsensuseliten haben zunächst den Machtwechsel historisch und habituell akzeptiert und im Prinzip den liberalen politischen Kampf in Wettbewerb übersetzt. Sie sind historisch zunächst ein außerordentlich knappes Gut, das seine Entstehung außerordentlichen Bedingungen verdankt, seien es die der englischen Revolution von 1688 oder der schwedischen von 1809, seien es die erfolgreichen antikolonialistischen Revolutionen und Verfassungen wie in den Vereinigten Staaten, Kanada, Australien und Neuseeland, seien es die Folgen katastrophaler Niederlagen und historischer Demütigungen wie in Deutschland. Wie knapp dieses Gut tatsächlich ist, lässt sich daran ersehen, wie spät in Frankreich und Italien wirklicher Machtwechsel institutionalisiert worden ist, wie sehr er in Japan noch behindert ist – eine der wesentlichen Ursachen der japanischen

Stagnation – und wie wenig dauerhaft er in Lateinamerika und Asien bisher war. Konsensuseliten sind genauso rar wie zivilisierter Wettbewerb, weil beide nicht nur auf den Rahmen geltender Institutionen angewiesen sind, sondern im Habitus rückversichert sein müssen. Konstitutiv haben liberale Konsensuseliten zum erfolgreichen *nation building* gehört, vor allem bei Instabilität mit sich bringendem schnellem sozialökonomischem Strukturwandel. Heute wären liberale Konsensuseliten vielleicht dadurch definiert, dass sie in und mit ihrem Machtwechsel die Institutionalisierung des globalen Wettbewerbs, gesteigerte Wahlchancen und faire Regeln ermöglichen.

Von den Machiavellisten lassen sich – um im Wortbild Scotts zu bleiben – die Hegelianer unterscheiden, die allerdings keinen so sichtbaren Theoriestrom gebildet haben. Sehr viel mehr als die Machiavellisten reflektieren die Hegelianer den „herrschaftssoziologischen“ Umgang mit Differenzierungs- und Strukturbrüchen, deren konzentrierte kulturelle Deutung und verallgemeinernde Verarbeitung in Werten. Sie sind mehr Werteliten, während sich die Machiavellisten eher als Machteliten beschreiben lassen. Aber auch die Hegelianer halten an einer allgemeinen Klasse fest, die die sozialökonomischen Klassenwidersprüche, gesellschaftlichen Differenzierungen und kulturellen Ambivalenzen in sich und für die Gesellschaft aufhebt. Für diesen strukturell elitistischen Hegelianismus steht die Idee einer von ihren Interessen emanzipierten amerikanischen liberalen Elite, wie sie von öffentlichen Personen von Walter Lippman bis zu Lionel Trilling repräsentiert wurde. Eine unglückliche Variation dieser allgemeinen Klasse findet sich auch in der deutschen Zwischenkriegszeit, wenn von der synthetischen Leistung einer geistigen Wertelite geträumt wird, die die gesellschaftlichen Widersprüche und Ambivalenzen verschwinden lässt (vgl. Lenk 1994). Heute wäre die Frage, ob eine selbstsüchtige Revolte der amerikanischen Elite diese Verantwortlichkeit abgestreift hat (vgl. Lasch 1995) und *think thanks, spin doctors* und interessierte, immer kampagnebereite Netzwerke nur noch Versatzstücke dieser modernen elitistischen Leistung erbringen, oder ob neue systemische Elitenbildung die Krise des Wissens (Dirk Baecker) formatiert und überwindet.

Von dieser ersten Spezies von Werteliten lässt sich wiederum eine zweite unterscheiden, die die Geschichte der modernen Avantgarde im Rücken wie im Nacken hat. Diese intellektuellen Werteliten vermitteln zwischen der eigenen hoch gezüchteten Selbstbeobachtung, Selbstvariation und Selbstkontrolle und der aktiven unteren „linken“ Mitte der Gesellschaft, die sich nicht ständig nach der Spitze strecken will, aber dennoch mit Stolz, Qualifikation und Energie das

Leben in die eigenen Hände nehmen will. Pierre Bourdieus politische Soziologie ließe sich so auch als Elitentheorie und -kritik lesen, die die Verbindung von gezielter Intellektualität mit den neuen Konflikten um die Definition von Luxus und Notwendigkeit, Distanz und Raffinesse, kleiner und großer bürgerlicher Gesellschaft organisiert. Heute ginge es vielleicht darum, ob sich eine bewusste „globale Mitte“ aus aufstiegs- wie verantwortungsbereiten *middle classes* in Zentren und Semiperipherien bildet, die einen fairen Kompromiss für Handel, Migration, Sozial- und Umweltstandards trägt, die Inklusion der Peripherie massiv mitfinanziert und eine intellektuell-politische Repräsentation anreizt, die ihre Interessen im Konflikt der Eliten vertritt. Zwar haben die westlichen sozialistischen Parteien aufgehört, in den Kategorien von Interesse und Repräsentation, Avantgarde und Aktivität, globaler Klassen- und politischer Vertretungsstruktur zu denken, aber die Globalisierung wird ganz sicher auch diesen Elitetypus reaktivieren.

Keiner dieser Elitetypen existiert für sich selbst, immer dominiert – strukturalistisch – die Beziehung zwischen ihnen und lässt einfache Entgegensetzungen wie die von reinen Macht- und reinen Werteliten unwahrscheinlich werden. Es kommt hinzu, dass die Unterscheidung zwischen jeweils zwei verschiedenen machiavellistischen Machteliten und zwei verschiedenen hegelianischen Werteliten von einer zweiten fundamentalen Unterscheidung, also nicht der von Machiavellisten und Hegelianern selbst, regiert wird. Es handelt sich um die Unterscheidung zwischen zwei verschiedenen systemisch erzeugten Problemlagen, die mit Modernisierung und Globalisierung auftreten und auf die Machiavellisten wie Hegelianer dann reagieren. Modernisierung erzeugt von Anfang an Problemlagen von Differenzierung und Integration, die immer komplexere Identitäten verlangt, um immer wieder gesteigerte Differenzierungsniveaus auszuhalten. Machiavellistische Eliten antworten darauf mit dem intelligenten Angebot öffentlicher Güter, die zunehmend zugleich auf lokalem, regionalem, nationalem und globalem Niveau – hier spielt schon die Globalisierung hinein – erbracht werden müssen und die machiavellistischen Eliten so untereinander in Konflikt bringt. Hegelianische Eliten reagieren auf dieselbe Problemlage mit der Konstruktion zugleich komplexer und vitaler Werte, dem intelligenten *spinning* von Gemeinschaft, vernetzender Dienstleistung und der Pflege wertkonservativer Bestände. Globalisierung auf der anderen Seite ist mit Technologie, Kapitalmärkten und politischer Ökonomie der Tertiarisierung aufs engste verbunden (Esping-Andersen 1990) und erzeugt vor allem Problemlagen, die aus drastisch gesteigerten Wahlchancen resultieren. Machiavel-

listen antworten darauf mit gesteigertem institutionellem und institutionalisiertem Wettbewerb, der Entlastung der Institutionen durch schnelleren Wettbewerb und vermehrte gezielte Elitenkommunikation. Strukturell-elitistische Hegelianer reagieren darauf mit der Organisation drastisch gesteigerter und verbreiteter gesellschaftlicher Bildung und Qualifikation, breiter Stärkung der qualitativen Angebotsmacht des Wissens und der Verschiebung des Nutzungsschwerpunkts gesteigerter Wahlchancen in die untere Mitte der Gesellschaft. Modernisierung und Globalisierung durchdringen sich durch das Elitehandeln vermittelt immer mehr und verlangen die Inklusion der Nicht-Eliten selbst dann, wenn es nicht das Gebot der Demokratie gäbe. Aber hier zählt die Beziehung zwischen den Prozessen, nicht deren Eigengewicht, so wie die Beziehung zwischen Machiavellismus und Regulatoren vor deren Charakteristika rangiert.

Nicht-Eliten

Modernisierungsprozesse, die zur Spirale von Differenzierung und Integration nötigen und globale Tertiarisierung, die zu gesteigerten Wahlchancen und Wahlzwängen führt – weit tiefer in Arbeitsmarkt, Biographie und Leben eingreifend als die Metaphern der bloßen Modernisierung noch suggeriert haben –, sind nicht nur Gegenstand intervenierender, deutender und konstruierender Eliten, sondern werden im Zeichen des Massenindividualismus von Nicht-Eliten getragen. Field und Higley haben bereits den Zusammenhang zwischen erfolgreichem liberalem Elitenkonsens und der Evolution von Nicht-Eliten-Haltungen in den Blick genommen. Solange die Nicht-Eliten weitgehend durch traditionale egalitäre Haltungen geprägt sind, mag der Kampf der Eliten bis zur wechselseitigen Anerkennung blutig sein, aber er findet in einem überschaubaren kleinen Ausschnitt der Gesellschaft statt. Die Nicht-Eliten mischen sich nur in „bauernrevolutionären“ Ausnahmesituationen in den Konflikt ein. Wenn im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, zwei Jahrhunderte nach der englischen Revolution, die Nicht-Eliten *managerial habits* entwickeln, so Field und Higley, zugleich die ältere egalitäre Haltung der Nicht-Eliten zu modernem Klassenbewusstsein wird und ein weiteres Drittel der Nicht-Eliten unbestimmt in seiner Haltung bleibt (vgl. Field und Higley 1980), ist die Chance auf liberalen Elitenkonsens schon geringer, es steigt die Opportunismus-Wahrscheinlichkeit, und es wächst schließlich die totalitäre Versuchung. Wer

nicht zuvor dabei war, kommt zu spät. Wenn sich der sozialökonomische Strukturwandel noch einmal ein Jahrhundert später weiter in Richtung der fortgeschrittenen Industrie- bzw. Informations- und Dienstleistungsgesellschaft entwickelt, wenn sich managerielle Haltungen auch in den *middle classes* der Semiperipherien durchsetzen und *nation building* zur globalen Norm geworden ist, scheint die weitere Verwaltung des Modells der Konsensuseliten und seiner Modernisierungswirkungen allein davon abzuhängen, dass die etablierten liberalen Konsensuseliten überall Druckkonstellationen erzeugen. In diesem wird die Mischung aus weltweit herrschenden *managerial habits*, mancherorts noch egalitären und vor allem unbestimmten *habits* mit zum Machtmanagement bereiten Eliteformationen zusammengeführt (vgl. Schwengel 2001, S. 269). Die Maßstäbe scheinen nicht mehr von Revolutionen wie in England und Schweden oder von Unabhängigkeitsprozessen gesetzt zu werden, sondern von einer hegemonialen Konstellation wie der nach dem Zweiten Weltkrieg, die heute im Kampf gegen Terrorismus und privatisierte Gewalt verlängert wird. Die Grenzen des Modells von Field und Higley und ihrer machtelitistischen Perspektive liegen aber auf der Hand: Es reflektiert nicht die Möglichkeit, dass sich die modernen *managerial habits* der Nicht-Eliten noch weiter differenzieren – ohne den alten Unterschied von Egalität und Nicht-Egalität zu wiederholen und dass sich auch die modernen Eliten, bevor sie zum globalen Konsensus finden, noch einmal differenzieren müssen, weil nicht mehr *nation building* den Rahmen für Elitenformation abgibt, sondern Globalisierung.

Die oben eingeführte Unterscheidung von Macht- und Werteliten, von Machiavellisten und Hegelianern, wird in dieser Perspektive nicht nur von zwei evolutionären Prozessen – gesteigerte Integration gesteigerter Differenzierung und tertiärer globaler Strukturwandel – gekreuzt, sondern von damit verflochtenen differenzierten und gespaltenen *managerial habits* der Nicht-Eliten. *Managerial habits* bezeichnen zunächst einen nicht-egalitären Umgang mit verschiedenen Ausstattungen an sozialem, kulturellem und ökonomischem Kapital. Das unterscheidet sie zunächst von den egalitären Nicht-Eliten der agrarischen und hochindustriellen Periode. Diese historische Durchsetzung der *managerial habits* korrespondiert aber mit den großen Individualisierungsschüben seit der Neuzeit. Sobald sich die *managerial habits* nämlich aus ihrem polemischen Gegensatz zum Egalitarismus gelöst haben, beginnen sie sich selbst zu differenzieren und die Lockerung ihrer sozial-räumlichen Bindung zu reflektieren. Auf der einen Seite entwickeln sich dann *managerial habits of the heart*, die den Umgang mit gesellschaftlicher Veränderung derart thematisieren, dass

relative Identitäten entschieden behauptet, entwickelt oder konstruiert werden, von synkretistischen Identitätsmanagern oder Sozialstaat, lokal-globalen Bewegungen oder Advokaten ethnokultureller Behauptung. Auf der anderen Seite bilden sich *habits of the brain*, d.h. managerielle Haltungen, die die Steigerung von Wahlchancen für die Individuen in den Vordergrund stellen, die *choice* als strukturierendes Verhalten und Lebensform für alle und überall hervorheben. Die manageriellen Haltungen der Wahl und der Identität bilden keineswegs einfach die vorhandenen sozialstrukturellen Milieus ab – wie die ganze Individualisierung liegen sie ein Stück weit quer zu Schichtungs- und sozialen Lagen –, sondern sie typisieren zunächst einen reflexiven Umgang mit gesellschaftlichem Strukturwandel. Dieser Umgang weist über den Gegensatz von egalitären und manageriellen Haltungen hinaus, um dann die Milieus selbst umzuformen. Eliten gewinnen dadurch einen höheren politischen Status – die Individuen sind clever geworden, meint Anthony Giddens – sodass machiavellistische wie hegelianische Eliten nicht auf einen zu gestaltenden Strukturwandel allein stoßen, sondern auf bereits aktive Gesellschaften.

Wenn wir jetzt einen Schritt weiter gehen, können wir die Unterscheidung von machiavellistischen und hegelianischen, von Macht- und Werteliten nicht nur mit Struktur- und habituellem Wandel verbinden, sondern mit – natürlich ebenso differenzierter – neuer Milieubildung (vgl. Vester u.a. 2001). Dadurch wird der hier skizzierte elitetheoretische Ansatz anschlussfähig für die entwickelte Sozialstruktur-, Lebensstil- und Milieu-Debatte zunächst in den Zentrums-gesellschaften. Differenzierungsprozesse und Strukturwandel sind nicht nur Vorgabe oder Objekt für Elitenhandeln, Nicht-Eliten sind nicht nur Träger dieser Entwicklungen, sondern werden selbst zu strukturierenden Kräften – strukturierend im Sinne von Anthony Giddens –, wenn neben die organisierenden Machteliten Werteliten treten, die diese Potentiale aktivieren, verstärken und einbetten. In allen westeuropäischen Gesellschaften finden wir moderne sowohl bürgerliche wie Arbeitnehmersmilieus, die reflektiert leistungs-, aufstiegs- und statusorientiert sind (vgl. Vester u.a. 2001, S. 48 ff.), deren Struktur für semiperiphere Gesellschaften anschlussfähig ist. Während große Teile der traditionellen Arbeitnehmer wie der bürgerlichen *middle class* sich damit begnügen, dass Machteliten ihnen die kollektiven Güter wie Sicherheit, Gesundheits- und Bildungsinfrastruktur oder die angemessenen Wettbewerbsbedingungen zur Verfügung stellen, sind die modernen Milieus durch Differenzierung und Strukturwandel stärker affiziert, den Deutungsangeboten der Werteliten zugänglich und im Prinzip bereit, als *stakeholder* zu partizipieren. Natürlich

gewinnen diese modernen Milieus dadurch ein sehr viel stärkeres Gewicht als die alten *classes moyennes*, insoweit sie die stärkere strukturierende Kraft gegenüber den früheren Hauptklassen darstellen. Sie sind aber auch konkurrierenden Werteliten ausgesetzt, die an differenzierte *managerial habits* appellieren. Moderne Arbeitnehmersmilieus werden in ihrer ausgeprägten Wahlorientierung dadurch offen für Werteliten, die die – finanzierte – Verständigung transnationaler Arbeitnehmerschichten anstreben. Moderne bürgerliche Milieus sind komplementär dazu offen, eine neue transnationale Bürgerlichkeit zu schaffen und dem *spinning* professioneller Akteure auf diesem Feld Leben zu verleihen. In der neuen Mitte findet so ein „kleiner Klassenkampf“ mit starken strukturierenden Wirkungen statt, zwischen und vermittelt mit dem Konflikt der Machteliten und dem still gestellten Dualismus der traditionellen Klassen. Die hedonistischen, postmodernen und traditionslosen „Randmilieus“ (vgl. die graphische Darstellung bei Vester u.a. 2001, S. 46ff.) entfalten ihre diffuse Strukturwirkung vor allem dann, wenn die strukturierende Kraft der neuen Arbeitnehmer- und neuen bürgerlichen Milieus nicht von konkurrierenden Werteliten formatiert wird, sondern in einer blutleeren neuen Mitte verblasst.

Jedes Element dieser konstruierten Beziehung von Eliten, Nicht-Eliten, Strukturwandel und Milieus ist natürlich umstritten, zu jedem gibt es Bibliotheken sozialwissenschaftlicher Auseinandersetzung. Es kommt zunächst nur darauf an, die Vermittlungsleistung von Eliten zu skizzieren, die in der Lage sind, die widersprüchlichen und mehrdeutigen Modernisierungs- und Globalisierungseffekte aufzunehmen und in gesellschaftliche und politische Selbstbestimmung zu überführen. Imaginäre globale Klassenkämpfe zwischen den Armen und den Reichen, zwischen Sicherheit, Gesundheit und Bildung als Ware oder als kollektivem Gut, zwischen *Empire* und sozialem Körper mögen Reflexion, Vorstellung und Motivation anreizen, strukturierende Kraft erwächst aus ihnen nicht.

Fünf strategische Konstellationen

Es gibt fünf Felder, die durch die differenzierten Macht- und Werteliten formatiert werden. Vier ergeben sich aus der Entwicklung von Macht- und Werteliten mit Differenzierungs- und Strukturwandel. Das fünfte Feld, auf dem Eliten

als professionelle Avantgarden tätig sind, ergibt sich aus dem Zusammentreffen der zuvor skizzierten strukturierenden Kräfte.

Liberales Konsensuseliten müssen heute global ausgerichtete Wettbewerbseliten werden, die am transnationalen Aushandlungsprozess teilnehmen, dort konkurrierenden Gesellschaften gemeinsame Wettbewerbsregeln und -zumutungen auferlegen, aber auch ihrer traditionellen *middle class clientèle* offenen Wettbewerb zumuten. Das führt zu Spannungen mit den liberal-konservativ eingerichteten *middle classes*, die sich für die Repräsentanten des bürgerlichen Leistungs- und Tugendwettbewerbs gehalten haben, der sie in die gehobene Position gebracht hat, in der sie sich befinden oder zumindest zu befinden glauben. Die konservativ eingerichteten *middle classes* haben bisher den Wettbewerb als einen *way of life* interpretiert, der ihnen verdienterweise den Platz in der Gesellschaft zugewiesen hat, der ihnen zusteht. Die Beschwörung des Mittelstandes, der Innovation und Beständigkeit – Aug' in Aug' mit der Formel von Innovation und Gerechtigkeit – miteinander verbindet, dessen Kapital- und Vererbungsbasis deshalb erhöht werden müsse, ist auch das Pfeifen der Wettbewerbseliten im dunklen Wald der Globalisierung. Wenn sie die bürokratische Mitbestimmung attackieren, fürchten sie zugleich das steigende Transparenzniveau, das die tatsächliche Strukturbildung, Gewinne, Verluste und Versäumnisse sichtbar macht. Es ist zumindest genauso schwierig, eine libertär-wertkonservative politische Vermittlung zustande zu bringen wie eine demokratisch-progressive. Auf globalem Niveau ist der Maßstab erfolgreicher liberaler Konsensuseliten, nämlich selbst in hohem Maße integriert zu sein („strong elite integration“) und zugleich die Vielfalt der Gesellschaft zu repräsentieren (vgl. Burton und Higley 2001), kaum einzuhalten. Vor allem der geordnete Machtwechsel, der für die Leistungs- und Anpassungsfähigkeit der Eliten im *nation building* ausschlaggebend gewesen ist, kommt global nicht zum Tragen, obwohl sich auf europäischer Ebene eine Synchronisierung der politischen Konjunkturen abzeichnet. Dennoch gibt es einen normativen Kern: Gegenüber *failing states* entsteht eine Elitensolidarität, es gibt einen gewissen Konsensus, was das elementare politische Verhalten betrifft und die wechselseitige Anerkennung der rivalisierenden Parteien, was die Usancen des Machtwechsels betrifft. Im Binnenverhältnis der sich langsam formatierenden globalen Konsensuselite sind die Dinge aber noch sehr im Fluss. In der historischen Perspektive wird deutlich, dass die Verschiebungen in der Sozialstruktur von der agrarischen zur industriellen Gesellschaft sich in der Elitenrepräsentation zwar abgebildet haben, aber mit deutlicher Verzögerung in der parlamentari-

schen Repräsentation und erst recht im Kabinett, was jedenfalls Großbritannien betrifft (vgl. Putnam 1976). Parteigründung und neue Repräsentation brauchen Zeit, Seniorität behauptet sich eine Weile auch gegen die Sozialstruktur, und die Mitgliedschaft in repräsentativen Institutionen entfremdet auch aufsteigende neue Eliten von ihrer Herkunft. Die Frage ist, ob die mit der Globalisierung verbundenen sozialstrukturellen Verschiebungen einfach nur verzögert abgebildet werden, oder ob sich das historische Beispiel der Vereinigten Staaten durchsetzt. In Abwesenheit aristokratischer europäischer Klassen und durch die Wirkung eines frühen Massenwahlrechts und individualistischer Grundierung aller Parteien ist dort eine stärker vom sozialstrukturellen Wandel entkoppelte kontinuierliche stabile Elitenbildung und -transformation möglich gewesen. Aber auch hier gilt, dass wir nicht wissen, ob sich dieser Modus gegenüber dem gegenwärtigen Strukturwandel bewähren wird. Jedenfalls ist die relative Stabilität der unternehmerischen Eliten, die Behauptung ihres Habitus als Selektionskriterium für die Nachfolge (vgl. Hartmann 2002) keinesfalls ein Hinweis auf geglückte Globalisierung der Machteliten, sondern eher das Gegenteil.

Im Schoße liberaler Konsensuseliten sind mit der wohlfahrtsstaatlichen Verfassung industrieller Vergesellschaftung *welfare elites* gewachsen, die, nachdem der Wohlfahrtsstaat eine gewisse Ausdehnung erreicht hat, auf eigenen Beinen stehen. Sie vertreten nicht mehr in erster Linie eine mit dem Bürgertum rivalisierende Arbeiterklasse, um schließlich in einen historischen wohlfahrtsstaatlichen Kompromiss einzuwilligen. Vielmehr repräsentieren sie das vernünftige Angebot kollektiver Güter, die notwendig sind, um die Infrastruktur der Vergesellschaftung zu sichern. Von kollektiven Gütern kann niemand ausgeschlossen werden, sie sind für jedermann zugänglich und dürfen nicht zu positionalen Gütern werden, die die mit der privaten Güterproduktion verbundene Ungleichheit und Statusdifferenz ausdrücken und steigern. Weil kollektive Güter diese Chance nicht bieten, ist der Anreiz, an ihrer Erbringung teilzunehmen, nicht notwendig gegeben. Umgekehrt besteht im Falle ihrer Erbringung das Risiko, dass sie ohne Gegenleistung in Anspruch genommen werden. *Welfare elites* müssen deshalb professionelle Kompetenz wie gesellschaftliche Mehrheiten für die Erbringung öffentlicher Güter mobilisieren können. Sie sind machiavelistische Machteliten wie die sich langsam global formatierenden liberalen Konsensuseliten, aber sie bleiben auf die territoriale Verfassung als Legitimitätsquelle angewiesen, das ist ihre Stärke gegenüber den Sicherheit, Bildung und Nachhaltigkeit suchenden mobilen Faktoren, aber auch ihre Schwäche, weil diese öffentlichen Güter nur differenziert auf lokalem, regionalem, natio-

nalem, europäischem und globalem Niveau erbracht werden können. Die sozialräumliche Differenzierung ihrer Leistung, professionelle Kompetenz und Mehrheiten für die Erbringung kollektiver Güter zu mobilisieren, ist also das Nadelöhr, durch das alle *welfare elites* hindurch müssen. Wohlfahrtseliten arbeiten nach den Prinzipien der Output-Demokratie, sie erbringen notwendige Leistungen für das Volk und mobilisieren dafür die notwendige sozialstrukturelle Basis, aber sie vermitteln weniger die Beteiligung des Volkes an der politischen Definition der kollektiven Güter.

Beide machiavellistischen Machteliten leiden gegenüber der Geschwindigkeit und Tiefe des globalen Strukturwandels an kultureller Schwäche. Den Wohlfahrtseliten, die sich ihren Platz in den nationalen Konsensuseliten in langen gesellschaftlichen Konflikten erobern mussten – sei es ein kleiner liberalpluralistischer oder großer korporatistischer Platz – geht die in der Konflikterfahrung akkumulierte Wärme aus, sodass alle Zustimmung von Erfolg und Misserfolg des professionellen Kompetenzmanagements abhängt. Es kommt hinzu, dass die Erbringung öffentlicher Güter einen so großen Raum in der Gesellschaft einnimmt, dass bürokratische Formate nicht zu vermeiden sind und die Repräsentanten kollektiver Güter zu unbeweglichen bürokratischen Eliten werden können. Wird dagegen die Erbringung an erhöhte private Einkommenschancen für die Wohlfahrtseliten verbunden, werden Charakter und Leistung öffentlicher Güter leicht beschädigt. Ein hohes Niveau öffentlicher Güterproduktion und deren steuerliche Ermöglichung ist in reicheren Gesellschaften ohnehin nicht leicht zu begründen: Auf der einen Seite scheint hohe positionale Güterproduktion, die gesteigerte Inszenierung der Statusdifferenz, die kulturell stärkere Orientierungsleistung aufzuweisen, wenn auch subtile Verteilungskämpfe, Frustration der Verlierer, Verschwendung von Ressourcen und Austrocknen der sozialmoralischen Bestände an Großzügigkeit und Freundlichkeit die Folge sein mögen. Die *welfare elites* bräuchten also umso stärkere kulturelle Kraft, um komplexere öffentliche Güter professionell anbieten und dafür mobilisieren zu können. Sie bedürfen der Werteliten, um diese immer größer werdende Lücke zu schließen. Das gilt auch für die sich global formatierenden liberalen Konsensuseliten, die in einer vergleichbaren Double-Bind-Situation stecken: Auf der einen Seite gilt es, die Gesellschaft für den institutionalisierten Wettbewerb und den institutionellen Wettbewerb gleichermaßen zu öffnen, das *rent-seeking* zu vermeiden und Trittbrettfahrer-Effekte auszuschließen. Dafür wird die unendliche Steigerung positionaler Güterproduktion, gesteigerter Statuskampf und verbissene Positionssuche in Kauf genommen, die aber – das

ist die andere Seite – zentrale Bedingungen gesteigerter globaler Wettbewerbsfähigkeit verletzen. High-tech-Produktion und high-quality-Dienstleistung verlangen zunehmend kulturelle Kompetenzen wie Großzügigkeit, Freundlichkeit und Toleranz als öffentliche Güter zu erbringen, damit high-tech- und high-quality-Kreisläufe in Gang kommen und sich selbst tragen. Werteliten müssen diesen Widerspruch aufheben.

Knowledge elites sind schon lange nicht mehr allein technisch-naturwissenschaftliche Intelligenz, die Ingenieure und Techniker, die sich von den Facharbeitern unterscheiden und die Mitte ausdrücken. Sie sind auch nicht mehr die alternative Intelligenz, die von Universitäten, öffentlicher Sphäre und moralischen Zünften aus den kulturellen Horizont zu definieren suchen. Diese Gruppen gehen auf in einer breiteren Schicht, die Professions- und Kommunikationsgemeinschaften organisieren, strukturieren und zusammenhalten. Es sind *knowledge-*, *opinion-* und *image-broker*, die professionell Kommunikationsprozesse gestalten können, ein Publikum kreieren, definieren und vermitteln können, flexible Zugehörigkeiten stiften und das Management „tertiärer Unternehmen“ bestimmen. Die Werteliten an ihrer Spitze unterscheiden sich kaum oder jedenfalls nur graduell von den vielgestaltigen Subeliten und Unteroffizieren des Kommunikationskapitals und gut bezahlten Routinedesignern, aber sie vermögen relative Identitäten für Produzenten und Konsumenten zu definieren. Denkfabriken und *spin doctors*, Marktforschung und strategische Kommunikation stehen für eine sehr viel breitere und differenziertere Klasse von Werteliten, die im Entstehen ist. *Knowledge elites* als Werteliten verstanden gründen, definieren und unterhalten identitätsstiftende Kommunikationsgemeinschaften um Produkte, Lebensstile und Denkweisen herum, die es ohne sie in dieser Form nicht geben würde. Denkfabriken, Forschungseinrichtungen und Universitäten kämpfen mit um Führungsrollen, wer die Wissensformate bestimmt und die Handlungsalternativen formuliert. In Großbritannien sind Aufstieg und Krise des *spinning* von Kommunikationseleiten bereits zu verfolgen, *spin doctors* haben Aufstieg und Fall bereits gleichermaßen erfahren und Verzauberung und Entzauberung ihre Konjunkturen durchlaufen. Die Erzeugung von Vertrauen durch Wissenseliten ist ein anspruchsvolles, immer gefährdetes Vorhaben. Der Austausch von Personen und Methoden zwischen öffentlichem und privatem Sektor hat zugenommen, der Bogen der Methoden spannt sich von kriegswissenschaftlicher kultureller Klimaerzeugung bis zur Austauschbarkeit von Kunst und Kommunikationsdesign, aber immer läuft die Angst mit, das kommunikative Spannungsfeld könne jeden Moment zusammenbrechen. Fast könnte man

meinen, erst mit den Wissenseliten habe die Risikogesellschaft ihre richtige Heimat gefunden. Auch früher einmal oppositionelle Netzwerke wie die *Cultural Studies* haben Zugang zum Feld der *knowledge elites* gefunden. Bei alledem ist die soziale Basis der Wissenseliten vermutlich bürgerlicher als es ihre Selbstbeschreibung häufig nahe legt. Aber diese Bürgerlichkeit ist einem instrumentellem Kosmopolitismus ausgesetzt, der im globalen Wettbewerb offenbar unverzichtbar ist.

Aug' in Aug' mit den *knowledge elites* beginnt sich ganz langsam eine andere Wertelite zu konstituieren, die wir als globale Intellektuelle verstehen können. Jahrzehnte nach Daniel Bells These vom Ende der Ideologien zeichnen sich neue ideenpolitische Formationen ab. Auf Antonio Gramscis organischen Intellektuellen, der die kulturelle Dimension der Klassenwidersprüche zu deuten und zu nutzen wusste, und Michel Foucaults operativen Intellektuellen, der die disziplinären Machtpraktiken zu dekonstruieren und zu verschieben wusste, folgt der globale Intellektuelle, der die Wahlchancen und -zwänge der Globalisierung zu unterscheiden und demokratischen Mehrheiten anzubieten weiß. Schon die organischen Intellektuellen hatten sich mit der Modernisierung differenziert, die Vertretung von Klasseninteressen mit der universalen Produktion von Wissen – von Antonio Gramsci zu Alvar Myrdal – vermittelt und auf die Expansion von Staat und Bildungssystem gesetzt. Als sich die intellektuelle Grundlegung dieser sozialdemokratischen Modernisierungsinellektuellen abschwächte, griffen operative Intellektuelle ein, die ohne den Rückgriff auf die großen Erzählungen differenzierte Angriffe mikro-politisch beantworteten, mit biopolitischen Strategien körperlich umzugehen wussten und den Menschen im Plural verstanden, das heißt, sie setzten bereits auf die Vitalität des tertiären Strukturwandels mit neuen Körpertechnologien und Wissensformationen, Forschungs- und Deutungsmethoden, Lebensstilen und Weltbildern. Die sozialen Bewegungen sind weitgehend in der Gesellschaft verschwunden, deren kulturelle Basis sie umgewälzt haben. Ihre Repräsentanten sind Mitglieder der liberalen Elite oder Repräsentanten kollektiver Güter geworden, die lediglich noch einen Überbau aus differenzierter Technikevaluation, demokratietheoretischer Begleitung gesteigerter sozialer Differenzierung und ästhetisch-anthropologisches *raisonnement* der biowissenschaftlichen Expansion zulassen. Aber die globale Tertiarisierung, die im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts begonnen hatte, hat ihre eigenen Werteliten hervorgebracht, nämlich die beschriebenen *knowledge elites*, zu deren Gründungsgeneration nicht wenige der alten operativen Intellektuellen gehört haben. Das Erbe der organischen In-

tellemuellen liegt eher darin, dass die Entstehung globaler intellektueller Eliten wiederum mit Bildungsexpansion verbunden ist, allerdings mit einem globalen Bildungssektor und dessen gemischter Ökonomie, für die die institutionellen Bedingungen gerade ausgehandelt und ausgekämpft werden. Die zu den Wissenseliten alternativen Werteliten, nämlich die *global intellectuals*, entstehen natürlich erst in der späten Phase der erfolgreichen liberalen Revolution, die dem kapitalistischen Weltmarkt und globalen *ideo-, techno-,* und *ethnoscapes* (Appadurai 1996) zum Durchbruch verholfen hat. Dieser globale Durchbruch provoziert die Globalisierungskritik, das heißt die Behauptung des Gemeinwohls auf lokaler, regionaler, nationaler und kontinentaler Ebene, deren Vermittlung die *welfare elites* überfordert und die Wettbewerbseliten relativ kalt lässt. Intellektuell tritt an die Stelle der immer elaborierteren Gerechtigkeitsdiskurse, die an der amerikanischen Ostküste besonders gut gedeihen, ein populärer Begriff des Gemeinwohls, der in der unteren Mitte der Sozialstruktur verankert ist, nur für konkrete Gemeinschaften existiert und deshalb strukturell eher segmentär ist. An der Vermittlung des segmentären Charakters von Gemeinwohl mit dem universalistischen gesteigerter Wahlchancen und -zwänge wird sich Stärke und Schwäche der *global intellectuals* zeigen. Darin ist die Reflexion verschiedener ziviler Vergemeinschaftungen eingeschlossen, die nicht mehr zwischen religiösen Führern parallel zu Weltwirtschafts- und Welt-handelskonferenzen ausgehandelt werden kann, sondern zwischen den Mehrheiten globalisierter Gesellschaften, die Werteliten formatieren.

Die Beziehung zwischen den jeweils beiden Macht- und Werteliten, auf die es für Dynamik und Stabilität der globalen Gesellschaften ankommt, ist offensichtlich außerordentlich zerbrechlich. Scheinbar natürliche Affiliationen wie zwischen Wohlfahrtseliten und Intellektuellen stehen ebenso unter starkem Druck wie die zwischen liberalen Wettbewerbseliten und Kommunikationsgemeinschaft stiftenden Wissenseliten. Die alte Nähe zwischen dem wohlfahrtsstaatlichen Flügel der Konsensuseliten – als der Druck der Globalisierung noch weniger ausgeprägt war – und den identitätsstiftenden Werteliten ist ebenso problematisch geworden wie die neue Nähe zwischen liberalen Wettbewerbseliten und post-etatistischen Intellektuellen, die sich nach 1989 zu entwickeln begannen. Als am Ende des 20. Jahrhunderts sich in Europa Regierungen der linken Mitte herausgebildet hatten, war zu hoffen, dass sich Wohlfahrtseliten und Intellektuelle auf eine für die Globalisierung offene wie sozial verfasste Europäisierung des Politischen in Europa verständigen würden, die vielleicht zur Demokratischen Partei Europas geführt hätte. Dieser Prozess ist stecken

geblieben, und mit den Mitteln der hier skizzierten Elitentheorie ist es auch möglich zu beschreiben, warum. Die Verständigung zu einem europäischen libertär-wertkonservativen Republikanismus, zwischen italienischer Forza Italia, britischen Konservativen und deutschen Christsozialen erscheint, wiederum elitetheoretisch betrachtet, nicht wahrscheinlicher. Vieles spricht dafür, dass Eliten- und Strukturwandel einen weit längeren Zeitraum in Anspruch nehmen und die Entwicklung einer fünften Eliteformation den Ausschlag geben wird, nämlich die professionellen Avantgarden. Für die soziologische Lektüre hieße das, noch einmal Thorstein Veblen, Hannah Arendt und Guy Debord zu lesen.

Aus der langen Geschichte der industriellen Arbeitsgesellschaft kommt man nicht ohne professionelle Avantgarden heraus. Wie immer Macht- und Werteliten diesen Prozess formatieren, aus dem inneren Dreieck von Erwerbsarbeit, Tätigkeit und Lebensführung müssen elementare Formen der Berufsarbeit kommen, die lange Zeit an der Grenze der Arbeitsgesellschaft gestanden haben mögen, bevor sie nun vielleicht neues Terrain erschließen. Auch wenn manche Debatte zur Arbeit in der *new economy* oberflächlich oder naiv gewesen sein mag, die Spannung zwischen *new economy* und *work*, zwischen Dienen und Tauschen, sozialer Kontrolle und Menschenrechten, Erwerb und Verausgabung rückt erneut in das Zentrum des Interesses. Werteliten müssen ihnen ebenso zur Sprache verhelfen wie die Machteliten sie brauchen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern zu können. Aber es ist eine eigene Welt zwischen Eliten und Nicht-Eliten. Hinter der globalen Tertiarisierung steckt das Wachstum des Humankapitals (vgl. Cohen 1998, Cohen u.a. Hg. 2002). Es führt zu nichts, wenn sich die liberale Ökonomie das Humankapital glaubt einfach einverleiben zu können, ohne sich selbst zu verändern, und es führt ebenfalls zu nichts, wenn Gewerkschaften versuchen wollten, das Humankapital wieder zu organisieren wie die industrielle Arbeit, ohne sich selbst zu verändern. Das globale Humankapital kann sich nur selbst organisieren, konstituieren und zivilisieren. Professionelle Avantgarden organisieren, konstituieren und zivilisieren die globalen Ströme des Humankapitals. Die Geschichte beginnt schon mit den städtischen handwerklichen, kommerziellen und öffentlichen Berufen, mit den Verhaltensdesignern der höfischen Gesellschaft und den Kommunikationsberufen im Fernhandel. Sie setzt sich fort mit der Vermittlung von handwerklichem Können und industrieller Arbeit von Ingenieuren und Facharbeitern, in der Vermittlung von Kontrolle und Motivation beim Angestellten. Die Methoden und Moden des Managements und die Dynamik der informellen Ökonomien lassen sich in ihr ebenso verstehen wie die Vermittlung mit künstlerischer Tä-

tigkeit. Ihre un-mittelbare Vorgeschichte haben die professionellen Avantgarde der globalen Tertiarisierung aber in der *service class*, die in den reifen wohlfahrtsstaatlichen Regimes liberaler oder korporatistischer Prägung gewachsen ist. Sie verbindet ein öffentliches Ethos mit starkem Aufstiegswillen, Bildungs- mit Könnenbewusstsein, Sinn für sozialen Status und sozialen Wandel zugleich und Sensibilität für den Unterschied zwischen Dingen, die man kaufen kann oder nicht. Die globale Tertiarisierung zieht die Talente in ihre Wachstumscluster aus ökonomischen und kulturellen Gründen an. Qualifikationsmigration differenziert sich von Arbeitsmigration, wird zu einem Investitionsfaktor und verlangt dann die Globalisierung von Zertifikaten, Zugängen und Prüfungen. Entscheidend ist nicht nur, wie Macht- und Werteliten auf lokalen, regionalen, nationalen und transnationalen Niveaus Gleichgewichte schaffen, sondern ob Berufe entstehen, die Erwerbsarbeit und gesellschaftliche Tätigkeit, *commitment* und Selbstinvestition, *tolerance* und *prosperity* in Produkten und Dienstleistungen (Florida 2002) in sich verbinden. Nachdem sich die demokratische Frage in den letzten beiden Jahrzehnten immer mehr mit der kulturellen Frage zu verbinden schien, beginnt sie sich jetzt wieder mit den Fragen nach Arbeit und Tätigkeit, professionellem Wissen und Verteilung, Avantgarde und Lebensführung zu verknüpfen. Für viele kehrt die soziale Frage zurück, aber sie ist eine andere geworden. Obwohl wir transnationale Eliten noch lange in nationalen Maßen klassifizieren werden, bilden sich in den entwickelten Gesellschaften Elitenkonflikt und Elitenkonsensus heraus, die für globale Kontexte anschlussfähig sind. Natürlich sind wir etwa von einem transnationalen Parteiensystem noch weit entfernt, natürlich ist die globale Zivilgesellschaft eine nützliche Fiktion für die politischen Eliten, um Verantwortung abzugeben, die Massen nicht an sich heranzulassen und nur die aktive Gesellschaft einzufordern und einzubinden, die für globales Regieren von Interesse sein können. Aber auch hier ließen sich elementare Strukturen bereits beschreiben. Jedenfalls macht es keinen Sinn, kopfschüttelnd die spontane Elitentheorie der Anti-Globalisierungsbewegungen zu betrachten und professionell weiterhin nur die nationalen Eliten zu zählen. Die Elitenfrage ist bereits in das Magnetfeld globaler Demokratie geraten.

Literaturverzeichnis

- Appadurai, A., 1996: *Modernity at large. Cultural dimensions of globalization*, Minneapolis/London.
- Burton, M./Higley, J., 2001: The study of political elite transformations, in: *International Review of Sociology* 11, S. 181-200.
- Cohen, D., 1998: *Fehldiagnose Globalisierung. Die Neuverteilung des Wohlstands nach der dritten industriellen Revolution*, Frankfurt a.M./New York.
- Cohen, D., u.a. (Hg.), 2002: *The economics of rising inequalities*, Oxford.
- Esping-Andersen, G., 1990: *The three worlds of welfare capitalism*, Cambridge.
- Field, G.L./Higley, J., 1980: *Elitism*, London.
- Florida, R., 2002: *The rise of the creative class. And how it's transforming work, leisure, community and everyday life*, New York.
- Hardt, M./Negri, A., 2002: *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt a.M.
- Hartmann, M., 2002: *Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft*. Frankfurt a.M./New York.
- Klein, N., 2001: *No Logo! Der Kampf der Global Players um Marktmacht. Ein Spiel mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern*, München.
- Lenk, K., 1994: *Rechts, wo die Mitte ist. Studien zur Ideologie: Rechtsextremismus, Nationalsozialismus, Konservatismus*, Baden-Baden.
- Lasch, C., 1995: *Die blinde Elite. Macht ohne Verantwortung*, Hamburg.
- Mann, M., 1990: *The rise and decline of the nation-state*, Oxford.
- Pareto, V., 1968: *The rise and fall of the elites. An application of theoretical sociology*, Totowa, N.J.
- Putnam, R.D., 1976: *The comparative study of political elites*, Englewood Cliffs.
- Schwengel, H., 2000: *Transnationale Eliten und posthistorischer Populismus*, in: *Berliner Debatte INITIAL* 1, S. 41-50.
- Schwengel, H., 2001: *Wahl, Identität und Gemeinwohl. Werte- und Machteliten im Konflikt um den Charakter der guten Gesellschaft*, in: Allmendinger, J., (Hrsg.): *Gute Gesellschaft? Verhandlungen des 30. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Köln 2000*, Opladen, Teil A, S. 267-279.
- Scott, J., 1990: *The sociology of elites*, in: Scott, J./Aldershot, H. (Hg.): *Schools of thought in sociology* 1, Elgar.
- Vester, M., u.a., 2001: *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*, Frankfurt. a.M.

Nach Terror, Krieg und Krise

Globale Regionen, ökonomische Vitalität und europäischer Machtwille

Hermann Schwengel

Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Rivalität der Supermächte schien ein neues Zeitalter der internationalen Beziehungen anzubrechen. Nicht nur die politische, sondern auch die wissenschaftliche und kulturelle Szene schien unausweichlich von den neuen Möglichkeiten geprägt. „The international relations scholars can vest the idea of a new agenda for the discipline, while on the policies side the transformation of super power relation also prompted a fresh optimism that the United Nations could now achieve its basic objectives in the pursuit of global peace and security. This was reinforced by the mounting of collective action against Iraq which, for some, provided proof, that „the international community could indeed rally against an aggressor who had violated the fundamental laws of international society“ (Lawson 1994). Diese Passage ist nicht nach dem zweiten, sondern nach dem ersten Golfkrieg geschrieben worden. Sie erinnert daran, die Dinge in ihren längeren Zusammenhängen zu sehen und den historischen Charakter von Ereignissen nicht zu überschätzen, wie einschneidend sie uns Zeitgenossen auch zu sein scheinen. Für einen historischen Augenblick nach dem Fall der Berliner Mauer kam es manchen so vor, als ob nun ein Prozess des rationalen globalen Konfliktmanagements beginnen könne, indem mögliche Konfliktfelder frühzeitig erkannt, gefährliche Auseinandersetzungen eingedämmt, Frieden ausgehandelt werden und die Drohung des militärischen Einsatzes kalkuliert am Ende einer Schritt-für-Schritt-Strategie steht. Sicherheit schien als ein globales öffentliches Gut konstruierbar, dessen Angebot eine gutwillige amerikanische Hegemonialmacht nicht allein, aber in Kooperation mit der Weltgemeinschaft zu erbringen in der Lage war. Sicherheit als ein öffentliches Gut zu erbringen, das nicht in erster Linie in

der anarchischen oder liberalen Interaktion von Staaten und Mächten entsteht, sondern durch die koordinierte Vielfalt verschiedener Akteure von Staaten, Gesellschaften und transnationalen Gruppen. Diese Vorstellung hat ihren Reiz behalten, auch wenn nach dem 11. 09. 2001 und dem zweiten Golfkrieg die hellen Momente weniger geworden zu sein scheinen. Langfristige Entwicklung und einschneidendes Ereignis greifen ineinander, modellieren sich und beschleunigen oder verlangsamen den Gang der Dinge. Gestern haben wir die politischen Konsequenzen des 11. 09. diskutiert, heute sehen wir uns den Auswirkungen der schwelenden Weltwirtschaftskrise ausgesetzt, morgen müssen sich eine Reihe von Akteuren finden, um im Mittleren Osten *region building* ins Werk zu setzen. Aber wer bringt die Dinge zusammen?

Timothy Ash hat erst mit dem 11. 09. das 21. Jahrhundert beginnen lassen. Der Konflikt der Ideen und Interessen um dessen Gestaltung hat begonnen. Karl-Otto Hondrich hat dargelegt, dass unter globalen Bedingungen Normalität und Bedrohung „wie siamesische Zwillinge nur zusammen existieren (können) oder gar nicht. Bedrohung ist der Preis für Normalität. Wer diesen Preis nicht zahlen will, wer etwa konventionelles Verbrechen oder neuen Terrorismus mit Stumpf und Stiel ausrotten will, der zahlt einen höheren Preis: Mit der Bedrohung vernichtet er auch die Normalität“ (Hondrich 2002). Hondrich hat Recht. Im Geflecht wechselseitiger globaler Abhängigkeiten entstehen immer wieder Bedrohungen, die durch verschiedene Warngemeinschaften gegen ökologische Risiken, ungebremsten Individualismus aggressive oder wuchernde Staatstätigkeit zum Thema gemacht werden, um sie dann mit den bekannten Erwartungshorizonten zu vermitteln. Das ist der Ort der Medien. Es gibt keine paradiesische Normalität ohne Bedrohung und keinen Naturzustand der Bedrohung aller durch alle, der nicht nach Entschärfung und Normalisierung verlangte. In dieser normalen bedrohten globalen Welt verlieren Motive der älteren Friedensbewegung, im Schatten der absoluten Bedrohung des Weltkrieges gewachsen, an Gewicht. Aber auch der Anspruch amerikanischer Eliten, die Vereinigten Staaten repräsentierten Fähigkeit und Willen, die Hobbesianische Welt wechselseitiger Bedrohung zu regieren, hat so keinen weltgeschichtlichen Boden unter den Füßen (vgl. Kagan 2003). Der Zusammenhang zwischen den europäischen Revolutionen von 1989 und dem Ende der Bipolarität, der Logik und Logistik des globalen Terrorismus und politischer Instabilität und zwischen nachholendem nationbuilding und vorgreifendem region building, ist es, auf den es ankommt.

Die entscheidende Frage ist aber, *welche* Verknüpfung von Normalisierung und Bedrohung sich durchsetzt. Hondrich greift zu kurz, wenn er ein Weltgewaltkartell mit den Vereinigten Staaten an der Spitze affirmiert, dessen enge Definition der Sicherheit durch Nationalstaaten in lokalen Machtzentren exekutiert und legitimiert wird. Wenn Staaten diese Rolle nicht angemessen ausfüllen, werden sie in dieser Perspektive zu *failing states*, deren Regime notfalls gewaltsam ersetzt werden muss. Eine solche Perspektive lädt zum globalen Dezisionismus ein: heute ist es der Irak, morgen Iran, Syrien und Nordkorea, übermorgen Libyen und Saudi-Arabien, dann vielleicht Venezuela, Kolumbien und Simbabwe. Es wäre allerdings nur die halbe Wahrheit, gegen dieses Weltgewaltkartell die alten Rechte souveräner Nationen – gebündelt in den Vereinten Nationen – den Pluralismus der zivilen Gesellschaften und den Identitätswillen lokaler Gruppen und Gemeinschaften ins Feld zu führen. Das Westfälische System konstruierter Staaten, das scharf zwischen den inneren Friedens- und Abhängigkeitsverhältnissen, in die in der Regel von außen nicht eingegriffen werden darf, und den äußeren Sicherheitsbeziehungen, in denen der Krieg unter völkerrechtlich definierten Bedingungen die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, dieses System ist zwar nach dem Jahrhundert der Extreme (Hobsbawn) immer stärkeren Legitimationszwängen ausgesetzt, aber es gibt eine tief sitzende Hemmung, an dem System selbst zu rühren. Das Weltgewaltkartell geht weiter, es ist ein Stück notwendiger politischer Monopolisierung der globalen Gewalt, ein Stück Transformation militärischer in polizeiliche Macht und Eröffnung des demokratischen Konflikts um die rechtmäßige Gestaltung globaler Ordnung, jedenfalls wenn der Zugang zu diesem Bildungsprozess für alle global interessierten Akteure offen ist. Auch Menschenrechte bedürfen dieser Durchsetzung. Keine noch so richtige Ablehnung der deutschen Beteiligung an der Besetzung des Irak darf diesen Zusammenhang ignorieren. Auf die Gründe kommt es an. Der entscheidende Einwand gegen die Leitidee eines Weltgewaltkartells, wie es nicht nur in den Vereinigten Staaten vertreten wird, ist nämlich kein westfälischer: Jeder Prozess der Monopolisierung von Gewalt bedarf heute, wenn er eine wechselnde Legitimität in Anspruch nehmen will, des komplementären Einstieges in den Ausgleich zwischen Armen und Reichen, des Wachstumskompromisses zwischen globalen *middle classes* und der globalen Vermittlung zwischen verschiedenen regionalen Wirtschaftskulturen. Legitimität durch Demokratie verknüpft Monopolisierung der Gewalt und ökonomischen Ausgleich. Das war die Formel für bürgerliche Emanzipation, das ist die Formel für die Einheit von Rechts- und Sozialstaat und das wird

die Formel für globale Demokratie sein. Freihandel, *good governance* und offener Zugang zu Wissen, Bildern und Überzeugungen reichen nicht aus, um ein Weltgewaltkartell als Anfang legitimer Monopolisierung von Gewalt zu akzeptieren. Entscheidend ist erneut die Vermittlung von Politik und Ökonomie unter dem Zeichen von Terror und Krise. Aus der Herstellung dieses Zusammenhangs allein erwächst die lebensnotwendige Beruhigung der Dialektik von Normalisierung und Bedrohung, daraus entstehen die Lebens- und Handlungsfähigkeit von Gesellschaften und deren politische Aufrichtigkeit.

Sicherheit als öffentliches Gut zu verstehen heißt also nicht nur, Gewaltdrohung und Gewalt Risiken zu verringern, sondern den Individuen Handlungsfähigkeit gegenüber dieser Dialektik von Normalisierung und Bedrohung zu ermöglichen.

1 Privatisierte, staatliche und kulturelle Gewalt

Erhard Eppers wichtiger politischer Beitrag zur Debatte nach dem 11. 09. bestand in dem Hinweis, dass die neue terroristische Gewalt nicht in erster Linie aus rivalisierenden Staaten erwächst, sondern aus privater sozial fragmentierter und *glocal* gebildeter wie kommunizierter Gewaltbereitschaft. In dieser Perspektive hat der privatisierte Terrorismus mehr mit organisierter Kriminalität als militärischer Auseinandersetzung gemeinsam – wenn man so will, mit den Partisanen als historischer Übergangsform. Nichtsdestotrotz erwachsen alle bekannten Terrorismen entweder noch aus älterem umstrittenen *nationbuilding*, wie bei Basken und Iren, oder aber mehr noch aus neueren global-regionalen Konflikten oder beiden, sei es im Nahen Osten oder Zentralasien. Weil die terroristische Gewalt zugleich privatisiert und regionalisiert ist, muss die sie zählende politische Gewalt zugleich öffentlich und global sein.

In der Debatte um die politische Natur des Terrorismus ist zu Recht zwischen drei Herkunftstypen unterschieden worden, der aus der in Motiven und Logistik tatsächlich privatisierten Gewalt, der aus autoritär und misslungener Staatsbildung und der aus einem religiös-kulturellen Fundamentalismus. Erst wenn alle diese Momente zusammenkommen, entsteht jene umfassende Bedrohung, von der so häufig die Rede ist. Ansonsten nutzt „die Rede vom weltweiten Terrorismus... nur den Vereinigten Staaten, weil sie eine durch den permanenten Kriegszustand in Atem gehaltene Alte Welt brauchen“ (Todd

2003: 64). In der amerikanischen Debatte vor dem Irak-Krieg ist der Bush-Administration schon sehr früh vorgeworfen worden, die politische Qualität einer Invasion im Mittleren Osten nicht zu begreifen. Aber der geopolitische Wille, die Region zum Anker einer globalen Ordnungsstrategie zu machen – mit dem Irak, Libanon und Palästina als neuem arabischen Zentrum von Entwicklung, Marktwirtschaft und Säkularismus – war stärker. In ihm kommt auch das europäische politische Motiv des *region building* zum Ausdruck, wie hegemonial verzerrt es manchen Europäern auch erscheinen mag. Weil mit einer List der Geschichte die Amerikaner vielleicht einem europäischen Motiv zum Durchbruch verholpen haben, dürfen sich die Europäer nicht auf einen kultivierten Skeptizismus gegenüber amerikanischen Machbarkeitsillusionen zurückziehen, einen Skeptizismus, der gleichermaßen von historischer Konflikt- wie Wohlstandserfahrung genährt ist. Dem amerikanischen hegemonialen Liberalismus von Märkten und Nationen gilt es ein ebenso universales Prinzip entgegenzustellen, nämlich das föderaler globaler Regionen. An die Stelle des Westfälischen Systems konkurrierender okzidentaler Nationalstaaten, das immer schon komplementär die Beherrschung *orientalistischer* Welten eingeschlossen hat, soll die Interaktion selbstbewusster globaler Regionen treten, die im Austausch vielfältige Wirtschaftskulturen und politische Gesellschaften hervorbringen. In diesen Prozess muss investiert werden, dieser Prozess muss sich in der Zusammensetzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen ausdrücken und in diesem Prozess entstehen *ways of life*, die nicht nur die Verschiedenheit der Individuen und globaler *middle classes* ermöglichen – und den Protest dagegen –, sondern kulturell verschiedener Zivilgesellschaften. An diesem Punkt ist ein klares Wort auch gegenüber dem liberalen Amerika notwendig, das bei aller Kritik an der geopolitischen Hybris ihres Landes weiterhin daran glaubt, dass Amerika das Laboratorium der Welt schlechthin ist (vgl. Appadurai 1996), in dem auf einzigartige Weise die Diversität der Welt vermittelt, inszeniert und hergestellt wird. Kulturell können die Europäer diesem Anspruch nur entgegen treten, wenn sie sich nicht auf eine klein- und alteuropäische Idee beschränken – indem sie etwa Russland, der Türkei und den Gesellschaften des Mittelmeerraumes den Zugang zu Europa in der Zukunft verbauen – sondern sich selbst als ein Laboratorium verstehen, das andere Laboratorien zulässt. Nicht der Kampf der Zivilisationen, sondern die Vermittlung zivilisatorischer Laboratorien ist dann die europäische Formel.

Globale Regionen werden nur aus regionalen Rechtsstaaten bestehen können, die öffentliche Güter wie Sicherheit, Nachhaltigkeit und Bildung effektiv

zu erbringen vermögen und ihre politische Souveränität nach unten und oben föderativ zu teilen bereit sind. Die regulative Kraft der Idee globaler Regionen beginnt bereits, bevor sie normativ erfüllt ist. Wenn in drei Jahrzehnten China und Indien die dritt- und viertgrößte Volkswirtschaft der Erde sind, werden sie dem Prinzip globaler Regionen zum Durchbruch geholfen haben, weil sie bereits jetzt mehr Eigenschaften globaler Regionen als klassischer Nationalstaaten aufweisen. Die Vielfalt von Ethnien, die Komplexität dieser Zivilisationen, das lange und verschiedene Gedächtnis, die Differenz der Einbildungskraft und die originären Antriebe zu einer eigenständigen Wissensökonomie sind schon spürbar. Man kann nicht auf diesem Feld den interregionalen Dialog suchen, das Weltgewaltkartell aber nach überkommenen nationalen Interessen definieren. Umso weitsichtiger ist es, auch heute den Nahen Osten und seine Konflikte als einen Vorgriff auf die Entstehung globaler Region zu verstehen, dessen politische Förderung unbedingte europäische Priorität hat. Noch kurz vor dem Beginn der letzten Intifada der Palästinenser war die Entstehung einer globaler Regionalität im Nahen Osten fast mit den Händen zu greifen, saßen israelische junge Unternehmen schon in den Startlöchern, innovative und kooperative Netzwerke zu entwickeln, und schienen manche arabische Regierungen bereit, sich auf einen Prozess des *region building* einzulassen. Vielleicht eröffnet sich diese Chance noch einmal. Dann bedarf es eines aktiven langfristig denkenden Europa, das von der Nachkriegsprosperität bis zum Helsinki-Prozess seine Erfahrungen als unverzichtbarer Nachbar anbietet, aber auch weiß, wie sehr es sich selbst in diesem Prozess verändern muss. Kein noch so liberalpaternalistisches Amerika mit echten Führungsqualitäten, das heißt mit „einem weiten Horizont, dem Respekt vor unserem gemeinsamen Menschsein, dem Wissen, dass wir genauso viel von anderen lernen müssen, wie wir ihnen zu vermitteln haben“ (Paul Kennedy), kann diese unverzichtbare Nachbarschaft ersetzen. Aufgeklärte neokonservative Betreiber des Regimewechsels im Irak mögen allerdings für sich in Anspruch nehmen, dass ein solches *region building* erst nach der Entmachtung – dann aber aller – autoritären Regimes und der Liberalisierung der Märkte Fahrt gewinnen könnte.

Von einem langen Transformationsprozess ist da die Rede, für den die Europäer im letzten Jahrzehnt eine Menge Erfahrung gewonnen haben. Dieses *region building* im Mittleren Osten hat – noch – nicht den Horizont einer konkreten europäischen oder eurasischen Union vor Augen, ihre zerbrechlichen Regimes sind demografisch in einer Übergangskrise (vgl. Todd 2003), die Ideen einer islamischen Demokratie noch nicht ausgeprägt und die Verknüpfung von

Terror und staatlicher Gewalt, Partisanentum und Fundamentalismus ungebrochen. Dieses *region building* findet zumal nicht unter globalen Prosperitätsbedingungen statt wie das osteuropäische in der zweiten Hälfte der 90er Jahre, sondern gerade im Zusammenhang einer weltweiten Nachfrageschwäche. Selbst wenn es gelingt, Sicherheit als ein globales und regionales öffentliches Gut herzustellen, das den wiederkehrenden Gewaltzyklus bricht, setzt Dynamik globaler Märkte damit noch ein.

2 Krise und Vitalität

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass der *overstretch* der amerikanischen Macht aus Stärke – nach 1989 und informationstechnologischer Aufschwung – in einen *overstretch* aus Schwäche umschlägt. Wenn private und öffentliche Verschuldung, die Last, zwei Fünftel der globalen Militärausgaben aufzubringen, und die Überforderung des amerikanischen Binnenmarktes, *consumer of the last resort* für die Welt sein zu sollen, offenbar werden, aber alternative politische Wege nicht zuvor angelegt sind, ist eine solche Entwicklung denkbar. Stagflation reimte sich dann auf Deflation. Allerdings haben die sich Vereinigten Staaten in den letzten drei Jahrzehnten sowohl gegenüber der Krisenerfahrung von *decline* als auch in der zweiten Hälfte der 90er Jahre – bei allen sozialen Kosten und geplatzten Zukunftswechselln – als außerordentlich anpassungsfähig erwiesen. Ihr erneuerter hegemonialer Liberalismus mag sich der großen Krise mit Erfolg entgegen stellen. Aber auch dann bildete nicht das goldene Zeitalter immer währenden Wachstums nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern die lange Welle von Gründungs-, Spekulations- und Öffnungsprozessen in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg die Perspektive, in der globale Arbeitsteilung und hochtechnologische Revolution, globale Verteilung und Entwicklung des Humankapitals vermittelt würden. Wie sehr die Zeichen der neuen Ökonomie verschwunden sein mögen, das, was sie bezeichnen haben, steht erst am Anfang seiner Entwicklung. Französische Autoren wie Emmanuel Todd neigen dazu, nicht ganz ohne Schadenfreude den Niedergang einer amerikanischen Weltmacht, die nicht mehr auf überlegener technologischer Produktion und überlegener universalistischer Kultur beruht, sondern auf Konsum und Militär, an die Wand zu malen. Aber eine Achse Paris-Berlin-Moskau wäre ganz offenbar noch zu sehr vom unsicheren Umgang dieser europäischen Mächte

mit den Katastrophen des 20. Jahrhunderts geprägt, als dass sie aus sich heraus eine vitale Alternative zur amerikanischen Vermittlung von alter und neuer Ökonomie und Weltordnung anbieten könnte. Noch schaut das erste karolingische Europa nach innen, das zweite britische, skandinavische, süd- und osteuropäische im Zweifelsfall nach Westen, und noch irrt der Blick des dritten Europa von Russland über die Türkei bis zum östlichen und südlichen Mittelmeer umher, aber die Dinge bedingen Form anzunehmen. Die Verteidigung einer außerordentlich ambivalenten Vergangenheit und die Risikoscheu gegenüber einer globalisierten Ökonomie sind jedenfalls keine guten Ratgeber. Auch deshalb ist das britische Element unverzichtbar, nicht nur, weil es mit Nord- und Südeuropa das europäische Spektrum komplettiert, sondern weil es die tiefe Abhängigkeit des politischen *institution building* von globaler wirtschaftlicher Prosperität repräsentiert. „Sicher ist“, schreibt auch Emmanuel Todd, „dass die endgültige Entscheidung der Briten für oder gegen den Euro von kapitaler Bedeutung sein wird – nicht nur für Europa, sondern auch für die Vereinigten Staaten“ (Todd 2003: 237). Die europäische Tür mittelfristig für Russland, die Türkei – das ist schon geschehen – und für die irano-arabisch-israelische Welt zu öffnen, ist so nur die andere Seite dieser Medaille. Auch hier geht es zuerst um einen intensivierten erweiterten Erfahrungsraum, der die Mobilität von Kapital, Technologie, Wissen und Personen massiv steigert und die geistigen Energien in ein neues Laboratorium fließen lässt. Der Diversität und demzufolge diesem *region building* wird die politische Ordnung folgen und nicht umgekehrt.

Wenn es tatsächlich so ist, dass sich in einer langen, von tiefer Ungewissheit geprägten Phase alte und neue Ökonomie durchdringen, die dabei geschnürten Produkt- und Dienstleistungspakete nicht nur in den alten entwickelten Industriegesellschaften, sondern in Schwellengesellschaften ebenso wie in allen *global cities* wahrgenommen werden können, wenn nachholende Industrialisierung und prospektive *service economy* zugleich die Massen in die Städte zieht und sie eine Fülle von formellen und informellen Austauschbeziehungen eingehen lässt, demografische Instabilität und Migrationsdruck zunehmen, dann ist eines sicher: Dieser globale *trial* und *error*-Suchprozess kann nicht auf ein Format festgelegt werden. Die Diversität verschiedener Wirtschaftskulturen, die sich entlang der Bildung globaler Regionen entwickeln, aber mit Grenzen sehr flexibel umgehen, ist für ökonomische Vitalität unabdingbar. Welthandels- und Geldinstitutionen müssen diese Diversität, die notwendigen Puffer in einer auf lange Sicht instabilen Übersetzungsperiode, fördern, statt sie doktri-

när zu unterdrücken. Das Weltgewaltkartell muss – das ist die Pointe – gerade für wirtschaftskulturelle Diversität eintreten, damit aus dem Kartell nach und nach legitime globale Monopolisierung von Gewalt werden kann. Liberalisierte Märkte, wachsende *middle classes* und Rechtmäßigkeit können den Gesellschaften nicht mit einem *big bang* von einem Weltgewaltkartell auferlegt werden, wenn kein regionaler Raum für Lernprozesse, Versuch und Irrtum, Ausleben von Verstehen und Missverstehen angeboten wird. Wenn aus Religion Kultur werden soll, was islamischen Gesellschaften genauso schwer fällt wie es christlichen schwer gefallen ist – gleichwohl für Demokratie, Recht und Organisation unabdingbar –, bedarf es sensitiver Trägerschichten, reifender *middle classes* und widersprüchlicher Bildungsprozesse, die Zeit, Raum und globale Anerkennung brauchen. Die christliche Übersetzung von Religion in Kultur ist dabei nicht das Maß der Dinge, es mag intensivere, verbindlichere oder expressivere Vernunft geben, auch wenn die Freiwilligkeit der Zugehörigkeit zu den unveräußerlichen Menschenrechten gehört. Die Geschichte der Staatsgewalt belegt die Notwendigkeit von Zeit, Raum und Anerkennung, die sich liberale Nationalstaaten mit hohen Kosten genommen haben, und globale Regionen nun brauchen wie die Luft zum Atmen. Es ist auch der Nährboden für eine lange globale Prosperitätswelle. Wolfgang Reinhard hat gezeigt, in welchem hohen Maße die zur Verfügung stehende historische Zeit der Faktor gewesen ist, dass sich Staaten im wahrsten Sinne des Wortes bilden (vgl. Reinhard 2001), und die Kritik an Samuel Huntington's *Kampf der Kulturen* ist vor allem die, dass er dem gegenwärtigen Bildungsprozess von Zivilisationen im Verhältnis zur Entstehung ihrer Kernstaaten und ihrer Kernreligionen so wenig Raum gibt (vgl. Huntington 1996). Aber in Europa sollte man sich auch immer wieder klar machen, dass die Kritik an dem mehr schlecht als recht zusammen gezimmerten Weltgewaltkartell nicht die Politik der Ideen ersetzt, wie einem erfolgreichen *region building* in alten und neuen globalen Regionen vorausgeht. Wer der Türkei eine europäische Zukunft verwehren, am Rheinischen Kapitalismus möglichst wenig ändern will und den amerikanischen Willen zur Demokratie nur für den Überbau einer ressourcensichernden Geopolitik hält, beraubt sich selbst der intellektuellen Mittel Globalisierung zu gestalten.

3 Ein europäischer Wille zur Macht

Nach alledem reicht es nicht aus, wenn die Europäer auf internationalen Konferenzen wie in Johannesburg Meinungsführer für globale Gerichtsbarkeit, Umwelt und kulturelle Identität sind, sondern ihr Wohl und Wehe hängt davon ab, inwieweit sie Wille und Kompetenz zur globalen politischen Ökonomie aufbringen, unabdingbar zur Verknüpfung von Weltgewaltkartell und Reform der Weltwirtschaft. Auf diese politische Ökonomie baut dann die lange Reihe der Übersetzung von Militär in globale Polizei auf. Es ist weltfremd, die Vereinten Nationen, so wie sie sind, bewaffnen zu wollen, internationale Streitkräfte aufzustellen und gemeinsame Uniformen zu entwickeln. So wie die Vereinten Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg auf den Subtext der Bipolarität angewiesen waren, um mit einer Stimme zu sprechen, so werden die Vereinten Nationen in Zukunft auf den Subtext globaler Regionen und deren Repräsentation im Sicherheitsrat angewiesen sein. Sehr viel realistischer wäre es, die Institutionen der Welthandelsorganisationen, der führenden Industrienationen und der globalen Arbeitsorganisationen bei den Vereinten Nationen stärker zu bündeln und zu einem Weltwirtschafts- und Sozialrat zu verknüpfen. Eine solche Evolution korrespondierte mit dem global-regionalen Subtext, der Erbringung des öffentlichen Gutes Sicherheit – verbunden mit Nachhaltigkeit und Bildung – und brächte ein universales europäisches Interesse zum Ausdruck. Den Amerikanern ist es in den 80er und 90er Jahren immer stärker gelungen, schreibt Herfried Münkler, die Definitionskompetenz über Probleme und Lösungen an sich zu ziehen, während die Europäer dem nichts Vergleichbares entgegenzusetzen hatten (vgl. Münkler 2003: 146). Die geäußerte amerikanische Kritik, die Europäer überließen den Amerikanern die harte Hobbesianische Welt von Diktatoren, Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln und globaler Kriminalität, während sie es sich selbst in der wärmenden Vorstellung eines Kantianischen ewigen Friedens bequem machten, muss nicht moralphilosophisch zurückgewiesen, sondern politisch überboten werden. Die Europäer müssen die härteren Fragen stellen und die härteren Antworten geben, den Zusammenhang von legitimer Monopolisierung der Gewalt und gerechter politischer Ökonomie herstellen und die Artenvielfalt der Wirtschaftskulturen sichern. Bei alledem wissen wir, dass sehr viel Amerika in Europa und sehr viel Europa in Amerika ist – und beide vom Austausch unter gleichen mit anderen leben –, dass Staaten und Gesellschaften kommunizierende Systeme sind und keine Container, erst recht im Zeichen der Globalisierung.

Aber dennoch gilt es, in zweifacher Weise Farbe zu bekennen. Auf der einen Seite muss europäischer und deutscher Gesellschaft gesagt werden, dass ein globaler Wachstumskompromiss mit den aufstrebenden Gesellschaften und die Finanzierung des Anschlusses der zurückgebliebenen Kosten- und Anpassungszwänge für alle bedeutet, dass der relative Wohlstand unserer Gesellschaft in der Welt zurückgeht, manche uns am Herzen liegende Branchen abnehmen werden und der Alterskonsum zugunsten gesteigerter Bildung verringert wird. Die Anerkennung dieser Tatsache ist die Voraussetzung dafür, die flüchtenden Eliten in eine wirkliche Verteilungsdebatte zu zwingen. Es ist wieder die Frage, wie wir arbeiten und leben wollen. Aber die Frage wird nicht mehr wie vor zwei Jahrzehnten im Kontext komfortabler reifer Modernisierung gestellt – unter dem nuklearen Schirm des Ost-West-Machtkartells – sondern beschleunigter Globalisierung. Die Habermassche Sequenz von Arbeit, Interaktion und Sprache wird auch wieder in der Gegenrichtung gelesen, weil unter den Bedingungen der Globalisierung der Zugang zu Arbeit ein öffentliches Gut wird, dessen Bereitstellung vor allem politische Legitimität stiftet. Es ist eine historische Ironie, dass das Recht auf Arbeit in dem Moment eine Renaissance erfährt, in dem die klassische industrielle Vollbeschäftigung zurücktritt. Es ist eine Illusion zu glauben, dass dieser Prozess weniger schmerzhaft, weniger konfliktanfällig und weniger Ungleichheit stiftend sein wird als die industrielle Modernisierung. Es ist nicht so, wie Bill Emmott schreibt, dass „dank der Massenerziehung und der Wissensökonomie drei Punkte, die Schmerzgrenze der Gesellschaft nicht mehr zwischen den Schichten, geschweige denn benachteiligten und bevorzugten Fraktionen [verlaufe], sondern zwischen der breiten Mehrheit und einer kleinen Minderheit von sozial Ausgeschlossenen“ (Emmott 2003: 261). Alle europäischen Gesellschaften sind von dem Konflikt geprägt, dass seit zwei Jahrzehnten für Alterssicherheit, Gesundheit und Stabilität der Arbeitsmärkte weniger öffentliche Güter zur Verfügung stehen, aber für soziale Investitionen, Intelligenz des Konsums und die öffentliche Güterbildung und Wissen auch nicht mehr. Das ist der Verteilungskonflikt unserer Tage. Die Entwicklung in den Vereinigten Staaten hat gezeigt, dass es nicht nur um die Exklusion der Armen geht, sondern die starke Rolle, in die die untere Mittelklasse in den Jahren des amerikanischen Wohlfahrtskapitalismus gespielt hat, immer mehr an Geltung verliert. Am Ende der 60er Jahre hatten die Vereinigten Staaten ein Maß an Gleichheit wiederhergestellt, das in etwa dem der Unabhängigkeitsperiode entsprach (vgl. Cohen 1998). Der Schutz der Armen war wie in Europa nicht nur auf das paternalistische Wohlwollen der Reichen an-

gewiesen, sondern von der sozialen Macht der unteren Mittelklasse gesichert. Aber auch damals waren natürlich soziale Sicherheit und Machtbalance davon abhängig, dass – damals industrielle – Modernisierung diese Macht- und Verteilungschancen schaffen konnte. Insoweit ist heute die Beteiligung an der informationsindustriellen und tertiären Modernisierung des globalen Kapitalismus die Grundlage jeder Macht- und Verteilungschance.

Am Umgang mit dieser Frage entscheidet sich das Schicksal der europäischen Politik, vor allem der sozial- und christdemokratischen Parteien und ihrer Fähigkeit zu sozialer Erneuerung und kreativem Wettbewerb. Außen- und Sicherheitspolitik, Gesellschaftspolitik und europäische Demokratie greifen sehr viel stärker ineinander als vor europäischen Revolutionen, Währungsunion und Globalisierung. Im Prozess der europäischen Verfassungsbildung ist diese Tatsache bereits deutlich geworden. Welche institutionellen Regelungen der Konvent aber auch immer findet und welche Gestalt der Kompromiss in der europäischen Verfassung dann gewinnt, wie sehr wirtschafts- und gesellschaftspolitisch die Europäer wieder eine dynamische Vermittlung von Schumpeter und Keynes für eine europäische Wissensökonomie entwickeln, wie erfolgreich sie ihr Programm von Lissabon umsetzen und auf den globalen Märkten vertreten, ohne die Selbsterneuerung der europäischen Parteien, die »von der Irak-Krise bis zum Zahnersatz« wieder in Zusammenhängen agieren, werden die Dinge nicht vorankommen. Neue Ökonomie, Fragmentierung der Organisations- und Mobilisierungsbereitschaften, Hybridisierung der Kultur und Privatisierung der Gewalt fordern die trägen Kräfte von Staat, zivilen Gemeinschaften und Parteien schon lange heraus. Führend zur Bildung autoritärer »Ränder« in der Mitte der Gesellschaft, lassen die modernen Informations- und Kommunikationsmittel für die verschiedensten Zwecke in Dienst treten und die *knowledge industry* wachsen. Aber dieser Wandel hat Grenzen und wird umschlagen, nicht in eine einfache Renaissance älterer Gemeinschaften, wohl aber in die Verknüpfung von Aufstiegsbereitschaft und Orientierungsbedarf mit dem Angebot öffentlicher Güter auf lokaler, regionaler, nationaler und globaler Ebene. Je mehr Produktion, Zirkulation und Konsum globaler werden, die Privatisierung zuvor staatlicher Tätigkeiten überall voranschreitet, je mehr wächst auf der anderen Seite der Bedarf an angemessenen öffentlichen Gütern, die eine dynamische private Produktion erst erlauben. An den Angeboten öffentlicher Güter bilden sich dann wieder Organisations- und Mobilisierungschancen von Parteien, Initiativen und Bewegungen. Nicht mehr der alte Rechtspopulismus in Frankreich oder der jüngere postmoderne in Österreich, den Niederlan-

den und Dänemark stellt die entscheidenden Herausforderungen dar, sondern wie sich die großen industrie- und zivilgesellschaftlichen Blöcke verändern. Schon Berlusconis Selbstorganisation des italienischen Kapitalismus, der nicht mehr auf dem Turiner Industrialismus und der Alimentierung des Südens beruhen soll, sondern auf der politisch und medial formatierten Nutzung eines »dritten Italien«, das moderne Unternehmens-, Organisations- und Produktivitätsformen mit traditionellen Formen zu vermitteln sucht, mag bei aller Groteske bereits zu einem europäischen libertär-wertkonservativen Republikanismus gehören, der auf den globalen Strukturwandel amerikanisch-unternehmerisch antworten will. Ob sich dagegen die Revolte der *Menge* bilden wird, wie Hardt und Negri in ihrem Kultbuch *Empire* nahe legen, ist zweifelhaft. Ob er die *checks and balances* der liberalen amerikanischen Gesellschaft zur Verfügung hat – und ob diese in den Vereinigten Staaten weiterhin zur Verfügung stehen –, bleibt dabei offen. Zwar ist *New Labour* auf die Größe Großbritanniens geschrumpft, weil klar geworden ist, wie sehr der britisch definierte *dritte Weg* von den amerikanischen *Clintonomics* abhängig war, aber die Elemente eines europäischen Progressivismus sind dennoch darin enthalten. Wenn man Aznars liberal-konservatives Spanien hinzuzählt, das durch Europa ökonomischen Vorteil wie Selbstbewusstsein gewonnen hat, und das robuste wohlfahrtstaatliche Regime Schwedens, das in seiner Erhaltungs- wie Veränderungsfähigkeit einer europäischen demokratischen Partei zum Vorbild dienen könnte, scheinen sich die Strukturen eines europäischen politischen Wettbewerbs herauszubilden. Es ist verwirrend, wie sich in, mit und gegenüber der geopolitischen anti-europäischen Koalition in Europa während des Irak-Krieges und die sich abzeichnende neue Formatierung des europäischen politischen Wettbewerbs widersprechen und durchdringen. Der kurze sozialdemokratische Sommer am Ende der 90er Jahre war zu sehr, das wissen wir heute, die Blüte eines globalen konjunkturellen Zyklus, dessen politische Struktur weder Gesellschaften noch Sozialdemokraten verstanden hatten. Diese Struktur erzwingt eine neue Ideenpolitik, die Außen-, Innen- und Gesellschaftspolitik wieder zusammenfügt, Terror, Krieg und Krise wieder in politischen Zusammenhängen denken lässt und jedem klar macht, dass nun endgültig alle Dinge auf Europa zulaufen (Joschka Fischer). Wenn die Ideenwelt öffentlicher Güter die gesellschaftswissenschaftliche Antwort auf die Durchsetzung globaler privater Märkte ist, so ist die Verfassung Europas als exemplarischer globaler Region die politische Antwort auf die Unzulänglichkeit der alten Welt von Märk-

ten und Nationen, an der die amerikanische Welt aus Leidenschaft und Interesse festhält.

Literatur

- Appadurai, Arjun (1995): *Modernity at Large. Cultural Dimensions of Globalization*. Minneapolis.
- Cohen, Daniel (1998): *Fehldiagnose Globalisierung. Die Neuverteilung des Wohlstands nach der dritten industriellen Revolution*. Frankfurt/Main/New York.
- Emmott, Bill (2003): *Vision 20/21. Die Weltordnung des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt/Main.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2002): *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt/Main/New York.
- Hondrich, Karl-Otto (2002): *Die normale Bedrohung*. In: *Badische Zeitung* vom 7. 9. 2002.
- Hungtington, Samuel P. (1996): *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. München/Wien.
- Kagan, Robert (2003): *Macht und Ohnmacht. Amerika gegen Europa in der neuen Weltordnung*. Berlin.
- Münkler, Herfried (2003): *Der neue Golfkrieg*. Reinbek.
- Reinhard, Wolfgang (2001): *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart*. München.
- Schwengel, Hermann (1999): *Globalisierung mit europäischem Gesicht*. Berlin.
- Todd, Emmanuel (2003): *Weltmacht USA. Ein Nachruf*. München/Zürich.

Asian Security as a Global Public Good

Hermann Schwengel

Introduction

Asia is beset by security dilemmas.¹ These dilemmas have their origins in the collective memories of Asian societies, and were sharpened by colonial experience and intensified by interaction patterns of the Cold War period. These pre-colonial, colonial, and post-colonial experiences still influence the perceptions of contemporary actors. Present day security dilemmas appear to be embedded in the driving forces of technological change, globalization and cultural diffusion.² Policy makers need conceptual tools to resolve these dilemmas, or at least manage them by bridging the different ways of thinking about them. This chapter is an attempt to construct a conceptual bridge by proposing the idea of global public goods.

To conceptualize security dilemmas in terms of globalization, structural change, or the polarities of realist versus liberal political theory is a start. But more concrete results are needed, for example good governance, sustainable growth and cultural resilience. Reaching consensus on the best route from diagnosis to reform is, however, more difficult than ever. In the years since the fall of the Berlin Wall, those advocating Kantian agendas for peace have suffered disenchantment, but so too have those proposing new Hobbesian world orders. The expectation of an era of fresh opportunity for international peace

¹ Alan Collins, *The Security Dilemmas of South East Asia*, Basingstoke: Macmillan, 2000; Alan Collins, *Security and Southeast Asia: Domestic, Regional and Global Issues*, (Boulder: Lynne Rienner, 2003).

² Compare. Karl Polanyi's famous configuration of "opening" and "closing".

and security³ which characterized the early years of the post-bipolar-world definitely has gone. Those in the moderate center advocate pragmatic means of conflict management, including early attention to potential conflicts, confidence-building measures, negotiated peacemaking, pre-emptive containment of disputes, and the threat or use of military force as a last resort.⁴ Others support a benevolent hegemonial strategy to allow free markets, sustainable development, and democracy to flourish. Policies abound but a vision is needed to direct them.

Towards a fresh discourse

The time is ripe for a fresh discourse on security frameworks. If new concepts of global growth can be manifested to stabilize and strengthen Asian economies, then new comprehensive concepts may be able to meliorate security dilemmas, too. This search for comprehensive concepts should be motivated not by optimism but rather cool political calculation. I propose the concept of global public goods to interpret the dynamics of international relations, security dilemmas and the opportunities of regions such as Asia. One should not confuse this idea with a renaissance of ambitious human security ideals, worthy though that is, but see it clearly as a concept reflecting:

- the persistence of strong states,
- the growing flexibility and cosmopolitanism of leaders,
- the strengthening of non-state actors,
- the formation of multiple inter-relationships, allowing
- emergence of “regional states” and “multiple regionalisms”. (Paul Bowles).

Global public goods theory is a way to encompass the experience of structurally expanding global markets demanding new modes of public regulation without waiting for inter-governmental institution building. Asia thus may be

³ Stephanie Lawson, *The new agenda for global security. Cooperation for peace and beyond*, (Singapore 1995).

⁴ See Gareth Evans, *Cooperating for Peace: The Global Agenda for the 1990s and Beyond* (St. Leonards 1993).

come one of the key laboratories for region-building because it is located between the well-established attraction of American global market-building and the new European state-building experience. Southeast Asian regionalism, as manifested in the evolution of the Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) has in part been inspired by and compared to the growth of the European Union (EU) even as academic analysts distinguish it from the European model. At the same time, Southeast Asia has had to adapt to the influences of two large nation-state neighbors, China and India, each representing unique economic, political and cultural institution-building experiences, and to the impact of United States hegemony.⁵ The reaching out by China, Japan, and Korea to ASEAN in the ASEAN Plus Three (APT) initiative is the most recent manifestation of a growing Asian regional consciousness. The literature on globalization carefully distinguishes between the three different levels of globalization, namely, the international, transnational and global levels.⁶ But if one places the historical experiences of China, India, Europe and the United States in the same context, then one may discern new patterns that have much to teach. Policy-makers trained in realist think tanks or state bureaucracies will have to expand their thinking to take these unique patterns into account.

The concept of global public goods

Kaul, Gruneberg, and Stern provide a starting point for global public goods analysis when they asserted that “To understand better the routes of global crisis, whether loud (financial crashes) or silent (poverty), we propose to look at today’s policy challenges through the lens of global public goods”.⁷ To appreciate the usefulness of this concept we have to look at its intellectual history. The main properties of public goods are non-rivalry in consumption and non-excludability of users.⁸ The idea of public goods may be most easily under-

⁵ The Australian experience should be added here for comparative perspective.

⁶ Michael Mann, ‘Has Globalization Ended the Rise of the Nation State?’ *Review of International Political Economy*, Vol. 4, 1997.

⁷ Inge Kaul, Isabelle Grunenberg and Marc A. Stern, *Global Public Goods. International Cooperation in the 21st century* (New York: Oxford 1999). See especially the Introduction.

⁸ Kaul, et. als.(eds.), “Defining global public goods”, in Kaul et al eds, cited above, p. 3ff.

stood in terms of the contrast between markets and states, the former providing private goods, the latter public goods. Furthermore, if we interpret public goods in terms of globalization, that is, transcending the neoclassical contrast of market versus state, we may be able to demonstrate how classes and groups, nations and generations, regions and local communities are managing the consequences of economic uncertainty, political reshuffling of power and cultural differentiation.

But one needs to go beyond the radical-liberal discourse of the 1970s or the conservative-libertarian challenge of the 1980s to make conceptual progress. Too many people in Europe are still stuck in this alternative: Security as a global public good in the first instance has to provide all the benefits people have already come to expect from the global economic order, that is, rising prosperity. Global public goods defined by global movements and humanitarian advocates in the language of United Nations agencies are growing without limit in response to global social problems, which are limitless by nature. If one wants to confine the concept of global public goods to only those areas where private enterprise desperately needs the support of public institutions, i.e. during shortfalls or failure, then there is no conceptual advance, only reaction. Liberal economists have seen public goods only as an institutional means to gain greater efficiency that cannot be provided by private markets, that is, the legitimacy and sovereignty of the state, the predictability of law, the security of property, and the provision of unprofitable public infrastructure. Within these contexts of public choice and institutional competition, the role of public goods will always appear very limited. In contrast, the contemporary interest in global public goods is born out of the original globalization experience but is growing beyond it. If developed, public goods theory could offer pragmatic tools for policy-makers not only at the national level but also to sub-national actors – even though controlling governance costs may remain a concern.

Three advantages and three goods

Three conceptual advantages accrue to the creative use of public goods concepts in framing global private goods markets. First, in the concept of global public goods, the breakthrough of private-market-led institutionalization of global exchange is encompassed. This is the realization that public goods the-

ory is leaving socialism behind while taking its motives and values into a new era. Different levels of public goods provision can be distinguished, each offering well-ordered local, regional, national and continental supply structures, private-public joint production of goods and services and legitimation by global middle classes accepting loyalties not only to local, regional and national public institutions but to responsible transnational political bodies as well. People will have to learn to move between local, national and global levels of identification, interchange, and investment and this will make attractive a public goods theory that provides a map of the pathways.

Secondly, the provision of public goods offers flexible standards because public goods are different from human needs, class solidarities and national identity. In general, public goods can be defined as basic resources or needs for human life. Their other characteristics are access to means of communication, labor and business markets or life chances and – last but not least – the empowerment of people, groups and entrepreneurship to join, to shape and to use markets to develop their own way of life. Current policy-makers have to take into account this liberalization of economic behavior much more than two decades ago. Even the Asian financial crisis has not destroyed this dynamism of economic behavior.

Thirdly, public goods can be provided not only by the state or state agency in public-private-partnership but also by the activities of civil societies in making health care work, enriching education and broadening social communication. Many activities of welfare states, local communities and transnational institutions and movements therefore contribute to a production of public goods making the concept rich and open at the same time. Security, financial stability or sustainability may be provided in fact by local, regional, national and a variety of transnational institutions, but it is necessary to develop public goods at the global level as well. Global public goods cannot be provided without global structure-building. Therefore global public goods are not only defined by their global character but also need explanation as to which level the good is manifested on and at which level the production is coordinated and legitimated. The advantage of the concept of public goods is the ability to link the different territorial and functional levels that are necessary for the production of global public goods.⁹ One can no longer cling to a “realist” or a “liberal” ideology because the provision of public goods on different levels demands different atti-

⁹ The high degree of abstraction is also a source of risk in this concept.

tudes at different times. As in Europe, this conscious flexibility in Asia will be a result of historical experience transformed by the cooperation of policy-makers and historians.

Global public goods are manifold but may be grouped into three bundles: security, sustainability, and education, with social justice possibly added in future. After the Second World War, security was the primary global public good. It was visualized as an answer to global depression, political authoritarianism and war. Three decades later, sustainability had become a modern global public good of equal importance, addressing the crises of global industrialism with protection of the environment, fair trade rules, and stable financial frameworks. A new global public good being developed and institutionalized today is education, which gives global citizens the basic resources, the necessary access and empowerment to manage their own lives. Other public goods like social justice are important but will not be provided on the global level in the near future as there are local and national regulating structures, public bodies and institutions of law capable of doing so. In the longer term social justice as a public good may move from the national to the transnational level, as it is doing cautiously in Europe, but will probably remain on a national or even local and family level in other regions. These national public goods may vary between different levels of development, historical and cultural traditions or political struggle. And local public goods institutions may have to bear the burden of compensating for the failure of global, regional or national provision of public goods. In keeping with the theme of this book, the following passages focus on the public good of security.

Security and regional states

The public good of security appears at all levels. The language of public goods is flexible enough to identify the different contributions to security on each level. States remain as key mediators and nodes of the networks between local, regional, national and transnational levels even, if they do not provide public goods themselves. Joint public-private enterprises need the sovereignty and legitimation of states even more than before. Because of globalization, states are losing and gaining importance depending on their circumstances but all are

adapting one way or the other.¹⁰ Their transformation makes the traditional military-political and the commercial state¹¹ more like what I will call a *regional state* on the global level, one defining itself from the beginning as a dynamic entity moving between federal differentiation and global inclusion. A regional state is a national state whose leaders adopt a regional vision within a global framework and succeed in providing public goods. Adopting the concepts of regional states and public goods will not impose the same stress on policy-makers as conventional regional institution building, which challenged deep commitment to sovereignty held by nationalists. I suggest below that China, India, and the more cosmopolitan states of Southeast Asia may be regional states in embryo.

Thus the modern *regional state* is capable of offering advanced public goods, contribute to transnational and global public goods and encourage the provision of local public goods. In accepting this role, the regional state becomes linked to powerful civil societies, and they undertake community-building as to secure their positions. For the provision of public goods, international civil societies need the regional state like the old liberal domestic society needed the national state in order to flourish. Consequently the discourse on global public goods is part of a global intellectual effort as challenging as the work after the end of the two world wars when the interdependence between private production and politically managed demand, industrial culture and consumerism, interventionist state and open class society had to be re-thought.¹² Historical perspective offering more global options is necessary in order to free the contemporary debate from the context of the last two decades, during which policy-makers were trapped by the concept of sovereignty.

¹⁰ Michel Mann, cited above.

¹¹ Richard Rosecrance, *The rise of the trading state: commerce and conquest in the modern world* (New York: Basic Books, 1986).

¹² Ethan Kapstein, "Distributive Justice as an International Public Good. A historical Perspective" in Inge Kaul et als (ed.), cited above.

The provision security as a global public good

Building on the above observations, we are now ready to analyze security as a global public good. Insofar as we accept global free markets, we must perform accept both opportunity on the one hand and insecurity, risk and conflict on the other. The liberalization of markets for goods and services, capital and money offers chances for established actors to gain – or lose --even more. The distribution of wealth, income and life chances is more unequal than ever. Economic globalization furthermore poses the risk of destabilizing key structures of democracy, and market-driven globalization also deepens ecological crises in many respects¹³. These are reasons to enlarge the concept of security to embrace human security, including the consequences of poverty¹⁴, cooperative development strategies, and human rights. Human security might be identified indeed as a public good characterized by non-rivalry and non-excludability.

But all good reasons have their limits. One is that hegemonial leaders may co-opt human security to legitimize a war on terrorism... or their own power position. A second is that the enlargement of security as a global public good is limited by other global public goods such as sustainability and education because different agencies are responsible and the aggregation of security, sustainability and education and do not coordinate to take collective action automatically. And third, if security does include all moments of a safe life then the concept may help to alert people to the risks of the neoliberal world of privatization, deregulation and risky individualization. But at the same time, this warning does not give any political answer to the structural uncertainties of the post-bipolar world, only a vague wariness and paralyzing skepticism.

The fact is that security as a global public good is provided neither exclusively from *above*, i.e. United Nations arrangements or global movements, nor from *below*, i.e. national democracies or enlightened administrations opening space for grass-roots self-organization. Rather, global security is provided from *within* by multiple regions and overlapping networks of active groups, i.e. the multidimensional interaction of state and agencies, civil society representatives and cultural mediators all understanding their status in relation to a globalized world. Sustainability may be much more organized from *above*, by transna-

¹³ Annual Report, UNEP 2002.

¹⁴ Mahbub UI-Haq, *The poverty curtain: choices for the Third World*, (New York: Columbia University Press, 1999).

tional corporations, high politics and high-specialized global movements – quite different from the origin of Western environmental movements – whereas education is probably organized much more from *below* because the cultural character of education needs the dense interaction of national or even local values and societies – against the imagination of global cultural industries and education managers. Different public goods are provided by different constellations of global, national, regional and local authorities, electorates and people. The concept of public goods does acknowledge competition, choice and democratic decision between different types of political producers. Previously, public goods theory assumed that the distinction between private markets and public authorities would be useful for both. Now, public-private partnership, co-production by producers and consumers and intermediary powers between states and markets are becoming the rule for a global mixed economy.¹⁵ Increasingly, liberal economic elites as well as producers of public goods can discourse in ideological debates in the same language and in front of the same audience.

The provision of security as a global public good organized by regional institutions may engender the following benign effects for other public goods.

- Regional security arrangements may retard the spill-over of trade disputes into political domains,
- Trade patterns may follow investment patterns made safe by regional security arrangements,
- Pursuit of prosperity may benefit from well-designed security environments,
- Secure trade arrangements will retard conflicts by imposing higher opportunity costs.

In the provision of global public goods by regional security-building, the instability provoked by rising great powers like China¹⁶ may be better neutralized than in a more competitive environment. Rising regional powers may contribute to the joint production of the security public good on more than one level – sub regional, regional, or global – proportionate to their size, resources, and

¹⁵ This global *mixed economy* has to be distinguished from the industrial mixed economy although there is some intellectual relationship.

¹⁶ Hung-Mao Chien, Tun-yen Cheng (editor), *The security environment in the Asia-Pacific*, (Armonk, New York: Sharpe, 2000), p. 8ff.

prosperity. Regarding Southeast Asian region-building, the rise of Chinese as well as Indian power interpreted in terms of the provision of global public goods can signal more alternatives instead of fewer.

To sum up thus far, all territorial levels are involved in the provision of public goods, but one level – in the case of security the regional level – will have to take the lead, the anchor role and the goal setter of regime building. This division of labor between multi-level-actors structured around anchor levels depends on the mobilization of overlapping civic communities in and between the states and societies of global regions. The organized multi-level provision of security as a global public good does need the organized mobilization of civic communities corresponding to this political structure. By an irony of history the idea of a politics of global public goods may lead to modern regional differentiation of global society necessary for any political representation of the world as a whole.

Such thinking would certainly have consequences for the structure of the United Nations Security Council. A reformed Security Council would have to represent regions and not only nation states as in the post-Second World War II period. It must take the associations of regional states and their active civil communities increasingly into account. This would require a virtual second chamber of the Security Council that includes global movements, activities and networked civil societies ready to work with global administrations, global firms and public spheres. If Security Council membership were extended to regionally representative members as India, Brazil, Japan, Germany and an African nation, the demand for the representation of public goods providers would remain. This is because public goods are no longer provided only by states monopolizing political and military power but by civil society agencies networking the activities of various local organizations. Their constituent people are interested not only in institutional and military security but also in the security and safety of everyday life.

Southeast Asia as an emerging model?

Security as a global public good is encouraging the interaction between global region building and vocal local communities. In this context China, conceived as a nascent regional state, is not necessarily a threat to enlightened power

holders but rather – like European, Latin American and African associations – may offer a new focus for the provision of public goods. There are five ways in which the organized provision of public goods, and especially the enhancement of security as a global public good inspired by regional organizations such as ASEAN in association with regional states such as China (and possibly India) might contribute to resolving security dilemmas:

1. building transparency and trust in unstable state-society-complexes,
2. managing political frictions arising from region-building processes,
3. stabilizing the interaction between large states and differently composed associations of regional states in the same geopolitical area,
4. promoting inclusion of Asian region-building models in other parts of the world, and
5. coping with cultural hegemony, market dependence, and power-political pressures.

Globalization, modern information technology, and overlapping public spheres have created something like the end of secrecy.¹⁷ Security as a global public good may then include the mobilization of sources of transparency and build trust by revealing the rival and even the enemy in a less threatening light.¹⁸ Responsibility for this regime of transparency can be apportioned between public and private actors so as not to burden one state or group. Obviously, governments have to build up or negotiate structures of friendly interaction between countries and at the same time be on guard against states that might threaten their national interests and survival. Residual skepticism about the intention of others, even of those whose friendship is being sought, is normal in international discourse. But, if security as a global public good provided by associations of regional states is identified and raised in priority, then a system of systematically interacting regional transparency agencies might fill the gap between universalist expectations and real distrust. To put it another way, one can aspire to the transformation of the Westphalian order of states into a Westphalian order of societies. This aspiration is particularly applicable to Asia,

¹⁷ N. Florini, “The end of secrecy“ in *Foreign Policy* Vol. 111 (Summer 1998).

¹⁸ Jeffrey M. Ritter, “Know Thine Enemy: Information and democratic foreign policy“, in Bernhard I. Finel and Kristine M. Lord, *Power and Conflict in the Age of Transference*, (New York and Houndmills 2000), pp. 83-114.

given the region's overlapping ethnicities and nationalities is reflected most obviously in Southeast Asia but also in what I am calling nascent regional states like China or India.

The Asian financial crisis of 1997-1998, for all its short-term damage to economies, was a long-term tonic to the new Asian regionalism. Regional organizations have become energized in all parts of the world and more differentiated in their levels of interaction, and Asia was no exception. Of course, this motivation can no longer be driven by the aspirations of middle-range states defending their status against global as well as local powers, as exemplified by France, but has to be built into the world of multiple regionalism, pragmatic policy-makers and a cultural consciousness of the time necessary to work with the dynamics of states, civilizations and cities. Furthermore a political conjuncture between "soft" and "deep" institutionalization became more visible, as did the convergence of central or decentralized ways of coordination, and legalization and legitimization. As everywhere, Asian actors before the Asian financial crises were structurally hesitant to move beyond certain levels of trade and exchange because opportunity costs were difficult to predict and manage.¹⁹ The crisis produced a "nothing more to lose" syndrome that facilitated restructuring.

Security as a global public good engendered by associations of Asian regional states holds the promise of making costs more calculable and stabilizing the private-political interface. In this way "thick" networks of regional interaction may reduce uncertainty. Even some regional Asian cosmopolitanism could be defined in opportunities and costs and thereby understood, communicated and translated by political and economic elites as well as by cultural or religious leaders. In Europe and, to a lesser degree in the United States, political interfaces have been stabilized by deeply structured party systems channeling social movements, modulating conflicts, and offering inclusion opportunities to previously neglected minorities. While the provision of security as a global public good directed by regional interaction may be more comprehensive and potentially more effective than national political party structuring, just as multilateral agreements are more comprehensive than bilateral agreements, security provision on a global or even regional level is still weak. In the interim,

¹⁹ Jürgen Rüländ, „Dichte oder schlanke Institutionalisierung? Der neue Regionalismus im Zeichen von Globalisierung und Asienkrise“ in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Vol. 2 (2002).

this systemic supply of security as a public good by national party systems and inter-state networks of civil societies may be a beneficial model for Asia. Policy-makers may understand the challenge to substitute the historical European party building by well organized elite communication and “Eurasian” think tanks may organize the discourse on different historical experiences.

Linking Southeast Asia, China, and India

Security as a public good defined in this way may offer different views on the power, rationality and future of large regionally active states like China and India. One can envision a regional space of overlapping communications focused on mutual security issues linking the Chinese experience to the Southeast Asian experience, transcending the national, ethnic and religious differences that have separated the parties heretofore. Societal elites and intellectuals may be well placed to carry out this very selective, limited and flexible initiative, but only if the context of public good provision by governments allows safe and sustainable networking and freedom for flexibility in and between global regions so different as China, India and Southeast Asia. The emerging concepts of global social and political sciences and cultural studies already offer valuable insights into the mutual interpenetration of social knowledge that is a concomitant of this networking and a prerequisite of a security community.²⁰

Regarding regional institutions, ASEAN has often been compared to the European Union and to the MERCOSUR in Southern America. In the bipolar world, the interests of middle range power states like Brazil, France or Indonesia were interpreted as the driving force for region-building, not least in pacifying deep historical conflicts and rivalries and providing leadership for the building of organization superstructures for growing regional markets. In the post-Cold War world, the discussion between neo-realists and neo-institutionalists on the one hand and sociologists and culturalists on the other is shifting towards the latter. In the Westphalian system of societies that is moderating the Westphalian system of states, multi-level politics is not constrained to political institutions. It involves deeply penetrating social interactions, too. There are overlapping state-society complexes making the nascent associations

²⁰ See Schirmer, Chapter 14 in this volume.

of regional states in Asia more and more dependent on the inclusion of civic communities to manage different patterns of cultural identity.

In contrast, it is argued here that the top-down neo-institutional model of European integration is in decline. In certain areas the old European foundational societies interact more deeply than in others, and in some the new European societies are the most vital driving force. In maybe the most interesting case – the interaction between western European core societies and the new “periphery” from Russia and Central Asia to the Middle East and Northern Africa – social interaction is the key force for advanced networking, migration structures and interdependence. Even this model is not complex enough to describe the interaction of societies, communities and groups that regional states can only manage, lead and coordinate but not ignore or suppress. There is an analogy to be drawn between core-periphery interaction in Europe and the incipient processes of regionalization in Asia. And there is the possibility of mutual learning between regional state associations in Southeast-Asia, South America, Europe and hopefully Southern Africa. Again, the framework of security as a global public good may be a vital cultural-intellectual element alongside political and economic institutions and their interactions.

Conclusion

The provision of security as a global public good by associations of regional states and their vital communities may contribute to the benign transformation of hegemonial relations based heretofore on superior economic, political and cultural power. Japan, Australia and New Zealand are ambivalent as regards their situation in, and their identity with, Asia. Even the United States displays hesitation about its Pacific orientation as contrasted to its Atlantic or Southern orientations and its exceptionalism. The military, political and financial costs of the benevolent hegemony exercised by the United States, Japan, and Australia in parts of Asia are rising dramatically. But the costs and risks of withdrawing and abandoning Asia to unknown and unpredictable future hegemonies are even greater. Europeans are experiencing a similar dilemma regarding the peripheries of the Mediterranean and Russia.

The way out of the dilemma is to invest in security as a public good. The debate on the provision of global public goods is growing²¹ and no policy-maker can afford to ignore the opportunities offered by this discourse. While it was initiated by the United Nations Development Program, among others, the discourse has expanded beyond an exercise of transnational experts. If security is defined as a global public good to be provided by associations of regional states and their overlapping civic communities, then the United States, the European Union, India, China and East Asia, Southeast Asia, South America and Africa could work together to stabilize the existing pattern of regions even though their systems of governance and society, their historical experiences, and their modes of cultural communication are very different. The capstone of this structure of public security must be reflected in, and steadied by, the institutions of the United Nations. This may entail reforming the composition of the Security Council and by establishing a global public body representing the variety of civic communities within and beyond the associations of regional states they constitute. In this process, the nascent associations of Asia may constitute a laboratory in which new concepts of security as a global public good may be tested.

²¹ Inge Kaul, Pedro Conceição, Katell Le Goulven and Ronald U. Mendoza, *Providing Public Goods. Managing Globalization*, New York: Oxford University Press, 2003.

Sozialdemokratische Zugänge zur Ideenwelt öffentlicher Güter

Hermann Schwengel

Die Bedingungen der Debatte zur Bedeutung der öffentlichen Güter für die sozialdemokratische Programmbildung haben sich im letzten halben Jahr verändert. Immer noch geht es darum, auf dem Feld der Gesellschaftspolitik eine Publikation zu platzieren, wie es auf dem der internationalen Politik inzwischen geschehen ist. Aber wir können nicht so tun, als ob nicht in den nächsten Monaten eine Engführung der Arbeitsmarkt-, Renten- und Gesundheitspolitik erfolgen wird, die mehr „Programm“ schreibt und „Werte“ definiert als die gleichnamigen Kommissionen. Entweder beteiligt sich die Grundwertekommission mit ihren Mitteln an diesem Prozess oder sie schweigt. Für die beabsichtigte Publikation, die einen ähnlichen Status haben sollte wie die zur sozialdemokratischen Perspektive internationaler Beziehungen, hat diese Lage Konsequenzen: In einem einleitenden Abschnitt wäre zu diskutieren, warum zu der Übersetzung von sozialdemokratischen Grundwerten wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in praktische Politik solche Konzepte mittlerer Reichweite, wie die öffentlicher Güter, treten sollen und in welchem Verhältnis öffentliche Güter zur sozialen Gerechtigkeit stehen. *Der sozialdemokratische Zugang zu den gegenwärtig zu entscheidenden gesellschaftspolitischen Problemlagen steht in Frage.* In einem zweiten Schritt wäre die Ideenwelt öffentlicher Güter dort zu testen, wo sie bereits ein Stück weit Fuß gefasst hat, nämlich auf dem der globalen öffentlichen Güter Sicherheit und Nachhaltigkeit. Im nächsten Schritt wäre die Ideenwelt öffentlicher Güter auf den umstrittenen Feldern der Arbeitsmarkt und Gesellschaftspolitik zu prüfen, auf denen die Idee sozialer Gerechtigkeit, des Sozialstaats und der Verteilung zuhause ist. Schließlich und endlich wäre das in mancher Hinsicht ausschlaggebende Zukunftsfeld von Bildungspolitik als Gesellschaftspolitik zu beschreiben, das in seiner Philosophie von den gegenwärtigen Entscheidungsprozessen bereits geprägt wird. Im

Angesicht der knappen Zeit mag es vielleicht sinnvoll sein, diesen letzten Schritt noch wegzulassen, unabdingbar ist aber die nüchterne Selbstprüfung, ob die Grundwertekommission willens und in der Lage ist, in diesen gegenwärtigen Selbstverständigungsprozess einzugreifen. Vorarbeiten liegen vor (Meyer und Schwengel für den ersten Abschnitt, Mahnkopf und Müller für den zweiten, Merkel u.a. für den dritten), zur Debatte steht in jedem Falle nur eine Kollektion mehrerer individueller Ansätze und kein gemeinsames Papier wie zu den internationalen Beziehungen, aber ein sinnvoller Beitrag ist möglich.

Die Debatte um öffentliche Güter kann nicht die Vitalisierung der Grundwerte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ersetzen. Sie kann auch nicht die Ambivalenzen („gerechte Ungleichheit“) aufheben, aber vielleicht den Kontroversen einen Korridor zuweisen, auf dem sie stärker operativen Charakter gewinnen und zur Begründung sozialdemokratischer Politik beizutragen vermögen. Von der Ideenwelt öffentlicher Güter ist schließlich auch nicht der eine zündende Gedanke zu erwarten, der die sozialdemokratische Theorie-schwäche vergessen ließe, aber es mag gelingen, eine Reihe sozialdemokratischer Motive auf einen Nenner zu bringen, nicht zuletzt die Verbindung von welt- und entwicklungspolitischer mit innen- und gesellschaftspolitischer Richtungsbildung.

Chancen und Risiken einer neuen Debatte um öffentliche Güter

Um die Ideenwelt öffentlicher Güter sinnvoll nutzen zu können, bietet es sich zunächst an, von einer *Theorie sozialer Demokratie* ausgehend den Beitrag der Theorie öffentlicher Güter zu katalogisieren. Dann kommt es darauf an, die öffentlichen Güter zu identifizieren, die für ein menschenwürdiges Leben unverzichtbar sind, der Marktversorgung mit guten Gründen entzogen bleiben sollen und in die politische Kompetenz sozialer Bürgerschaft fallen (zu Begriff und Funktion öffentlicher Güter vgl. Thomas Meyer, S. 4ff). Daran lässt sich dann die Debatte um die Größe der notwendigen Sockelgleichheit anschließen, zu der öffentliche Güter beitragen. Die nächste Frage ist dann, welche öffentlichen Güter in welchem Angebotsraum lokalen, regionalen, nationalen und globalen Charakters unter den normativen Bedingungen sozialer Demokratie bereitgestellt werden müssen und inwieweit der sozialökonomische Status der Bürger dabei selbst der Warenwelt entzogen werden muss. Im Rahmen dieser Festle-

gungen kann man dann unterscheiden, ob die öffentlichen Güter nur für einen elementaren Bereich oder für weitere Lebensbereiche bereitgestellt werden sollen, ob und welche Gebühr auf ihre Nutzung erhoben und wie sie finanziert werden. Es kann zunächst offen gehalten werden, ob der Staat selbst die öffentlichen Güter erbringt oder deren Erbringung lediglich reguliert. Vor allem ist für eine soziale Demokratie immer wichtiger, dass die Zivilgesellschaft an der kreativen Erbringung öffentlicher Güter beteiligt ist (vgl. Thomas Meyer, S. 10ff). So weit, so gut. Um die Frage zu beantworten, welchen Nutzen die Einfügung der Ideenwelt öffentlicher Güter in sozialdemokratisches programmatisches Denken stiftet, müssen wir aber noch einmal ausholen.

Alles, was für die sozialdemokratische Nutzung des Konzepts öffentlicher Güter spricht, verlangt zugleich, deren alte verengte volkswirtschaftliche Betrachtung zu erweitern. Es reicht erstens nicht mehr aus, die Erbringung öffentlicher Güter auf nationaler Ebene zu situieren, aber auch die Verlagerung öffentlicher Güter wie Sicherheit und Nachhaltigkeit auf die globale Ebene genügt noch nicht, weil es auf die Differenzierung von lokalen, regionalen, nationalen und globalen Angebotsräumen und deren Interdependenz bei der Erbringung ankommt. Wenn es gelingt, die angemessene Erbringung öffentlicher Güter auf jedem Niveau und deren Interdependenz zu beschreiben, können so die Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen aus den 60er Jahren im Zeitalter der Globalisierung auf den Stand der Dinge gebracht werden. Zweitens gilt es, die Erbringung öffentlicher Güter aus der alleinigen Bindung an den sanktionsfähigen Staat zu lösen und für die öffentlichen Güter eine neue „gemischte Ökonomie“ zu entwerfen. Bei der Erzeugung öffentlicher Güter wirken territorial differenzierte politische Gewalten, *non-profit*- und *non-government*-Organisationen und Bewegungen ebenso mit wie der organisierte private Sektor. Was die öffentlichen Güter dadurch an Sanktionshintergrund verlieren, gewinnen sie an Einfluss in der privaten Güter- und Dienstleistungsproduktion. Universale menschliche Grundfähigkeiten und Grundbedürfnisse, wie sie Amartya Sen und Martha Nussbaum skizziert haben, erhalten mit öffentlichen Gütern die Chance der Entfaltung, ohne dass sie entweder ein Weltstaat garantieren müsste oder sie allein auf den Markterfolg angewiesen blieben. Die Zivilgesellschaft dringt durch so definierte öffentliche Güter nicht nur in den Bereich des Staates, sondern auch in den der privaten Güterproduktion vor. Drittens schließlich reicht die volkswirtschaftliche Sprache nicht mehr aus, um die *politische* Dynamik öffentlicher Güter angemessen zu beschreiben. In der Sprache öffentlicher Güter lässt sich sowohl die Professionalität ihrer Erbrin-

gung ausdrücken – was, wo, warum und zu welchen Kosten und von wem erbracht werden soll – als auch die soziale Bewegung, die die Erbringung öffentlicher Güter verlangt. Eliten- und demokratische Sprache können das gemeinsame Terrain finden, das den Ideen nationaler industriegesellschaftlicher Solidarität nicht mehr so zur Verfügung steht.

Erweiterte Sicherheit, Nachhaltigkeit und finanzielle Stabilität als öffentliche Güter

Unter erweiterter Sicherheit könnte man zunächst auch die Erweiterung der staatlichpolitischen Sicherheitsperspektive verstehen, den Blick auf strategische Rohstoffe, Kommunikationswege und organisierte Kriminalität. Wenn von erweiterter Sicherheit als globalem öffentlichen Gut die Rede ist, macht es aber mehr Sinn, von der Erosion des staatlichen Gewaltmonopols und der wachsenden Bedeutung nicht-staatlicher Akteure in inner- und zwischenstaatlichen Krisen und Konflikten auszugehen (vgl. Mahnkopf, S. 4ff). Sicherheit wird durch verschiedene staatliche und nicht-staatliche Akteure erzeugt, sie ist Voraussetzung, Teil und Folge von Entwicklung und Armutsbekämpfung, innere und äußere Sicherheit sind in ihr ebenso verknüpft wie ökonomische und ökologische Krisenbewältigung. Wenn wir diese Sicherheit als globales öffentliches Gut verstehen, erscheinen die konventionellen Strategien der Staatenwelt wie die der Vereinigten Staaten viel zu grob, von kurzfristigen Interessen geleitet und riskant. Freilich kann man den erweiterten Sicherheitsbegriff auch normativ mit Prinzipien sozialer Gerechtigkeit, Regulationserwartungen und ökologischem Epochenwandel überladen, so dass ihre Herstellung kaum noch beschrieben, sondern tatsächlich nur von „Bewegungen“ gemacht werden kann. Als öffentliches Gut betrachtet können wir unterscheiden, auf welchem territorialen Niveau Sicherheit in erster Linie erzeugt wird. Ich würde der These folgen, dass *region building* die ausschlaggebende Ebene ist, von der aus am Ende Sicherheit als lokales öffentliches Gut und Sicherheit als globales öffentliches Gut abhängig sind. Nicht mehr die Folge von Abschreckung, *containment* und Non-Proliferation – ein verengter Globalismus aus der Ost-West-Ära – sichert die Zukunft und auch keine „präventive Friedenspolitik“, die aus dem gleichen historischen Kontext stammt, sondern der global-regionale Charakter der Sicherheit. Sicherheit wird auch nicht mehr nur entweder durch politisch-

militärische Gewalt oder privatrechtlich-polizeiliche Kontrolle bewerkstelligt, sondern durch manchmal saubere und manchmal schmutzige „zivilgesellschaftliche“ Arrangements. Sicherheit als öffentliches Gut ist schließlich auch nicht mehr das Ordnungsverlangen der Reichen oder umgekehrt ein elementares Bedürfnis der Armen, sondern ein politisches Kuppelprodukt, an dem Professionen und Bewegungen arbeiten und über deren Erweiterung im Konflikt zwischen politisch-militärischen und politisch-zivilgesellschaftlichen Kräften entschieden wird. Es leuchtet mir deshalb nicht ein, Sicherheit wie Mahnkopf als ein globales öffentliches Gut zu verstehen, das den Unsicherheiten globaler Märktewirtschaften, relativer Entstaatlichung und flexibleren Arbeits- und Lebensverhältnissen im Ganzen Grenzen auferlegt.

Die Verknüpfung lokaler und nationaler, regionaler und globaler Niveaus der Erzeugung öffentlicher Güter kennzeichnet das öffentliche Gut Nachhaltigkeit von Anfang an. Nachhaltigkeit hat auch nicht wie Sicherheit eine Vorgeschichte in der alten Staatenwelt, sondern ist von Anfang an auf die Modernisierungs- und Globalisierungsschübe der letzten drei Jahrzehnte bezogen. Auch hier gibt es das Risiko der Überladung des Konzepts mit den Zukunftswünschen, die man sonst so nicht unterbringen kann. Aber in der Tat scheint mir Nachhaltigkeit ein globales öffentliches Gut zu sein, weil es Aug in Aug mit der globalen Ausweitung privater Güter- und Dienstleistungsproduktion Prinzipien wie Effizienzrevolution, Suffizienz und Konsistenz der Gesamtentwicklung (vgl. Michael Müller, S. 8ff) definiert. Vielleicht kann man sogar von einem „glokalen“ öffentlichen Gut sprechen, weil es das gesamte Spektrum der globalen bis lokalen Bedingungen seiner Erbringung ziemlich kurzschließt. Wie beim erweiterten Sicherheitsbegriff liegen auch im Falle der Nachhaltigkeit Glanz und Elend einer aufgestockten Begrifflichkeit dicht beieinander.

Dem Typus des reinen globalen öffentlichen Gutes kommt das der geld- und finanzwirtschaftlichen Stabilität am nächsten. Hier scheiden sich deshalb auch am stärksten die Geister professioneller Begründung und globaler sozialer Bewegung. Natürlich sind national-hegemonialer Einfluss und regionale Währungsbindung wichtig für Finanz-, Handels- und Geldarchitektur, aber es ist offensichtlich, dass globale monetäre Stabilität – bei Abwesenheit eines Weltstaates – ein originäres globales öffentliches Gut darstellt, dessen Erzeugung zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, Macht und Institutionen ausgehandelt wird. Die Einheit von *nation building* und Geldverfassung, die einst historisch mühsam hergestellt werden musste, ist heute aufgebrochen. Geld- und finanzwirtschaftliche Stabilität als globales öffentliches Gut ist ein

legitimes Kind von Globalisierung, technologischer Revolution und weltweitem Aufstieg von Zivilgesellschaften. Auf Dauer kann eine solche Stabilität nicht durch den doktrinären Schutz der alten Kapital- und Geldbesitzer vor Inflations- und Verschuldungsrisiken gewahrt werden, sondern durch wachstums- und beschäftigungs-, entwicklungs- und innovationsorientierte monetäre Rahmung. Dafür wird ein Arrangement mit dem amerikanischen Kapitalismus noch lange ausschlaggebend sein. Alles in allem stimmt es mich skeptisch, Sicherheit, Nachhaltigkeit und finanzielle Stabilität als globale öffentliche Güter schlicht in einer Reihe zu sehen, die gegenüber Deregulation, Privatisierung und Spekulation – eben Neoliberalismus – zu behaupten wäre. Entscheidend sind gerade der global-regionale Anker der Sicherheit, die „glokale“ Dimension der Nachhaltigkeit und die global-hegemoniale finanzielle Stabilität.

Sozialstaat und öffentliche Güter

Lassen wir lokale öffentliche Güter einmal beiseite, obwohl sie außerordentlich bedeutsam sind – ihr Anteil an Sicherheit, Nachhaltigkeit und Stabilität ebenso wie die lokale Konstitution zivilgesellschaftlicher Freundlichkeit, Höflichkeit und Großzügigkeit – so reibt sich die Ideenwelt öffentlicher Güter vor allem an der sozialer Gerechtigkeit, die durch Tariffreiheit und Sozialstaat realisiert wird. Soziale Gerechtigkeit als öffentliches Gut zu verstehen legt zunächst nahe, von einer – wie auch immer kontrovers definierten – Sockelgleichheit auszugehen, Grundsicherungen von Lebensstandardsicherungen und Lebenschancen von biographischen Ergebnissen zu unterscheiden. Alle Konflikte sind dann in die Festlegung von Sockel, Grund und Chance verlegt. Von der guten Luft bis zu den guten Rechten ist alles sockelfähig. Auf diesem Sockel erhebt sich dann das Gebäude des privaten Konsums, dessen gerechte Architektur durch gerechte Löhne bestimmt ist.

Wenn wir die Dynamik der Ideenwelt öffentlicher Güter stärker nutzen wollen, müssen wir einbeziehen, dass auch sozialstaatliche öffentliche Güter nicht nur auf nationaler, sondern globaler und regionaler Ebene erbracht werden, dass nicht nur Staat und Markt, sondern Zivilgesellschaft und *non-profit-* bzw. *non-government-*Organisationen daran beteiligt sind und Effizienz und Legitimität der Erbringung öffentlicher Güter Eliten- und demokratische Sprache gleichermaßen verlangen. Das öffentliche Gut soziale Gerechtigkeit verlangt

einen Verständigungsprozess zwischen globalen *middle classes* aus Gesellschaften mit unterschiedlichem Entwicklungsniveau, um den freien Austausch von Waren und Dienstleistungen mit Umwelt- und Arbeitsstandards zu koppeln, Märkte zu öffnen und Strukturwandel abzufedern, Bildungsniveaus anzuheben und den *brain drain* zwischen Peripherie und Zentrum zu regulieren. Vor allem ist zu fragen, ob nicht die Europäische Union – oder andere globale Regionen für sich – sehr viel stärker an der Erbringung des öffentlichen Gutes Verteilungsgerechtigkeit zu beteiligen wären, das innerhalb der Europäischen Union eine gesellschaftspolitische Kooperation der dazu bereiten Gesellschaften erfordert. Im Kontext einer dynamischen Betrachtung der öffentlichen Güter ist es auch problematisch, öffentliche Güter im wesentlichen als Dekommodifizierung, das heißt als Abzug aus der privaten Güter- und Dienstleistungsproduktion zu verstehen, anstatt öffentliche Güter als Ermöglichung hoher sozialer und kultureller Qualität privater Güter- und Dienstleistungsproduktion zu definieren. In weiten Bereichen von Gesundheit und Bildung sind öffentliche Güter nicht in erster Linie dafür da, bestimmte Leistungen vom Markt zu nehmen, sondern als Regulativ ihre hohe soziale und kulturelle Qualität zu sichern. Öffentliche Güter müssen schließlich ebenso effizient erbracht werden wie private, das Warum, Wie und Wo ihre Erbringung beschreibbar sein, während zugleich ihre Durchsetzung von sozialem Konflikt, sozialer Bewegung und klarer Interessenartikulation abhängig ist. In der Definition öffentlicher Güter begegnen sich politische und Expertensprache unmittelbar. Die Ergebnisse von Regierungs- und parlamentarischen Kommissionen müssen deshalb dem Säurebad des politischen Interessenkonflikts in und zwischen den Parteien ausgesetzt werden, sonst gewinnen sie niemals den Charakter öffentlicher Güter.

Die Idee, die Motive von sozialer Gerechtigkeit, öffentlichen Gütern und Sozialstaat auf diese Weise zusammenzuführen, ist politisch noch am Anfang und uns nicht vertraut. Aber in der gegenwärtigen Situation gilt es auch, etwas zu riskieren und sich nicht zwischen der Beschwörung globaler ökonomischer Zwänge und ritueller Wiederholung bekannter Gerechtigkeitsdiskurse zu verschleißen. Es könnte „unserer Regierung“ mehr nutzen, ein neues Feld zu eröffnen.

II. Politische Theorie

It's the society stupid

Einen geschichtlichen Moment im politischen Wettbewerb
begreifen

Hermann Schwengel

Von allen anerkannter und gesicherter politischer Wettbewerb ist ein anspruchsvolles zivilisatorisches Gut das Gesellschaften nicht einfach zugefallen ist, sondern auf einer Geschichte von Konflikt und Konsensus gründet, die niemals ein für allemal abgeschlossen ist. Wenn Wahlen sehr knapp ausgehen, können sie zu erbitterten Nachgefechten wie in den Vereinigten Staaten führen, ohne die Legitimität des institutionalisierten politischen Wettbewerbs wirklich zu gefährden. Wenn allerdings die Grundlagen des politischen Wettbewerbs noch nicht ausreichend gefestigt sind, können knappe Wahlentscheidungen wie in Mexiko außerordentliche Risiken für eine vitale Gesellschaft mit sich bringen. Schließlich ist auch vorstellbar, dass die bisherigen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen des politischen Wettbewerbs sich in einem Maße geändert haben, dass eine neue Philosophie des politischen Wettbewerbs vonnöten ist. Das ist, wie ich glaube, in den zentralen europäischen Gesellschaften Deutschlands, Italiens und Frankreichs der Fall. Globalisierung, europäische und deutsche Vereinigung, technologischer Wettbewerb und die universale Verfügbarkeit von Wissen, Information und Vergleichbarkeit nötigen dort zu einer neuen Verfassung der Anpassungs- und Gestaltungsverhältnisse, die sich von den industrie- und nationalgesellschaftlichen, wohlfahrts- und kulturgesellschaftlichen Verhältnissen der langen Nachkriegsperiode unterscheiden. Es mag für einen Moment so aussehen, als ob der politische Wettbewerb überhaupt still stehe oder nur an den Rändern sich rege, aber tatsächlich geht es um die Herstellung von Wettbewerbsverhältnissen, die den tatsächlichen und nicht den imaginären Konflikten globalisierter Gesellschaften entsprechen. Es ist der Moment der Ideenpolitik, zwischen aufgeregter Me-

dienwelt und träger Veränderungsbereitschaft weltpragmatisch den Raum der Alternativen auszuleuchten.

Krise der Gesellschaft

In Deutschland sind zwei politische Philosophien nicht gewählt worden, die auch in Italien nicht zum Tragen gekommen sind und in Frankreich nicht reüsilieren werden. Da ist zunächst der Versuch, die amerikanische und britische Revision der Nachkriegs- und Wohlfahrtsordnung, die damals noch Japan und Deutschland als wirtschaftliche Vor- und Gegenbilder hatte und den eigenen globalen *decline* erfolgreich umzudrehen suchte, zwei Jahrzehnte später unter den Bedingungen beschleunigter Globalisierung nachzuholen. Welche libertärpopulistischen Anstrengungen man auch wie in Italien unternommen hat, diese Revision scheint nicht mehr möglich. Diese Vorstellung von Reform, die zu wissen vorgab, wohin die Reise geht und immer nur erhöhte Geschwindigkeit anmahnte, hat keinen Boden unter den Füßen. Gesellschaftlich nicht mehr mehrheitsfähig ist aber auch der Ansatz geworden, auf die tarif- und sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiterbewegung die Kosten einer differenzierten Wohlfahrtsgesellschaft und die Ansprüche neuer sozialer Bewegungen aufzusatteln und dem globalen Strukturwettbewerb zu entziehen. Das theorielose Amalgam aus wohlfahrtsstaatlich-sozialdemokratischer Defensive und generationstypischer Behauptung progressiver Lebensführung trägt in der Globalisierung nicht mehr. Das Wortbild der Modernisierung, das beide lange verbunden hat und eine angenehme weltgesellschaftliche Zukunft zu suggerieren schien, kann die Last der wirtschaftlichen Ansprüche nicht mehr tragen. Aus heutiger Sicht schwache Synthesen, wie die von Tony Blair und Gerhard Schröder, hätten vielleicht eine Chance gehabt, schwierige Lernprozesse zu inaugrieren, wenn die Last der europäischen und vor allem deutschen Vereinigung nicht bis heute ihre einschränkende Wirkung ausübten. Die Erneuerung muss jetzt aus dem Herzen Europas kommen, aus Deutschland, Italien und Frankreich, wenn die politischen Wettbewerbsverhältnisse nachhaltig geändert werden sollen.

In Deutschland bietet die objektive Transformationsphase einer großen Koalition die Chance, eine lähmende Verkehrung des politischen Wettbewerbs aufzulösen. Auf der einen Seite schienen sich dem Druck der verengten Entscheidungsspielräume die möglichen Lösungen langfristig immer enger zueinander

zu bewegen, während mit geradezu Kriegs- als kommunikationspolitischer Energie die Unterscheidungsmaschinen auf Hochtouren gebracht wurden. Im Resultat konnte nicht mehr zwischen den Reformen unterschieden werden, die eine Gesellschaft im Strukturwettbewerb der Globalisierung durchführen muss, und den Reformen, die verschiedenen Interessen und Ideen in einer demokratischen Gesellschaft zum Ausdruck bringen. Die ideenpolitische Sortiermaschine war im politischen Wettbewerb beschädigt worden, weil Intensität und Gegenstand des Wettbewerbs zu sehr auseinander trieben. Jedenfalls liegt in Deutschland sowohl der Ideologe, der schon früh auf das Ende der Regierungsperiode schießt, ebenso schief wie der Technokrat, der glaubt, nun sei die Zeit für nichts als sachliche Entscheidungen gekommen. Nicht zu sprechen von den ewig jungen Advokaten des Generationswandels und der Generationengerechtigkeit. In Italien repräsentiert die regierende große Koalition aus Sozial- und Christdemokraten die eine Hälfte der Gesellschaft, während die andere in einem futuristisch-konservativen Populismus verharret, der aber im politischen Laboratorium Italiens kreativ aufgelöst werden kann. Keiner weiß was in Italien geschieht, aber für eine Überraschung in Kontinuität ist es immer gut. Natürlich werden alle auf Frankreich starren, wo der republikanische Gaulismus zwischen amerikanisch-republikanischer Flexibilität und etatistisch-europäischer *providence* changiert und der Sozialismus sich in komplementär-antagonistischen Windungen bewegt. Was den Wandel der symbolischen politischen Repräsentation betrifft, wird es sehr auf Frankreich ankommen, was Anpassungs- und Gestaltungsverhältnisse über der Globalisierung vielmehr auf Deutschland mit Italien als genuinem europäischen Geist in der Mitte – jedenfalls wenn es gut geht. Jedenfalls denken wir, wenn wir von einer Krise der Gesellschaft in Europa in einem präzisen Sinne denken, nicht an das skandinavische Modell im Norden, das sich durch liberale Revision der sozialdemokratischen Wohlfahrtsgesellschaft immer wieder mit oder ohne bürgerliche Regierung erneuert, wir denken nicht sosehr an das britisch-liberale Modell, das die Anpassung an sich verändernde weltwirtschaftliche Zwänge und die soziale Korrektur jeder Liberalisierung dem scharfen Machtwechsel unterwirft – *no Thatcher no Blair* – und seine demokratische Qualität damit erneuert. Es ist auch nicht wirklich eine Krise des mediterranen Europas – mit Italien in einer Doppelrolle – weil noch immer die nachholende Modernisierung, Europäisierung und Individualisierung Richtung und Horizont bestimmen, obwohl die mitteleuropäische Ambivalenz auch den Süden zu erreichen beginnt. Die Krise der Gesellschaft in Europa ist auch nicht am Ende die der neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedsgesellschaft-

ten, die noch eine ganze Weile nationalpopulistische Regungen, Irritationen des Machtwechsels und instabile politische Repräsentation zu verarbeiten haben, obwohl in historischer Perspektive es geradezu ein Wunder ist, wie die liberale Europäisierung vorangeht. Es ist in der Tat das erste Europa, das sich besinnen, die relativen Erfolge des zweiten Europa im Norden, Westen, Süden und Osten vorurteilslos wahrzunehmen hat und den Blick für das dritte Europa – die westlichen Nachfolgegesellschaften der Sovietunion, die Türkei und den Nahen und Mittleren Osten und die nordafrikanischen Mittelmeergesellschaften – eröffnen muss. Dorthin bewegt sich der politisch-geografische Horizont der Dialektik von Europäisierung und Globalisierung.

Wenn wir die in der neuzeitlichen europäischen Geschichte ubiquitäre Verquickung von Krise und Kritik, Legitimität und institutionellem Wandel vernünftig auflösen wollen, gilt es, die Krise der Gesellschaft von anderen möglichen Krisen zu unterscheiden. Es ist keine wirkliche Staatskrise zu beobachten, obwohl die Institution unter der Last der Veränderung der Anpassungs- und Veränderungsverhältnisse ächzen. Es ist auch keine Krise der europäischen Kultur zu diagnostizieren, wie sie etwa Edmund Husserl in den Dreißiger Jahren beschrieben hat, denn die euroäischen Kulturen erweisen sich als durchaus aufnahme- und netzwerkfähig und zu keinem *war of cultures* bereit. Es ist auch keine allgemeine Wirtschaftskrise, denn die europäischen Ökonomien entwickeln sich mit sehr unterschiedlichen Wachstums- und Anpassungsraten, die zwar Lernprozesse nahelegen, aber von einer allgemeinen Lernunfähigkeit nicht die Rede sein kann. Es ist eine gesellschaftliche Krise, weil die entscheidende Frage, ob die Gesellschaften als Gesellschaften in den Prozess der Globalisierung eingebunden werden können, im zentralen Europa nicht ausreichend beantwortet ist. Wir wissen, dass gesellschaftliches Leben „kühler“ ist als traditionale Gemeinschaften, aber „wärmer“ als reine Markt- und Geldbeziehungen. Diese kreative Zwischenlage zu halten, gehört zu den zivilisatorischen Potentialen europäischer Gesellschaftlichkeit. Bis in die 70er Jahre des letzten Jahrhunderts hinein war es nicht als Problem zu identifizieren, dass diese Temperatur des Sozialen wieder sehr stark schwanken werde, weil eine Weltwirtschaft von Nationalökonomien und die staatsförmigen Muster internationaler Beziehungen es den Gesellschaften in hohem Maße zu erlauben schien, zwischen vor- und frühmoderner Gemeinschaftlichkeit auf der einen und modernen Solidaritäten auf der anderen Seite zu changieren. Diese Schonzeit ist inzwischen zu Ende. Nach und nach sind die Dinge zueinander gerückt, lokale Probleme infizieren globale und umgekehrt, die Sicherheit verschaffen-

den Abschottungen erodieren und die Probleme des ganz anderen Nachbarn sind meine Probleme, so wie ich ihm die meinen vor die Füße werfe. Krise der Gesellschaft meint eine intensive Verflechtung von Handlungsweisen, ohne dass die alten zentralen Institutionen von Industrie- und Nationalgesellschaft noch zu moderieren in der Lage wären, Anpassungszeit beschafften und den Horizont aufweisen könnten. Allerdings können Bürgerrechte, Mitgliedschafts- und Teilhaberegelungen, die an deren Stelle treten sollten, sich nicht von der Arbeitsteilung emanzipieren, die fast ein Jahrhundert die Konstitution der Gesellschaft begründet hat. Die spontane Einheit von Arbeitsteilung und gesellschaftlichem Leben, die Marx fast noch naiv von gesellschaftlicher Arbeit hat sprechen lassen, ist zwar aufgehoben, aber deshalb rückt ihre politische Herstellung umso mehr in den Vordergrund. Für die französische, deutsche und italienische Gesellschaft, im Prinzip auch für alle anderen, gilt, dass die gesellschaftliche Erwerbstätigkeit für die Konstitution von Gesellschaft genauso wichtig ist wie die Möglichkeit, bürgerliche Rechte und Ansprüche wahrzunehmen – eine paradoxe Wiederkehr des Rechts auf Arbeit – und zugleich die globale Arbeitsteilung Faktorkombinationen ermöglicht, die sich keinen Deut um die Konstitution von Gesellschaft kümmern. Die Konsequenzen für die Konstitution von Bürger- als Arbeitsgesellschaften, das ist die Kehre, sind enorm: Eine hohe Mobilisierung des Arbeitspotentials, das sowohl britische wie skandinavische und erst recht nordamerikanische Gesellschaften vormachen, hat nicht nur ökonomische, sondern auch politische Gründe auf ihrer Seite. Arbeit aus den Märkten zu nehmen, privat oder gemeinschaftlich zu organisieren – zu dekommodifizieren – kostet die wohlhabenden Gesellschaften immer mehr. Zwar sind unter dem Strich aktivierende Strategien, die das Arbeitsvermögen und die Anpassungsfähigkeit der Beschäftigten aufwerten, sehr viel erfolgreicher als restriktive und erzwingende, aber zu einer *Identifizierung der Gesellschaft als Arbeitsgesellschaft* gibt es weniger Alternativen als zuvor. So stark wie möglich zu wachsen – in der globalen Arbeitsteilung zentraler, semi-zentraler und peripherer Ökonomien mit strukturell verschiedenen Wachstumsraten – ist ebenso notwendig wie sich klarzumachen, dass die reichen Gesellschaften bescheidener, d.h. normaler werden müssen. Große Gesellschaften haben offenbar mehr Schwierigkeiten, diese intensive Arbeitsgesellschaft zu organisieren als kleine, kulturell reiche haben es leichter als arme, steuerähnliche Finanzierung der Sozialsysteme scheint besser darauf eingerichtet zu sein als an die Arbeit gekoppelte Finanzierung. Jedenfalls müssen sich Gesellschaften in vieler Hinsicht in den neuen Anpassungs- und Gestaltungsverhältnissen

erfinden, mit der Identifikation als Arbeitsgesellschaft im Kern. Natürlich gehört dazu ein bildungsorientierter sozialer Arbeitsmarkt, eine global wettbewerbsfähige Professionalisierung breiter unternehmerischer Tätigkeiten, aber ebenso eine differenzierte persönliche, kulturelle und soziale Dienstleistungskultur mit hoher Qualität und starker Anregung für die Individuen in der Gesellschaft, etwas mit anderen zu tun – das ist das Vermögen, mit dem Hannah Arendt Macht definierte. Eine solche Struktur ist vor allem bei Bildung, Gesundheit und Alter zu organisieren, dort, wo alle wissen, dass sie mehr in Zukunft ausgeben, dass die Kostenkrankheit im Dienstleistungssektor von den Gesellschaftsmitgliedern selbst entschieden bekämpft werden muss und massive Investitionen durch die Finanzierungsstruktur ermöglicht werden müssen. So wie früher die Kinder von Landwirtschaft, Handwerk und Kleinhandel in die Industrie wechselten, so wechseln unsere Kinder der Industrie heute in die post-industriellen sozialen Strukturen, die nichtsdestotrotz wirtschaftlich organisiert werden müssen. In dieser neuen Prosperitätskonstellation wird eine Fülle älterer sozialer, kultureller und anderer Haushaltstätigkeiten marktgängig, was gesellschaftlich nur auszuhalten ist, wenn im persönlichen, sozialen und kulturellen Leben die Mehrheit der Menschen den menschlichen Gebrauchswert marktfördernder Dienstleistungen erfahren kann. Jedenfalls findet der Fortschritt nicht jenseits der gesellschaftlichen Arbeit, sondern in dessen neuer Selbstorganisation statt.

Die Lösung der Krise der Gesellschaft, vor allem in den zentralen europäischen Gesellschaften Deutschlands, Frankreichs und Italiens, bedarf eines neuen mutigen europäischen Progressivismus. Wir sind nicht mehr in den 80er Jahren, als man noch unter dem Schirm des Ost-/Westgegensatzes die Qualität der Arbeit luxuriös definieren konnte, Prämien für den Ausstieg aus der Arbeitsgesellschaft zu verteilen und andere für sich arbeiten zu lassen können glaubte. Die Fragen der neuen sozialen Bewegungen der 80er Jahre kehren wieder, aber unter völlig veränderten Vorzeichen. *Europe works*, das heißt, die europäische Verknüpfung von Arbeits- und Bürgergesellschaft ist unter den Anpassungs- und Gestaltungsverhältnissen der Globalisierung neu zu definieren. Die für Anpassung und Gestaltung notwendige Zeit können sich die europäischen Gesellschaften nicht mehr für sich allein kaufen, die Vereinigten Staaten, China und Indien mögen etwas stärker dazu in der Lage sein, wenn ihre Eliten und Mehrheiten dazu bereit sind. Europa aber als zukunftsweisende exemplarische Gesellschaft von Gesellschaften kann nur ein Management historischer Zeit vorführen, indem die Abstufungen der Arbeitsteilung zwischen

lokalen, regionalen und nationalen Niveaus ineinandergreifen. Viele Illusionen haben die Europäer dabei hinter sich zu lassen, etwa, dass ihre lange Industrialisierungserfahrung, ihre konzentrierte Urbanitätserfahrung und ihre intensive Familiaritätserfahrung dauerhafte Vorsprünge verschaffte. Europa tut gut daran, seine alten Probleme, die noch in die Gegenwart hereinragen, von den neuen zu unterscheiden, die mit der Globalisierung von Tag zu Tag unabweisbarer werden. Beides ist notwendig, die Gesellschafts- in der harten Wirtschaftspolitik zu verankern und zugleich die Augen dafür zu öffnen, wie erst Gesellschaft der Weltwirtschaft Gesichter gibt.

Wirtschaftspolitik ist Gesellschaftspolitik

Nach dem Ende der globalen Nachkriegszeit und dem Beginn unserer Globalisierung vor mehr als drei Jahrzehnten schien es zunächst so, dass die Freisetzung wirtschaftlichen Handelns gegenüber den Sicherungen der Nachkriegsordnung für alle Zeit Vorrang gebühren werde – it's the economy stupid, wie Bill Clinton einer kulturell gespaltenen und wirtschaftlich defensiven amerikanischen Öffentlichkeit Anfang der 90er Jahre klarzumachen suchte. Heute stellt sich einem europäischen Progressivismus programmatisch die Aufgabe, Gesellschaften in der, mit der und gegen die Globalisierung Handlungsfähigkeit zu verschaffen – it's the society stupid. Es reicht nicht, die Individuen und ihre Familien zu ermächtigen, am globalen Wettbewerb teilzunehmen, sondern offene Gesellschaften müssen gegenüber einer dynamischen Weltwirtschaft selbst ermächtigt werden, in der Interaktion mit anderen offenen Gesellschaften sich selbst politisch zu bestimmen. Weder weltwirtschaftlicher Glaube noch überkommener Nationalismus können diese Selbstbestimmung ersetzen.

1.

Schon immer richtete sich Wirtschaftspolitik nicht nur auf die Regelung wirtschaftlichen Handelns, sondern konstituierte zugleich die Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Gesellschaftspolitische Ziele, die nicht wirtschaftspolitisch verankert waren, konnten deshalb nur eingeschränkt erreicht werden. Aber mit dem Globalisierungsschub der letzten drei Jahrzehnte hat

sich geändert, dass die wirtschaftlichen Beziehungen immer weniger selbstverständlich in die Welt der Staaten und Gesellschaften eingebettet sind, sondern die Gesellschaften aktiv Wege zu suchen haben, in den wirtschaftlichen Entscheidungsverhältnissen Fuß zu fassen und als *stakeholder* politischen Einfluss auszuüben. Die dem Kapitalismus abgetrotzte Einbettung der Wirtschaft in die Gesellschaft wird in eine aktive wechselseitige Durchdringung von Weltwirtschaft und Gesellschaften übersetzt. Die *great transformation*, die den Kapitalismus die alten Gemeinschaften hat durchdringen lassen, ist nicht das Vorbild, um die Durchdringung der Weltwirtschaft durch die verschiedenen Gesellschaften zu verstehen. Sozialdemokratische Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik kann sich demnach nicht darauf beschränken, faire Regeln für den wirtschaftlichen Wettbewerb zu schaffen, die Schwächen unvollkommener Märkte zu kompensieren und ansonsten Wirtschaft das sein zu lassen, was in der Wirtschaft geschieht. Die verschiedenen Gesellschaften in der Weltwirtschaft zu verankern, mehr durch vorbeugenden Sozialstaat als nachsichernde Sozialversicherung, mehr durch Beeinflussung der Kriterien wirtschaftlichen Handelns als durch Sozialtransfers, mehr durch für jedermann verfügbare Infrastruktur als durch monetäre Leistungen, ist das globale Gebot der Stunde.

2.

In Westeuropa ist der wirtschaftliche und informationelle Globalisierungsschub der letzten Jahrzehnte zeitgleich auf einen kulturellen Modernisierungs- und Individualisierungsschub gestoßen, in dem die Früchte der vorherigen erfolgreichen industriellen und massendemokratischen Durchdringung von Wirtschaft und Gesellschaft endlich von Vielen geerntet werden sollten. Aber Globalisierung und Individualisierung sind politisch nicht vermittelt, weder in den sich zu Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft öffnenden reifen Volkswirtschaften noch erst recht mit den aufstrebenden weltwirtschaftlichen Mächten in China, Indien, Brasilien und anderen. Ein neuer Wachstums- und Entwicklungskompromiss – anders als der Ansatz in den Nachkriegsjahrzehnten – kommt nur zustande, wenn die Gesellschaften als Ganze an der Globalisierung teilhaben. Wenn die fruchtbare wechselseitige Durchdringung von Wirtschaft und Gesellschaft in transnationalen Räumen nur für die mobilen, hochqualifizierten und vermögenden Klassen gilt, während die regionalen und sozialen

Disparitäten in den aufstrebenden Weltwirtschaftsmächten und der lediglich abgemilderte Verlust an Einkommen, Rechten und Anerkennung in den entwickelten Gesellschaften zunehmen, kann auch die Weltwirtschaft nicht funktionieren. Gesellschaftliche Teilhabe ist ebenso aller Schicksal wie die Weltwirtschaft. Die *varieties of capitalism*, die das Überleben des Kapitalismus gegenüber uniformen Gegengewalten gesichert haben, werden nur weiterhin wirksam bleiben, wenn interagierende Gesellschaften ihre inneren und äußeren Aushandlungsfähigkeiten auf weltwirtschaftlichem Niveau weiterentwickeln.

3.

Bewahrung, Verschiebung und Bildung von Werten werden sich wiederum an dieser neuen Durchdringung von Wirtschaft und Gesellschaft zu bewähren haben. Die breite Modernitätserfahrung vor allem in den entwickelten Gesellschaften und die weltweite Delegitimierung autoritärer Regimes haben dazu beigetragen, mit guten Gründen gegenüber der Gleichheit den Vorrang der Freiheit hervorzuheben, die am Ende auch die bessere, weil gezieltere Solidarität ermöglicht. In der globalen wechselseitigen Durchdringung von wirtschaftlicher Tätigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe gewinnt der Wert der Gleichheit jedoch sein politisch modernes Gewicht zurück, weil relative Gleichheit in und zwischen den Gesellschaften für soziale und wirtschaftliche Kreisläufe genauso ausschlaggebend werden so wie zuvor in den Nationalökonomien der wohlfahrtsgesellschaftliche Ausgleich. In die Herstellung relativer Gleichheiten sind nicht nur Staaten und politische Bewegungen einbezogen, sondern auch verantwortliche Unternehmen, organisierte Zivilgesellschaft und weltreligiöse Solidaritäten. Die relativen Gleichheiten, die in der okzidentalen industriegesellschaftlichen Periode erreicht worden sind, können nicht einfach festgehalten werden, sondern müssen in dynamische globale Gleichheiten investiert werden. Sozialdemokraten sind bei ihrer Beteiligung an der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Wertbildung gehalten, das ganze Spektrum von Kultur und Wissenschaften, von den Technik- zu den Wirtschaftswissenschaften und von den Human- zu den Sozialwissenschaften zu nutzen, sich nicht zu sehr vom vermeintlichen *mainstream* in einzelnen Wissenschaften beeindrucken zu lassen und mit eigenverantwortlicher politischer Theoriebildung über den Tellerrand von Regierungs- und Oppositionsperioden zu schauen. Gerade

unter den Bedingungen von Weltwirtschaft und gesellschaftlicher Teilhabe werden politische Mehrheiten im Kernbereich der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gebildet, wie immer Kommunikationspolitik diesen Prozeß vorbereitet, begleitet und vertieft.

4.

Bei der außerordentlichen weltwirtschaftlichen Verflechtung dieses Landes mit der Europäischen Währungsunion und zunehmend weit darüber hinaus ist mit Instabilitäten, Krisen und Wechselkursrisiken immer zu rechnen. Es bedarf einer dauerhaft aktiven Konjunkturpolitik, um diese Risiken so gut wie möglich abzufedern. Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und die Finanzpolitik sind gleichermaßen gegen Inflation, Wachstums- und Beschäftigungsschwäche und Verlust globaler Wettbewerbsfähigkeit zu richten. Eine solche dauerhaft aktive Politik ist auch deshalb notwendig, weil die hochdifferenzierten gesellschaftlichen Akteure selbst Erwartungssicherheit und Vertrauen nicht mehr so einfach aufzubringen vermögen. Dazu gehört eine nüchterne Haushalts- und Kreditpolitik, die die Handlungsfähigkeit des Staates bewahrt, aber auch in der Lage ist, den Wert der Generationengerechtigkeit gegenüber den Beständen an öffentlichem Vermögen sorgsam gegeneinander abzuwägen. Schlüsselgröße erfolgreicher Wirtschaftspolitik ist die Investition, die einer den globalen Wettbewerbsverhältnissen angemessenen Angebots-, aber für die dauerhafte Stabilisierung der wirtschaftlichen Kreisläufe mehr noch einer aktivierenden Nachfragepolitik bedarf. Jedenfalls ist die Konjunkturpolitik nicht der nachrangige Überbau einer vermeintlichen Struktur- als Angebotspolitik, die nur subsidiär gegenüber objektiven Strukturzwängen auf den Plan tritt. In einer gesellschaftlich und weltwirtschaftlich hochdifferenzierten Ökonomie ist konjunkturelle Bewegung selbst das Ziel.

5.

Echte Strukturpolitik wird zuallererst der Gesellschaft strukturelle Wahlchancen eröffnen. Hohe Produktivität ist für Sozialdemokraten mit geringerer Lohnspreizung zu erreichen, Wachstum mit höherer Staatsquote, Flexibilität

mit starkem Kündigungsschutz. *Echte* Strukturpolitik nötigt allerdings die Gesellschaften, sich zu entscheiden. Wenn Sozialdemokraten dafür plädieren, für private Lebensqualität und öffentliche Kultur die wöchentlichen Arbeitszeiten flexibler, aber kürzer zu halten, müssen sie auch dafür eintreten, alles zu tun, um die Produktivität zu steigern, längere Lebensarbeitszeiten – wenn die Lebenserwartung steigt – zu akzeptieren und deutlich höhere Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung wie in Kanada oder Skandinavien zu befördern. Dafür wiederum gilt es, die Erwerbstätigkeit von Frauen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das Angebot an Arbeit für ältere Arbeitnehmer und die produktivitätssteigernde Investition in Bildung und Forschung – mit den Konsequenzen für andere Verbrauchschancen – deutlich zu steigern. Nach mehr als einem Jahrhundert sozialer Konflikt- und institutioneller Demokratieerfahrung stellen Sozialdemokraten die Klassenfrage endgültig nicht mehr voluntaristisch an jedem einzelnen Punkt, sondern beantworten sie mit dem Angebot einer kohärenten Handlungsstruktur. Mit der globalen Verflechtung von Wirtschaft und Gesellschaften ist diese Fähigkeit in erhöhtem Maße erforderlich.

6.

Echte Strukturpolitik schließt die ausreichende Bereitstellung öffentlicher Güter ein, die in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Kultur nicht nur Grund sicherheiten schaffen, sondern präventive und kreative Lebensführung gezielt anreizen. Diese öffentlichen Güter können privat, staatlich oder gemischt angeboten werden, ihre politische Qualität hängt allein von ihrer Fähigkeit ab, der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft kreative Kraft zu verleihen. Globale öffentliche Güter wie Sicherheit, Zugang zu Informationen, Ernährung und Energie erfordern Investitionen, die nur transnational bewältigt werden können. Ohne sie drohen aber Ressourcenkriege, unbeherrschbarer Klimawandel, Spaltungen der Welt und Ausweitung waffentechnologischer Gefahren. Aber auch die Bereitstellung öffentlicher Güter zwingt die Gesellschaften sich zu entscheiden. Ein hoher Staatsanteil etwa, der durchaus mit einem starken wettbewerbsfähigen Privatsektor zusammengehen kann, verlangt gezielte Modernisierung, Flexibilisierung und Kostenbewußtsein staatlicher Leistungserbringung. Tarifautonomie und Gewerkschaften, Betriebsverfassung und Mitbestimmung sind wertvolle Institutionen, die neben der Vertretung von Arbeitnehmerinter-

ressen wesentlich zur Vermittlung von weltwirtschaftlicher Dynamik und gesellschaftlicher Teilhabe, zur Verflechtung privater und öffentlicher Güterproduktion und zur industrie- und wissenspolitischen Förderung dynamischer wirtschaftlicher *Cluster* beitragen können.

7.

Wenn echte Strukturpolitik Wahlchancen schafft, die Gesellschaften, Weltwirtschaft und gesellschaftliche Teilhabe verschieden verknüpfen, private und öffentliche Güterproduktion verschieden mischen und verschiedene Koalitionen für Innovation, Bildung und Infrastruktur schaffen, bedarf es differenzierter und stabiler globaler Kapitalmärkte. Die Rationalität der Kapitalmärkte wird nicht allein daran bemessen, wie schnell sie Kapital in entfernte Regionen bewegt, umschlägt und Risiken organisiert, sondern auch wie sie die Bindung von Kapital befördert. Der immanente Druck in Richtung immer niedrigerer Steuersätze für Kapital, kurzfristigerer Rentabilität und Aktionärsinteressen muß vernünftig gelockert werden, wenn sich Weltwirtschaft und gesellschaftliche Teilhabe aktiv durchdringen sollen. Die Verpflichtung des Internationalen Währungsfonds auf präventive Strategien, der Ausbau eines europäischen Währungsverbundes und ein geregelter Ausgleich zwischen den zentralen Währungsräumen in Amerika, Europa und Asien erleichtert es allen Gesellschaften, nicht zuletzt auch den Gesellschaften der *emerging powers*, sich in die Vermittlung von Weltwirtschaft und gesellschaftlicher Teilhabe einzufädeln und die dafür notwendige historische Zeit – wie die okzidentalen Gesellschaften früher auch – zur Verfügung zu haben. Diese aufstrebenden Gesellschaften bilden eine neue *Zweite Welt*, nicht mehr eine semiperiphere, sondern eine semizentrale Welt, die es erlaubt, die Vermittlung von Weltwirtschaft und gesellschaftlicher Teilhabe als gemeinsames Problem politisch zu definieren. Zudem ist mit einer solchen vitalen Zweiten Welt die Verbindung zur alten und neuen Dritten Welt einfacher zu schlagen, die Verführung der Arroganz, des Ressentiments und der sozialen Romantik geringer.

8.

Sozialdemokraten treten für einen fairen Welthandel ein, dessen Regeln in zweifellos schwierigen Welthandelsrunden ausgehandelt werden. Ein kurz-sichtiger Protektionismus in Agrar- und Textilbranchen steht einem gemeinsamen Entwicklungshorizont ebenso im Wege wie die mangelnde Achtung vor den Rechten, die aus Wissensarbeit erwachsen. Aber fairer Welthandel verlangt nicht die Unterwerfung der Arbeitsteilung unter seine Gesetze, Arbeitsteilung entwickelt sich erst in der wechselseitigen Durchdringung von Weltwirtschaft und Gesellschaften und eröffnet die Aussicht auf gesellschaftliche Arbeit mit verschiedenen Gesichtern. Die libertäre Vorstellung eines Weltmarktpreises für Arbeit verdeckt also politische Wahlchancen. In den nicht dem globalen Wettbewerb ausgesetzten wissens- und dienstleistungsgesellschaftlichen Bereichen können durchaus höhere Löhne gelten, wenn die Gesellschaft über Steuern oder Preise sie zu finanzieren bereit ist. Europäische Gesellschaften müssen sich nicht in einen Lohnsenkungswettbewerb begeben, der die Währungsunion zerreißen könnte, wenn sie die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen mit anderen wachstumspolitischen Mitteln zu stärken wissen, wie sie im Prinzip die Lissabon-Strategie nahegelegt hat. Für die Welt ist Europa zunehmend nicht nur als friedensstiftende Nachkriegsordnung attraktiv, sondern als Modell einer Gesellschaft von Gesellschaften, das die Übergänge zwischen lokaler, regionaler, nationaler und globaler Zugehörigkeit beweglich hält, um den Gesellschaften im globalen Wettbewerb Selbstbehauptungs- und Handlungsfähigkeit zu verschaffen. Die Debatte um den Niedergang des Nationalstaates ist steril geworden, weil in der Verflechtung von Weltwirtschaft und Gesellschaften tatsächlich Wahlchancen in zentralen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Bereichen offenstehen, die sie politisch, aber nicht notwendig mit Staatsgewalt ergreifen können. Damit hat auch der Ausgleich globaler Klasseninteressen schon begonnen. Ältere Gleichheiten in wohlhabenden Gesellschaften mögen zuerst abnehmen, um Gleichheiten zwischen Gesellschaften zu erhöhen, die dann neue Gleichheiten in allen Gesellschaften stiften. Das ist natürlich nicht nur ein Markt-, sondern auch ein Konfliktprozess.

9.

Bei der Verflechtung von Weltwirtschaft und Gesellschaften bedarf es im europäischen institutionellen Rahmen einer immer neuen Verständigung – Konsensus und Konflikt - mit der anderen großen wertkonservativ-libertären Parteienfamilie. Ideenpolitisch aber steht der Dialog mit einem weltoffenen Liberalismus an, der die Komplexität von Weltwirtschaft und globaler Vergesellschaftung, Austausch und Arbeitsteilung nicht auf den einfachen Gegensatz von Markt und Staat schrumpfen lässt. In Europa hat dieser weltoffene Liberalismus, der mit dem propagierten wie attackierten Neoliberalismus der jüngeren Vergangenheit wenig zu tun hat, bisher noch nicht so recht Ort und Stimme gewonnen, aber es gibt ihn. Ein sozialdemokratischer europäischer Progressivismus wird ihn zu suchen und mit einer populären Stärkung des Sozialen (Robert Castel), zu verbinden haben. Die globale Verknüpfung von Arbeit, Leben und Welt ist die gemeinsame neue Herausforderung. Dass die europäischen Eliten dafür nur die notwendigen Institutionen und Anreize zu schaffen hätten, damit die Individuen wissen können was zu tun ist, wird nicht reichen. Die demokratischen Gesellschaften müssen das Gesetz des Handelns zu ergreifen vermögen. Vom sozialdemokratischen Parteiprogramm erwarte ich, dass es die alte Idee der Verknüpfung von Strukturwandel und kollektivem Handeln mit neuem Leben erfüllt.

Gesellschaft unter Gesellschaften

Wenn die scharfe historische Unterscheidung zwischen inneren Beziehungen der Gesellschaft und äußeren zwischen den Gesellschaften durchlässiger wird, bedarf es langfristiger angelegter intelligenter Politikmuster, die aber dennoch erzählt werden können. In Anlehnung an eine betriebswirtschaftliche Metapher können wir davon sprechen, dass atmende Gesellschaften das Ziel solcher Ansätze sind. Diese Idee steht der Vorstellung entgegen, man könne etwa vom institutionalistischen Feldherrnhügel einer großen Steuerreform die wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zwischen den Akteuren ordnen und diese damit ermächtigen, am globalen Wettbewerb erfolgreich teilzunehmen. In der Hitze eines Wahlkampfes ist klar geworden, dass eine solche Vorstellung der Rückversicherung in einer bürgerlich-konservativen Lebensordnung bedürfte, die so

nicht wiederherzustellen ist. Aber auch der verteilungspolitische Feldherrnhügel, von dem aus man glaubt, über Investitionsprogramme, Verschuldung und Besteuerung der Reichen sich im globalen Strukturwettbewerb durchsetzen zu können, hat sich als ziemlich flach erwiesen. Gewerkschaftlicher Organisationsgrad, Konflikt- und Kampagnenfähigkeit industriegesellschaftlicher politischer Repräsentation und politische Theoriefähigkeit lassen diese Perspektive nicht mehr zu. Weder eine neue vereinigte Linke, die im Prinzip schon eine Mehrheit der Bevölkerung habe, auf der einen Seite, noch die unbeirrte Verkündung einer originären liberalen Reform, die die Mehrheit der Bevölkerung nur noch nicht richtig verstanden habe, auf der anderen Seite, bringen die atmende Gesellschaft voran. Vielmehr bedarf es der Verknüpfung zunächst scheinbar entfernter Politikansätze, deren Verbindung aber ideenpolitisch ausgerüstet sein muß. Lange hat man sich hierzulande geweigert, die dänische Verbindung von geringem Kündigungsschutz, hoher Lohnersatzleistung, aktiver Vermittlung und sozialer Verpflichtung als ganze wahrzunehmen, statt sich die genehmen Teile aus dem Paket herauszupicken, unabhängig davon, wie man das Paket als Ganzes beurteilt. (Sieben Pakete werden später eingefügt.)

Die Metapher der atmenden Gesellschaft sollte nicht dazu verleiten, die Politik der Gesellschaft als konfliktarme medizinisch-technologische Veranstaltung misszuverstehen. Politik ist zuerst Kampf, der die Feindschaftserklärung einschließt, dann Gegnerschaft, die den politischen Gegner nicht nur zu schlagen, sondern Regeln zu schaffen sucht, die diesen benachteiligen. Schließlich und endlich ist Politik Wettbewerb, dessen Regeln durch Verfassung, Gesetz und politische Evolution festgelegt werden. Immer kann Wettbewerb wieder zu Gegnerschaft werden, Gegnerschaft wieder zu Kampf und umgekehrt, sich Kampf zu Gegnerschaft und Wettbewerb wandeln. Politische Strategie, die auf die atmende Gesellschaft setzt, muß sich auf Wettbewerbsverhältnisse beziehen, aber für die Möglichkeit der Gegnerschaft und Feindschaft gewappnet sein, wer immer diese produziert. Die verschiedenen Variationen der Zweidrittel-Gesellschaft waren noch nie sonderlich imaginativ, wegweisender ist die Gliederung der Gesellschaft in Quintile, deren Mechanik und nicht deren Größe und Zusammensetzung zunächst von Interesse ist. Die Advokaten des politischen Wettbewerbs, Wahl- und Meinungsforscher schielen auf das mittlere Quintil, auf die Frage, wie aus 49% einmal 51% werden können, auf die alte, neue und neueste Mitte. Die Lautsprecher der Gegnerschaft oder gar Feindschaft lassen die Eigenschaften des unteren und des oberen Quintils als antagonistische vernehmbar werden, was die Armen von den Reichen trennt und wie

die einen den anderen beikommen können. Vergessen wird dabei die moderne industriegesellschaftliche Lehre, die auch dann gilt, wenn es weder Arbeiterklasse noch Bürgertum in einem historisch präzisen Sinne mehr gibt: Zwischen dem zweiten Quintil von unten und dem zweiten Quintil von oben gibt es einen strukturellen Wettbewerb, der die Gegnerschaft in Wettbewerb überführen kann, aber sich des permanenten Risikos der Regression in Gegnerschaft oder gar Feindschaft bewusst ist. Wirtschaftlich ist Wettbewerb bereits ein hohes zivilisatorisches Gut, das in der Wirklichkeit nur selten realisiert ist, politisch ist es noch anspruchsvoller und bedarf Voraussetzungen, die der Wettbewerb selber nicht herstellen kann. Für die neue Justierung des Sozialen in der Globalisierung kommt es in sozialdemokratischer Perspektive nicht in erster Linie auf den Ausgleich zwischen Armen und Reichen an, sondern wiederum auf die Stärkung der unteren Mitte der Gesellschaft, dort wo die Ergänzung der Bürger- durch Sozialrechte ihre Heimat hat. Die Förderung von Arbeit geringerer Produktivität, die sich entwickeln soll, die Übersetzung von Wissens- und Kreativitätstalenten in den Unterschichten zu respektablen und respektierten Verhaltensstandards haben ihre Grundlage weniger in der Generosität und Lehrbereitschaft der Oberschichten als in der Souveränität der unteren Mitte der Gesellschaft. Die Dinge liegen hier eng beieinander, d.h. der alte Plunder konservierter industriegesellschaftlicher Konflikterfahrung liegt neben der frischen Ware neuer Selbstsicherheit der unteren Mitte der Gesellschaft. Die libertär-wertkonservative Konkurrenz operiert von der oberen Mitte der Gesellschaft aus, sie muss die neuen Oligarchien aus Vermögen, Prestige und Wertüberheblichkeit im Zaum halten – dabei ist ihr Glück zu wünschen – um im politischen Wettbewerb mit der Repräsentation der unteren Mitte Schritt zu halten.

Der Umbau zu einer *high-tech* und *high-quality*, zu einer informationsindustriellen und wissensintensiven Arbeitsgesellschaft wird wiederum verlangen, Anpassungszeit zu kaufen, d.h. die Subventionierung von sozialen und kulturellen Dienstleistungen, die stabile Lebensweisen ermöglichen und die Installation umfassender Bildungseinrichtungen von der Vorschule und beruflicher Bildung bis zu Hochschulen und Wissenschaft ermöglichen. Das ist etwas, was die untere Mitte der Gesellschaft definiert. Die Bildung ist in vieler Hinsicht die Steinkohle der Zukunft. Die Ansprüche kollidieren nicht zufällig in der unteren Mitte, wenn die Hochschulbildungsquote auf mehr als zwei Drittel eines Jahrgangs steigen soll und zugleich die Nachfrage nach gebildeten teuren Dienstleistungen ermöglicht werden muss. Die Kollision der Ansprüche in der unteren Mitte der Gesellschaft wird auch die Finanzarchitektur der Gesellschaft

im Ganzen betreffen. Nicht aus dem Wachstum allein – obwohl ohne Wachstum alles nichts ist – muss diese Verschiebung zu finanzieren sein. Breite Schichten an der Vermögensbildung teilhaben zu lassen – kein Sozialstaat der Welt kann auf die Dauer diese private Teilhabe ersetzen – und zugleich die steigenden Kosten für Bildung, Alter und Gesundheit auch im privaten Budget der unteren Mitte der Gesellschaft zu verankern, führt zu harten Entscheidungszwängen. Dort hat sich ein Unsicherheitsgefühl festgefressen, das der vitalen Selbsterneuerung der ganzen Gesellschaft im Wege steht. Das Gefasel von Leistungsgerechtigkeit verdeckt diese Zusammenhänge, aber auch die Beschwörung einer egalitären Politik, die der eigenen Klientel die harten Aktivierungszwänge nicht zumuten mag. Obligatorische permanente Weiterbildung auf allen professionellen Niveaus für globale wettbewerbsfähige Arbeit, Stabilisierung sozialer und kultureller innerer Qualitätskreisläufe und politische Preisbildung in „Brückenmärkten“ für Arbeit und avancierte Produkte sind keine Abzüge von der Marktwirtschaft, sondern sozialisieren die Märkte erst global. Dass die mit Wachstum vermeintlich verbundene stärkere Ungleichheit an der Teilhabe der ärmsten Mitglieder der Gesellschaft gemessen werde, ist in dieser Perspektive ein sublimier Alternatismus. Allerdings wird man auch nicht glauben dürfen, dass die in Jahrzehnten aufgebauten kulturellen Grundlagen einer breiten unteren Mitte der Gesellschaft auch heute noch gesichert sind. John Rawls' Zeit ist vorbei und die seiner Gegner auch.

In der Interaktion von Gesellschaften trifft die untere Mitte der wohlhabenden Gesellschaften auf die obere Mitte der *emerging powers*, die sich Zugang zu Märkten, Aufstieg und Bildungschancen mit allen Mitteln zu erkämpfen suchen. Der politische Kompromiss zwischen diesen Formationen wird die Struktur der Weltgesellschaft bestimmen. Die Interessen der oberen Mitte der aufstrebenden Gesellschaften mögen sich gegen die Erben der Arbeiterklasse der entwickelten Gesellschaften richten, diese zu Teilhabern der historischen Kolonialisierung erklären und die Entwertung der gesellschaftlichen Arbeit in der unteren Mitte der bisherigen wohlhabenden Gesellschaften begrüßen. Umgekehrt kann diese untere Mitte in einen protektionistischen Populismus verfallen, der die aufstrebenden sozialen Mächte lediglich als Bedrohung und nicht als globale Chance wahrnimmt. Da ist noch nichts entschieden. Den Zorn auf die globalen Reichen zu richten, ist politisch, kulturell und intellektuell armseelig, wie sehr der große Reichtum in die soziale Pflicht auch genommen muß. Die obere Mitte der wohlhabenden Gesellschaften und die breiten Unterschichten in den aufstrebenden Gesellschaften, die nicht am Wachstum wirklich teil-

haben, können ein zerstörerisches Bündnis eingehen, das die Reformfähigkeit in der Ersten wie Zweiten Welt gleichermaßen einschränkt. Politische Parteien, Medien und kulturelle Institutionen versagen im Augenblick vor dieser Aufgabe der Strukturierung der globalen Kommunikations- und Konfliktverhältnisse. Aus den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts ragt noch der Aufstieg von Kommunikations- und Medieneliten mit hybriden Machtvorstellungen ihrer *Chief Knowledge Officers* in die Gegenwart hinein, die auf das Management von Globalisierungsprozessen nicht eingestellt sind. Aus den 70er Jahren ragt noch die Vorstellung politischer Meinungsführer in die Gegenwart hinein, die Egalität stärker normativ als professionell herzustellen suchte. An den Universitätsreformen läßt sich besichtigen, wie dieser Zusammenprall verschiedener historischer Wissenskulturen paradoxe Ergebnisse fördert. Natürlich ist die knappe Skizze der Mechanik globaler sozialstruktureller Verhältnisse nicht ausreichend, aber die Debatte muß jetzt beginnen oder die historische Zeit läuft davon. Wenn die großen politischen Parteien einmal begriffen haben, dass in der Dialektik von Europäisierung und Globalisierung weder die national- und wohlfahrtsstaatliche Demokratie eine Ebene höher gefahren werden kann, noch die globalen Märkte lediglich auf die Rechte von Individuen und Gruppen heruntergerechnet werden dürfen, sind breitere und interessantere intellektuelle und politische Koalitionen zu erwarten, als sie zuletzt der defensiven Rot-Grünen-Regierung und der aggressiven globalistischen Medienkoalition zur Verfügung standen oder der gegenwärtigen abwartenden Gemengelage zur Verfügung stehen. Es mögen sich demokratische Eliten-Netzwerke bilden, die den Konfliktprozessen das notwendige Format geben, aber abzusehen ist das noch nicht. Aber es wäre die Voraussetzung dafür, dass das Schwungrad des Machtwechsels unter den Bedingungen globalisierter Gesellschaften wieder in Gang käme.

Das politische System der Vereinigten Staaten und Großbritanniens ist besser auf das Management dieses epochalen Wechsels eingestellt – *no Thatcher, no Blair* und *no Reagan, no Clinton* – die skandinavische sozialdemokratische Grundierung, die auch die bürgerlichen Parteien am Ende und im Grunde teilen, erlaubt eine Verknüpfung von Stabilität und Flexibilität, die der angelsächsischen noch überlegen zu sein scheint. Die südeuropäische und erst recht die osteuropäische Transformation der autoritären Strukturbildungen des 20. Jahrhunderts kann für sich noch historische Anpassungszeit in Anspruch nehmen und die klassische Modernisierung reifen lassen. Auf das alte Europa der Franzosen, Italiener und Deutschen kommt es in einem Maße an, das ihnen

schwindlig werden könnte. Die Gesellschaften in den globalen Märkten effektiv Fuß fassen lassen und den demokratischen Machtwechsel am Erfolg dieser Verknüpfung zu institutionalisieren, darauf kommt es für sie selbst und für Europa an. Geradezu harmlos ist die Sprache des *benchmarking*, die diese Entscheidungslage technokratisch zu überspielen sucht. Allerdings hat auch die expressionistische politische Sprache in Europa ihre mehrdeutige Geschichte. Nennen wir das, was auf der politischen Linken ansteht – komplementär zu den Strukturzwängen der politischen Rechten – ganz waghalsig *Neosozialismus*, obwohl dieser Name wohl noch lange den Geruch verbrannter Erde an sich tragen wird. Man muß den feindlichen Zwilling, den amerikanischen Neokonservatismus im Auge behalten: Wie Nathan Glazer deutlich gemacht hat, ist ein Neokonservativer ein Konservativer, der zuvor kein Konservativer war, nämlich, wie wir ergänzen können, ein durch die Erfahrung des wohlfahrtsstaatlichen amerikanischen Liberalismus geprägter politischer Mensch. So ist ein Neosozialist ein Sozialist, der zuvor kein Sozialist war, sondern über drei Jahrzehnte durch die Erfahrung des post-wohlfahrtsstaatlichen Liberalismus und der offenen Globalisierung gegangen ist. Wer dem alten Sozialismus nicht wirklich abgeschworen hat, kann kein Neosozialist werden, so wie niemand ein Neokonservativer geworden ist, ohne der alten Rechten abzuschwören. Der Neosozialismus wird die harten Konsequenzen der Vermittlung von Arbeitsteilung und Gesellschaft vorurteilslos begreifen, aber die breiten Schichten der Gesellschaft und ihrer unteren Mitte mit allen institutionellen Möglichkeiten ermächtigen, sich die Globalisierung zu eigen zu machen. Der Neosozialismus wird noch lange nur ein Gedankenexperiment bleiben, aber auch Thomas Hobbes' Leviathan war zunächst ein Gedankenexperiment. Europa ist der Ort, an dem das Gedankenexperiment politisch getestet wird, weder die Vereinigten Staaten noch China. Die Diskussion um den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union, verbunden mit dem Blick auf den ganzen Mittelmeerraum und Osteuropa hat einen Vorgeschmack dafür gegeben, was alles daran hängt. Man wird es den europäischen Eliten nicht durchgehen lassen, wenn sie auf der politischen Rechten eine neue amerikanische Flexibilität mit einer alten orientalistischen Abwertung der Migration und auf der Linken eine kosmopolitische Vorstellung gesellschaftlichen Lebens mit der Unfähigkeit, Arbeit zu ermöglichen, verbinden. Die alten Europa zugeschriebenen Tugenden wie die lange Industrialisierungserfahrung mit ihren Organisationen und Institutionen, die konzentrierte europäische Stadt mit ihrer dichten Urbanitätserfahrung und die kleine, aber feine moderne europäische Familie sind auch keine große Hilfe

mehr. Zum Optimismus im Konjunktiv gehört, dass wir, indem wir von den Dingen wissen, sie auch machen können.

Wer definiert die Zukunft?

Die Gliederung der Vergangenheit im Zeichen der Globalisierung

Hermann Schwengel

Zukunft muss nicht definiert werden, wenn eine Entwicklung, eine Logik oder ein Trend nur fortgeschrieben wird. Zukunft muss auch nicht definiert werden, wenn wir uns Zukunft als unvorhersehbares Ereignis oder spontanen Aufbruch vorstellen. Zwischen dem Fortschreiben im Prinzip bekannter Entwicklungen und der Erwartung unvorhersehbarer Ereignisse liegt das Feld, auf dem in einem strengen Sinne Zukunft tatsächlich definiert wird. Hier zeigen sich Individuen und Gesellschaft souverän und handlungsfähig, konstituieren *a difference that makes a difference* und machen Geschichte. Dass Zukunft dadurch erwartbar wird, dass in der Gegenwart Entscheidungen getroffen werden und diese Herstellung von Zukunft dadurch bestimmt ist, dass sie von Entwicklungen der Vergangenheit abweicht, ist eine durch und durch moderne Vorstellung. Zwar sind wir mit der postmodernen Erfahrung im Westen skeptischer gegenüber der Idee der Machbarkeit geworden und entdecken in technowissenschaftlichen Utopien nicht selten alte Heilsvorstellungen, aber im Zeichen von Globalisierung, Strukturwettbewerb und weltweit verfügbarem Wissen tritt die Definitionsfähigkeit von Zukunft wieder in den Vordergrund. Für den Historiker scheint es klar, dass die Zukunft nur definieren kann, wer die Vergangenheit versteht. Dabei ist es entscheidend, wie Hans-Joachim Gehrke schreibt, dass man die Geschichte der Diskurse und die ihrer jeweiligen Milieus im Zusammenhang sieht, als eine Kette, in der sich die Felder immer wieder neu miteinander verbinden, aufeinander reagieren, miteinander interagieren, also ein Phänomen der Rückkoppelung. Diese Rückkoppelung erlaubt Kritik, schärft die intellektuellen Sinne für die einseitigen Darstellungen von Hütern der Vergangenheit und macht Zukunft offener. Um Zukunft aber definieren zu können –

in dem hier vorgeführten präzisen Sinne – bedarf es einer weiteren Engführung: Zukunft kann nur definieren, wer die Vergangenheit sinnvoll *gliedern* kann. Sinnvolle Gliederung ist hier nicht in erster Linie die Periodisierung der Geschichte durch den Historiker und die Unterscheidung von Epochen. Vielmehr kommt es darauf an, die Einschnitte in der Vergangenheit hervorzuheben, die für die gegenwärtige Entscheidung vorbereitende Zukunftsdefinition ausschlaggebend sind. Es ist eine Gedächtnispolitik, die von den brennenden Problemen der Gegenwart zu den langen Reihen der Globalisierung reicht. Dabei wird man wenigstens drei Einschnitte in die Vergangenheit benötigen, um diesem Instrument die nötige diagnostische Schärfe zu geben, die Therapie erlaubt. Da ist zunächst der kurzfristige Einschnitt, der mit der Frage verbunden ist, wann die gegenwärtige Krise tatsächlich begonnen hat – mit der europäischen und deutschen Wiedervereinigung, so wird meine These lauten – und welche Alternativen es zuvor gegeben hat. Dann gibt es einen zweiten mittelfristigen Einschnitt, bei dem wir die gegenwärtigen Problemlagen paradigmatisch mit den Problemlagen einer vergangenen Vergangenheit verknüpfen, die unseren Horizont noch wesentlich prägen – das ist die erste Globalisierung in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg, die für manche Wirtschaftshistoriker bis in die 20er Jahre des 19. Jahrhunderts zurückreicht. Davon ist schließlich der langfristige Einschnitt in die Vergangenheit zu unterscheiden, der den strukturellen Beginn der Produktions- und Lebensweise bezeichnet, die heute ebenso global geworden ist wie sie in Frage gestellt wird. Dabei geht es um den okzidentalen Einschnitt einer Neuzeit, einer Renaissance, eines Protestantismus oder Humanismus – mit sehr verschiedenen Namen, Intensitäten und Reichweiten in verschiedenen Kulturen – es geht um die historische Zeit orientalischer Zivilisationen, den Einschnitt durch Eroberung, Migration und Bruch mit verwandtschaftlichen Ordnungen und die hybriden Konstrukte, die diese verschiedenen Einschnitte enthalten. Es ist eine ganz praktische Frage für Politik, Management und Kultur, diese drei Einschnitte zu identifizieren, sie auseinander zuhalten und handlungspraktisch am Ende zu synthetisieren. Wenn diese Gliederung der Vergangenheit nicht gelingt, wird hysterisch auf schnellen sozialen Wandel reagiert oder pessimistisch den kommenden Dingen entgegengesehen, wo Gelassenheit, Zuversicht und *vita activa* vonnöten wären. Die Gliederung der Vergangenheit ist dabei nicht nur das Projekt der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Eliten, sondern ein unverzichtbarer gesellschaftlicher Lernprozess. Wer in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit Hysterie, Angst und Pessimismus schürt, kann nicht damit rechnen, dass die

Eliten schon die Nerven behalten und die Vergangenheit zu verstehen in der Lage sind. Wenn die nationalen Gesellschaften – im Kontext und in Konkurrenz zur Weltgesellschaft – nicht lernen, in der Globalisierung Zukunft zu definieren, hilft auch der Dezisionismus der Eliten am Ende nicht weiter.

Auch wenn die Frage nach der Definition der Zukunft bisher in theoretischen Grundbegriffen eingeführt worden ist, liegt auf der Hand, dass sie die Reformdebatte in diesem Lande vor allem in den letzten beiden Jahren betrifft. Es hat in dieser Zeit in Deutschland lange einen Krisendiskurs gegeben, der sich unentwegt zwischen hysterischem Aufschrei und pessimistischem In-Sich-Zusammensinken hin und her bewegt hat, ohne zur Ruhe zu kommen. Langsam beginnt sich eine untergründige Gelassenheit und nüchterne Änderungsbereitschaft durchzusetzen, die die Voraussetzung dafür ist, mit der Gliederung der Vergangenheit handhabbare Werkzeuge für die Definition der Zukunft in die Hand zu bekommen. Die Vielzahl der Antworten auf die Frage nach dem ersten Einschnitt, wann nämlich die Krise dieses Landes – die nun Anlass zu neuer Kraft zu bieten vermag – begonnen hat und mit welchen Problemlagen sie zusammenhing, lässt sich bei aller Vielfalt der Literatur auf vier Typen reduzieren:

- Der Aufschwung in den 90er Jahren, der mit dem Stichwort *new economy* zwar nicht erklärt, aber bekannt geworden ist, war wie der darauf folgende Abschwung Ausdruck eines langfristigen Struktur- und Technologiewandels, der eine Reihe von Konjunkturzyklen braucht und brauchen wird, weil er in die Mentalitäten einsickern muss, um sich durchzusetzen. Gesellschaften wie die Japans und Deutschlands, die zuerst überdurchschnittlich von der Reife des industriegesellschaftlichen Kapitalismus profitiert haben, um dann durch spezifische Ereignisse wie das Platzen einer Immobilien- oder finanzwirtschaftlichen Blase oder den plötzlichen Wandel der politischen Verhältnisse weniger am Wachstum teilzuhaben, brauchen einfach mehr Zeit. Die Stärkung der inneren Wachstumskräfte, die Einstellung auf eine technologisch wie global veränderte informationsindustrielle Welt verlangen einen institutionellen Wandel, der nicht von heute auf morgen zu bewerkstelligen ist.
- Der entscheidende Einschnitt war der Zusammenbruch der Zweiten Welt, des sowjetischen Imperiums und seiner Regimeeffekte in der ganzen Welt, die Wiedervereinigung Deutschland und der daraus resultierende Druck auf eine beschleunigte Bindung Deutschlands in einer Europäischen Währungs-

union und – beide Entwicklungen zusammengenommen – auf die geostrategische europäische Dynamik in Richtung der Türkei, der Mittelmeergesellschaften und *last but not least* Rußlands. Eine neue Zweite Welt ist zwischenzeitlich bereits im Entstehen, mit dem Aufstieg Chinas und Indiens als globale Regionen, mit der Bildung der G20-Assoziation aufsteigender globaler Nationen und der Revision der Zusammensetzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Die nationalstaatlichen Eliten vor allem in Frankreich und Deutschland waren auf die neue Dialektik von Europäisierung und Globalisierung nicht eingestellt, beschäftigten sich lange ziellos mit ad-hoc-Verknüpfungen von Vergangenheit und Gegenwart und hatten Mühe, die politischen Konfigurationen des Nachkriegseuropa hinter sich zu lassen. Weil die Liberalisierung der europäischen Gesellschaften gegenüber der Globalisierung, als Anpassung, Selbstbehauptung und Gestaltungswille zugleich, zu lange keine klare Gestalt gewann, blieb die Reformdebatte im europäischen Deutschland – das sich diese tief europäische Einbindung bei aller Rhetorik nicht wirklich klargemacht hat – lange zu unscharf, um wirkliche Veränderung in Gang zu setzen.

- Der kontinentale rheinische Kapitalismus hatte in der Mitte der 70er bereits seinen Entwicklungshorizont überschritten, obwohl noch ein Jahrzehnt später sowohl Deutschland wie der vermeintlich verwandte Korporatismus Japans als Beispiele angeführt wurden. Sowohl das wirtschaftsliberale, am klaren politischen Wechsel orientierte angelsächsische Modell – nach der Vitalisierung durch Reagan und Thatcher – als auch das skandinavisch-wohlfahrtsstaatliche waren in der Lage, sich schneller und tief greifender zu erneuern, damit auch auf den Globalisierungsschub nach 1989 besser antworten zu können und eine gewisse Selbstkorrektur vorzunehmen als die kontinentaleuropäischen Länder. Wo die Verbindung von Mehrheitsdemokratie und Wohlfahrtsstaat offener ist wie im kontinentalen Europa, schwächt sich die wirtschaftliche Attraktivität ab und begünstigt politisch-ökonomische Stagnation. Die politisch-ideologische Unterscheidung von Markt und Staat, nämlich ob liberal-mehrheitsdemokratische oder wohlfahrtsstaatlich-egalitäre Haltung sich durchsetzen, ist deshalb keine überkommene Differenz aus den Zeiten von Liberalismus und Marxismus, sondern der Springpunkt der Erneuerung. Weil die skandinavisch-wohlfahrtsstaatliche Option in einem Lande, das nicht dieselben egalitären

Traditionen aufweist, nicht wirklich zur Verfügung steht, ist ein moderates Einschwenken auf den liberal-mehrheitsdemokratischen Weg unabweisbar.

- Die Krise ist sehr viel stärker eine deutsche als in der Dialektik von Europäisierung und Globalisierung angenommen. Der heutige Irrweg der sozialen Marktwirtschaft hat schon mit Adenauers dynamischer Rente – und wenn man weiter zurückgehen will, mit dem Bismarckschen Sozialmodell – begonnen. Sie hat sich mit dem überzogenen Ausbau des Sozialstaates während der Großen Koalition und danach beschleunigt und in den verlorenen 80er Jahren keine echte liberale Revolte provoziert. Weil sich das heute rächt, gehört Deutschland in mancher Hinsicht zu den *newly declining countries*, die sich von der schiefen Bahn kaum noch aus eigener Kraft entfernen können. Die Blindheit gegenüber dem demographischen Wandel, die Langzeitwirkung autoritärer Ordnungsvorstellungen und ökonomische Seinsvergessenheit kulminieren in mangelnder ökonomischer und gesellschaftlicher Vitalität.

Natürlich hat jede dieser vier Auffassungen ihren Punkt, natürlich überschneiden sich auch die Argumente und schaffen mehrere intellektuelle Koalitionen. Nichtsdestotrotz treten am Ende die erste technokratisch-evolutionpolitische These, dass der langfristige Strukturwandel schlicht mehr Zeit brauche, ebenso zurück wie die liberale nationalrevolutionäre These, dass nach dem politischen auch der ökonomische deutsche Sonderweg zu beenden sei. Ihre Auffassungen behalten Relevanz, aber die entscheidende Differenz wird zwischen der zweiten und dritten Alternative ausgetragen, ob nämlich die mangelnde Auseinandersetzung mit der Strukturdynamik der deutschen und europäischen Vereinigung oder die fehlende Rezeption der am Ende alternativlosen angelsächsischen liberalen Revolution die Krisenursache seien. Ohne Zweifel greifen hier welt- und gesellschaftspolitische Motive ineinander, wird das Verhältnis von globaler Arbeitsteilung gesellschaftlicher Arbeit aufgenommen und nach den gesellschaftlichen Mehrheiten gefragt, die einen solchen harten Prozess des sozialen Wandels – in beiden Fällen – tragen können. Meiner Auffassung nach trägt die Hervorhebung des Einschnittes von deutscher und europäischer Wiedervereinigung und deren Strukturdynamik weiter, jedenfalls dann, wenn sie mit einer vertieften historisch-politischen Reflexion des mittleren und langen Wendepunktes verbunden ist, die Eliten und Massen zu tragen in der Lage sind. Mit der Betonung des Einschnittes europäischer und deutscher Wiedervereinigung meine ich natürlich nicht nur die enormen Ressourcen, die in die

Integration Ostdeutschlands geflossen sind und Sozialversicherung und Infrastruktur im Westen nachhaltig beschädigt haben. Ich meine auch nicht nur die Verzögerung der Reform des deutschen Modells, obwohl natürlich eine Regierung Lafontaine – oder eine Regierung Späth – ohne die Wiedervereinigung vermutlich eine Mischung aus niederländischen, dänischen und österreichischen Motiven erfolgreich zustande gebracht hätte. Vor allem bedeutet der Einschnitt 1989/1990 eine Blockade der Selbstbeobachtungsfähigkeit dieser Gesellschaft, die verzögerte Einstellung auf einen globalen Strukturwettbewerb und die Verlangsamung des Elitenwandels. Die Verständigungsverhältnisse haben sich nicht in der Geschwindigkeit verändert, wie es die Entwicklung der ökonomischen und politischen Produktivkräfte erfordert hätte. Die in den 70er und 80er Jahren sozialisierten Eliten – 68er und Anti-68er zugleich – die groß damit geworben hatten, bereits moderne Gesellschaften noch moderner, differenzierter und ästhetischer zu machen, sind zu spät und umso härter auf die globalen sozialen Tatsachen gestoßen worden. Auf eine Liberalisierung nach amerikanisch-britischem Vorbild zu setzen, unterschätzte die Kosten, die auf die alte liberal-konservative Klientel zukämen, die progressive Energie, die für eine libertär-wertkonservative Mobilisierung notwendig wäre und die weltoffene Politik der Modernisierung, die damit verbunden wäre. Diese Konstellation lässt sich nicht durch Kommunikationspolitik allein aufheben, weil es gilt, die Vergangenheit strategisch bewusster zu gliedern, sich besser zu beobachten und dadurch Zukunft definieren zu können. Es ist wie in allen europäischen Gesellschaften eine echte Liberalisierung gefragt, die vorbehaltlose Öffnung gegenüber der Globalisierung und neue Verfassung des sozialen Ausgleichs auf einen Nenner bringt. Dass das möglich ist, wird wiederum im Wettbewerb zu ermitteln sein, denn es ist nicht so, dass es auf diese Frage nur eine Antwort gibt.

Wenn wir die Vergangenheit gliedern, um Zukunft definieren zu können, brauchen wir auch einen mittleren Wendepunkt, einen paradigmatisch mit unserer Gegenwart verbundenen Einschnitt, an dem wir nicht teilgehabt haben müssen, um die gemeinsame Problemlage zu erkennen. Was die Globalisierung betrifft, handelt es sich um die Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg, in denen am Ende eine hochgradig integrierte kapitalistische Weltwirtschaft stand, die nach den herkömmlichen Kriterien erst in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts wieder erreicht wurde. Was dieser Globalisierung fehlte, war jene echte Liberalisierung der europäischen Gesellschaften im Verhältnis zueinander wie für die Weltwirtschaft, die zwischen Freihandel und Protektionismus, moderner

sozialer Sicherheit und Abbau traditionaler Privilegien einen rationalen Pfad zu definieren wusste. Die kapitalistische Weltwirtschaft beruhte am Ende des 19. Jahrhunderts zweifellos auf den Faktoren hoher industrieller Produktivität, der Erschließung landwirtschaftlicher Produktionsflächen und industrieller Rohstoffe und der Revolution im Verkehrs- und Transportwesen einschließlich der Fernkommunikation. Umstritten blieb jener vierte Faktor, nämlich der Einfluss der Liberalisierung auf die Globalisierung (Knut Borchardt). Lange koexistierten Globalisierung und Protektionismus – ideologisch dominierte der Freihandel weniger als zwei Jahrzehnte – die Verlierer der damaligen Globalisierung waren immerhin stark genug, um zur Konstitution des modernen Wohlfahrtsstaates beizutragen und die Globalisierung vor sich selbst zu schützen, aber niemand war darauf eingerichtet, die Globalisierung in wohlfahrtsstaatliche Mentalitäten einzufügen. Die Dialektik von Freihandel und Wohlfahrtsstaat kam erst nach zwei Weltkriegen in Gang und nur für eine historisch vergleichsweise kurze Periode, bis sie wieder herausgefordert. Die Liberalisierung tiefer anzulegen, den aktiven Wohlfahrtsstaat darauf auszurichten und die politische Selbstorganisationsfähigkeit der Gesellschaft in diesen Fragen zu stärken, das ist mit einem neuen Anlauf vielleicht heute erst möglich. Christ- und Sozialdemokraten haben sich immer als Erben des sozialen Liberalismus gesehen, gegenüber der Globalisierung müssen sie nun eine echte Liberalisierung ihrer Gesellschaften anbieten, die auf beiden Seiten ihre Kosten hat. Je mehr Globalisierung Eliten- wie Massenerfahrung wird, tritt ihr gegenüber relativ auch das Jahrhundert der Extreme (Eric Hobsbawm) zurück zugunsten der längeren Reihen von Prosperität, Ungleichheit und Machtwechsel. Jedenfalls sorgt dieser mittlere Wendepunkt dafür, dass die Debatte um die Ursache der gegenwärtigen Krise ihren Fokus in der echten Liberalisierung der europäischen Gesellschaften im Kontext der Globalisierung findet und nicht beliebige historische Reminiszenzen zur Rechtfertigung des eigenen Standpunktes herangezogen werden.

Ein dritter gedächtnispolitischer Wendepunkt ist schließlich vonnöten, um die Kraft zur Definition der Zukunft zu gewinnen. Er ist noch schwieriger zu fassen als der mittlere und ragt doch in jede gegenwärtige Krisendiagnose herein. Seit China und Indien als politisch-ökonomische und technologisch-informationelle Macht in die Interaktion globaler Regionen eingetreten sind, hat sich vieles verändert. Noch die Inklusion Japans in die okzidentale Welt, der Aufstieg der Tigerökonomien Koreas, Taiwans, Hongkongs und Singapurs und dann mehrerer südostasiatischer Länder war als globale Modernisierung zu

deuten. Wenn China und Indien, beide sowohl historische Zivilisationen wie Kollage von Wachstumszonen, in riesigen Nationalstaaten und fragilen Regimes verfasst, ihre Identität in der Interaktion mit anderen globalen Regionen, vor allem Amerika und Europa, finden, verändern sich auch die Begründungsverhältnisse okzidentaler Zivilisationen. Wenn sich darüber hinaus südostasiatisches, südafrikanisches und südamerikanisches *region building* auf diese Interaktion globaler Regionen bezieht, mit den G20-Ländern eine neue Zweite Welt entstanden ist, die sich nicht mehr so leicht auf die amerikanisch-europäischen Handelregimes einlässt und *global cities* schon eine Weile nicht mehr den Zirkel amerikanisch-europäischer Finanzmetropolen umfassen, sondern viele Knoten im globalen Netzwerk einschließen, ändert sich die materielle Basis von Modernitätsdiskursen. Daraus resultiert kein *clash of civilizations*, sondern die Frage, welche Renaissancen und Humanismen, Aufklärungen und Protestantismen in den Zivilisationen wann und aus welchen Gründen aufgetreten sind, was sie zum Reichtum, zur Varietät und zur Erneuerungsfähigkeit verschiedener Zivilisationen beigetragen haben und welche Potentiale sie für den globalen Ausgleich von Märkten und Institutionen bereithalten. Huntingtons zivilisatorische Pakete werden vollständig aufgeschnürt, die Möglichkeiten, ihre Inhalte neu zu sortieren, eröffnet und die Ursprünge der Globalität vor der okzidentalen Moderne gesucht. Der viel diskutierte Vergleich zwischen Amerika und Europa auf der einen und Rom und den Griechen auf der anderen Seite, die Chancen und Risiken eines europäischen Humanismus, der für die Welt wieder interessant werden könnte, gilt es in diesem Kontext zu beleuchten. Die Geisteswissenschaften – *humanities* – kommen mit Management und Recht in ein Gespräch, das die Welt verändert.

Wenn Globalisierung zu einer Massenerfahrung und Gliederung der Vergangenheit zu einer Schlüsselressource wird, damit die Gesellschaften sich in Bewegung setzen können, sind alle drei skizzierten Wendepunkte unverzichtbar, auch wenn sich die alltäglichen Debatten natürlich auf den kurzen Wendepunkt konzentrieren. Diese differenzierte Gliederung der Vergangenheit wird zugleich in die Bildung von Macht eingefügt sein, das heißt, die Gliederung der Vergangenheit muss mit bindender Entscheidung, Investition und Organisation verbunden sein. Der klassischen ideologischen Unterscheidungsmaschine von Liberalismus und Marxismus nachzutruern, die Unternehmern und Gewerkschaftern, Philosophen und Wissenschaftlern, Publizisten und Meinungsmachern, Künstlern und Schriftstellern Differenz und Verständigung zugleich ermöglichte, schafft keine neue *vita activa*. Aber solche Übersetzungs- und Sor-

tiermaschinen fehlen heute, um die Definition von Zukunft zu ermöglichen. Das wieder einmal erwachte Interesse an der Rolle von Eliten hat deshalb weniger konservative Bestandsinteressen als Untergrund, sondern resultiert aus dem Umbruch der Verständigungsverhältnisse im Zeichen der Globalisierung. Es definiert die Zukunft, können wir jedenfalls sagen, wer die bewusste Gliederung der Vergangenheit mit der Bindung gegenwärtigen Entscheidungs-, Investitions- und Orientierungswissens verknüpft. Das ist eine ziemlich abstrakte Definition, deren Skelett wir das Fleisch hinzufügen können, das Lester Thurows Figur des CKO, d.h. des *chief knowledge officer*, geliefert hat. Der *chief knowledge officer* kann Entwicklungsmodelle vergleichen – so unterschiedliche Gesellschaften wie Taiwan und Irland, China und Indien, Polen und Hongkong – im Bereich der Unternehmen weiß er, wann es zu kaufen, zu verkaufen und herzustellen gilt. Er weiß, immer noch Thurow folgend – wann Produkte den Tag erreichen, an dem sie reifen und sich ihre Wachstumsraten verlangsamen. Wie kann nun ein Unternehmen einen guten CKO finden? Thurow schlägt vor, dass man eine technologisch beschlagene, rasch aufsteigende junge Person zwischen 30 und 40 Jahren auswähle und ihr mitteile, sie sei der neue CKO und in zwei Monaten solle sie erneut vorsprechen und erklären, was sie tun werde. Es wäre natürlich ein Leichtes, die Widersprüchlichkeit und Mehrdeutigkeit dieser Figuration in der Luft zu zerreißen. Aber Thurow trifft mit der von ihm diagnostizierten historischen Verschiebung vom *financial officer* zum *knowledge officer* einen für den Definitionsprozess von Zukunft zentralen Punkt.

Alle Institutionen sind im Augenblick dabei, ihre *knowledge officers* zu finden. Obwohl Universitäten keine Unternehmen sind, brauchen sie so etwas wie *knowledge officers*, die zwischen den nervösen Akteuren in Ministerien und Rektoraten, wissenschaftlichen Anbietern und Nachfragern Kommunikation, Erwartung und Zukunft schaffen. Parteien, Verbände und Gewerkschaften suchen zwischen ihren Kommunikationsfachleuten, die zwar alles verkaufen können, aber nicht wissen was, und den Repräsentanten der sozialen und kulturellen Interessen, die sie vertreten, aber nicht verstehen, *knowledge officers*, die strategische Kommunikation zwischen diesen Erfahrungsbereichen zu stiften vermögen. Bindende Entscheidung, Investition und Orientierung, Ökonomie und Politik sind von dieser Arbeit abhängig. Die soziale Schicht möglicher *knowledge officers* ist schmal, die Versuchung der Anmaßung groß und die Medien kaum darauf eingerichtet, nicht zuletzt weil ihre Führungskräfte sich selbst für die besten *knowledge officers* halten. Ob sich die europäischen Lern-

netzwerke im Wettbewerb mit Amerika und Asien entwickeln, hängt ganz wesentlich von diesem Elitengefüge ab. Welche öffentlichen Güter auf welchem regionalen, nationalen und globalen Niveau angeboten werden sollen, wie globale Arbeitsteilung und gesellschaftliche Arbeit vermittelt werden sollen, welche Ungleichheit Wissens- und Bildungsgesellschaften zulassen und welche sie abwehren sollen, welche Vermittlung die zivile Gesellschaft zwischen religiös-kommunitärer und individualistisch-kosmopolitischer Haltung finden kann und soll, das alles ist von Konsensus und Wettbewerb dieser *knowledge officers* abhängig, die die alternativen Unternehmen, Wählerschaft und Publikum zu erklären haben. Herfried Münkler hat vor kurzem geschrieben, dass es den Vereinigten Staaten in den letzten Jahrzehnten gelungen sei, ihre Definition der Problemlagen stärker als alle anderen durchzusetzen. Diese Stärke amerikanischer Definitionsfähigkeit hängt nicht zuletzt mit der Fähigkeit zusammen, die historische Zeit als amerikanische zu deuten und als Grundlage progressiven wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Handelns zu nutzen. Die amerikanische hegemoniale Liberalisierung – zu der am Ende auch die Neokonservativen gehören – hat lange die Zukunft definiert, weil sie die skizzierten drei Wendepunkte zu regieren wusste. Meine eigene Hoffnung gilt einem europäischen Progressivismus, der vor dieser Leistung nicht zurückschreckt, sondern sie zu überbieten sucht und so der Welt ein besseres Angebot zu machen in der Lage ist. Ein Neokonservativer ist, nach dem berühmten Diktum Nathan Glazers, ein Konservativer, der zuvor kein Konservativer war. Ein neuer Progressivismus in Europa wäre demnach ein Progressivismus, der sich auf neue Koalitionen von Ideen und Interessen einlässt. Neue Arenen für Ideen und Interessen sind dafür von Nutzen.

Mit langem sozialdemokratischem Atem

Der Globalisierung ein europäisches Gesicht geben

Hermann Schwengel

Die sozialdemokratische Programmdebatte dient nicht nur der Selbstvergewisserung der Partei in einer Periode tiefen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wandels. Sie ist auch nicht nur der ideologische Überbau einer zuerst zu harten Einschnitten gezwungenen Regierungspraxis, die dann erklärt, was zu tun war und was zu tun ist. Sie ist auch nicht nur Arena des Generationswechsels, dessen Konturen sich langsam abzeichnen. Vielmehr trägt sie wesentlich zu der historischen Veränderung der Verständigungsverhältnisse in diesem Lande bei, die gegenüber dem Prozess der Globalisierung unabdingbar ist. In der Tat ist es so, dass gegenüber dem Strukturwandel, der mit dem Titel Globalisierung überschrieben wird, keine Beschönigung hilft. Die globale Mobilität des Kapitals schafft diesem neue Optionen, der Steuerwettbewerb ist nicht zu leugnen, die exportorientierte Produktion ist einem verschärften Kostenwettbewerb ausgesetzt, eine für Deutschland depressiv wirkende europäische Geldpolitik und die Kosten der Vereinigung drücken auf das Wachstum (vgl. Scharpf 2004). In dieser Konstellation als Sozialdemokraten die europäische Karte spielen zu wollen und das europäische Sozialmodell offensiv zu vertreten, ist nicht selbstverständlich, sondern bedarf einer großen politischen Anstrengung. Dass es dieser Anstrengung bedarf, lässt sich schon daran ersehen, dass während des kurzen Sommers sozialdemokratischer Mehrheiten in Europa am Ende des letzten Jahrhunderts ein wirklicher Durchbruch nicht gelungen ist: Zwar wurde in der Beschäftigungspolitik ein Lernkorridor – symbolisiert durch den Kölner Prozess – geschaffen und gradueller Fortschritt in bestimmten Bereichen ermöglicht, aber in der Steuer- und Sozialpolitik ist man nicht wirklich weitergekommen, und die europäische Asymmetrie zwischen Marktöffnung und politischer Schließung ist nicht wesentlich verringert worden (vgl. Mer-

kel/Ostheim 2004). Man kann es deshalb niemandem verdenken, die Zukunft in der Verfolgung pragmatischer Ziele – gemessen an sozialdemokratischen Grundwerten und mit offenem lernendem Blick auf die Nachbarn – zu sehen, die Methode offener Koordination in Europa ebenso pragmatisch zu nutzen und die Verarbeitung der Osterweiterung in der Wirklichkeit abzuwarten. In dieser Perspektive macht es dann auch Sinn, auf die objektiv verlangsamte Vertiefung mit noch stärkerer Verlangsamung der Erweiterung der Union zu reagieren.

Nun ist es aber so, dass aus welt-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Gründen dieser Verlangsamung die Erwartung einer beschleunigten Erweiterung entgegensteht, die nicht nur von mächtigen atlantischen Eliten, wachstums- und expansionsinteressierten Geschäftsleuten und kulturindustrieller Intelligenz gehegt wird, sondern in der Logik der begonnenen europäischen *Liberalisierung* selbst liegt. Diese Liberalisierung ist durch drei Eigenschaften gekennzeichnet, nämlich dass sie die Gesellschaften für Prozesse der Globalisierung öffnet, die Gesellschaften als ganze in die Globalisierung mitnimmt und die Identität ausmachende Eigenschaften der Gesellschaft auch gegenüber der Globalisierung schützt. Im letzten großen modernen Globalisierungsschub in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg ist diese Liberalisierung nicht ausreichend zustande gekommen. Zwar war durch industrielle Produktivität, die Erschließung landwirtschaftlicher Produktionsflächen und industrieller Rohstoffe, die Revolution im Verkehrs-/Transportwesen einschließlich der Fernkommunikation eine hochgradig integrierte kapitalistische Weltwirtschaft geschaffen worden (vgl. Borchardt 2001), aber eine echte Dialektik von Freihandel und gesellschaftlichem Ausgleich setzte sich nicht durch, mit den bekannten Konsequenzen. Heute lässt sich die Erwartung einer solchen echten Liberalisierung nicht abweisen, die europäischen Gesellschaften bewegen sich wie widersprüchlich auch immer in diese Richtung. Die Erwartungshaushalte (Elias Canetti) beginnen sich auf eine viele Jahre dauernde Debatte um die europäische Zukunft der Türkei und der Ukraine einzustellen, die anstehenden Ratifizierungen der Europäischen Verfassung und die Volksabstimmungen in wichtigen europäischen Ländern erhitzen den politischen Prozess und werden es der Politik nicht erlauben, weiterhin allein auf die indirekte Methode der Europäisierung zu setzen. Sie werden auch den Wissenschaften ihren gepflegten Skeptizismus nicht lassen, sondern eine *neue* europäische Erzählung von Vertiefung und Erweiterung einfordern, die globales und gesellschaftspolitisches Handeln wieder auf einen gemeinsamen Nenner bringt. Es ist die Wirklichkeit, die auf

die Überwindung der negativen Dialektik von praktischem Kleinmut und normativem Übermut drängt.

Die Attraktion Europas kommt heute zunächst von außen. Es hat sich so etwas wie ein *europäischer Transformationalismus* herausgebildet, ein europäisches Angebot von Markt und Demokratie, das im östlichen und südlichen Halbkreis um das alte Europa wie für globale Regionen Wirkung zeigt. Für die einen ist die Drohung eines deutschen Europa, für die anderen die eines neuen Kolonialismus stärker zurückgetreten als noch vor Jahren vorstellbar. Jahrzehnte kritischer Auseinandersetzung mit der Geschichte – deren Intensität gedächtnispolitisch immer wieder erneuert wird – haben zu diesem europäischen Transformationalismus beigetragen. Dieser bedarf auch keines abstrakten Anti-Amerikanismus als Triebkraft mehr, sondern vermag nach und nach auf eigenen Beinen zu laufen. Europa kommt sogar als Träger eines eigenen zukünftigen Kosmopolitismus, wie ihn Ulrich Beck portraitiert hat, ins Gespräch und eröffnet einen Rahmen für eine neue Welle demokratischer Transformation und ziviler Machtausübung. Nationalität, Transnationalität und Supranationalität stehen sich hier nicht mehr im Wege, sondern eröffnen dem europäischen *Empire* überhaupt erst die adäquaten Machtchancen gegenüber den globalen Kapitalmärkten und ihren Institutionen (vgl. Beck/Grande 2004). Kein Zweifel, das Bild, das Europa in Kiew abgegeben hat, war sehr viel besser als das in Südosteuropa vor einigen Jahren. Es gibt auch zunehmend wieder amerikanische Stimmen, die eher von einer europäischen Wissensgesellschaft erwarten, dass sie ein Laboratorium für die Welt werden kann (vgl. Rifkin 2004). Die Europäische Währungsunion – die viele Beobachter nicht zuletzt aus den Vereinigten Staaten für unmöglich gehalten haben – hat ihre erste formative Periode überstanden und mag nun in die erweiterte, für europäisches Wachstum und Beschäftigung wie globale finanzielle Stabilität stärker wirksame Rolle hineinwachsen. Eurosklerose wäre heute weniger dadurch definiert, dass es zu viel Europa gibt, als dadurch, dass es nicht genug davon gibt.

Aber das Europa, das diesen Transformationalismus anregt, ist nicht mehr das Nachkriegseuropa, das seine Raison in der Stiftung inneren Friedens – zur Beendigung des Jahrhunderts der Extreme (Eric Hobsbawm) – und der Schaffung eines großen Marktes, der uns, wie uns die Wirtschaftshistoriker lehren, sehr viel möglich macht, findet. Es entfernt sich auch vom Ideal der Assoziation industriegesellschaftlicher Sozialstaaten, die dauerhaftes Wachstum und stabile ökonomische Kreisläufe, soziale Sicherheit und technologische Innovation verschweißt. Auch die Europa zugeschriebene Dichte lokaler, familialer

und gemeinschaftlicher Strukturen, die weniger durch Mobilität als durch gewachsene Vielfalt charakterisiert ist, scheint mit innerem sozialstrukturellem Wandel, Migration und Verflechtung mit anderen globalen Kulturen abzunehmen. Dieser Prozess hat nicht mit der jüngeren Globalisierung begonnen, denn mit jeder Erweiterung, der nordisch-skandinavischen, irisch-britischen, mediterranen und schließlich mitteleuropäischen haben sich die *varieties of capitalism* ebenso wie die *multiple modernities* in Europa selbst vermehrt. Der anvisierte Beitritt der Türkei zur Europäischen Union setzt insoweit diesen inneren Differenzierungsprozess nur fort, obwohl in der Tat zum ersten Mal nicht nur das Wie, sondern das Ob zur Disposition steht. Es ist aber diese innere Differenzierung, die die transformationalistische Attraktion ausübt. Nur scheinbar kommt diese Tatsache dem neoliberalen Denken entgegen, das Marktöffnung mit Differenzierung identifiziert. Die britische und amerikanische neoliberale Revision des Wohlfahrtskapitalismus seit dem Ende der 70er Jahre war zunächst darauf gerichtet, den *decline* der eigenen Gesellschaften aufzuhalten und umzudrehen. Ihre Schwungkraft konnte zwar genutzt werden, um sich der Globalisierung dann wahlverwandt zu machen, aber eine attraktive Gestaltung sozialer und kultureller Differenzierung ist damit nicht verbunden gewesen. Sozialdemokraten können demgegenüber allerdings nicht auf dem sozialen Nachkriegseuropa beharren, das mit den europäischen Revolutionen von 1989 und ihren Konsequenzen zur Liberalisierung keine Alternative finden wird. Aber sie können dieser Liberalisierung ihr Gesicht geben, das heißt, globale Öffnung und inneren sozialen Ausgleich vermitteln. Dafür gilt es, das historisch-politische Bewusstsein für die Periodisierung der europäischen Integration zu schaffen. Vollendung des Binnenmarktes und Europäische Währungsunion gehörten *noch* zur Logik des Nachkriegseuropa und zugleich *schon* zur europäischen Liberalisierung im Zeichen der Globalisierung. Sie waren die größte Deregulationsmaschine der Weltgeschichte, wie Margaret Thatcher gehofft hat, und zugleich Beitrag zu einer neuen globalen politischen Ordnung.

Zwischenzeitlich sah es allerdings so aus, als ob mit der ökonomischen, sozialen und kulturellen Selbsttransformation Europas nur die Wiederkehr der intergouvernementalen politischen Struktur verbunden sein werde, dass das Integrationseuropa historisch eher die Ausnahme als die Regel gewesen sei und danach die Welt sich wieder der Normalität von Nationen und Märkten zuwende. Schon Mitte der 80er Jahre hatten die Eliten asiatischer Regionen sich stärker dem intergouvernementalen Modell zugewandt, zumal es dem späten und anti-kolonialen *nation building* entgegenkam. Der verringerte Integrationssinn

hat aber kaum Früchte getragen und in der asiatischen Krise mehr Kosten verursacht. Wenn Europa heute aber wieder interessant wird, dann nicht weil die Nachkriegseuropa verwandten Integrationsmodelle in Südostasien und Südamerika – angetrieben von Mittelmächten wie Frankreich, Indonesien und Brasilien, die ihren relativen Einfluss zu wahren suchten – einfach wiederkehrten, sondern weil China und Indien in die Interaktion globaler politischer Regionen mit wirtschaftlich-technologischer und kulturell-informationeller Macht eingetreten sind. China und Indien sind mehr als Nationalstaaten, historische Zivilisationen auf der einen und transnationale globale Regionen auf der anderen Seite, deren Leistungskraft, Kohäsion und Identität sich zugleich an den langen Reihen der Geschichte wie an der kurzfristigen *Collage* von Einflüssen aus Nah- und Fernräumen bewähren muss. Auf der einen Seite entsteht die Möglichkeit eines chinesisch-asiatischen Wirtschafts- und Währungsraumes – der asiatische Dollarblock ist jetzt schon mehr ein Block chinesischer Währung – auf der anderen Seite wachsen scharfe regionale und lokale Differenzierung, deren explosive soziale Dynamik noch gar nicht abzusehen ist. Der Aufstieg Chinas und Indiens gehört zudem zu der Bildung einer neuen Zweiten Welt, die ein Stück weit in den G20-Staaten schon ihren Ausdruck gefunden hat, aber auch in der selbstbewussten intellektuellen und politischen Herausforderung der Ersten wie der Dritten Welt Konturen gewinnt. Schließlich sind es nicht nur globale Regionen und neue Zweite Welt, sondern die vor- und transstaatlichen Akteure großer urbaner Agglomerationen, die die globalen Handlungsspielräume bestimmen. Zunächst schien die Idee der *global cities* nur die weltwirtschaftliche Herrschaft von New York, London und Tokio zum Ausdruck zu bringen, dann die sehr viel differenziertere Macht hoch entwickelter städtischer Innovations- und Regulationsregimes, bis schließlich auch die Urbanisierung als eigenständige gestaltende Kraft der Globalisierung begriffen wurde. Es sind alle diese Prozesse, an denen sich die neugewonnene Attraktivität Europas bewähren muss, an denen sie scheitern kann und denen sie etwas zu bieten haben muss. Die gegenwärtige Konstellation ist nicht mit dem Aufstieg der damaligen Tigerökonomien Taiwan, Korea, Hongkong und Singapur zu vergleichen, nicht einmal mit der Inklusion Japans in den okzidentalen Rationalismus der Weltbeherrschung, der Europa im Gefolge der Vereinigten Staaten noch in Ruhe ließ, obwohl der Wettbewerb eine Fülle von Anpassungsmaßnahmen erforderte. Noch fällt es den Vereinigten Staaten leichter, ihre innere soziale Verfassung mit der relativen hegemonialen Gestaltung der Globalisierung zu verknüpfen, die Vitalität ihrer Anpassungsfähigkeit ist nach wie vor

bewundernswert, aber die Zeit läuft aus. Die Dynamik der eigenen Gesellschaft mit der einer entstehenden Weltgesellschaft zu verbinden, das versuchen eine Reihe von Staaten, Städten und Zivilisationen, es ist kein amerikanisches Privileg mehr. Beim wechselseitigen Kopieren, Variieren und Modellieren bilden Wachstum der Weltgesellschaft und Entwicklung nationaler gesellschaftlicher Identitäten kein Nullsummenspiel, sondern reizen sich wechselseitig an und eröffnen kreativen Assoziationen von Gesellschaften Strukturvorteile.

Als soziales Modell ist Europa in dieser Zeit eher unschärfer geworden. Noch ist es nicht gelungen, die neue äußere Attraktivität mit der inneren Qualität von Sicherheit, Innovation und Nachhaltigkeit zu verbinden. Während die einen in neoliberaler Ignoranz die Differenzierung der gesellschaftlichen und politischen Weltordnung lediglich als Überbau der Marktöffnung verstehen, wollen die anderen nicht begreifen, dass die Attraktivität Europas nicht mehr in erster Linie auf der Wahrung der Standards des rheinischen Kapitalismus beruht. Die Vermittlung von innerem sozialen Ausgleich und globaler Öffnung beginnt in den politischen Mentalitäten erst Wurzeln zu schlagen, und der politische Konflikt bildet die wirklichen Alternativen nicht ausreichend ab. Die Vermittlung von Freihandel und Sozialstaat war im entwickelten Teil der Weltgesellschaft zwar über Jahrzehnte erfolgreich, aber sie ist nicht auf die Globalisierung eingestellt. Drei Herausforderungen gilt es deshalb mit langem politischem Atem zu meistern, nämlich globales mit gesellschaftspolitischem Handeln zu verknüpfen, globale Arbeitsteilung und Gesellschaft konstituierende Arbeit zu unterscheiden und die zivilgesellschaftliche Lebensform, die im späten Nachkriegseuropa der 80er Jahre sich zu entwickeln begann – und die politische Generation unserer Tage geprägt hat – nachzuhärten. Die zu Recht geforderte Anhebung des gesellschaftlichen Bildungsniveaus dient nicht nur der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch der zivilgesellschaftlichen Selbstbeobachtungsfähigkeit von Gesellschaften. Vermutlich hängt beides eng miteinander zusammen, und wir sind auf beides gleichermaßen angewiesen.

Globales und gesellschaftspolitisches Handeln verknüpfen

Die Frage, ob sich der Nationalstaat als regulative Form historisch überlebt habe, ist in gewisser Weise steril geworden. Staatliche Akteure haben nämlich

bereits begonnen, sich durch Anpassung an die globale Konstellation zu behaupten. Wenn man die europäischen Staaten und Gesellschaften heute typisieren will, tritt zur klassischen Unterscheidung von koordinierten und nicht-koordinierten Marktwirtschaften diese Geschichte der Selbstbehauptung bereits hinzu. Es kommt heute nicht mehr allein darauf an, die Konsequenzen der verschiedenen Pfade kapitalistischer Marktwirtschaft in Europa nachzuzeichnen, sondern auch die politisch-ökonomischen Rollen zu verstehen, die sie Aug' in Aug' mit der Globalisierung bereits zu spielen begonnen haben. Frühe Reformprozesse zeigen nämlich bereits schon Ermüdungserscheinungen, spätere entfalten sich erst und die letzten haben Mühe, aber auch die Chance, die reformistische Erfahrung anderer zu nutzen. Vor zwei Jahrzehnten wurden die nationalen Geschichten erzählt, um sich vor der Homogenisierung durch Europa zu schützen, heute werden sie erzählt, um ihren spezifischen Beitrag zur zukünftigen europäischen Dynamik zu verstehen. Da ist zunächst der Typus der kleineren beweglichen europäischen Nation, die wie die Niederlande sich auf wenigen Gebieten flexibel spezialisieren kann und im erträglichen Wechsel von Konflikt und Konsensus abzufedern weiß. Daraus erwächst eine kalkuliert-enthusiastische Vertretung weiterer Europäisierung, die aber die soziale und kulturelle Eigenständigkeit niemals aus den Augen verliert. Auch wenn das Modell wirtschaftlich und kulturell eine Krise durchläuft, ist es für zur flexiblen Spezialisierung fähigen europäischen Regionen interessant ebenso wie für kleinere nachholende Staaten und Gesellschaften. Erneuerungsfähig haben sich vor allem die skandinavisch-wohlfahrtsstaatlichen Regimes erwiesen, die nicht zuletzt in den modernen wissenschaftlichen Branchen die liberale kapitalistische Konkurrenz hinter sich lassen. Wer ihre anspruchsvollen Instrumente aber übernehmen will – stärkere Steuerfinanzierung sozialer Sicherheit und höhere Einkommens- und Verbrauchssteuern bei geringerer Unternehmensbesteuerung – wird darlegen müssen, wie weit er die eigene Gesellschaft auf ein höheres Besteuerungs-, Aktivierungs- und Leistungsniveau einschwören kann, wenn dieses nicht über lange historische Reihen bereits gesichert ist. Die schwedische und zuletzt dänische Selbstkorrektur konnte flexibel wachsende libertäre Werthaltungen wie populistische Strömungen in der Gesellschaft aufnehmen und im politischen Prozess verarbeiten, weil es starke sichernde egalitäre Mentalitäten gibt. Mentalitäten lassen sich aber nicht einfach herstellen, deshalb müssen skandinavische Motive sorgfältig in andere Sicherheits- und Gleichheitstraditionen eingepasst werden. Ideenpolitisch ist aber die skandinavische Option von unschätzbarem Wert, weil mit ihr dokumentiert wird, dass

dieselbe Leistungsfähigkeit, Produktivität und Attraktivität von Gesellschaften mit hohem und niedrigem Staatsanteil erbracht werden kann, dass Arbeitsmarktpolitik, öffentlicher Sektor und egalitäres Bewusstsein global wettbewerbsfähig sind. In der europäischen Umwelt koordinierter Marktwirtschaften hat sich aber auch das britische Modell vergleichsweise unkoordinierter Marktwirtschaft bewährt, vor allem wo es Innovations- und Wachstumsanreize mit erhöhter Grundsicherung und verbesserter Infrastruktur zu verbinden wusste. Dafür ist nicht zuletzt die modernisierungspraktische Nutzung des politischen Machtwechsels – *no Thatcher, no Blair* – ausschlaggebend, auch wenn die Rollen der atlantischen Drehscheibe, des Anbieters globaler Übersetzung und nüchterner geopolitischer Traditionen hinzukommen. Der mittel- und osteuropäische Transformationsprozess wird wohl einen eigenen Pfad – und sei es zunächst ein Suchpfad – hervorbringen, der nach einer langen liberalen Öffnungs- auch wieder eine stärker kontinentaleuropäische soziale Schließungsperiode einschließen mag. Die seinerzeit neuen mediterranen Mitglieder der Union haben Binnenmarkt und Währungsunion zur Stabilisierung ihres eigenen Pfades, der den kontinentaleuropäischen deutlich variiert, für sich und Europa genutzt.

Es kommt also tatsächlich auf die Erneuerung des deutschen, französischen und italienischen kontinentaleuropäischen Pfades an. Das ist nicht nur so, weil sie wie Deutschland infolge der Wiedervereinigung zu den letzten gehören, dass sie sich wie die Franzosen bisher vor allem auf ihren klugen Traditionalismus verlassen haben oder wie die Italiener ein zerbrochenes historisches Parteiensystem zu ersetzen hatten, sondern weil eine neue Herausforderung aufgetreten ist: Die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Engführung des europäischen Lernkorridors, der zu globaler Wettbewerbsfähigkeit bei sozialem Ausgleich führen soll, trifft auf die Notwendigkeit einer welt- und sicherheitspolitischen Klärung der europäischen Rolle. Es ist nicht zu leugnen: Mit geringer wirtschaftlicher und sozialer Attraktivität gibt es nur geringe Chancen, globale Entwicklungen institutionell und kulturell zu prägen, ohne globale Gestaltungsmacht wiederum gibt es keine Sicherung des eigenen sozialen Modellspektrums, und beides muss von Mehrheiten getragen werden. Aber manchmal ist es leichter, zwei Schritte als einen zu tun. Es ist auch nicht ohne Ironie, dass nachdem die deutsch-französische Achse mit der Erweiterung an Gewicht zu verlieren schien, sie bei der Verknüpfung von welt- und gesellschaftspolitischem Handeln wieder an Bedeutung gewonnen hat. Die französische Konstellation ist dabei die glücklichere: Die dem europäischen Verfassungsentwurf

kritisch gegenüberstehenden Kräfte wollen meistens mehr Europa, das heißt soziale und kulturelle Befestigung des europäischen *way of life* und keinen Separatismus, während die deutsche Kritik lange Angst hatte, als schlechte Europäer dazustehen, weil Europa nicht durch politische Entscheidung, sondern unbewusst an die Stelle der Nation gerückt war. Vielleicht wird die deutsch-französische Politik gegenüber dem Irak-Krieg einmal nicht in erster Linie dafür berühmt werden, dass sie dem amerikanischen Hegemoniestreben entgegengetreten ist, sondern dass sie eine Annäherung der französischen und deutschen Diskurse für Europa befördert hat.

Im Zeichen einer echten Liberalisierung der europäischen Gesellschaften, wie sie oben definiert worden ist, kommt es auf die Verständigung über drei entscheidende Sachverhalte an, die ohne eine französisch-deutsche Vorverständigung nicht zu erreichen ist. Da ist zunächst die Anerkennung der gemeinsamen und wechselseitigen Verwundbarkeit, dass der eigene Pfad und die Variation des eigenen Pfades zu seiner globalen Sicherheit der Lebensfähigkeit der anderen Optionen im europäischen Spektrum bedarf, dass stärkere und schwächere Koordination gleichermaßen Unionstreue beweisen und bereit sind, besondere Risiken einzelner Länder durch ausgleichende Institutionen zu mildern. Beachtung verdienen Vorschläge, die in Anknüpfung an frühe Keynesianische Ideen einen effizienten Kredit- und Beistandsmechanismus für schwächere europäische Gesellschaften und Regionen einfordern, wenn ein starker EU-Staat in absehbarer Zeit nicht zur Verfügung steht (Hankel 2005). Jeder gute praktische Vorschlag, wie der von Fritz Scharpf, die Methode offener Koordination mit der Ausweitung europäischer Direktivenmacht auf wichtige sozialpolitische Bereiche zu verbinden, ist jedoch auf die Anerkennung „gemeinsamen Schicksals“ angewiesen. Da ist zweitens der Konsensus zwischen den beiden großen Parteienfamilien in Europa – für den das Europäische Parlament eine zentrale Rolle spielen kann – den Machtwechsel in ihren verschiedenen Ländern nicht gegen die Dynamik der Unionsbildung zu richten und die Verfolgung ihrer Interessen souverän zu begrenzen. Es hat in Europa Jahrhunderte gedauert, bis die herrschenden Eliten den Machtwechsel akzeptiert haben, um Stabilität und Wachstum ihrer nationalen Ökonomien und Staaten zu ermöglichen. Wachstum und Stabilität in Europa bedarf des Konsensus der Eliten, den Machtwechsel nicht als *exit option* zu verstehen, sondern als Beitrag zum europäischen *regime building*. Es ist alles andere als selbstverständlich, dass die europäischen Eliten – und vor allem die britischen – diesem Nexus folgen. Von den europäischen Regierungen wird drittens verlangt, dass

sie sich nicht nur als Mitglieder eines entstehenden „globalen Senats“ verstehen – G2 und G8-Gipfel und Sicherheitsräte, Handelsrunden und globale Konferenzen – dessen Eliten sich von ihren Gesellschaften, Parteien und Parlamenten lösen, präsidentialen Charakter annehmen und vorwiegend kommunikationspolitisch mit ihrer sozialen Umwelt umgehen. Die Europäische Union ist nicht nur eine *Föderation von Nationalstaaten* (Jacques Delors), sondern immer mehr auch eine *Gesellschaft von Gesellschaften*, die die Art und Weise, wie sie leben und arbeiten möchten, in sich und miteinander ausgleichen. In ihrer politischen Qualität muss sich die Interaktion europäischer Regierungen von internationalen Beziehungen und globalen Institutionen unterscheiden, weil die Substanz demokratischer Repräsentation hier auf dem Spiel steht.

Wenn die Europäer die sich selbst gern zugeschriebene „weiche“ globale Gestaltungsmacht tatsächlich einsetzen und globale Entwicklungen institutionell prägen wollen, werden sie diese drei „harten“ Verständigungsprozesse organisieren müssen. Die Verknüpfung von Anerkennung der Verwundbarkeit und Eröffnung geopolitischer Spielräume, die in Eliten wie Mehrheitsgesellschaften Europas noch nicht verankert ist, ist die zentrale ideenpolitische Aufgabe der nächsten Jahre, die auch dem europäischen sozialdemokratischen Generationenwechsel ihren Stempel aufdrücken wird. Die Verknüpfung von welt- und gesellschaftspolitischem Handeln ist in der Spanne zwischen Irak-Krieg und Agenda 2010 in Deutschland selten gelungen und wenn, dann eher mit dem Rückgriff auf sicherheits- und gesellschaftspolitische Motive von vor 1989. Wenn es eine neue Debatte um ein Kerneuropa wieder geben sollte, wird sie sich an dieser Verknüpfung von gesellschafts- und weltpolitischen Motiven auszuweisen haben und nicht an der Renaissance des „karolingischen Europa“. Es führt in die Irre, gegen das erweiterte neue Europa ein altes erstes Kerneuropa wieder in Stellung zu bringen, das die Gründungsgeschichte glaubt noch einmal nachspielen zu können, so wie Donald Rumsfelds neues zweites Europa die Fiktion der amerikanischen Hegemonie in Europa noch einmal nachzubilden gedachte. Tatsächlich kommt es darauf an, wie das erste wohlhabende Europa sich mit dem dritten Europa von den Gesellschaften der ehemaligen Sowjetunion, der Türkei und den Gesellschaften des Mittelmeeres arrangiert. Die Debatte um den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union ist ein Katalysator für dieses Arrangement, weil hier zum ersten Mal die Trennung von sicherheits- und gesellschaftspolitischen Gründen nicht durchgehalten werden kann. Das Erbe der heute geradezu legendären sozialdemokratischen Ostpolitik

liegt in der Beantwortung der Fragen, die mit diesem dritten Europa verbunden sind.

Globale Arbeitsteilung und gesellschaftliche Arbeit unterscheiden

Alle erfolgreichen europäischen Reformprozesse enthalten auf der einen Seite einen *klugen Traditionalismus*, der die Erfahrungen des eigenen Entwicklungspfadades zu nutzen weiß, und auf der anderen Seite die Anerkennung notwendiger *Öffnung* für Märkte, Wettbewerb und Austausch. Das hieße in Deutschland, die korporativen und kooperativen Bestände flexibler zu gestalten, aber in ihrem Kern zu erhalten, vitale industriepolitische Kerne zu modernisieren, aber wie in Frankreich zu sichern, die föderale Verantwortungsteilung zu schärfen, aber die vielgestaltige Länder- und Kommunenstruktur für Innovation und Wachstum zu nutzen, die deutsche Erfahrung in der Branchenkoordination auf die veränderten Optionen von Kapital und Arbeit einstellen, aber in ihrer regulativen Kraft zu stärken. Es gibt deutsche Flexibilitätstraditionen, die nicht zerstört werden sollten, Aushandlungserfahrungen, die nicht Marktideologien unterworfen sein sollten und Arbeitsmotivationen, die nicht manageriellem Willen zur Kontrolle untergeordnet werden sollten. Nur dann wird der Blick frei für die relative Schwäche des inneren Dienstleistungssektors, der persönlichen und sozialen Dienstleistungen, die nicht auf den Weltmarkt ausgerichtet sind. Wenn sich auch in Deutschland einmal kluger Traditionalismus und entschiedener Öffnungswille verbunden haben werden, kommen hier wie für alle Pfade auf dem europäischen gesellschaftspolitischen Lernkorridor zwei politische Klärungs- und institutionelle Absicherungsprozesse auf die Tagesordnung, die Konflikte provozieren werden. Die erste Absicherung – die hier nur angedeutet werden kann – ist mit der bereits diskutierten Umorientierung der europäischen Geld- und Finanzpolitik verbunden, der stärkeren Verpflichtung der europäischen Zentralbank auf Wachstum und Beschäftigung, der Ermöglichung kompensatorischer Finanzpolitik und der Sicherung eines hohen europäischen Angebotsniveaus an öffentlichen Gütern. Die zweite Absicherung ist noch nicht in dieser Weise Gegenstand öffentlicher Debatte. Es ist die Unterscheidung von *globaler Arbeitsteilung* und *gesellschaftlicher Arbeit*, die die europäischen Gesellschaften zu treffen haben, wenn sie niedrigproduktive Arbeit auf der einen

und zunehmend wissensgesellschaftliche auf der anderen Seite gleichsam zu organisieren haben.

Für liberale Ökonomen gehen globale Arbeitsteilung und Strukturwandel der Arbeit Hand in Hand. Freihandel und Mobilität von Kapital, Wissen und Arbeitskraft machen am Ende nicht nur alle reicher, sondern ermöglichen die Schaffung neuer höherwertiger Arbeitsplätze in Gesellschaften, die zunächst Beschäftigung zu exportieren scheinen. Wenn durch Lohnanpassung *outsourcing* in maßvoller Geschwindigkeit ermöglicht wird und die notwendigen Sozialinvestitionen in Bildung, Mobilität und Anpassungsbereitschaft erfolgen, ist ein geregelter evolutionärer Wandel möglich. Solcher Wandel begünstigte kleine, ebenso mobile wie bindungsstarke Einheiten, Familien und Gruppen, schürte scharfen Elitenwettbewerb um die richtigen politischen Geschäftsmodelle und entmächtigte die gesellschaftlichen Verbände zwischen Individuen und Märkten. Die Französische Revolution, die alle intermediären Gewalten zwischen dem Bürger und dem Staat wegzuräumen gedachte, hätte eine globale, allerdings wirtschaftliche Gestalt angenommen. Dem steht die Vorstellung entgegen, dass *Arbeit für die Konstitution von Gesellschaften von gleicher Bedeutung ist wie bürgerliche Rechte und Institutionen*. Die arbeitsteilige Differenzierung, die Interdependenz zwischen den beruflichen Funktionen und kontrollierte Spezialisierung schaffen die sozialen Bande, wusste schon Emile Durkheim, die Gesellschaft erst bilden. Diese Auffassung steht nicht nur gegen die Fiktion globaler Marktgesellschaft, sondern auch gegen die einer von der Arbeit emanzipierten nationalen Bürgergesellschaft. Die Arbeitsteilung der Berufe, die Würde professioneller Erfahrung und die freie Anerkennung einer Hierarchie, die durch Leistung vermittelt wird, komplettieren erst den gesellschaftlichen Frieden, der durch die Kontrolle der Gewalt und die Sicherung bürgerlicher Rechte gestiftet wird. Natürlich verändert sich auch diese Arbeitsteilung immer wieder, ständische Erstarrungen werden aufgebrochen, und neues Wissen befruchtet die gesellschaftliche Arbeit. Globale Arbeitsteilung und offene Märkte stoßen diese Erneuerung an, konstituieren aber keine Gesellschaft. Wenn im Prozess unserer Globalisierung die umfassende Liberalisierung von Gesellschaften notwendig ist, bedarf es also offenbar des *politischen Ausgleichs* zwischen der globalen Arbeitsteilung und der Konstitution von Gesellschaft durch Arbeit. Sich der globalen Arbeitsteilung entziehen zu wollen, ist ebenso illusorisch wie die Vorstellung, Gesellschaft konstituiere sich allein durch bürgerrechtliche Teilhabe. Kommt dieser politische Ausgleich nicht zustande, wachsen die Paradoxien, die Dahrendorf so anschaulich überschreibt:

Kampf ohne Klassen und Klassen ohne Kampf, Kapital ohne Arbeit und Arbeit ohne Kapital.

Dass sich ein Weltmarktpreis für Arbeit in nächster Zukunft durchsetzen werde, steht für die „Globalisten“ fest. Natürlich sind Arbeitsmärkte der Globalisierung ausgesetzt, aber wenn Arbeit französische und deutsche, niederländische und schwedische, österreichische und italienische Gesellschaft mitkonstituiert, dann signalisierten Weltmarktpreise für Arbeit zwar die ökonomischen Knappheits-, aber nicht die gesellschaftlichen Ausgleichsverhältnisse. Auf drei entscheidenden Feldern wird dieser Ausgleich hergestellt. Da ist zunächst die Anerkennung der sozialen Tatsache, dass niedrigproduktive, schwer messbare oder sich gängigen Produktivitätsbestimmungen entziehende Arbeit für die Konstitution der Gesellschaft von gleichem Rang ist wie hochproduktive. In der Idee negativer Einkommenssteuer ist diese Vorstellung lebendig, nämlich dass durch kontinuierliche Variation des Markteinkommens ein Maß für die grundständige Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand definiert wird. Ein Bürgergeld ohne Arbeit wiese demgegenüber in die falsche Richtung, indem es die Konstitution von Gesellschaft durch Arbeit noch mehr schwächte als globale Arbeitsteilung und Kapitalmobilität es ohnehin tun. Bei Lohnsubventionen ist die Frage, ob sie nur dazu dienen, die Fiktion eines nichts als ökonomischen Arbeitsmarktes aus ideologischen Gründen aufrechtzuerhalten oder zu gesellschaftsstiftender allgemeiner Arbeit beitragen. Nicht von einem Niedriglohnsektor ist die Rede, sondern von einem Basissektor gesellschaftlicher Arbeit, in dem bei schnellem wirtschaftlichem Wandel, Veralten von Wissen und Erfahrung, Änderungen persönlicher Lebensverhältnisse und beruflichen Zwischenphasen Individuen und Familien immer wieder zurückkehren können, um nach einer Zeit wieder andere Herausforderungen zu suchen. Dieser Sektor mag aus sozialversicherter Teilzeit, Midi- und Minijobs, Weiterbildung und Familienarbeit, informeller Tätigkeit und Renovation zusammengesetzt sein, drei Bedingungen muss er genügen: Ein- und Ausstieg müssen zügig und geregelt sein, im Sektor hohe Flexibilität und Wechselbereitschaft, während der Sektor als Ganzes Sicherheit ausstrahlt, weil alle wissen, dass mit ihm gesellschaftliche Arbeit konstituiert wird. Wenn auf diese Weise Ausgleich zwischen der *Preisbildung* durch globale Arbeitsteilung und der *Finanzierung* gesellschaftsstiftender Arbeit geschaffen wird, sind frühzeitige Anpassung an veränderte globale Preisverhältnisse, längerfristige Investitionen und soziale Vitalität wahrscheinlicher. Es ist die Unklarheit der Maßstäbe, die heute den meisten Schaden anrichtet.

Das zweite Feld, auf dem der Ausgleich zwischen globaler Arbeitsteilung und gesellschaftsstiftender Arbeit herzustellen ist, liegt in der neuen Mitte unserer informationsindustriellen Gesellschaft. Egalitäre hochtechnologische Industriegesellschaften hatten es fertig gebracht, dieselbe Produktivität wie sie libertär-konservative Wettbewerber erzielen durch geringere Spreizung der Einkommen zu erreichen. Das war das Resultat eines politischen Ausgleichs zwischen globaler Arbeitsteilung und Konstitution gesellschaftlicher Arbeit. Dieser Ausgleich ist für die informationsindustrielle Dienstleistungsgesellschaft noch nicht erbracht, aber er ist möglich. Eine relativ egalitäre Dienstleistungsstruktur entsteht allerdings nicht von selbst, sondern bedarf der entsprechenden Infrastruktur, der massiven Investition in Berufs- und Unternehmerbildung und der Erhöhung des gesellschaftlichen Qualifikationsniveaus. Es bedarf eines Sozialstaates, der Instrumente zur Überwindung der „Kostenkrankheit“ im Dienstleistungssektor bereithält, kundenspezifische Qualitätsproduktion und Förderung von Wahlmöglichkeiten für Arbeitszeiten, hohe qualifizierte weibliche Erwerbstätigkeit, Professionalisierung von Dienstleistungstätigkeiten und relative Einkommensgleichheit bei erwachsenen Einkommen (vgl. Bosch/Wagner 2003/04). Das ist eine neue europäische Prosperitätskonstellation, die nicht mehr in erster Linie von der Durchkapitalisierung der Landwirtschaft, der Hauswirtschaft und dem traditionellen Mittelstand wie in den drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg lebt (vgl. Lutz 1984), sondern auf eigenen Beinen steht. Diese Prosperitätskonstellation ist darauf angewiesen, dass auch der binnenorientierte Mittelstand einem Qualitätswettbewerb unterzogen wird wie der global orientierte, aber die Qualitätskriterien nicht allein von den mobilen Gesellschaftsmitgliedern festgelegt werden. Es ist nicht effektiv, wenn sich Eliten und *creative class* des informationsindustriellen Kapitalismus aus der Gesellschaft zurückziehen und nur eine neue Dienstklasse für sich arbeiten lassen, während ein grundständiger Dienstleistungskreislauf, in den alle einbezogen sind, nicht zustande kommt. Viel wird von der politischen Organisation der hochprofessionalisierten Berufe in Gesundheit, Bildung, Kultur und Medien abhängen, wie sie für sich professionelle Kriterien, managerielle Haltungen und gesellschaftliche Wertbildung auf einen Nenner zu bringen vermögen. Im letzten amerikanischen Wahlkampf hat die Trennungslinie zwischen dem professionell-demokratischen und manageriell-republikanischen Haltungen jedenfalls bereits eine starke Rolle gespielt.

Ein drittes Feld, auf dem der politische Ausgleich zwischen globaler Arbeitsteilung und Konstitution gesellschaftlicher Arbeit gestiftet wird, ist die Er-

haltung und Schaffung strukturbildender Unternehmen, urbaner Hauptsitze und Entwicklungskernen. Schon aus klugem Traditionalismus macht Industriepolitik – Maß und Geschwindigkeit des *outsourcing* sind variabel – aber erst recht für die kulturelle Gestaltung der Globalisierung durch Medien- und Kulturindustrien, komplexe Informationstechnologien und Bildungssysteme. Der Konflikt um die kulturelle Gestaltung der Globalisierung ist in vollem Gange und auch hier ist Europa als Föderation von Nationalstaaten wie Gesellschaft von Gesellschaften gefordert. Universitäten etwa sind gesellschaftliche Entwicklungskerne – im natur- wie geisteswissenschaftlichen Bereich – die auf dem regionalen, nationalen und europäischen Niveau sorgfältig durchdekliniert werden müssen um erfolgreich zu sein. Dieses Durchdeklinieren der Ebenen gilt für alle drei Felder, auf denen der politische Ausgleich zwischen globaler Arbeitsteilung und gesellschaftlicher Arbeit gestiftet wird, also für die Anerkennung eines grundständigen Sektors gesellschaftlicher Arbeit, die nicht aus dem Markt, wohl aber aus der globalen Arbeitsteilung herausgenommen wird, für die Entstehung eines grundständigen inneren Dienstleistungskreislaufs, der bewusst gegenüber traditionellen Arbeits- und Lebensverhältnissen verbreitert, aber dessen Einkommensunterschiede ebenso bewusst gemildert werden, nicht zuletzt für die differenzierte kulturelle Gestaltung der Globalisierung durch Bildung, Medien und Informationstechnologie. Zuschnitt und Vernetzung von Arbeitsmarkt-, Sozial-, Infrastruktur- und Steuerpolitik hängen von diesen Grundentscheidungen ab. Die Globalisierung ist jedenfalls sehr viel offener als ihre Freunde und Feinde meinen. Gewerkschaften können eine starke Rolle in diesem Prozess spielen, wenn sie ihren Generationenwandel schneller bewältigen als die Konkurrenz. Falsche Frontstellungen lassen sich vermeiden: Auch wenn die Entwicklung des Humankapitals programmatisch ein Stück weit an die Stelle der Vertretung von Arbeiter- gegen Kapitalinteressen tritt, die Ermöglichung von Kooperation Vorrang gegenüber dem Leistungs- und Gegenleistungsaustausch gewinnt, macht- und kampagnenfähig müssen die Gewerkschaften wie zuvor sein, und Kooperationen werden nur eingegangen, wenn das ordnungspolitische Monopol des Wettbewerbs gebrochen wird. Aber natürlich werden die Gewerkschaften gefragt werden, was sie wirklich tun, wenn der Grad betrieblicher Selbstregierung wächst, situative Vertragsaushandlungen Vorrang gewinnen und dem differenzierten Wettbewerb differenzierte Mitbestimmung und Ko-Management hinzuzufügen ist (vgl. Priddat/Wieland 2004). Nachhaltigkeit kann die Summe von alten und neuen sozialen Bewegungen auf ein Bild bringen, bewähren muss sie sich aber an den Trägern der

informationellen Arbeitsgesellschaft. Nachhaltig ist es deshalb nicht zuletzt, diese neuen Mittelschichten in die Konstitution der Gesellschaft durch Arbeit einzubinden, so wie die Einbindung der damaligen Mittelschichten für den industriegesellschaftlich-sozialstaatlichen Kompromiss einmal ausschlaggebend war (vgl. Müller, 2005). Auch hier ist es die Unterscheidung von globaler Arbeitsteilung und gesellschaftskonstituierender Arbeit, die zählt.

Die Zivilgesellschaft nachhärten

Das Lebensgefühl tragender liberaler und sozialer Schichten in Europa scheint in den letzten drei Jahrzehnten zur Idee der Zivilgesellschaft zusammengewachsen zu sein, die in gleicher Distanz zu Staat wie Markt offene Lebensformen, Intelligenz des Konsums und vielseitige gesellschaftliche Tätigkeit zu ihren Normen gemacht hat. Anleihen bezieht diese Idee aus der schottischen Aufklärung, den neuen sozialen Bewegungen seit den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts und den Oppositionsbewegungen gegenüber dem Staatssozialismus (vgl. Offe 2002). Die industriegesellschaftliche Konflikterfahrung scheint für dieses Lebensgefühl keine große Rolle zu spielen. Das rächt sich: Denn nun trifft sie auf harte Globalisierungszwänge, die Wahrnehmungs-, Organisations- und Konfliktfähigkeiten verlangen, die ihre postmoderne Erfahrung an Grenzen stoßen lassen. Dabei stellt sich heraus, dass das Lob der Zivilgesellschaft womöglich mehr von der Schrumpfung großer älterer größerer liberaler Utopien lebt, insgeheim vielleicht mehr der biographisch-melancholischen Sicherheit ihrer Advokaten oder Zugehörigkeitsritualen der oberen Mittelklasse dient, als sich alle eingestehen. Zweifellos gehört die Idee der Zivilgesellschaft zu den wertvollsten Beständen, die kulturelle Rebellion im Westen und politische Opposition im Osten hinterlassen haben, aber Nachhärtung ist angesagt. Nachhärtung hat auch schon stattgefunden: In den frühen 80er Jahren des letzten Jahrhunderts sah es so aus, als ob der Gesellschaft die Arbeit ausgehe, aber das schien in vieler Hinsicht auch Vorteile für freie bürgergesellschaftliche Tätigkeit zu bieten. Zwischenzeitlich wurde sogar vorgeschlagen, das Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt zu prämiieren. Dass Arbeit Arbeit schafft, ist zwei Jahrzehnte danach der alternative Glaubenssatz, aber dazwischen hat die Gesellschaft gelernt, dass Gesellschaft sich nicht ohne Arbeit bildet, aber nicht jede Arbeit Gesellschaft zu stiften in der Lage ist. In die-

sem Prozess sind wir immer noch befangen, die alten Advokaten der 35-Stunden-Woche knabbern ebenso daran wie die jungen Vertreter der flexiblen Tätigkeitsökonomie. Ohne deren Vermittlung aber bliebe Zivilgesellschaft eine späte liberale Fiktion, vielleicht nur ein Erbe der in den nächsten Jahren abtretenden politischen Generation, die am Ende doch noch das 1968 von Berkeley, Frankfurt und Prag zusammenfügen möchte.

Die Nachhärtung geht aber, wie hier gezeigt worden ist, entschieden weiter: Die Zivilgesellschaft muss die Verknüpfung von globalem und gesellschaftspolitischem Handeln leisten, sie muss globale Arbeitsteilung und gesellschaftliche Arbeit unterscheiden und die zunehmend wissenschaftliche Arbeit – oben – mit der prekären niedrigproduktiven Arbeit – unten – auf einen Nenner bringen. Dazu muss sie die äußere Attraktion Europas mit der inneren Veränderungsfähigkeit abgleichen und daraus Kraft schöpfen. Die Frage nach der Vitalität der europäischen Zivilgesellschaften wird sich immer mehr stellen, wenn umwelt- und energiepolitische, wachstums- und entwicklungspolitische, verteilungs- und sicherheitspolitische Motive verknüpft werden müssen, von gesellschaftlichen Mehrheiten die Souveränität und Legitimität zu stiften in der Lage sind. Im Umgang mit der Frage des Beitritts der Türkei wird sich schon die Vitalität der Zivilgesellschaft erweisen. In dieser Debatte wird häufig auf die geringe zivilgesellschaftliche Qualität der türkischen Gesellschaft hingewiesen, was Autoritätsgläubigkeit, eingeschränkte Rolle der Frau und traditionelle Religionsbindung betrifft. Weil es nicht funktionieren wird, diese Wahrnehmung aus geo- und sicherheitspolitischen Überlegungen zu verdrängen, wird auf die Zivilgesellschaft die entscheidende Frage zukommen: Traut sich die Zivilgesellschaft zu und hat sie die Zuversicht, sich auf eine intensive Auseinandersetzung mit Gesellschaften einzulassen, die dem westeuropäischen Weg der Säkularisierung nicht gefolgt sind – dazu gehört *by the way* auch die amerikanische – um ihre Lebensform zur Geltung zu bringen? Markt und Staat werden allein die Erweiterung nicht tragen können. Hier schließt sich der Kreis, denn die Attraktivität Europas hängt auch an der Zuversicht ihrer Zivilgesellschaften, auch auf diesem schwierigen Felde vermittelnde Lebensformen anbieten zu können. Vermittlung ist ein von Widersprüchen gekennzeichnete Prozess. Die alten europäischen Gesellschaften können ihre Trennung von Politik und Religion nur weiterentwickeln, wenn sie zugleich ihre kulturellen Sinne für die Bildung von Werten intensivieren. Die Träger der industriellen Wissensgesellschaft – *high tech* und *high quality* – sind gefordert, zwischen religiöser Gleichgültigkeit und vormoderner Glaubensbereitschaft aktive Wege zu weisen. Auf der anderen

Seite werden die „wenn nicht religiöser, so doch religionsbewusster werdenden Gesellschaften Europas die Pflege des Ressentiments gegen die säkulare Demokratie und die wachsende Entfremdung ganzer Einwanderungsgenerationen von ihrer kulturellen Umgebung nicht auf Dauer hinnehmen“ (Fuhr, 2005). Wie in der Sozialpolitik werden auch in der Kulturpolitik die europäischen Gesellschaften diese Vermittlung an sich vollziehen müssen, bevor sie im europäischen Für-Sich für die Welt von Bedeutung werden können.

Eine europäische sozialdemokratische Erzählung ist möglich, die die Europäische Union der Nationalstaaten und Gesellschaften Ebene für Ebene durchbuchstabiert, zwischen globaler Arbeitsteilung und Gesellschaftsbildung durch Arbeit einen sozialen Kompromiss vorführt und die Zivilgesellschaft nachhärtert. Die narrative Struktur ist, wie hier analytisch vorgeführt, schon da, aber noch fehlen die Bilder und die wiederholbaren argumentativen Sequenzen, die jedem sofort einleuchten. Es schadet auch nicht, dass regierende Sozialdemokraten in Europa weniger nach einem ideologisch durchdachten Plan handeln, sondern sich im Machtkonflikt immer neu aufstellen, dass epochale Arbeitspapiere kommen und gehen und eine Generation Reform sich bildet und wieder in sich zusammensinkt. Aber irgendwann werden die Leute doch hören wollen, wie die europäische sozialdemokratische Erzählung klingt. Die Sozialdemokraten können heute im System der Ideen und Interessen die originäre europäische Position einnehmen, die die Christlichen Demokraten, zwischen Wirtschaftsliberalismus und Wertkonservatismus zerrissen, nicht mehr zu definieren vermögen. Das wiederum schafft Raum für einen sozialen Patriotismus, der den bürokratischen Etatismus zurückführt, aber die verantwortliche Selbstbestimmung der Gesellschaft des informationsindustriellen Kapitalismus stärkt. Das wiederum ließe die Sozialdemokraten zum Partner breiter bürgerschaftlicher Intelligenz und moderner Werteliten werden, die zur Nachhärtung der Zivilgesellschaft bereit sind und mit der begonnenen Globalisierungserfahrung die neo- und sozialliberalen Konfliktlinien der 70er und 80er Jahre des letzten Jahrhunderts aufheben möchten. Die gesellschaftlichen Verständigungsverhältnisse sind im Umbruch, und ideenpolitischer Mut zahlt sich aus.

Literatur

- Beck, Ulrich und Grande, Edgar, Das kosmopolitische Europa. Frankfurt 2004
- Bosch, Gerhard und Wagner, Alexandra, „Beschäftigungshoffnung Dienstleistungen“ braucht politische Begleitung, in: IAT-Report 2003/2004
- Borchardt, Knut, Globalisierung in historischer Perspektive, München 2001
- Fuhr, Eckard, Der Übergang zur Wirklichkeit hat längst begonnen, Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 1/2005
- Hankel, Wilhelm, Der Prophet muss seine Botschaft zu Ende denken, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 1/2005
- Lutz, Burkhard, Der kurze Traum immerwährender Prosperität, München 1984
- Müller, Michael (in diesem Band 2005)
- Offe, Claus, Nach dem „Ende der Utopie“ die Zivilgesellschaft als Fortschrittsidee, Plenarvortrag beim Internationalen Jahreskongreß des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen, 30.-31.10.2002
- Priddat, Birger P. und Wieland, Josef, Strategische Herausforderungen der Sozialen Marktwirtschaft: Neue Gerechtigkeitsanforderungen in dynamischen Welten. Arbeitspapier 94 der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2004
- Rifkin, Jeremy, Der europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht. Frankfurt/M. 2004
- Scharpf, Fritz W., Zur Modernisierung des Berliner Programms, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 12/2004
- Schwengel, Hermann, Voscherau, Eggert, Vassiliadis, Michael, Wer bestimmt die Zukunft, Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt/M., 2005 (im Erscheinen)

Für ein gesellschaftspolitisches Kerneuropa

Hermann Schwengel

Es gibt ihn nicht, den richtigen Zeitpunkt für ein neues Parteiprogramm. Die Wirklichkeit schreibt die Dramaturgie und fordert die Programm-Macher heraus. Die Auseinandersetzung um die Agenda 2010 war der Beginn einer Achsenzeit für die Sozialdemokraten, die in ihrer Tiefe der Bad Godesberger Wende vor fast einem halben Jahrhundert nicht nachsteht. Es gilt den Spagat zu überwinden, den die Sozialdemokraten nicht auf Dauer aushalten werden: Wer der Agenda 2010 einfach nur zustimmte, hatte kein Herz, wer sie einfach ablehnt, hat keinen Verstand. Es wird nicht helfen, die sozialdemokratischen Grundwerte durchzudeklinieren, um am Ende gerechte Ungleichheiten oder unverletzliche Solidaritäten definieren zu können. Am Anfang wird die politische Zeitdiagnose stehen, die aus bewusster *leadership* erwächst und nicht nur aus der Übersetzung von Philosophie und Wissenschaften in politische Programme. Nicht umsonst wird das Kommunistische Manifest von den Advokaten liberaler Globalisierung heute gern in Anspruch genommen, weil es diese Sprache der politischen Zeitdiagnose spricht. Nach der Zeitdiagnose wird es dann in der Tat gelten, sozialdemokratische Werte an den Herausforderungen der Wirklichkeit zu schärfen. Schließlich und endlich ist am Ende nach den robusten Akteuren und Allianzen zu fragen, die diesen immer gefährdeten Prozess zu tragen in der Lage sind. Dramaturgen der Mediengesellschaft haben den Sozialdemokraten einreden wollen, es gehe um einen Konflikt zwischen Reformern und Traditionalisten, es gebe nur praktische Umsetzungsprobleme, aber keinen Konflikt der Interessen und Ideen mehr. Wenn Sozialdemokraten dieses Muster verinnerlichen, stehen sie am Ende entweder als rosa lackierte Neoliberale da, denen nichts als moderne Wirtschaftspolitik einfällt, oder als Sammelbüchse vergangener sozialer Bewegungen, deren Funktionäre nur ihre Biographien verteidigen. Die Wirklichkeit hält wirklich paradoxe Herausforderungen für alle Gruppen der Sozialdemokraten bereit. Die nachrückende jün-

gere Generation, die Kommunikationspolitik und *networking* mit der Muttermilch aufgesogen hat, muss politische Theorie schreiben lernen, obwohl sie an alles andere als das gedacht hat. Die politische Linke muss sich als Generation zurücknehmen lernen und rückhaltlos eingestehen, dass die Motive von Friedens- und Sicherheitspolitik, Emanzipations- und Frauenpolitik, ökologische Modernisierung und *human development*, die ihnen so ans Herz gewachsen waren, unter ihrer eigenen Regie im letzten Jahrzehnt völlig umgeschrieben werden mussten. Die machtbewussten pragmatischen Sozialdemokraten schließlich, die sich auf ihren Pragmatismus immer so viel zugute gehalten haben, werden massiv darauf gestoßen, dass es diesen Pragmatismus nicht mehr umsonst gibt, sondern dass er gegen neoliberale oder populistische Anpassung behauptet und bestimmt werden muss. Dass alle zu tun haben, ist aber auch eine Chance, die zu verpassen das Leben kosten kann.

Historistische Zwischenbilanz der Koalition

Dass die Nachrufe auf die rot-grüne Regierung einmal besser sein werden als die heutigen Nachreden, hat sich herumgesprochen. Gegen oder ohne diese Regierungserfahrung Programm schreiben zu wollen, wäre allerdings blanker Opportunismus. Innen- und gesellschaftspolitisch kam das rot-grüne Projekt 1998 wegen der Wiedervereinigung zu spät – eine Regierung Lafontaine oder eine Regierung Späth hätte ohne die europäischen Revolutionen zu Beginn der 90er Jahre deutsche Wege der Reform einleiten können, die in anderen Gesellschaften schon begonnen hatten – aber zunächst gelang es durchaus, steuer-, haushalts- und rentenpolitisch die Handlungsfähigkeit des deutschen Staates in Europa wiederherzustellen. Auf dem verminten Gelände von Zuwanderungs-, Familien- und Bildungspolitik hatte sich ein neuer Wirklichkeitssinn durchzusetzen und eine deutsche Version von *flexicurity* Gestalt anzunehmen begonnen. Gegenüber dem massiven konjunkturellen und strukturellen Einbruch der Weltwirtschaft war diese späte Reformanstrengung aber nicht ausreichend in Gesellschaft, Partei und Eliten verankert, um – was 2001 notwendig gewesen wäre – die Modernisierung noch einmal zu beschleunigen, die Nachfrage strukturell zu stärken und das sozialdemokratische Profil neu zu schärfen. So unterschiedliche sozialdemokratische Regierungen wie in Großbritannien und Schweden konnten mit anderen Vor- und Zeitläufen arbeiten. Außen- und

weltpolitisch kam 1998 demgegenüber zu früh. Tief sitzende außen- und sicherheitspolitische Nachkriegsüberzeugungen zur Rolle Deutschlands in der Welt waren zu revidieren – vermutlich nur von links –, die Beteiligung an militärisch-humanitären europäischen Eingriffen in Südosteuropa, die Beteiligung an der globalen Allianz zur Abwehr des Terrorismus und die historisch notwendige Distanzbildung zu Ideen weltpolitischen Ansprüchen amerikanischer Eliten waren in kurzer Zeit zu rechtfertigen. Gesellschaftspolitische Verspätung und weltpolitisch zu frühe Herausforderungen haben dazu geführt, dass eine zerbrechliche kultur- und friedenspolitische Stimmungsmehrheit nicht in eine belastbarere und entscheidende sozialökonomische Stimmenmehrheit übersetzt werden konnte, in vielen Bereichen die sozialdemokratischen Eliten provinziell geblieben sind und die historische Übersetzung fehlt. Dass Liberale und Christdemokraten noch viel schlechter dastehen – und aus Hochmut wie Schwäche die libertär-wertkonservative Revolution der frühen 80er Jahre nachholen möchten – kann kein Trost für die verspätete strategische Erneuerung der Sozialdemokraten sein.

Horizonte der Zeitdiagnose

Wachstumspolitisch wieder den aufrechten Gang zu finden, ist für die Sozialdemokraten entscheidend. Ein harter Begriff qualifizierten Wachstums, der den Reformismus der 60er Jahre und die Wachstumskritik der 70er und 80er Jahre in sich aufhebt, industriepolitische Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit global zusammenführt und Bildung als Katalysator dieser Synthese versteht, eröffnet reale Machtchancen. Wo die sozialdemokratische Tönung der Christdemokraten nachlässt, mag die der Sozialdemokraten wieder zunehmen. Wiederum kommt es darauf an, sich nicht die Defensive aufzwingen zu lassen: seit vier Jahrzehnten befindet sich dieses Land auf einem Irrweg, zu dem Liberale und Konservative beigetragen haben, weil sie in den frühen 80er Jahren die entscheidende Revision verpasst haben. Tatsächlich gibt es einen Irrweg im Wesentlichen nur im Umgang mit der demographischen Frage. Ansonsten sind betriebliche Flexibilität und Mitbestimmung, tarifvertragliche Freiheit und pragmatisches Unternehmertum, kommunale Selbstverwaltung und Föderalismus lange Vorbild gewesen, die jetzt entrostet und modernisiert, aber nicht von den Füßen auf den Kopf gestellt werden müssen. Mit Macht einzugreifen ist

für Sozialdemokraten vor allem an vier Brennpunkten. Zunächst einmal ist für Sozialdemokraten das Phänomen der *working poor* unerträglich. Die Solidarität mit den schwächsten Gliedern der Gesellschaft teilen Sozialdemokraten mit anständigen Konservativen und Liberalen, aber dass jemand von seiner Arbeit nicht gut leben kann, ist der sozialdemokratische Skandal *sans phrase*. Wenn Gesellschaften in die Globalisierung mitgenommen werden sollen, können die Maßstäbe nicht allein von der oberen Mitte der Gesellschaft gesetzt werden, sondern die untere Mitte muss mitspielen können. Zweitens kann Sozialdemokraten die Rationalität unternehmerischen Handelns nicht gleichgültig sein. So wie dieselbe industrielle Produktivität durch gespreizte wie egalitäre Einkommensstrukturen erreicht werden kann, wird globaler Wettbewerbserfolg sowohl durch immer neue Verlagerung als auch durch Qualifikation, Organisation und Partizipation in einem sozialen Patriotismus zu erreichen sein. Vor allen in den neuen dienstleistungs- und wissenschaftsgesellschaftlichen Sektoren gilt es, diese unternehmerische Herausforderung anzureizen. Drittens ist im Interesse qualifizierten Wachstums das Angebot öffentlicher Güter zu steigern, für die Sozialdemokraten als Partei moderner staatlicher Infrastruktur einen natürlichen Sinn haben. Öffentliche Güter wie Sicherheit, Bildung und Gesundheit sind aber schon lange nicht mehr in erster Linie dadurch definiert, dass sie aus den Märkten genommen werden, sondern dass sie Märkte qualifizieren, Standards garantieren und Zugang für alle bieten. Progressive Angebotspolitik des Staates bedeutet also nicht nur unverzichtbare Sockelgleichheiten und einmalige Zugangschancen, sondern das dauerhafte Zusammenspiel von öffentlichen Gütern auf hohem Niveau und vitalen privaten Märkten. *Last but not least* verlangt der Interventionismus qualitativen Wachstums das entschiedene sozialdemokratische Eintreten für die weltbewusste Liberalisierung der Gesellschaft, an deren Fehlen der letzte große Globalisierungsschub vor dem Ersten Weltkrieg gescheitert ist. Damals koexistierten liberale Rhetorik und protektionistisch-nationalistische Reaktionen mehr schlecht als recht, waren in jedem Fall nicht politisch vermittelt und erlaubten nicht den Austausch globaler *middle classes* in Erfahrung und Praxis. Die politische Linke muss diesen Austausch heute organisieren, wenn sie die Globalisierung mitgestalten will.

Bildung ist in allen diesen vier Bereichen der Dreh- und Angelpunkt. Qualifikation und Bildung wirken gegen die Exklusion, die in Deutschland besonders ausgeprägt ist, sie stabilisiert den Aufstiegswillen der unteren Mitte, prägt und differenziert die unternehmerische Schicht, macht öffentliche Güter wirksam und trägt die Liberalisierung. Bildung erst ermöglicht die progressive An-

gebotspolitik des Staates, die Selbstorganisation von Arbeit und die Entstehung unverwechselbarer Kompetenzen. Nachhaltigkeit ist aus der Rolle, die Fehlentwicklungen industriellen Wachstums zu korrigieren, normativ und praktisch längst hinausgewachsen und bindet qualifiziertes Wachstum in globale Entwicklung ein. Gerechtigkeit ist für Sozialdemokraten keine Formel, die *top-down* durchbuchstabiert werden könnte – das war für frühe Industriegesellschaften vielleicht erstrebenswert – sondern ein Verfahren, das Freiheit und Solidarität zugleich steigerbar macht. Allerdings verlangt Gerechtigkeit dann auch, den Wettbewerb unter Wettbewerbsdruck zu setzen, das heißt, der Kooperationsökonomie eine echte Chance gegenüber dem Wettbewerb als Lebensform einzuräumen. Jedenfalls führt es in die Irre, die Generationen gegen die Verteilungsgerechtigkeit ins Feld zu führen, den Zugang zu Arbeitsmärkten gegen die Qualität der Arbeit auszuspielen oder Grundsicherung und Aktivierung im Arbeitsleben nicht als zwei Seiten derselben Medaille zu betrachten.

Von der wohlfahrtsstaatlichen sozialen Demokratie zum populären europäischen Progressivismus

Bei aller Beschwörung des Heidelberger Programms sind Sozialdemokraten von Herkunft und Gesinnung lange die Partei nationaler Tarif- und Sozialstaatlichkeit – mit internationalistischem Überbau – geblieben. Das reicht nicht mehr. Aber an dessen Stelle kann kein abstrakter Kosmopolitismus von Wirtschaft und Kultur treten, den eine störrische untere Mitte der Gesellschaft mit guten Gründen ablehnt. Es gibt Platz in Deutschland für einen sozialen Patriotismus, der sich in einer Föderation europäischer Nationalstaaten (Jacques Delors) wohl fühlt, ohne einem Populismus aus Schwäche zu verfallen, der eine Reihe von Gewerkschaftsführungen in Europa zur Zeit regiert. Es gibt Raum für echte industriepolitische Bündnisse, die lebens- und wettbewerbsfähige nationale Kerne erhält, um sie progressiv für die Globalisierung auszustatten. Deutschland ist keine *newly declining economy*, sondern kann – nicht zuletzt im Bündnis von skandinavischen und britischen, romanischen und mitteleuropäischen Sozialdemokraten – Maßstäbe einer Globalisierung mit europäischem Gesicht mitsetzen. Neben die nationale wohlfahrtsstaatliche Befriedung industriegesellschaftlicher Konflikte ist der Ansatz einer europäischen Liberalisierung der Weltgesellschaft getreten. Wenn es den Europäern gelingt, das Ange-

bot einer globalen solidarischen Mitte ein Stück weit exemplarisch vorzuführen, werden die globalen Regionen in Indien und China, die in den Formaten des klassischen Nationalstaates organisiert sind und die offenen Regionen in Ostasien, Südafrika und Südamerika noch mehr Interesse an den Prinzipien Europas gewinnen. Abstrakte Feindschaft gegen Weltmärkte, globale öffentliche Sphären und kulturellen Freihandel sind dabei nicht am Platze, sondern offener Wettbewerb um die Rolle des globalen Laboratoriums und besten Multikulturalismus, die niemand dauerhaft gepachtet hat. Schließlich mögen sogar die Vereinigten Staaten mehr und mehr aus der Rolle einer hegemonialen *global nation* in die einer *global region* unter mehreren hineinwachsen, weil die Verflechtung der Prinzipien von Territorialität und Netzwerk auf lange Sicht die Welt regieren wird. Wenn Europa wüsste, was es weiß, nämlich, dass seine innere Differenzierung nicht Nachteil und Chaos, sondern Vorteil und Kreativität in der Weltgesellschaft bedeuten, fände es zu einer anderen Sprache. Wenn Europa wüsste, was es weiß, dass nämlich seine differenzierte Regionalität der frühmodernen Welt von Nationen und Märkten überlegen ist, bräuchte es Brüssel nicht Washington nachzubilden – eine Telefonnummer für Henry Kissinger – sondern würde selbstbewusst unterscheiden: Zwischen einem ersten Europa, das seine rheinischen Solidaritäten aufmöbelt, einem zweiten nördlichen, westlichen, südlichen und östlichen Europa, das aus guten historischen Gründen verschiedene differenzierte Wege geht und einem dritten Europa, das von der Türkei und Russland bis zum das Mittelmeer von Anfang an ihr Europa globaler betrachten.

Die Pointe ist, dass eine um das dritte Europa erweiterte Union ein gesellschaftspolitisches Kerneuropa verlangt, das allerdings ihr höheres Maß an öffentlichen Gütern, ihre gesteigerte soziale Liberalisierung, ihre breite und kultivierte unternehmerische Schicht und ihre Barrieren gegen die Wiederkehr der Klassengesellschaft zu bezahlen bereit sein muss. Es reicht nicht, mit der alten Sprache einer wohlfahrtsstaatlichen Linken besorgten Menschen nach dem Munde zu reden, sondern der historischen Partei der Emanzipation etwas zuzumuten. Diese neue progressivistische Linke muss allerdings populär werden wollen, das heißt, nicht in der Nachahmung der Sprache der globalistischen Eliten ihre Heimat finden wollen. Wenn die Union offenbar dabei ist, den europäischen Platz ein Stück weit zu räumen, können die Sozialdemokraten zur originären Partei eines sozialen europäischen Progressivismus werden. Am Ende geht es um die einfache Frage, ob es der Politik gelingt, die europäischen Gesellschaften als Gesellschaften in den Prozess der Globalisierung mitzuneh-

men. Die Ökonomie allein ist dazu nicht in der Lage. Erhard Eppler hatte schon Recht, wenn er in die Diskussion um ein neues Programm nach der Konstitution europäischer Sozialdemokraten verlangte. Seit langer Zeit jedenfalls ist Programm wieder etwas, das aus Wirklichkeit und Leben erwächst und von allen Intensität verlangt.

III. Bildung und Kommunikation

Bildung als Gesellschaftspolitik

Hermann Schwengel / Klaus – W. West

Wie vor vier Jahrzehnten wird viel von Bildung erwartet. Es gab und gibt so etwas wie eine gesellschaftspolitische Chance der Bildung. Sie beruhte damals und beruht heute auf der Möglichkeit, nicht nur eine strukturierte, sondern auch eine strukturierende gesellschaftspolitische Größe zu sein. Die gegenwärtige gesellschaftspolitische Beschwörung der Bildung – „Bildung, Bildung, Bildung!“ – wirkt häufig wie das Pfeifen im dunklen Wald. Man macht sich Mut, dass die gesellschaftspolitische Kraft der Bildung, strukturierende Größe zu sein, ungebrochen sei. Aber Bildung droht diese Kraft zu verlieren, weil sich auf der einen Seite die unübersehbaren Defizite der Bildungsinstitutionen auswirken und auf der anderen sich der Bedarf industrieller Wissensgesellschaft unüberhörbar meldet.

Die gesellschaftliche Verfassung der Bildung in Deutschland lässt sich im Großen und Ganzen noch immer als strukturierte und strukturierende Struktur des industriellen Kapitalismus beschreiben. Bildung war wesentlich durch die Anforderungen einer Wirtschaft strukturiert, die durch fordistische Norm- und Strukturbildung bestimmt war. Sie hatte aber auch strukturierende Kraft, mittels des Staates Arbeitsmarkt- und Lebenschancen herzustellen, alle Individuen in das wohlfahrtsgesellschaftliche Regime einzubeziehen und allen Individuen ihre Entfaltung zu ermöglichen. Dieser Kraft der Bildung stand ihre Strukturierungsleistung entgegen, nämlich einen industriegesellschaftlichen Habitus hervorzubringen, mit dem dreigliedrigen Schulsystem Arbeitsmarktchancen zu verteilen und die verschiedenen gesellschaftlichen Milieus und Kontexte zu unterscheiden. Als strukturierende Größe hatte sie, bei allen „Illusionen der Chancengleichheit“, Gewicht gegenüber den Strukturimperativen des Marktes. Es kommt also darauf an, die strukturierende Kraft der Bildung unter völlig veränderten Strukturierungsbedingungen neu zu denken.

Diagnose der Krise und Beschreibung der Bedarfe industrieller Wissensgesellschaften gehören zusammen. Die Bildungsinstitutionen in Deutschland sind nicht in bester Verfassung. Zu viele Schulabgänger schaffen keinen Abschluss, zu viele Jugendliche erhalten keine Ausbildung und zu viele Erwachsene verfügen über keine volle berufliche Qualifikation. Kinder aus Familien mit geringem Einkommen sind in den Gymnasien und an den Hochschulen unterrepräsentiert, Kinder und Jugendliche, die in Armut oder prekären Lebenslagen aufwachsen, haben generell viel schlechtere Perspektiven als ihre Altersgenossen. Die Bildungschancen von Frauen haben sich zwar stark verbessert, aber Männer verfügen noch immer über bessere Möglichkeiten. Die regionalen Unterschiede bei der Verteilung von schulischen Chancen sind erheblich, das gegliederte Schulsystem funktioniert hochgradig selektiv, im Bildungswesen wird zu wenig international zusammengearbeitet und grenzüberschreitende Mobilität befördert. Diese Diagnose wird von der Beschreibung der Arbeitsmarkt- und Lebenschancen kontrastiert, die die industrielle Wissensgesellschaft eröffnen könnte. Die Kompetenz, mit wachsenden Informationsmengen umzugehen, zu wählen und zu überprüfen, aus einer Fülle einzelner Informationen ein komplexes Ganzes zu machen, schafft Chancen auf breiter Front. Nur wenn Krisendiagnose mit Chanceneröffnung verschmolzen wird, bildet sich gesellschaftspolitische Energie. Auch diese Konstellation erinnert an den Beginn der Bildungsexpansion vor vier Jahrzehnten, allerdings gerade nicht vor dem Hintergrund eines wachsenden öffentlichen Sektors.

Eine neue gesellschaftspolitische Konstellation ist entstanden: vor den Türen der nur partiell funktionsfähigen Bildungsinstitutionen stehen die mächtigen Bedarfe der industriellen Wissensgesellschaft. Wenn es dabei bleibt, ist schon jetzt absehbar, dass der Markt und die Unternehmen jede Anstrengung unternehmen werden, an die dringend benötigten neuen Qualifikationen heranzukommen – und zwar mit weniger (sozialstaatlichem) „Ballast“. Es wird dann sehr, sehr schwer, die strukturierende Funktion der Bildung zu behaupten und der „Entwicklung des ganzen Menschen“, der „Chancengleichheit“ und „sozialer Gerechtigkeit“ Geltung zu verschaffen. Bildung muss, wenn sie eine reale Chance gegenüber der marktförmigen Strukturierung des gesellschaftlichen und ökonomischen Wandels erlangen will, als Gesellschaftspolitik entworfen und durch entsprechende öffentliche Investitionen belebt werden. Konzepte,

die diese Konsequenzen nicht ziehen, können schnell in Ideologieverdacht geraten.²²

I. Aktuelle bildungspolitische Vorschläge für die Wissensgesellschaft – die Opposition von fairer Gesellschaft und Gemeinwohl

Klarheit von Prämissen, Interessen und Zielen ist notwendig, wenn Bildung als strukturierende Größe wiederentdeckt werden soll. Die gesellschaftspolitische Kraft der Bildung entwickelt sich in zwei bildungspolitischen Strömungen, die durch keine exakten Parteigrenzen definiert werden. Da ist auf der einen Seite das weit reichende Ziel einer fairen Gesellschaft, das vor allem durch die kognitive und emotionale Stärkung des Wettbewerbsmotivs erreicht werden soll.²³ Da ist auf der anderen Seite das Ziel des Gemeinwohls, das ihren Anhängern nicht selten lediglich als Schwundform eines anspruchsvolleren Ziels, nämlich der sozialen Gerechtigkeit gilt.²⁴ Die Strömungen von fairer Gesellschaft und Gemeinwohl erbringen notwendige Leistungen der Bündelung und Zusammenfügung, aber diese sind nicht hinreichend, um die bildungs- als gesellschaftspolitische Debatte tatsächlich zu formatieren. Charakteristischerweise ergeben sich in beiden Strömungen Widersprüche, die kaum aufzuheben sind und die die Unterscheidung von Interessen, Zielen und strategischen Mitteln am Ende im Dunkeln lassen.²⁵

²² Dieser Gefahr setzen sich auch Tony Blair und Anthony Giddens aus. Vgl. Tony Blair, *Third Way, Phase two*, in: *Prospect*, March 2001, <http://www.prospect-magazine.co.uk> und Anthony Giddens, *The Third Way and its Critics*, London 2000 (deutsch: ... Frankfurt 2001).

²³ Instrukтив für diese Strömung sind: CDU, *Aufbruch in die lernende Gesellschaft, Bildungspolitische Leitsätze, Beschluss des Bundesausschusses der CDU Deutschlands vom 20. November 2000 in Stuttgart; Orientierung für die Zukunft. Bildung im Wettbewerb*. Herausgegeben von der Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog, München / Zürich 2001.

²⁴ Vgl. Wolfgang Clement, Edelgard Bulmahn, Manfred Stolpe, Gabriele Behler, Jürgen Zöllner, Willi Lemke, *Bildung entscheidet über unsere Zukunft. Für eine neue Bildungsinitiative*, Berlin 17. Januar 2000; SPD – *Bildung entscheidet über unsere Zukunft, Entwurf Bildungspolitischer Leitantrag*, Stand: 23.04.2001.

²⁵ Eine differenzierte Beschreibung der beiden Strömungen finden sich in Hermann Schwengel / Klaus-W. West, *Bildung als Gesellschaftspolitik*, www.nelp.de.

In der ideenpolitischen Welt der *fairen Gesellschaft* stößt die Betonung der marktgeführten Nachfrage nach bestimmten Kompetenzen und die Förderung von Marktwirtschaft und Unternehmertum auf ein wertkonservatives Verständnis von Bildung und Qualifikationen, das auf allgemeinere und flexiblere Kompetenzen setzt. Hervorgehoben wird die Bedeutung des Wirtschaftsunterrichts an den Schulen und die Förderung „echter Gründermentalität“ an den Universitäten. Mit wachsendem Konkretionsgrad der bildungspolitischen Vorschläge tritt die Engführung der Bildung mit unternehmensbezogenen Interessen umso klarer hervor: angestrebt werden Berufe wie die „Pflegefachkraft“, der „Automatenkaufmann“ oder die „Fachkraft für Küchen- und Möbelmontage“. Demgegenüber heben wertkonservative Gesellschaftspolitiker hervor, dass in einer Zeit, in der sich die praktischen Anforderungen an Tätigkeiten ständig verändern und in der sich Informationen exponentiell vermehren, die Menschen über ein „Kontinuum“, ein „Kulturwissen“ und über die Fähigkeit, „exemplarisch zu lernen, wie man lernt“, verfügen müssen.²⁶ Mit anderen Worten, in der ideenpolitischen Welt der fairen Gesellschaft ist nicht geklärt, welchen Status die gesellschaftspolitische Forderung nach der Entwicklung einer ganzen Persönlichkeit für jede und jeden besitzen soll. Wer soll beispielsweise dazu befähigt werden, sich selbstständig Informationen zu besorgen und aus ihrer Fülle kreative Bestandteile zu machen? Die große Zahl oder nur Abiturientinnen und Abiturienten? Welche Chance auf Verwirklichung hat das anspruchsvolle Ziel eines allgemeinen Kulturwissens angesichts formierter bildungspragmatischer Interessen? Die wettbewerbsorientierten Bildungspragmatiker wissen, dass knappe Ressourcen Zielkonflikte produzieren, deshalb dürfte im Zweifelsfall die Fähigkeit, eine Website programmieren zu können, klaren Vorrang vor „Kenntnissen in Literatur und Kulturgeschichte“ (Wilhelm Bürklin) haben. Die Frage nach der Zukunft der Bildungsinstitutionen in einer fairen Gesellschaft reduziert sich aus bildungspragmatischer Sicht auf die Bereitstellung der neuen nachgefragten Fähigkeiten, institutionelle Reformüberlegungen sind allenfalls im neu entdeckten Weiterbildungssektor zu finden. Hier wird dem Ausbau staatlicher Institutionen eine klare Absage erteilt, denn dieser Sektor soll subsidiär mit Weiterbildungsanreizen für die Bürgerinnen und Bürger organisiert werden.

²⁶ Vgl. Kurt Biedenkopf, Gesellschaftspolitik für das Informationszeitalter, in: Deutsche Fragen, Symposium des Bundesverbandes deutscher Banken und der Technischen Universität Dresden, Welche Bildung für morgen?, am 4. Oktober 2000.

Die Kehrseite der Nicht-Befassung mit Reformfragen ist eine institutionelle Sorglosigkeit, die sich bis auf die Vorstellungen von hierarchisch geordneten politisch-territorialen Verantwortungs-, Kompetenz- und Handlungsniveaus erstreckt. Bildungsprozesse sollen lokal bzw. regional verfasst werden, allgemeinbildende Schulen, Universitäten sowie Institutionen und Organisationen der Weiterbildung sollen sich räumlicher Nähe zueinander befinden und lokale Kooperationen mit der Wirtschaft vor Ort ermöglichen. Während es die Aufgabe der Hochschulen ist, insbesondere die Mobilität auf dem globalen Bildungsmarkt sicherzustellen, sollen auf die Region abgestimmte Zertifikate (Weiterbildungshandbuch, Beratungsgutscheine) die Chancen auf dem regionalen Arbeitsmarkt verbessern. Die Unterscheidung von Globalität und Regionalität ist konventionell, globale Kompetenzen und globale Mobilität sind globalen Machteliten vorbehalten, regionale Kompetenzen und regionale Mobilität für das vermeintlich regional gebundene Wissen reserviert. Eine steuerfinanzierte Schubwirkung durch öffentliche Bildungsinvestitionen ist nicht vorgesehen, die Initiative in den Bereichen Schule, beruflicher Bildung und Weiterbildung Bedeutung bleibt privaten Trägern überlassen.

Eine Politik der fairen Gesellschaft wird nichts dafür tun, dass die Strukturierungsfunktion von Bildung erfüllt werden kann. Offenbar ist der sich derzeit vollziehende Übergang von der Industriegesellschaft in die industrielle Wissensgesellschaft „gesellschaftspolitisches Programm“ genug, als dass Bildung von flexiblen Steuerungsprozessen geleitet werden müsste. Die Gefahr neuer Ungleichheit („digital divide“) wird für so groß nicht gehalten, weil Bildung der Prozessor sein soll, der die Begrenzungen der sozialen Schichtungen aufhebt und allen denjenigen eine Chance eröffnet, die sie zu ergreifen wissen.

Der institutionellen Sorglosigkeit der Strömung der fairen Gesellschaft steht ein ungebrochenes Grundvertrauen in die staatlichen Bildungsinstitutionen der Vertreterinnen und Vertreter des *Gemeinwohls* gegenüber. Man traut den Bildungsinstitutionen sowohl die Steigerung des Leistungsaspekts der Institutionen (differenzierte Angebote für Hochbegabte) als auch die gezielte Förderung von lernschwachen und sozial benachteiligten Menschen zu. Nur: Wer so anspruchsvoll ist und das auf Chancengleichheit abzielende Strukturierungsmoment von staatlichen Bildungsinstitutionen verfehlt – und damit die ungleiche Verteilung von Begabungen, Fähigkeiten und Bildungschancen in der Gesellschaft nicht als gegeben hinnimmt –, muss auch seine Umverteilungsvorstellungen organisatorisch präzisieren können, will er oder sie nicht nur als bloßer

Möglichkeitensmensch beachtet, sondern auch als realitätserfahrener Reformmensch Ernst genommen werden.

Auch die Erwartung, durch eine bessere Bildung die Arbeitsmarktchancen entscheidend verbessern zu können, muss entsprechend präzisiert werden. Für kurze Zeit schien diese Erwartung durch die heraufziehende „New Economy“ erfüllt zu werden, aber schon längst ist nicht mehr evident, welche Formen der Arbeit im Transformationsprozess von der Industrie- zur industriellen Wissensgesellschaft entstehen werden. Wir können mit einiger Sicherheit lediglich prognostizieren, dass in einer Gesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland der Transformationsprozess anders verlaufen wird als in den von der Dienstleistungsgesellschaft herkommenden Niederlanden. Der Ausblick auf Arbeitsgesellschaft der Zukunft, der für wenige Momente klar und tiefenscharf erschien, ist schon wieder verstellt. Wer könnte schon bündig beantworten, zu welchem Ausschnitt der gesellschaftlichen Arbeit, in den Hochwertbereichen, in den Niedrigproduktivitätssektoren oder des bürgerschaftliches Engagements, Bildung befähigen soll?! Und wie sollen zukünftig die politisch-territorialen Kompetenzen und Verantwortlichkeiten verteilt werden? Die Gemeinwohlpolitiker wollen den Gedanken der Bildungszentren auf eine Weise verwirklichen, die Vielfalt garantiert: „Zentren für Lehren und Lernen in Gemeinschaft“, „Qualifizierungszentren der Region“, „Zentren regionaler Entwicklung“ und „regionale Netzwerke der Weiterbildung“ sollen bisher getrennte Bedarfe und Kompetenzen zusammenführen. Dass die dazu erforderlichen wirtschaftlich, sozial und kulturell funktionsfähigen Regionen und Städte schlicht als „gegeben“ vorausgesetzt werden, kommt nach den ernüchternden Integrationserfahrungen mit der deutschen Einheit überraschend. Die Erfahrungen mit regionalen Wettbewerbsungleichheiten und urbanen Integrationskonflikten scheinen noch immer keinen Einlass in die bildungspolitische Programmatik erhalten zu haben. Wer aber reale Verteilungswirkungen durch Bildung anstrebt, ist auf die intakten urbanen und regionalen Kontexte ihrer Institutionen und Organisationen angewiesen.

Der wachsenden gesellschaftlichen und individuellen Bedeutung von Bildung müssen auch öffentliche und private Investitionen Rechnung tragen. Die Vertreterinnen und Vertreter der gemeinwohlorientierten Bildungspolitik sprechen dies mit größerer Klarheit aus als ihre wettbewerbsorientierten Opponenten. Der Staat muss den Etat für die öffentlichen Investitionen sukzessive vergrößern, die Aufgabe der Unternehmen ist es, für private Investitionen in die ständige Erneuerung der Qualifikationen der Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

nehmer Sorge zu tragen. Was geschieht jedoch, wenn die Wirklichkeit sich als widriger erweist und der Staat und die Unternehmen dies nicht tun?

Man muss es unumwunden sagen: Auch die aktuellen bildungspolitischen Vorschläge, die vom Prinzip der sozialen Gerechtigkeit motiviert sind und dem Ziel des Gemeinwohls folgen, erfüllen nicht die Strukturierungsfunktion der Bildung. Wenn es dabei bleibt, werden die Vertreter der fairen Gesellschaft ihre wettbewerbsorientierten Vorstellungen durchsetzen. Dann wird Bildung von Märkten bestimmt, von globalem Wissen dominiert und von wettbewerbsorientierten Machteliten realisiert. Die bildungspolitische Welt dieser Eliten ist aus den Bausteinen der Qualität, Quantität und Geschwindigkeit von Qualifizierungsprozessen gebaut, sie kennt keine gegensätzlichen Interessen und keinen Verteilungsdiskurs über Bildungschancen. Weitergehende, von Werteliten repräsentierte Vorstellungen bleiben Überbau einer wettbewerbsliberalen Verfassung. Fairness wäre die Summe einer Reihe marginaler Korrekturen, durch die Bildung aber eine strukturierte passive Struktur bliebe und ihre strukturierende Funktion endgültig verloren hätte. Das gesellschaftspolitische Gefüge der alten Bundesrepublik wäre in der Tat an einem entscheidenden Punkt aufgebrochen. Die Werteliten, die die Position der sozialen Gerechtigkeit vertreten, haben demgegenüber gegenwärtig kein realitätsmächtiges Programm anzubieten. Sie versuchen, an dem neuen ideenpolitischen Feld der fairen Gesellschaft zu partizipieren, ohne sich dessen Bindung an das Wettbewerbsmotiv ausreichend klarzumachen. Auf der anderen Seite stehen sie dem Wachstum konkurrenzfähiger Machteliten im Wege, die die Idee des Gemeinwohls aus ihrer dienenden Rolle gegenüber sozialer Gerechtigkeit herauslösen und selbst operativ machen wollen. Die Lähmung bildungs- als gesellschaftspolitischer Kraft ist die Folge. Die Entwicklung von Macht beginnt mit der Zuspitzung von Problembeschreibungen und darauf aufbauenden Konzepten.

II. Bildung als Gesellschaftspolitik – Faire Gesellschaft und Gemeinwohl vor den Herausforderungen der Übergangsphase von Industrie- und Wissensgesellschaft

Mit der Globalisierung und Individualisierung ist ein weit reichender Prozess ökonomischer und kultureller Liberalisierung eingeleitet worden. Allerdings greifen Globalisierung und Individualisierung keineswegs ineinander wie zwei

Zahnräder, so wie Davos men und Seattle people diese Öffnung aus entgegengesetzter Perspektive gerne sehen. Die Globalisierung, die weit über wirtschaftliche Globalisierung hinausgeht, hat zu einer abnehmenden Kraft des Steuerstaates gegenüber Vermögen und Gewinnen geführt, sie hat die Kompetenzverschiebungen von der nationalen zur übernationalen Ebene, die grenzüberschreitende Mobilität von Personen, Wissen und Bildern zur Folge. Zur wirtschaftlichen Globalisierung tritt die Globalisierung der Kommunikation hinzu. Dem steht auf der anderen Seite der Prozess der Individualisierung entgegen. Die Veränderungen von Arbeits- Familien- und Lebenswelt lassen Arbeits- und Lebensverläufe weniger vorhersehbar werden, sie müssen sehr viel mehr zwischen Berufsgruppen, Geschlechtern und Generationen ausgehandelt werden und der Umgang mit stärkerer Ungewissheit wird zu einer Schlüsselkompetenz.²⁷

Globalisierung und Individualisierung haben in verschiedenen Rhythmen die Expansion der kapitalistisch-demokratischen Welt erlebt und geprägt. Wie sie miteinander vermittelt werden, ist nicht zuletzt Gegenstand des ideen- und institutionenpolitischen Konflikts um den gesellschaftspolitischen Status der Bildung. Es mag sein, dass das Zusammentreffen der Globalisierung der Märkte und Kommunikationsverhältnisse und der Individualisierung traditioneller moderner Institutionen, Mentalitäten und Einstellungen das Konzept der fairen Gesellschaft begünstigt – es ist aber nicht entschieden, dass sich die globale Wettbewerbsgesellschaft lediglich in einen Mantel der Fairness hüllt. Es mag sein, dass sich der Anspruch auf eine gerechte Gesellschaft bei Verflechtung von Globalisierung und Individualisierung wieder erhitzt – wahrscheinlicher ist es, dass Konzepte des gemeinen Wohls, die aus der globalen Protestszene erwachsen, nicht die Schärfe gewinnen, um den Wettbewerb zivilisieren zu können. Für eine aktuell anhebende und mittelfristig angelegte Bildungspolitik ist es jedenfalls entscheidend zu wissen, wie sich konkret Globalisierung und Individualisierung in der Bundesrepublik durchgesetzt haben.

Drei große Vermittlungsprozesse gilt es zu unterscheiden: Die Entwicklung der Arbeitsverhältnisse mit neuen Typen von Arbeitnehmern, Selbständigkeit und Normalarbeitsverhältnissen führen zu prekären Spaltungen wie interessanten Aufhebungen der Arbeitsgesellschaft. Unternehmen verändern ihre Gestalt, „virtuelle Unternehmen“ entstehen, die Zahl der Teleheimarbeiter ist stark im Wachsen begriffen, neue Formen der Selbständigkeit bilden sich heraus und

²⁷ Vgl. Hermann Schwengel, *Globalisierung mit europäischem Gesicht*, Berlin 1999.

das Normalarbeitsverhältnis ist tief greifenden Veränderungen unterworfen. Die Gesellschaft könnte sich zukünftig in fünf neue Quintile gliedern.²⁸ Diese Prozesse haben allerdings noch nicht einen Reifegrad erreicht, der dazu berechtigen würde, den Übergang von der Industriegesellschaft zur industriellen Wissensgesellschaft als vollzogen zu betrachten. Aber schon jetzt ist absehbar, dass, wenn sich alte und neue Ökonomie wechselseitig durchdringen und bisher nicht da gewesene Formen der Arbeits- und Unternehmensorganisation, der Beschäftigungsformen und der Sozialcharaktere der Beschäftigten hervorgebracht werden, die Bildung einen neuen gesellschaftlichen Stellenwert erhält. Arbeit und Wissen gehen neue Vermittlungsformen ein, das Wissen wird, wie ein Blick auf die industrielle Produktion (CAD, CIM) zeigt, zunehmen spezifiziert. Dieser Vermittlungsprozess, in dessen Verlauf personengebundenen Wissen („know how“) an Bedeutung gewinnt, kann durch Bildung noch beschleunigt werden. Globalisierung und Individualisierung werden zweitens durch Verteilung vermittelt, die wiederum vor allem durch die Verteilung von Bildungschancen konstituiert wird. Vom Kindergarten bis zur Weiterbildung, von der Art der Finanzierung des Bildungsprozesses wie der Bildungsteilnahme gelingt es denjenigen, die über die ökonomisch besten Voraussetzungen verfügen, durchgängig, ihre Startvorteile an ihre Kinder weiterzugeben und von Bildungsstufe zu Bildungsstufe auszubauen. Aber die Beseitigung der Ungleichheit von Bildungschancen reicht nicht aus, um Wohlfahrtsbedingungen herzustellen. Bildungsgerechtigkeit kann nicht an die Stelle von Verteilungsgerechtigkeit treten, sondern muss diese neu definieren und behaupten lernen. Schließlich und endlich werden Globalisierung und Individualisierung durch stabile lokale und regionale Kontexte vermittelt oder durch instabile lokale und regionale Kontexte gefährdet.²⁹

Von diesen Vermittlungsprozessen gehen drei strategische Ansätze aus: Der strategische Ansatz von Bildungs- als Gesellschaftspolitik läge im Falle neuer Arbeitsverhältnisse und Sozialcharaktere in der Entwicklung eines Habitus für die industrielle Wissensgesellschaft, der die prekären und die kreativen Entwicklungen gleichermaßen aufnimmt. Bei der Verteilung von Bildungschancen liegt der strategische Ansatz zu einem neuen Begriff von Verteilungsgerechtigkeit bei Tarifpolitik, Chancenumverteilung durch Reform der Bildungsfinan-

²⁸ Vgl. Warnfried Dettling, *Wirtschaftskummerland?*, München 1998.

²⁹ Vgl. zu einer ausführlicheren Trendbeschreibung: Hermann Schwengel / Klaus-W. West, *Bildung als Gesellschaftspolitik*, www.nelp.de.

zierung und öffentliche Investitionen in Bildung. Bei der Frage der politisch-territorialen Kontexte liegt der strategische Ansatz in der Schaffung unterstützender Kontexte in Region, Stadt und Familie. Es ist entscheidend, die Lücke zwischen sozialphilosophischer Betrachtung von Globalisierung und Individualisierung und der alltäglichen bildungspragmatischen Vermittlung im Konflikt um knappe Ressourcen nicht länger mental zu akzeptieren, sondern den Trends Entscheidungsalternativen entgegenzusetzen.

Bevor diese Strategien näher beschrieben werden sollen, soll jedoch ein Augenblick darüber reflektiert werden, dass gesellschaftspolitische Kraft bisher eher von der Strömung der fairen Gesellschaft ausgegangen ist, die eine deutliche kognitive und emotionale Stärkung des Wettbewerbsmotivs voraussetzte, um dann faire Korrekturen in Aussicht zu stellen. Eine gemeinwohlorientierte Bildungspolitik, die ideenpolitisch an der industriegesellschaftlichen Verfassung der Bildung festhielt, war demgegenüber strukturell in der Defensive. Eine neue gemeinwohlorientierte Bildungspolitik lässt sich also im Umkehrschluss zunächst dadurch definieren, dass sie die Motive der Fairness, von denen gesellschaftspolitische Kraft ausgeht, respektiert, aufgreift und in sich aufhebt. In einer Konkurrenzdemokratie suchen sich die konkurrierenden Strömungen die besten Motive der anderen Seite einzufügen und dadurch eine begrenzte Hegemonie aufzubauen. Dieser dauerhafte wechselseitige Beobachtungs- und Selbstkorrekturprozess steht im Augenblick in höchster Blüte.

Eine Bildungspolitik, die die Ausweitung, Differenzierung und Schaffung von Märkten durch fairnessorientierte Korrekturen begleitet, hat es zunächst leichter. Sie kann sich in vielen Fragen auf Trendverstärkung beschränken, ohne von den Ansprüchen industriegesellschaftlicher sozialer Gerechtigkeit behindert zu werden. Es ist allerdings auch abzusehen, dass die damit verbundene relative Tabuisierung der Verteilungsfrage ihre Kosten hat. Die rhetorisch hochstilisierte Bildungs- als Gesellschaftspolitik wird in ein zu enges Korsett gezwängt: Kosten- und Besteuerungsneutralität würgen die Innovation ab und zwingen zu dem Vergessen, dass gesellschaftliche Freiheiten etwas kosten (Stephen Holmes). Das rächt sich. Für eine gemeinwohlorientierte Bildungspolitik eröffnen sich dadurch mittelfristig Chancen: Sie kann den Angebotscharakter von Bildung offensiv stärken und einen angemessenen Habitus für die industrielle Wissensgesellschaft entwickeln helfen. Sie kann die „Verteilungsschwäche“ der Wettbewerbs- als faire Gesellschaft nutzen und ein konfliktfähiges Verteilungskonzept entwickeln und schließlich die Bedingungen moder-

ner lokaler und regionaler Einbettung von Wettbewerbs- und Mobilitätsverhalten offen legen. Nicht zuletzt ist das eine Machtperspektive.

Gemeinwohlorientierte Bildungspolitik – Eine mittelfristige Perspektive

Eine gemeinwohlorientierte Bildungs- als Gesellschaftspolitik wird sich an zwei Fronten zu bewähren haben: Auf der einen Seite muss sie sich gegenüber etablierten Werteliten des industriegesellschaftlichen Kompromisses behaupten, die die besten moralischen Antriebe der modernen Welt verwalten. Aber die müde Vertretung sozialer Gerechtigkeit kann einer machtbewussten infrastrukturellen Festlegung des Gemeinwohls im Wege stehen. Denn die Etablierung gemeinwohlorientierter Machteliten, die Aug in Aug mit den Repräsentanten der Wettbewerbsgesellschaft Gerechtigkeit und Innovation auf einen Nenner zu bringen suchen, ist ein harter gesellschaftlicher Machtbildungsprozess. Vielen älteren Werteliten des öffentlichen Sektors ist dieser Zusammenhang nicht – oder nicht mehr – bewusst. Auf die Entwicklung der Arbeitsverhältnisse, auf die prekären Verteilungsverhältnisse und die Destabilisierung der lokalen und regionalen Kontexte kann eine gemeinwohlorientierte Bildungs- als Gesellschaftspolitik nur gleichzeitig oder gar nicht reagieren. Das vergrößert die Aufgabe, zwingt aber auch zur Konzentration. Diesen Zwang zu parallelen Strategien und konzentriertem Handeln empfinden viele Akteure bereits jetzt, aber der Knoten platzt vermutlich erst später.

1. Angebotsmacht der Bildung und Transformation des industriellen Habitus

Wenn sich alte und neue Ökonomie wechselseitig durchdringen, gewinnt Bildung in wachsendem Maße Angebotsmacht. Generell wird der Weg in eine industrielle Wissensgesellschaft als Folge der gestiegenen Nachfrage nach gut ausgebildeten Arbeitskräften dargestellt. Die Transformation der Erwerbsarbeit und der Arbeitswelt von einer industriegesellschaftlichen in eine wissensbasierte ist jedoch auch ein angebotsinduzierter Prozess. Die gut ausgebildeten Arbeitskräfte, die auf den Markt drängen, stellen eine wachsende Angebotsmacht dar, die kraft ihrer anspruchsvollen Erwartungshaltung an Berufspositionen und -möglichkeiten der Entwicklung der Wissensarbeit einen nicht zu unterschätzenden Impuls verleihen. Es ist diese Erwartungshaltung, die, verknüpft

mit dem schnellen gesellschaftlichen Wandel und der drastisch gefallenen Halbwertszeit des Wissens, dazu führt, dass sich der Qualifikationsbedarf nicht nach Maßgabe eines strikten Angebots- oder Vorratsmodell genau vorhersagen lässt. Stattdessen werden Unsicherheit und Unbestimmbarkeit der Bildungsinhalte zu einem entscheidenden Ausgangs- und Orientierungspunkt für das Bildungssystem. Wenn die Vermittlung von Fähigkeiten, Kompetenzen und Schlüsselqualifikationen unter dem Vorzeichen von Unsicherheit steht, könnte es sich als die weitsichtigste Firmenstrategie erweisen, einen großen Pool hervorragend ausgebildeter Arbeitnehmer zu beschäftigen. Der Einfluss des Angebotsmoments von Bildung und Qualifikation auf die Arbeitsverhältnisse könnte wachsen – nach wissenssoziologischer Auffassung werden qualifizierte Arbeitnehmer in Zukunft die Arbeitsformen entwickeln und gestalten.³⁰ Man muss diese Auffassung nicht soweit mitgehen. Aber die Angebotsmacht der Bildung lässt sich erheblich steigern, wenn sie mit der Reform des Bildungssystems verknüpft wird. Bildungsinstitutionen und -organisationen müssen flexibilisiert werden, um ein neues „Produkt“, einen Selbständigkeitshabitus hervorzubringen. Es gibt eine reale Chance, Bildungsinstitutionen zu „lernenden Institutionen“ zu machen, die neue Kombinationen von „Staat“ und „Markt“ generieren und einen Habitus, der selbständiges Handeln, Urteilen und zivilgesellschaftliche Momente umfasst.

Es ist lohnenswert, an dieser Stelle dem Habitusbegriff etwas größere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Diskussion um einen neuen Habitus ist entstanden, weil das Leitbild des rationalen, nüchternen und selbstbewussten Arbeitnehmers der Industriegesellschaft verblasst ist. Stattdessen sieht man Hybridformen wie den „Arbeitskraftunternehmer“ oder den „Managementunternehmer“ auf dem Vormarsch, einen Typ von Menschen, der sich nicht an vorgegebene Standards hält, sondern eigene Kombinationen ausprobiert und sie auf dem Markt und in der Gesellschaft durchsetzt. Dieser Typ sucht nicht notwendig und primär nur seinen persönlichen Freiraum, sondern er kann auch den Wunsch nach politischer Selbstbestimmung und sozialer Beteiligung haben. Gegenwärtig ist er noch nicht stilbildend und auch noch keine gesellschaftliche Leitfigur, aber mittelfristig ist dies möglich, vorausgesetzt, dass Bildung ihre Angebotsmacht vergrößert und die Akteure des zweiten, dritten und vierten Quintils zur Entwicklung eines entsprechenden Haushalts von Eigenschaften und Kräften befähigt werden. Die Gesellschaft muss ihren Individuen die

³⁰ Vgl. Niko Stehr, *Wissen und Wirtschaft*, Frankfurt a.M. 2001.

Chance eröffnen, sich zu Menschen zu entwickeln, die einen souveränen Umgang mit Institutionen und Organisationen erlernen oder in ihnen Initiativ- und Organisationsfunktionen übernehmen können.

Die Transformation des industriellen Habitus braucht eine klare Ausrichtung. Die Forderung nach kontext-unabhängigen Fertigkeiten kann, bildungspragmatisch gewendet, äußerst reduktionistische Formen annehmen („Automatenkaufmann“ oder der „Fachkraft für Küchen- und Möbelmontage“). Man kann dem begegnen, wenn die Bestimmung von Bildungsprozessen und Qualifikationen nicht der Definition durch einzelne Unternehmen oder Wirtschaftsbranchen überlassen bleibt, sondern sich an einem differenzierten Begriff gesellschaftlicher Arbeit orientiert, der den Beschäftigten eine Vielzahl von Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet und sie relativ unabhängig von partikularen Beschäftigungsverhältnissen macht. Die „Angebotsmacht Bildung“ kann gesteigert werden, wenn nach beidem gestrebt wird: einer möglichst große Zahl von Gewinnern und der Präzisierung von Arbeits- und Tätigkeitsverhältnissen, die aus unterschiedlichen Gründen prekär sind.

Prekär ist Arbeit zunächst im Sinne von sozialer Gerechtigkeit. Soll die Tatsache, dass es einen Niedriglohnsektor in der Bundesrepublik Deutschland gibt, als Orientierungsgröße für die Bildungspolitik anerkannt werden, um für die Mitglieder der „Unterklasse“ gezielte Bildungsaktivitäten zu unterlassen? Mit dem Selbstverständnis einer demokratischen Gesellschaft mit europäischer Sozialstaatstradition ließe sich diese Entscheidung nicht vereinbaren, weil sie einer großen Minderheit nur die Perspektive des „Runterarbeitens“ (Downward Mobility) anbieten und das Ziel einer (relativ) autonomen Lebensführung durch Erwerbsarbeit aufgeben würde. Fortgeführt werden kann die Tradition sozialer Gerechtigkeit nur werden, wenn ein gesellschaftlicher Konsens darüber hergestellt wird, dass das Arbeitsentgelt deutlich über dem produktivitätsadäquaten Lohn liegen soll und dass aus dem Niedrigproduktivitätssektor kein Niedriglohnsektor werden soll. Arbeit ist zweitens prekär, weil nicht alle Arbeit sinnstiftende Tätigkeit ist. Die Bestimmung von beruflichen Qualifikationen verlangt nach einer Auseinandersetzung mit Arbeits- und Tätigkeitsverhältnissen um einen qualifizierten Begriff von Nachhaltigkeit. Das Wachstum an Gesundheitsleistungen ist z.B. nicht grundsätzlich identisch mit dem Wachstum für die Gesundheit. Länder wie Griechenland, Spanien oder Portugal haben in den vergangenen Jahrzehnten große Sprünge in ihrer Lebenserwartung gemacht mit vergleichsweise sehr bescheidenen Investitionen in ihrem Gesundheitswesen. Der Gesundheitszustand einer Bevölkerung wird vor allem

durch soziale und ökonomische Faktoren wie Einkommensniveau, Bildungsniveau, Qualität sozialer Beziehungen, Qualität der Arbeitsbedingungen usw. bestimmt und in einem sehr viel geringeren Maße durch Leistungen des Gesundheitswesens. Deshalb gilt es qualitative Kriterien darüber festzulegen, ob in manchen Dienstleistungsbereichen Unternehmer- und Erwerbstätigkeiten besser privat, öffentlich oder gar nicht geschaffen werden sollen. Schließlich ist Arbeit prekär im Sinne von zukunftsrelevant. Die Bedeutung von unternehmerischer Tätigkeit wird, nach einer Phase der Ernüchterung über die „New Economy“, zunehmen. Obwohl die Zukunftserwartungen, die an neue Unternehmer- und Arbeitnehmertypen, neue Unternehmensformen und neue Formen der Arbeit gestellt werden, durch die Empirie gegenwärtig (noch) nicht gedeckt werden, muss davon ausgegangen werden, dass in Zukunft der Erwerb von Sprachkompetenz (in der deutschen Sprache und mindestens einer Fremdsprache, hinsichtlich technischer und inhaltlicher Medienkompetenz), von Fach- und Methodenkompetenz (die Bedeutung von Methoden- und Orientierungswissen bei gleichzeitiger Notwendigkeit von ständig erneuerbarem Spezialwissen nimmt zu), des Lernens des Lernens (Stichworte lauten: Eigenverantwortlichkeit, Urteilskraft, Orientierungsfähigkeit im Wandel, Gestaltungsfähigkeit einschließlich Kreativität und Innovationsfähigkeit), von Gemeinschaftsfähigkeit (Teamfähigkeit, Toleranz, Konfliktlösungsfähigkeit, Demokratiefähigkeit), von (inter)kultureller und weltanschaulich-religiöser Kompetenz und die Übernahme von Verantwortlichkeit für nachhaltige Entwicklung (Verbindung von ökonomischer, ökologischer und sozialer Verantwortung) große Bedeutung erlangen werden. Bildung kann die Menschen maßgeblich darin unterstützen, so etwas wie eine „vagabundierende Zeichenkompetenz“ (Peter Glotz) zu erwerben und ihnen darin behilflich sein, gegenüber dem wachsenden Angebot von Kommunikation die Fähigkeit zu filtern, mediale Skepsis und kluge Zeitökonomie zu entwickeln. Dieser neue Habitus des Lernens, des Umgangs mit prekären Arbeits- und Tätigkeitsverhältnissen und diffusen lokalen und regionalen Bindungen lässt sich auf verschiedenen Ebenen bereits beobachten.

Allgemeinbildende Schulen können trotz aller ihrer organisatorischen und finanziellen Probleme ihre Leistungsfähigkeit (im weiten Begriffssinn) steigern und die Bildung eines „initiativen Habitus“ sowie die Entwicklung sozialer Kompetenzen befördern. Aussichtsreicher als eine Privatisierung des Schulwesens ist die Weiterentwicklung der allgemeinbildenden Schulen zu gesellschaftlichen Institutionen, in denen Lehrerinnen und Lehrer die Rolle von Moderatoren des Lernens übernehmen und die Schülerinnen und Schüler zu selbständi-

gem Denken und Handeln angeleitet werden. Schülern kann eine Vielzahl von Wahlentscheidungen ermöglicht werden (z.B. bei Arbeitsgemeinschaften, Wahlpflichtfächern, dem Wechsel einer Schulart), Lehrerinnen und Lehrer müssen soweit wie möglich frei in der Gestaltung der pädagogischen Verhältnisse sein und mehr Flexibilität in der Berufsausübung besitzen.³¹ Allgemeinbildende Schulen können auch in stärkerem Maße zivilgesellschaftliche Ordnungsfunktionen übernehmen, um der Aggressivität und der Gewalt in den Schulen zu begegnen. Es gibt gute Erfahrungen damit, dass Schüler ihre Konflikte selbst entschärfen können, wenn sie, dem Prinzip der Gewaltenteilung folgend, Aufgaben von Schlichterrollen, in Schülergerichten und Schulregierung und -parlament übernehmen. Die Weiterwicklung der allgemeinbildenden Schulen zu gesellschaftlichen Institutionen bedeutet aber auch, dass die Strategie der quantitativen Expansion der Ressourcen nicht weiter fortgeführt werden kann. Gesellschaft kann z.B. in die Schulen hineingeholt werden, wenn „school-boards“ die Interessen der Schulgemeinde wie auch des Umfeldes in der Schule repräsentieren.³²

Wenn die in den allgemeinbildenden Schulen (aber auch bei den weiterführenden Bildungsinstitutionen) zugrunde gelegten Fähigkeiten zur Selbstregulierung der Arbeitnehmer sich entwickeln und gefördert werden sollen, muss die gesetzlich beschlossene Ausweitung der Mitbestimmung Unterstützung finden. Die Mitbestimmung ist ein Instrument, mit dem das Direktionsrecht in der Arbeitswelt zivilisiert werden kann, sie ist aber auch ein bildungspolitisches Mittel, das Urteilsvermögen und Initiativkraft der Beschäftigten stärken kann. Der Auffassung, dass innovative Tätigkeiten und qualifizierte und selbständige Menschen in einer Arbeitswelt mit flachen Hierarchien sich nicht mehr repräsentieren lassen, weil sie individuell und spontan ihre Interessen selbst durchsetzen können, wird damit widersprochen. Die Institution der Mitbestimmung ist alles andere als überflüssig, weil der gesellschaftliche Wandel nicht so tiefgreifend ist und keine selbstläufigen Demokratisierungs- und Individualisierungsprozesse in Gang setzt. Hierarchien bleiben vielmehr bestehen bzw. neu werden errichtet und die Masse der Arbeitenden kann auf eine repräsentative Form der Interessendurchsetzung nicht verzichten. Dass letztere Annahme grö-

³¹ Vgl. Hans-Böckler-Stiftung, Sachverständigenrat Bildung, "Jugend, Bildung und Zivilgesellschaft", Diskussionspapiere Nr. 3, März 1999.

³² Vgl. Hartmut Holzapfel, Bildung und aktivierender Sozialstaat, in: E. Mezger / K.-W. West, Aktivierender Sozialstaat und politisches Handeln, Marburg 2000.

ßeren Realismus auf ihrer Seite hat, zeigen die Entwicklungen in neuen Unternehmen der IT-Branche. Die Mitbestimmung in kleineren und mittleren Unternehmen könnte neben der fachlichen Qualifikation auch die politische Einflussnahme stärken und durch Mitsprachemöglichkeiten den Habitus der Arbeitenden komplettieren.

Die Chance, die selbstregulativen Fähigkeiten zu verbessern, sollte nicht auf Menschen in Beschäftigungsverhältnissen begrenzt bleiben, sondern auch auf Arbeitsuchende ausgedehnt werden. In der lokalen und regionalen Arbeitsmarktpolitik ist in einigen protagonistischen Städten und Gemeinden der Übergang von einer Arbeitsmarktverwaltung zur einer Institution der Betreuung von Arbeitsuchenden zu beobachten – nicht zuletzt aufgrund der Konkurrenz qualifizierter privatwirtschaftlicher Arbeitsvermittlungsdienste. Mit dem Nachdruck auf Betreuung, Weiterqualifizierung (nicht in fachlicher Hinsicht, sondern auch in Blick auf Managementfunktionen) und gezielter Vermittlung kann die Basis für eine Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Weiterbildungspolitik gelegt werden. Bedarfe des Arbeitsmarktes und (zu entwickelnde) normative Gehalte der Weiterbildung könnten miteinander in Wechselwirkung gebracht werden. Diese Verknüpfung ermöglicht die Feinsteuerung des Qualifikationsangebotes und die Weiterentwicklung der Arbeitskraft. Auch auf diesem Wege lässt sich die Angebotsmacht der Bildung vergrößern.

Flexible Institutionen (Schulen, Mitbestimmung, Arbeitsmarktpolitik) könnten einen neuen aktiven Habitus hervorbringen und auf diesem Wege das Bildungs- und Qualifikationspotential in der Gesellschaft erheblich vermehren. Mittelbar lassen sich so größere und stabilere Erwartungshaltungen gegenüber den neuen Tätigkeiten aufbauen, die ihrerseits die Weiterentwicklung von Arbeitsverhältnissen ermöglichen, in der die Flexibilisierung der Arbeitsorganisation und die Anwendung von Kompetenzen nicht miteinander in Widerspruch stehen müssen.

2. Verteilungsgerechtigkeit in der industriellen Wissensgesellschaft

Bildung als strukturierende Größe kann ihre Wirkung vervielfachen, wenn die traditionelle Verteilungsdiskussion um die Ressource Bildung erweitert und Investitionen zugunsten von Bildung getätigt würden. Die Missverhältnisse zwischen vorhandenen Fähigkeiten und Qualifikationen und die Mismatches zwischen dem Ort, wo viele Menschen leben und dem Ort, wo neue Arbeitsplätze entstehen, müssten beseitigt werden. Eine moderne gemeinwohlorien-

tierte Verteilung würde eine öffentliche Kommunikations-, Wissens- und Bildungsinfrastruktur bereitstellen, die gleichen Zugang, gleiche Wahrnehmung von Lebenschancen und gleiche unternehmerische Perspektiven eröffnet. Von dort aus werden inklusive Arbeitsmärkte und soziale Hilfe definiert, um am Ende Armut zu bekämpfen. Die Idee des universalen infrastrukturellen Gemeinwohls wird somit neu gefasst, umverteilt wird nach dem Konflikt um die notwendigen Ressourcen zur Herstellung von Gemeinwohl. Dazu müssten nicht nur flexible Bildungsinstitutionen geschaffen, sondern auch zeitgemäßen Karrieren Form gegeben werden, die nicht nur das zweite und dritte, sondern auch für das vierte und fünfte Quintil einschließen. Besondere Aufmerksamkeit muss dem unteren Ende der Gesellschaft gewidmet werden, hier wären, über so sinnvolle Initiativen wie „Schulen der Zweiten Chance“ hinaus, generelle Zugänge zu Netzwerken, Enzyklopädien des Wissens und konkurrierenden Informationen zu organisieren sowie verfügbare Lernzeit bereitzustellen. Fehlen Anschlüsse an Bildungsphasen, so droht der Erfolg der besten Bildungsprogramme in Frage gestellt zu werden – eine Gefahr, die auch dem Programm JUMP der Bundesregierung droht. JUMP ist auf die Einstiegsrisiken in Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ausgerichtet, aber auf die Fragen nach Anschlüssen, nach einem stabilen Job sowie nach einem Weiterbildungs- und Beschäftigungsregime im Falle von Arbeitslosigkeit hat dieses Programm keine Antwort.

Mit einem gewissen Recht nehmen die globalen Zirkulationsinstitutionen wie Geld- und Kapitalmärkte für sich in Anspruch, ein neues Regime der Transparenz, der Vergleichbarkeit und des Wissens zu befördern. Korrupte Regimes wie ineffiziente soziale Versorgung können sich nicht mehr hinter dem Schleier des Nichtwissens verbergen. Aber diese Öffnung gilt auch für die Frage der Verteilungsgerechtigkeit. Einkommens- und Vermögensabstände, Sinn und Unsinn von Hierarchien und protegierte Aufstiegswege werden ebenfalls unter das grelle Licht der Vergleichbarkeit gestellt. Wenn es mit der Gemütlichkeit zu Ende geht, dann auch in Fragen der Verteilung.

Flexible Bildungsinstitutionen haben die Aufgabe, einen neuen Habitus zu generieren, eine neue Bildungsexpansion muss ihn gesellschaftlich verallgemeinern. Wettbewerbspolitisch geht es darum, den Vorteil einer relativen Gleichheit der Bildungsabschlüsse in der Bundesrepublik in Zukunft sicherzustellen. Eine am Gemeinwohl orientierte Bildungspolitik wird deshalb beträchtliche öffentliche Investitionen in Bildung tätigen müssen, aber hier müssen mehrere Elemente zusammenkommen. Die im Bildungssystem eingesetzten

Mittel müssen effektiver und effizienter eingesetzt werden – zu denken ist an die mit beachtlichem Erfolg erprobten Instrumente der Budgetierung und der Zielvereinbarung –, um einen Fundus an öffentlicher Glaubwürdigkeit aufzubauen. Zusätzliche öffentliche Mittel könnten, um gezielt die Schaffung von innovativen Habitus zu fördern, verwendet werden, um für alle Heranwachsenden Bildungskonten einzurichten, die die breit diskutierten Ansätze des Bildungssparens, des Bildungsdarlehens und des Bildungsgutscheins sollten zu einem einheitlichen Instrument zusammenfassen. Es empfiehlt sich, solche Konten auf die Phase, die an die Schulpflicht im allgemeinbildenden Schulsystem anschließt, zu begrenzen: auf die Bereiche der gymnasialen Oberstufe, des schulischen Teils der dualen Ausbildung, der beruflichen Ausbildung in Vollzeitschulen, die Hochschulbildung und der Weiterbildung.³³ Mit anderen Worten, es muss eine Entscheidung für eine neue Bildungsexpansion getroffen werden, die „alte“ Bildungsexpansion erlahmte in den 90er Jahren. Diese Gesellschaft muss mittelfristig den benötigten Fachkräftenachwuchs weitgehend selbst „produzieren“, denn die Ausschöpfung der Potentiale an qualifizierten Arbeitslosen und eine gesteuerte Zuwanderungspolitik für qualifizierte Fachkräfte können nur flankierende Maßnahmen sein.

Aufgabe eines gesonderten Reformprogramms ist es, die gesellschaftlichen Ungleichheiten, die durch die Bildungsfinanzierung verursacht werden, zu beseitigen. Für alle Phasen der Bildung vom Kindergarten bis zum Abschluss der Sekundarstufe I sollte eine Option für den Ganztagsunterricht geschaffen werden. Teile des Unterrichts können auch außerhalb von Schulen in Kooperation mit Jugendhäusern, Sportvereinen, Betrieben, Sozialeinrichtungen etc. stattfinden. Diese Bildungszeit bis zum Abschluss der Sekundarstufe I muss gebührenfrei sein. Die Kindergartenbeiträge sind ebenso in Frage zu stellen wie Regelungen dafür zu treffen wären, dass die öffentliche Finanzierung von Privatschulen diese nicht zur Erhebung erheblicher Schulgelder zwingt und damit der "Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern" Vorschub leistet. Nach der Sekundarstufe I wäre es anzustreben, Lernende in zunehmendem Umfang als sozialversicherungspflichtige Einkommensbezieher zu behandeln. Mit diesem Ziel wäre sowohl die Förderung durch die Eltern als auch die Ausbildungsförderung umzustellen.³⁴

³³ Hans-Böckler-Stiftung, Sachverständigenrat Bildung, "Für ein verändertes System der Bildungsfinanzierung", Diskussionspapiere Nr. 1, Düsseldorf 1998.

³⁴ Vgl. Christoph Ehmman, Bildungsfinanzierung und soziale Gerechtigkeit, Bielfeld 2001.

Zur Herstellung vergleichbarer Bildungschancen kann auch die Tarifpolitik beitragen. Im Frühjahr 2001 ist es der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi gelungen, einen Weiterbildungstarifvertrag mit IBM abzuschließen, der unabhängig vom Alter und der Art der Tätigkeit eines Beschäftigten Geltung hat. In der baden-württembergischen Metallindustrie schlossen wurde wenig später die IG Metall und der Arbeitgeberverband Südwestmetall eine tarifvertragliche Vereinbarung zu Weiterbildungsmaßnahmen ab, die jedem Beschäftigten einen individuellen Anspruch auf ein regelmäßig stattfindendes Gespräch mit seinen Vorgesetzten über seinen Weiterbildungsbedarf sichert. Alternativ können neue Institutionen wie die Weiterbildungsstiftung (WBS) des BAVC und der IG BCE die überfachliche Weiterbildung in der chemischen Industrie durchführen. Tarifvertragliche Vereinbarungen und Stiftungsinitiativen sind in der Lage kodifiziertes und Grundlagenwissen zu erweitern, aber auch die Entwicklung von „Know how“ und eines angebotsrelevanten Habitus fördern. Diese Formen der Weiterbildung können die Verallgemeinerbarkeit von Weiterbildungsmöglichkeiten sichern und den Trend der Parzellierung korrigieren, der Weiterbildung nur in gut organisierten Unternehmen stattfinden lässt, während sie in Unternehmen in miserabler Verfassung unterbleibt. Tarifpolitik darf sich deshalb in keinem Falle auf ihr Kerngeschäft beschränken, wenn sie nicht alle Gestaltungsmacht einbüßen will. Die Frage der Weiterbildung ist nur der Anfang eines Prozesses, in dem darüber entschieden wird, wie die Kontinuität von Arbeitsverhältnissen institutionalisiert wird. Private Unternehmen können durchaus eine Alternative der Selbstorganisation sein, in der das Management, die Weiterbildung und die sozialpsychologische Verstetigung aktiver Arbeitshaltung garantiert wird. In welcher Mischung privater und öffentlicher Form das Angebot qualifizierter Arbeit auf Dauer gestellt wird, ist keineswegs bereits ausgemacht.

3. Unterstützende Kontexte schaffen – Region, Stadt und Familie

Eine am Gemeinwohl ausgerichtete Bildungspolitik muss ihre Angebotsorientierung (flexible Bildungsinstitutionen, innovativer Habitus) steigern und Verteilungspolitik auf innovative Füße stellen, aber sie ist auch auf günstige Kontexte angewiesen, die keineswegs schlicht gegeben sind. Regionale Bildungnetzwerke drohen buchstäblich in der Luft hängen zu bleiben, wenn sie nicht auf regionale und urbane Kontexte mit dichten Interaktionen und Lerndynamik zurückgreifen können.

Die Stadt muss der Polarisierung (Exklusion und Immobilisierung) entgegenwirken, wenn Schulen entlastet werden und ihre (neuen) Bildungsaufgaben wahrnehmen sollen. Allerdings ist es nicht leicht, dafür die globale Aufstiegsklasse zu gewinnen und ihren „Stolz“ zu zivilisieren. Ein öffentlicher Diskurs, in dem die Bedingungen des Vorankommens in der globalen Gesellschaft vorurteilslos geprüft werden könnten, könnte die Mitglieder der Aufstiegsklasse davon überzeugen, dass die Begegnung der mobilen mit der immobilen Bevölkerung, der professionellen Symbolproduzenten mit der unberechenbaren Vitalität des Alltags, der Geschlechter- und Altersavantgarden mit den Routinen der Reproduktion sich nicht von selbst herstellt. Dies muss die Stadt der Globalisierung abringen. Es geht aber ebenso darum, sozial Benachteiligte gezielt zu fördern. Die deutsche Diskussion könnte sich von zwei Vorschlägen Robert Reichs inspirieren lassen: die Kinder aus den ärmsten Familien sollen die wertvollsten Bildungsgutscheine („vouchers“) erhalten, damit sie sich alle Mühe geben, gute weiterführende Schulen besuchen zu können. Die Konzentration der Armut in bestimmten Stadtteilen könnte aufgebrochen und vermieden werden, wenn arme Familien mit Hilfe von „Wohnberechtigungsscheinen“ („housing-assistance vouchers“) Wohnungen oder Häuser in wohlhabenderen Stadtteilen mieten könnten oder wenn bei der Planung und beim Bau von neuen Wohnungen oder Stadtteilen ein gewisser Wohnraum für wenig Verdienende reserviert würde.³⁵ Solche Vorschläge enthalten in den USA aufgrund der fortgeschrittenen sozialen Desintegration und Ungleichheit mehr politischen Zündstoff als wir uns vielleicht vorstellen können. Uns könnte hingegen aufgrund eines vergleichsweise hohen Maßes an gesellschaftlicher Homogenität (verglichen nicht nur mit den USA, sondern auch mit Frankreich) das Bewusstsein für die Gefahr von urbaner und regionaler Ungleichheit fehlen. Schreitet der Prozess der Sortierung gesellschaftlicher Interessen und Differenzierung jedoch zu weit voran, werden sozialer Zusammenhalt, soziales Lernen und die kritische Auseinandersetzung mit sich selbst zu einem abstrakt-moralischem Anspruch.

Es gibt keinen eindeutigen Weg, um die regionalen Kontext von Bildungsinstitutionen zu klären. Eine Region kann zum einen durch die Mobilität aller Faktoren (dazu gehört auch Bildung) und mit schwachen territorialen Bindungen erreicht werden. Dies ist das Programm des „wirtschaftskulturellen Regionalismus“. Seine unabdingbaren infrastrukturellen Voraussetzungen sind Transport und Kommunikation, die Pflege erfolgsorientierter „Business Com-

³⁵ Vgl. Robert Reich, *The Future of Success*, New York 2001, (Alfred A. Knopf).

munities” und sich überlappender Netzwerke regionaler Design-, Wissens- und Kulturindustrien, strategische Elitenkoalitionen und Loyalitäten, Fragen des Wissens behandelt er ohne Blick auf Konsequenzen für die Sozialstruktur der entsprechenden Region. Der wirtschaftskulturelle Regionalismus muss erfolgreich kollektive Güter wie Sicherheit, Vertrauen und Kredit für Wissensunternehmer anbieten, um Kapital, Qualifikation und Kreativität anzuziehen. Das Programm „politisch-gesellschaftlicher Regionen” hingegen vermag gewachsene Siedlungs- und Kommunikationsstrukturen stärker zu respektieren und die sozialen und kulturellen Potentiale der Regionen zu mobilisieren. Für die relative Immobilität müssen jedoch Äquivalente bereitgestellt werden. Permanente Qualifikation und Weiterbildung als primäre kollektive Güter der Region sind ebenso un-abdingbar wie ein „mobiler Geist”, der die relative Immobilität beruflicher und geographischer Migration kompensiert. Die dauerhafte Etablierung innovativer regionaler Milieus mit dichter Interaktion und Lerndynamik ist aufgrund der Existenz eines globalen Wissens- und Bildungssektors aber prekär. Wissen im Sinne von „know-what” und „know-why” ist verteilbar und ungebunden, Wissen im Sinne von „know-how” und „know-who”³⁶ ist prinzipiell regional gebunden, aber die Migration der qualifizierten Arbeitskräfte und geringe Transportkosten lockern die regionalen Bindungskräfte. Erfahrungen mit der Regionalförderung zeigen, dass Bildungsprozesse sich nur dann mit Erfolg regionalisieren lassen, wenn know-how und know-who erfolgreich vermittelt und regional gebunden werden können. Hoch- und Fachschulen sorgen für die Vermittlung von know-how, neue Unternehmensansiedlungen für das know-who. Daraus folgt natürlich: Bildungsprozesse brauchen regionale Institutionen, um ihrerseits regionale Prozesse initiieren zu können.

Funktionierende Schulen setzen die Erziehungsleistungen intakter Familien voraus. Der Leistungsaspekt der Familien wurde lange Zeit von der politischen Linken vernachlässigt, heute wird sie als eine der „tragenden Säulen der zivilen Gesellschaft”³⁷ angesehen. Viele der politischen Felder, von der Zukunft der Arbeit über die Alterssicherung bis zur Bildungspolitik, sind faktisch mit Familienpolitik verbunden, aber selbstverständlich liegt die Bedeutung der erzieherischen Leistungen der Familie für alle weiter folgenden Bildungsprozesse auf

³⁶ Vgl. Peter Brödner, Ernst Helmstädter, Brigitta Widmaier (Hrsg.), Wissensteilung. Zur Dynamik von Innovation und kollektivem Lernen, München und Mehring, 1999.

³⁷ Vgl. Gerhard Schröder, The Family: A New Challenge for Progressive Politics, in: Policy Network Journal, 27 March 2001.

der Hand. Ebenso wie Stadt und Region ist auch die Familie nicht mehr die gesellschaftliche Naturressource, derer sich Bildungspolitik bedienen kann. Ihre regulativen Prinzipien, Partnerschaft und Subsidiarität, sind heute vielfach und aus vielen Gründen nicht mehr garantiert, sondern bedürfen expliziter Politiken. Deshalb ist die gute quantitative und qualitative Versorgung mit erzieherischen Institutionen wie Krippen- und Kindergartenplätzen, ganztägiger privater und öffentlicher Kinderbetreuung sowie die Betreuung nach der Schule für erfolgreiche Bildungsverläufe so wichtig.

III. Bildung als Gesellschaftspolitik – Perspektiven der industriellen Wissensgesellschaft

Die Perspektive von Bildung als Gesellschaftspolitik erschließt sich erst vollends vor dem Hintergrund einer industriellen Wissensgesellschaft, in der globale technologisch-sozialökonomische Trends mit dem kulturellen Entscheidungsverhalten vermittelt werden. Ein Blick auf die Sozialcharaktere der industriellen Wissensgesellschaft lässt diesen Vermittlungsprozess hervortreten – ein komplexer Vorgang, der durch die Dialektik von Beschleunigung und Entschleunigung allein nicht abgebildet werden kann. Es wird nicht mehr ausreichen, die Gestalt des Telearbeiters bzw. der Telearbeiterin unter dem Gesichtspunkt sozialer Vereinzelung zu betrachten, hinzutreten muss auch der Gesichtspunkt des unternehmerischen Habitus in all seiner Ambivalenz, als neue Selbständige „mit Blick nach oben“ sowie „mit Blick nach unten“. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden, in dem Masse wie ihnen bessere Qualifikation zuteil wird, zu „Arbeitskraftunternehmern“ – ein Sozialcharakter, der durch die mögliche Ausweitung von Selbständigkeit allein nicht erfasst werden wird, sondern auch den Habitus der Angestellten in den Unternehmen prägen wird. Auszugehen ist von der Verallgemeinerung des Aktionärs bzw. der Aktionärin, auch wenn die „Erziehung zum Aktionär“³⁸ vorerst als misslungen gelten muss und noch keine souveräne Aktionärs- und Kapitalkultur entstanden ist. Es wird auch so etwas wie ein „Expertentum der eigenen Gesundheit“ geben. Gegenwärtig führt das BSE-Desaster den Europäern vor Augen, dass ihre Konsumkompetenz gefährlich unterentwickelt ist. In dem Maße

³⁸ Vgl. Claus Koch, Der Kapitalismus als Erzieher, in: Merkur, 55. Jahrgang, Heft 2, 2001.

jedoch, wie die Biotechnologie expandieren wird, wird die prädiktive Medizin die Individuen mit ihren je eigenen biologischen Voraussetzungen und Lebenschancen konfrontieren.

Es bedarf offenkundig nicht nur neuer strategischer Ansätze, wie sie zuvor auf drei Feldern skizziert worden sind, sondern auch Akteure und Träger werden sich neu zu verorten haben. Das wird nicht am Grünen Tisch entschieden. Die Interaktion von demokratischen Eliten und spezifischen Öffentlichkeiten, die Megathemen erst entstehen lässt, ermöglicht auch Allianzen. Bildung wird solche Allianzen von Eliten und Mehrheiten nicht stiften können, sondern sie bedürfen auch der Drohung des Scheiterns. In ökonomischer Hinsicht: Die Individuen ruinieren sich selbst durch ihr Konsumverhalten, aber sie bringen auch die Produzenten zu einem ökonomischen Fehlverhalten. Mit dieser Ausstattung des Massenindividualismus könnte der Kapitalismus in seinem nächsten Großzyklus (auf der Basis der Biotechnologie) vor ernsthafte Probleme gestellt werden. In sozialer Hinsicht: Nicht allein die unteren Schichten verfügen über keine Kompetenz zur Investition, sondern auch in den saturierten Mehrheitsmittelklassen zeigen sich immer mehr Menschen (infolge des Güter- / Dienstleistungsangebots) dem Gebot eines vernunftgeleiteten Konsums nicht mehr gewachsen. Schließlich mit Blick auf die persönliche Entwicklung: Die Garantie einer Minimierung der Selbstbeschädigung ist bislang nicht gewährleistet, weil Informationstechnologie- und Entertainment – Industrie zu juveniler Weltorientierung und zu dementsprechendem Konsum- und Arbeitsverhalten geführt haben.

Solches Scheitern ist im schlechtesten Fall nicht auf anfängliche Lernprozesse begrenzt, sondern droht sich zu wiederholen. Hier setzten die Aufgaben der Bildungspolitik an. Wenn die skizzierten Sozialcharaktere zu Säulen einer industriellen Wissensgesellschaft werden sollen, müssen die Individuen in der Lage sein, langfristig ins eigene Biokapital zu investieren, ihre Ansprüche zu disziplinieren und die Kraft zu Verzichtleistungen aufzubringen. Was fehlt und dennoch notwendig ist, ist die Kompetenz zur Investition (geschulte Arbeitskraft, Vermögen) und zu einem disziplinierten und wahlfähigen Konsum. Bildung vermittelt zwar in einem größeren Masse Qualifikationen, leistet aber zu wenig „Aufklärung“ im Sinne der Befähigung vieler Bürgerinnen und Bürger, um einen moralischen Konsumhabitus hervorzubringen: kritisch gegenüber und informiert über die Qualität der verbrauchten Produkte, kritisch und informiert über die eigenen Gewohnheiten und Vorlieben. Selbstdisziplinierung und Intelligenz des Konsums, Verfeinerung und Expressivität des Lebensstils, Dif-

ferenzerfahrung und Egalitätsbehauptung haben in der industriellen Wissensgesellschaft die Chance der Vermittlung.

Wenn die globalen technologisch-sozialökonomischen Trends mit dem kulturellen Entscheidungsverhalten vermittelt werden, wird der Druck zu einer spezifischen Synthese der Konzepte von fairer Gesellschaft und Gemeinwohl wachsen. Allerdings wird den Verhaltensdispositionen der Biotechnologie, präventiver Medizin und präventivem Konsumverhalten nicht mit den Methoden staatlicher Sozialhygiene beizukommen sein.

IV. Bildungspolitische Konflikte als gesellschaftspolitische Konflikte

Der gegenwärtige Übergang von der Industriegesellschaft zur industriellen Wissenschaftsgesellschaft wird einen Konflikt der Machteliten heraufbeschwören, weil klassische Wettbewerbseliten durch die gemeinwohlorientierte Ausweitung des Bildungsbegriffs ihre politische Ökonomie gefährdet sehen – schließlich werden erhebliche Investitionen (auch zu Lasten der Unternehmen) für eine Bildungsexpansion getätigt werden müssen. Die soeben beendete Auseinandersetzung um einen tarifvertraglich regulierten Weiterbildungsanspruch in der baden-württembergischen Metallindustrie gibt davon einen Vorgeschmack. Obwohl die verhandelten Materien den mittelfristigen Interessen der Unternehmen keinesfalls entgegenlaufen, bringt die Realität fortlaufend Widersprüche hervor. Dennoch werden gemeinwohlorientierte Machteliten wie die Gewerkschaften die Kooperation mit den Wettbewerbseliten suchen, aber auch ihre Konfliktfähigkeit erhalten. Sie interpretieren das Gemeinwohl infrastrukturell, d.h. als Regulation der Zugänge, Teilhabe und demokratischen Gestaltung. Ob Leistungen in privater oder öffentlicher Form angeboten werden, macht die Frage nach der Finanzierung des Gemeinwohls, nach Besteuerung und Lastenverteilung keineswegs überflüssig. Vielmehr gewinnt sie mittelfristig an Gewicht, je mehr die indirekte Finanzierung über Sozialversicherung oder Mehrwertsteuer an ihre Grenzen stoßen.

Alle Machteliten, ob wettbewerbs- oder gemeinwohlorientiert, neigen dazu, kulturelle Ressourcen für nahezu unerschöpflich oder wenigstens beschaffbar zu halten. Gleichviel, ob stärker auf Flexibilität oder Aushandlungsfähigkeit gesetzt wird, in jedem Falle wird angenommen, dass bei entsprechenden Anreizen oder entsprechendem Druck sich die gewünschten Verhaltensweisen

einstellen werden. Das erweist sich sehr häufig als Irrtum. Wenn in den allgemeinbildenden Schulen ein Prozess der Aktivierung eingeleitet werden und ein neuer selbständiger Schülerhabitus geschaffen werden soll, muss mit vielfältigen Widerständen gerechnet werden, sei es, dass Lehrerinnen und Lehrer diese Reform aufgrund ihrer Überlastung ablehnen, sei es, dass Schülerinnen und Schüler die Übernahme von neuen Pflichten in der Schule nicht wollen, oder dass es den Bildungsadministrationen widerstrebt, Kompetenzen an die Schulen abzugeben. Es bedarf eines koordinierten und koordinierenden Handelns, um den Lernwiderständen von Institutionen und Organisationen zu begegnen. Selbst im Falle des „Bündnisses für Arbeit“, das sich die Förderung der Weiterbildung auf seine Fahnen geschrieben hat, bleibt letztlich unklar, wie Druckmomente erzeugt werden können, wenn sich eine der beteiligten Parteien nicht an ihre Zusagen halten sollte. Machteliten sind hier auf Werteliten angewiesen, die Wahlverhalten und Gemeinschaftsbildung der Individuen verstehen, interpretieren und beeinflussen können. In demokratischen und zivilen Gesellschaften schaffen oder kommandieren Werteliten kein Wahl- oder Gemeinschaftsverhalten. Aber Verständigung beschleunigen oder verlangsamen, Themen erhitzen oder abkühlen, Ziele klären oder bewusst im Unklaren lassen, dafür gibt es schon Strategien. Dass Konflikte mit geeigneten Kampagnenpolitiken reguliert und bewältigt werden können, hat in den 80er Jahren der Wandel zu öko-logischen Denken und Verhalten im Falle des „dualen Systems“ gezeigt. Wenn Kampagnen einen angemessenen Umgang mit kulturellen Ressourcen finden, lässt sich auf die praktische Vernunft der Bürgerinnen und Bürger bauen.

Es sind also spezifische Allianzen von Macht- und Werteliten notwendig, die auf Verhaltensmustern, Interessen und Gefühlen breiter Bevölkerungsschichten aufbauen. Während Machteliten unter dem Druck der Globalisierung die notwendigen institutionellen Machtbedingungen zu schaffen suchen, trachten Werteliten danach, die Ressourcen „Wahl“ und „Identität“ zu mobilisieren.³⁹ Der sozialstrukturelle Individualisierungsprozess verstärkt beide Motive, das der Wahl wie das der Identitätsbewahrung, er lässt vielfache Mischungen, Überschneidungen und innere Konflikte zwischen den Motiven entstehen. Die-

³⁹ Vgl. Hermann Schwengel, Wahl, Identität und Gemeinwohl. Werte- und Machteliten im Konflikt um den Charakter der guten Gesellschaft, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.), Konstruktion der guten Gesellschaft, Verhandlungen des Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Köln 2000, (im Erscheinen).

sen inneren Aushandlungsprozess der Gesellschaft mit sich selbst suchen Werteliten eine Form zu geben, für übergreifende Ziele zu mobilisieren und an öffentliche Akteure zu binden. Macht- und Werteliten sind so aufeinander angewiesen, obwohl sie sich nicht un-bedingt mögen.

An der Bildungsfrage werden sich die Geister scheiden. Gemeinwohlorientierte Machteliten, in scharfer Konkurrenz zu wettbewerbsorientierten Eliten, müssen das Bündnis mit Werteliten suchen, die die kulturelle Ressource „Wahl“ mobilisieren. Damit brechen sie in das Terrain der fairen Gesellschaft ein, suchen die Individuen zu gewinnen, die wirtschaftlichen Wettbewerb ohne Zögern akzeptieren, aber Wahl und Fairness breiter und vielfältiger interpretieren und Wettbewerb nicht als Lebensform akzeptieren. Nicht in demselben Maße wird das Bündnis mit Werteliten gesucht, die die Ressource „Identität“ stärker mobilisieren, die die Erhaltung gegebener Zugehörigkeiten, Bindungen und Orte behaupten. Das ist nicht kostenlos, zumal damit die alte Bindung von Gemeinwohl und gerechter Gesellschaft gelockert wird. Allerdings zwingt ein erfolgreiches Bündnis gemeinwohlorientierter Machteliten und wahlorientierter Werteliten die wettbewerbsorientierten Machteliten dazu, sich mit fundamentalen wertkonservativen Ansprüchen verbinden zu müssen. Im libertärwertkonservativen Republikanismus in den Vereinigten Staaten kann man Glanz und Elend dieser Allianz verfolgen.

Diese Vermittlung von Macht- und Werteliten mit Handlungsdifferenzierungen breiter Bevölkerungsmehrheiten in demokratischen Gesellschaften hat Konsequenzen für jede Bildung als Gesellschaftspolitik. Die Hauptaufgabe eines Bündnisses gemeinwohlorientierter macht- und wahlorientierter Werteliten ist es, eine strukturierende Bildungspolitik zu realisieren, die sich auf flexible Bildungsinstitutionen stützt. Diese Institutionen müssen eine klare Zielsetzung enthalten: nämlich einen neuen Selbständigkeitshabitus zu generieren, der in den verschiedensten Formen von Arbeit, Tätigkeit und Beschäftigung zum Tragen kommt. Er muss Wechsel, Aufstieg und Abstieg eine zivile, reversible Form geben, aber auch Erwartungssicherheit schaffen und Lebensplanung möglich machen. Ebenso wichtig ist, dass diese Bildungsinstitutionen eine gesellschaftliche Einbettung erfahren. Wenn Bildungspolitik ihr richtiges Format gefunden hat, kann sie mit anderen Politikbereichen nach transparenten Kriterien verknüpft werden. Statt die Verteilungsfrage zu tabuisieren, werden die Leidenschaften und Interessen, die mit ihr verknüpft sind, für eine neue Bildungsexpansion in Dienst genommen. Unter diesen Bedingungen wird eine öffentliche Debatte über die notwendigen Investitionen in Bildung möglich sein.

Gemeinwohlorientierte Machteliten und wahlorientierte Werteliten kommen allerdings nicht umhin, ein Regime der Transparenz, der klaren Verantwortlichkeiten und Risikobereitschaft für gesteigerten Ressourcenverbrauch im Bildungsbereich zu errichten. Werteliten müssen auf den weichen Feldern von Wahl und Identität Klarheit schaffen, dass man sich für solche flexiblen und teuren Institutionen klar entscheiden muss.

Wenn es zu dieser spezifischen Verbindung von Gemeinwohl und fairer Gesellschaft kommt, werden ältere gesellschaftliche Konfliktverhältnisse reformuliert und neue Kooperationschancen eröffnet werden. Der institutionalisierte Konflikt von Kapital und Arbeit ist in dem von Unternehmer- und Humankapitalfunktion noch gut zu erkennen, gewinnt aber eine neue Dimension. Unternehmer- und Humankapitalfunktion vermitteln nämlich beide die großen technologisch-sozialökonomischen Trends mit dem kulturellen System, d. h. sie setzen gebundene Milieu- und Interessenslagen nicht mehr voraus, sondern sie strukturieren sie. Vor allem, wenn die Nutzung von Gütern (statt der Besitz) Angebot und Nachfrage strukturieren, wenn breite gebildete Mehrheiten Angebotsmacht entfalten, nur noch bestimmte Arbeits- und Lebensformen akzeptieren und bei den Entscheidungen mitbestimmen, wenn sich die mittleren Klassen globaler Regionen auf bestimmte Wettbewerbsregeln verständigen müssen, um überhaupt globalen Wohlstand zu ermöglichen, hat der Konflikt von Unternehmer- und Humankapitalfunktion eine neue Grundlage. Auch quer zu diesem alten neuen Konflikt bilden sich neue Koalitionen. Unternehmer werden in der Wissensökonomie noch bedeutender. Sie müssen Trends und kulturelle Systeme vermitteln, Gemeinschaften von Produzenten und Konsumenten ermöglichen und individuelle Präferenzen zu Werten verdichten, Konsumstile definieren und Aushandlungsprozesse mit Kunden und Klienten organisieren. Deshalb ist der Zugang zur Unternehmerfunktion ein öffentliches Gut. In einer industriellen Wissensökonomie kann es eine neue Wachstumskoalition geben, wenn – aber auch nur dann – nur noch die sozialen Grenzen des Wachstums in Betracht gezogen werden müssen, aber nicht mehr objektive Bedrohungsszenarien. Es kann eine Koalition für die Intelligenz des Konsums entstehen, wenn der besitzindividualistische Antrieb zu demonstrativem Konsum in einer industriellen Wissensgesellschaft zivilisiert werden kann. Das Bündnis gemeinwohlorientierter Machteliten und wahlorientierter Werteliten hat nicht nur eine robuste Basis in der Gesellschaft, sondern eröffnet auch übergreifende Kooperationschancen. Aber wie immer setzt die Wahrnehmung von Kooperationschancen die Fähigkeit zum Konflikt voraus.

Strategische Kommunikation in der Kommunikationsgesellschaft

Hermann Schwengel / Klaus-W. West

Dass politische Akteure ihr kommunikatives Umfeld verstehen müssen, dass sie ihre Initiativen sorgfältig in diesem Umfeld platzieren können müssen und dass ihr Handeln auf überraschende Situationen eingestellt sein muss – all dies ist für die politische Praxis selbstverständlich geworden, wie konsequent und erfolgreich diese Kausalitäten auch immer Berücksichtigung finden mögen. Der Markt für Beratung auf diesem Felde nimmt zu, die Konkurrenz der Deutungsagenturen wächst ebenso wie neue *power structure research* neuer politischer Herausforderer. Damit ist die alltägliche Wahrnehmung und Selbstbeobachtung der Individuen, Gruppen und Klassen nicht außer Kraft gesetzt. Nach wie vor sind Wohlstand, Sicherheit und Zukunft Gegenstände extensiver und intensiver Bewertungen, zögern Individuen bei Kauf, Wahl und Engagement oder beginnen an Investition, Wachstum und Zukunft zu glauben. Zwischen die kommunikationspolitische Taktik, auf deren Raffinesse Organisationen nicht verzichten können, und die spontane Wahrnehmung und Selbstbeobachtung des Sozialen der Bürgerinnen und Bürger, hat sich aber in den letzten Krisenjahren ein Typus strategischer Kommunikation geschoben, der für die Zukunft des Politischen vielleicht ausschlaggebend sein wird. Aber nicht jede Art von strategischer Kommunikation! Strategischer Kommunikation muss historische Zeit gliedern können und in der Lage sein, sie mit gegenwartsbezogenem Entscheidungshandeln zu verknüpfen. Dazu muss sie sowohl in die Selbstbeobachtungs- und Organisationsfähigkeit gesellschaftlicher Akteure wie Parteien, Gewerkschaften und Verbänden eingreifen wie Orientierung anbieten und kommunizieren können. An jedem Interventionsfeld – von der Berufsbildungsabgabe bis zur Mitbestimmung – muss zwischen Entscheidung und Orientierung ein belastbares kommunikatives Band geschaffen werden. Zu berücksichtigen ist ferner, dass das Mediensystem eine kulturelle Leitfunktion

übernommen hat. Strategische Kommunikation ist knapp und teuer, hat aber auch eine historische Chance: Strategische Kommunikation kann in eine Machtlücke stoßen, die Resultat gelockerter sozialstruktureller Milieus und Wahrnehmungsmuster ist und die durch reine kommunikationspolitische Angebote nicht wieder geschlossen werden kann. Mit strategischer Kommunikation gewinnt ideenpolitisches konzeptuelles Denken an spezifischem Gewicht, weil weder Tatsachen noch Ideologien die Dinge regeln können.

Mehr als andere leidet die deutsche Reformdebatte unter der Schwäche an strategischer Kommunikation. Reformen wurden durch die deutsche und europäische Vereinigung verzögert, deshalb wird ihr Alternativenreichtum nicht ausreichend erkannt. Während die einen den vitalen Aufbauwillen einer Nachkriegsgesellschaft wiedererwecken wollen, ordnungspolitisch aber nur den Wirtschaftsliberalismus der frühen 80er Jahre anzubieten haben, glauben die anderen weiterhin an die Verfeinerung des rheinischen Kapitalismus. Als ob sich die globalen Spielregeln nicht tatsächlich geändert hätten! Solche perspektivischen Verengungen rufen strategische Kommunikation auf den Plan. Sie muss für Politik und Gesellschaft das Spektrum an Alternativen öffnen, Lernkorridore definieren, auf denen Lösungen miteinander konkurrieren können und gesellschaftliche Mehrheiten bilden helfen, die sich als aktive Akteure im globalen Wettbewerb begreifen. Dass es nur einen Weg aus der Krise gäbe und nur eine Generation Reform, dass es im Kern nur um einen Konflikt zwischen Traditionalisten und Reformern gehe: dies alles sind Bestandsaufnahmen, von denen kein Weg in die Zukunft führt.

Bindung von Akteuren

Der tief greifende Wandel, der mit den Wortbildern von Globalisierung und Individualisierung überschrieben worden ist, verlangt die Bindung von Akteuren und Akteurskonstellationen, die der reife organisierte industrielle Kapitalismus noch nicht benötigte. Zwar hat der rheinische Kapitalismus tatsächlich eine Reihe von verantwortlichen politischen Akteuren hervorgebracht, die mit Lust von ihrer Verantwortung sprechen – das hat Bundespräsident Rau in seiner letzten Berliner Rede hervorgehoben – aber diese Akteure sind in ihrer Selbst- und Fremdbeobachtung noch nicht auf die Welt von Globalisierung und Individualisierung eingestellt. Wichtige Teile der politischen Klasse – die be-

sitzbürgerlichen Konservativen und die Verweigerungslinke – glauben noch immer, die Probleme zu ihren Gunsten an sich vorüberziehen lassen zu können. Eine Gestaltungslinke, die die Mehrheit der Gesellschaft politisch zu repräsentieren in der Lage wäre, hat sich nach 1998 nicht gebildet und wächst erst langsam heran. Die Konturen einer zur strategischen Kommunikation fähigen Rechten sind ebenfalls noch nicht zu sehen und leiden vor allem an der Schwäche eines komplementären politischen Liberalismus. Strategische Kommunikation vermittelt nicht in erster Linie zwischen Akteuren, die schon da sind, sondern schafft bei der Entwicklung von Themen in gewisser Weise erst die Akteure, die die Entscheidungen am Ende zu tragen haben. Die Beobachtung, dass sich die rivalisierenden Eliten im Kampf um die Macht sich der Themen bedienen, ist deshalb ebenso irreführend wie die entgegengesetzte Annahme, dass sich die Sachthemen unter dem Druck der Verhältnisse schon ihre Mehrheiten suchten.

Interessant sind die Erfahrungen im „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“. Nach dem Scheitern des ersten Anlaufs Mitte der 90er Jahre schien es 1998 einen breiten Modernisierungskonsens zu geben, der die relevanten strategischen Akteure für eine grundlegende Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zusammenführte. Die Bundesregierung initiierte einen gesellschaftlichen Dialog für Beschäftigungspolitik, der einen Strauß von Maßnahmen wie den Abbau von regelmäßig geleisteten Überstunden, eine flexibilisierte Arbeitszeitpolitik, eine Qualifizierungsoffensive, Reformen des Steuerrechts, Rentenrechts und die Reformen der arbeitsmarktpolitischen Instrumente umfasste. Aber beim Versuch, ein zweites Bündnis für Arbeit für die Legislaturperiode 2002 bis 2006 ins Leben zu rufen, war der Vorrat an Einsichten und Motiven verbraucht. Der Sechs-Punkte-Pakt für Wachstum, Beschäftigung und Ausbildung in Deutschland der Arbeitgeber war für die Gewerkschaften unannehmbar.

Für das Scheitern des Bündnisses gibt es eine Reihe von Gründen. Es fand keine konzeptuelle Engführung und strategische Vorklärung der Bündnisrunden statt. Die thematische Verteilungsmasse wurde nie genau bestimmt und der Grundsatz des Gebens und Nehmens nicht an definierten *issues* präzisiert. Die Gespräche besaßen nur eine geringe Verbindlichkeit und es fehlte an klaren Rollendefinitionen und Spielregeln für die beteiligten Akteure. So konnte kein realistischer Erwartungshorizont aufgebaut und durchgesetzt werden, es gab keine Abstufungen unterschiedlicher Erfolgsniveaus, die ein gewisses Zeitmanagement der Reform erlaubt und ein Durchhalten in schwierigen Zeiten er-

möglichst hätten. In diese Lücke konnten Akteure von außen hineinstoßen, das Misstrauen der Mitglieder ihren Verbänden gegenüber wirken und den Medien eine Schiedsrichterrolle eröffnen, die nur an konkreten Verhandlungsergebnissen und keinen längerfristigen Erfolgsperspektiven interessiert war. Gewisse Erfolge gab es nur im bildungspolitischen Teil des Vorhabens. Im Nachhinein wird die konzeptuelle Schwäche des Ansatzes noch deutlicher sichtbar. Man konnte wissen, dass mit einem Eintritt in ein Bündnis für Arbeit die klassische Keynesianische Nachfragepolitik sich die Führung des Wachstums mit einer mikroökonomischen Arbeitspolitik teilen musste. Man konnte aber auch wissen, dass die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die Verarbeitung der demografischen Krise und die Umschichtung von konsumtiven in investive Sozialausgaben Anpassungszeit benötigen, eine Begleitung durch expansive Geld- oder Finanzpolitik und eine ideenpolitische Erneuerung der gesellschaftspolitischen Akteure Unternehmen, Gewerkschaften und Parteien.

Tatsächlich wurde nicht wirklich an den Grundlagen gerüttelt, dafür aber ein weiter kommunikationspolitischer, kein strategisch-kommunikativer, Schirm über das Nebeneinander von Kontinuität und Wandel aufgespannt. Alle Akteure scheinen eher vordergründige Motive im Sinne gehabt zu haben. Deshalb wurden die Fragen der Beschäftigungspolitik nicht grundsätzlich angegangen, sondern nach einem situativen Tauschprinzip von Zugeständnissen organisiert. Weil keine der Bündnisparteien über eine grundsätzliche Alternative für eine andere Beschäftigungspolitik verfügte – und selbst wenn sie vorhanden gewesen wären, es kein politisches Personal gegeben hätte, die diese getragen hätte oder hätte gegenüber der Mitgliedschaft überzeugend vertreten können –, ging man Konflikten aus dem Wege. Im Vergleich zu der durchaus erfolgreichen antagonistischen Kooperation in der alten Bundesrepublik gab es weder ausreichend Kooperation noch ausreichend Antagonismus. Für jede Schlussfolgerung aus dem Bündnis für Arbeit ist diese Tatsache entscheidend: Für solche historisch anspruchsvolle Akteurskonstellationen – gegenüber den robusten wirtschaftsliberalen Regimes durchaus wettbewerbsfähig – sind Kooperations- wie Alternativenentwicklung gleichermaßen wichtig.

Auch hier hat die historische Reformverzögerung dazu beigetragen, Machtprozesse zu befördern, die eher zur Stagnation neigen – das System Kohl und dessen Finanzierung der deutschen Einheit und in die Rivalität einer Generation sozialdemokratischer Eliten von Schröder bis Lafontaine, die beide erfolgversprechendere politische Machtbildungsprozesse unterdrückt haben.

Die Zukunft der Arbeit

Die Bindung der Akteure wird sich an der strategischen Kommunikation zukünftiger Arbeit bilden oder gar nicht. Es ist schon paradox: Während intellektuell der Charme der *civil society* als Synthese alter Arbeiter- und neuer sozialer Bewegungen, osteuropäischer und welt-weiter Emanzipation gegenüber Markt und Staat zugleich bis in die sozialdemokratische Programmatik hinein wahrgenommen wird, wächst zugleich die harte Einsicht, dass die Bürger- ohne die Arbeitsgesellschaft nicht leben kann. Aufstieg und Krise der „Neuen Ökonomie“ in der zweiten Hälfte der 90er Jahre haben diese Paradoxie befördert, ohne eine Lösung anzubieten. Die Debatten um den „Dritten Weg“, das „Schröder-Blair-Papier“ und eine Fülle von Publikationen sind der Überbau einer tiefgehenden Verunsicherung in dieser Frage. Denn auch die Vorstellung, dass globale Kapitalmärkte die Ersetzung von Arbeit durch Wissen als das Kapital befruchtende Kraft regieren könnten, hat der Desillusionierung zu Beginn unseres Jahrhunderts nicht standgehalten. Auf verschiedene Weise sind Kapital- wie Arbeitsmärkte, wie Keynes gewusst hat, keine normalen Märkte. Mit Arbeit und Kapital organisiert sich gesellschaftliches Leben, aber beide treten nicht mehr in der verdichteten Form auf, die den industriegesellschaftlichen sozialstaatlichen Kompromiss ausgezeichnet hat. Es gibt Arbeit ohne Kapital und Kapital ohne Arbeit, Kampf ohne Klassen und Klassen ohne Kampf, wie Dahrendorf in zwei richtungweisenden Vorträgen deutlich gemacht hat. In einer wachsenden Weltwirtschaft wird die Teilung der Arbeit wie der Status der Wirtschaftssubjekte simultan bestimmt, aber die Simultanität folgt anderen Regeln als vor einem Jahrhundert. Um Innovation, Risiko und Sicherheit lässt sich die Komplexität der Frage nach der Arbeit konzeptuell verdichten, so dass spontane gesellschaftliche Akteure auf der einen und Kommunikationspolitik auf der anderen durch strategische Kommunikation vermittelt werden können. Rein kommunikationspolitisch liegt es nahe, auf Innovation einfach Gerechtigkeit zu kleben – so haben es sozialdemokratische Wahlkämpfe seit mehreren Jahren getan – und die Vermittlung von Risiko und Sicherheit eher im Dunkeln zu lassen. Das ist nicht gut angekommen, weil die Massen lebensstechnisch etwas von Risiko und Sicherheit verstehen.

Innovation

Die Frage nach der Zukunft der Arbeit wird nicht allein durch die Umverteilung bestehender Arbeitsvolumen in zukunftssträchtige Branchen beantwortet werden können. Es müssen neue Typen von Wachstumskräften freigesetzt werden, die sich selbst beobachten und korrigieren können, um auf komplexen globalen Märkten bestehen zu können. Für wettbewerbsfähige Unternehmen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind Innovationen, die auf der einen Seite an die Ideen qualitativen Wachstums der 70er und 80er Jahre anknüpfen, aber auf der anderen Seite die Durchsetzung des letzten Globalisierungsschubes systematisch reflektieren, der Schlüsselfaktor. Dafür reicht es nicht aus, immer nur auf die neuesten Informations-, Bio- und Nanotechnologien zu schauen, sondern die ganze Basiskette aus Energie, Werkstoffen und Information in den Blick zu nehmen. Eine preisgünstige, risikoarme und umwelt-verträgliche Energieversorgung hat denselben Status wie Information. Daran gemessen wurde die Energiefrage bisher zu nachrangig behandelt. Volumen wie Zusammensetzung des zukünftigen Energieverbrauchs sind strittig, bei anziehender Beschäftigung würde der Energiebedarf beträchtlich wachsen und ein gesellschaftlicher Energiediskurs hat noch nicht Gestalt gewonnen. Dass von der anderen Seite der Kette, von der Information her, Energie wie Bio-, Gen- und Werkstofftechnologien durchdrungen werden, hat im Wortbild der Wissensgesellschaft bereits seinen Ausdruck gefunden. Diese Innovationen schließen aufgeklärte Arbeitsformen in den Unternehmen, wie sie Robert Reich vorgeschlagen hat, den unvoreingenommenen Umgang der Bürgerinnen und Bürger mit Tradition und Gegenwart und die Fähigkeit ein, die ganze Kette der Innovationsprozesse zu übersehen.

Die Erfolgsbedingungen etwa der Industriepolitik beruhen auf einer vollständigen Produktionskette, die Forschung, Produktion und Qualifikationen, die Schaffung von Märkten und die Akzeptanz aufgrund abschätzbarer Risiken umfasst. Dies ist im Falle der Automobilproduktion insbesondere mit Blick auf die Akzeptanz der Produkte selbstverständlich, kann aber, wo „die Wette auf den Geschmack der Käufer“ wie im Falle von Opel/GM verloren geht, zu schwerwiegenden Absatzproblemen führen. Im Falle der Produktion in den Bereichen Chemie, Pharma oder Bio- und Gen ist diese Kette gleich an mehreren Stellen in Frage gestellt. Von der Chemiewirtschaft über die Biotechnik bis hin zur Energieforschung liefern sich die Koalitionspartner der Bundesregierung einen erbitterten Streit um Grenzwerte, Zulassungsverfahren oder Finanzmittel bei

nahezu allen Technologien, die als risikoreich gelten. Die Gentechnik, die die Brüsseler EU-Kommission noch vor kurzem zu einem wichtigen Feld ihrer Industriepolitik erklärt hat, ist ein Beispiel dafür, dass sich in der Bundesregierung häufig die Skeptiker neuer Technologien durchsetzen.

Ähnliche Konflikte drohen bei der Energieforschung. Bis zum Ende des Jahres 2004 beabsichtigen die Bundesministerien für Bildung und Forschung und das Bundeswirtschafts- und Arbeitsministerium, sich auf die Schwerpunkte der künftigen Förderpolitik zu verständigen. Doch während das Bundeswirtschaftsministerium nach besseren Kohlekraftwerken und Erneuerungen in der Kerntechnik forschen lassen möchte, will das Bundesumweltministerium die Förderung weitgehend auf erneuerbare Energien konzentrieren. Bis zum Jahr 2020 sollen 20 % des heutigen Strombedarfs aus Wind, Wasser, Sonne und Biomasse gewonnen werden. Hier geht es um die Weichenstellung am Anfang der energiepolitischen Kette.

Wie wichtig der Zusammenhang zwischen den Kettengliedern Wissensproduktion, Produkten und Märkten ist, ist trefflich am Projekt „NAPUS 2000“ zu erkennen. Hier ist es gelungen, dem Rapsöl hochwertige ungesättigte Fettsäuren, die das Herzinfarktrisiko mindern sollen, anzuzüchten – diese Rapsorte hat dreimal mehr Vitamin E als herkömmliche Pflanzen. In der Ausgründung „SunGene“ soll dieses Produkt auf den Markt gebracht werden, aber wahrscheinlich nicht in Deutschland. Für die anstehenden Freisetzungsversuche und den späteren Anbau wird man wohl in die USA und nach Kanada ausweichen. Allerdings lässt sich die Wissensproduktion („Forschung“) dauerhaft nicht sinnvoll von der Entwicklung und den Märkten trennen. Das Gesetz von Bundesministerin für Verbraucherschutz hätte zur Konsequenz, dass über kurz oder lang auch die Forscher ins Ausland abwandern müssten. Ein ähnliches Schicksal könnte Deutschland auch in der Biomedizin drohen. Das Stammzellgesetz der Bundesregierung belegt Wissenschaft und Industrie mit weit mehr Auflagen als die Regelungen in den meisten Nachbarländern.

Der Streit, der innerhalb der Bundesregierung derzeit ausgetragen wird, polarisiert auch die Gesellschaft. Spätestens nach den Chemiekatastrophen im italienischen Seveso, dem indischen Bophal und dem Atomgau von Tschernobyl stehen in Deutschland industrielle Großtechnologien unter Generalverdacht. Die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger reagiert, den Werbekampagnen der Chemieindustrie zum Trotz, skeptisch auf die optimistischen Prognosen der Gentechniker. Deshalb ist bislang allenfalls unter Experten unstrittig, dass die sogenannte Grüne Gentechnik eine wichtige Schlüsseltechnologie ist. Die

Skeptiker wünschen sich in Bereichen wie der Chemie nicht selten das Aus ganzer Produktionszweige. Das Vorhaben der schwedischen EU-Kommissarin für Umwelt, Wallström, die Sicherheitsauflagen für die europäische Chemieindustrie so verschärfen, dass viele Unternehmen mit der Abwanderung ganzer Konzernzweige vom Kontinent drohten, wurde erst in letzter Minute durch den deutschen, französischen und britischen Regierungschef gestoppt.

Man kann nicht die *lifesciences* über die Skepsis lebendiger Bürger stützen, aber auch nicht die Widerstände gegen basistechnologische Entwicklungen im Namen des Lebens nur hinnehmen, sondern offen und konfliktbereit zum Gegenstand eines politischen kommunikativen Prozesses machen. Auch hier muss strategische Kommunikation dazu beitragen, dass Kooperations- und Alternativenentwicklung gleichzeitig und gleichwertig wachsen können. Derzeit fehlt es an einer Balance zwischen Interessen an Sicherheit und Innovationen, die eine der Grundlagen für eine erfolgreiche Industriepolitik ist. Schnelle Änderungen sind unwahrscheinlich.

Risikoverteilung: Arbeit als Institution

Wenn man Arbeit nicht lediglich als Arbeitsmarkt, sondern als gesellschaftliche Institution begreift, die Teilhaberschaft und Loyalität stiftet, müssen die Risiken der Arbeitsgesellschaft angemessen verteilt werden. Eine gerechte Risikoverteilung setzt dabei voraus, dass alle Akteure zunächst bereit sind, Risiken einzugehen, die mit flexiblen Arbeitsverhältnissen einhergehen. Risikobereitschaft und Risikoverteilung sind zwei Seiten derselben Medaille. Hier gilt es, neue gesellschaftliche Beziehungen zu stiften: Der Vorschlag von Hubertus Schmoldt, das Problem der Verlagerung von Arbeitsplätzen mit der Subventionierung von niedrigproduktiven Löhnen zu verkoppeln, legt solche neuen gesellschaftlichen Beziehungen nahe. Es geht vor dem aktuellen Hintergrund der EU-Erweiterung um die Kombination aus tariflich abgesicherten und Transfer-einkommen, um die Basis Gesellschaft stiftender Arbeit zu erhalten. Ein Markteinkommen, das kein Lebenseinkommen ist, stiftet auch keine Gesellschaft. Ein Transfereinkommen, das nicht an gesellschaftliche Arbeit gekoppelt ist, auch nicht. Die Bundesagentur für Arbeit könnte so niedrige Einkommen um, sagen wir, 20% aufstocken, um Tarifniveau zu erreichen. Jeder Versuch,

diesen sinnvollen Vorschlag zu realisieren, muss allerdings mit der einseitigen Nutzung im Arbeitgeberinteresse und hohen Verwaltungskosten rechnen.

Es muss grundsätzlich darüber nachgedacht werden, Arbeit als Gesellschaft konstituierende Institution zu definieren, die nicht mit nur einem Begriff der Produktivität arbeitet. Nicht alle Menschen erreichen, aufgrund unterschiedlicher Qualifikationen und Eigenschaften, dasselbe Produktivitätsniveau. Statt diejenigen zu stigmatisieren, die die durchschnittliche Arbeitsproduktivität nicht erreichen, gilt es, die monoproduktivistische Definition gesellschaftlicher Tätigkeiten aufzugeben und Arbeit für alle als Gesellschaft konstituierende Aufgabe zu institutionalisieren. Ob Löhne subventioniert, eine negative Einkommenssteuer oder ein nicht an Erwerbsarbeit gekoppeltes Bürgergeld vorgeschlagen werden, immer werden sich Mitnahmeeffekte einstellen, bürokratische Risiken aufzutauchen und Gerechtigkeitsvorstellungen verletzt sehen, wenn die Institutionalisierung der Arbeit nicht gelingt. *Wie immer der Basissektor gesellschaftlicher Arbeit organisiert ist, wie er mit Teilzeit- und Leiharbeit, öffentlicher Beschäftigung und Familienarbeit, Weiterbildung und Regeneration, flexibler Vollbeschäftigung oder Mini- und Midi-Jobs besetzt ist, er muss flexiblen Ein- und Ausstieg, Beweglichkeit zwischen seinen Formen und Würde zum Ausdruck bringen, die diesem Sektor zu eigen sein muss. Florierende Arbeitsmärkte müssen darauf zurückgreifen können, unentgeltliches bürgergesellschaftliches Engagement darauf aufbauen können und die Gesellschaft sich auf seine Funktionsweise verlassen können. So jedenfalls kann Arbeit als Institution funktionieren. Im Idealfall können wir uns vorstellen, dass Kommunen und Regionen, Nationen und Europäische Union einen solchen Sektor bereitstellen, in der Wirklichkeit müssen wir damit zurechtkommen, dass die verschiedenen Institutionen die Komplexität des Basissektors gesellschaftlicher Arbeit einigermaßen beherrschen, um zivile Lebensverhältnisse für Mehrheiten zu schaffen. Um diesen Basissektor mag sich dann eine eigene Lebenswelt entwickeln, die in Krisen stabil bleibt und dauerhafte Aufstiegsverhältnisse schafft. Diese Aufstiegsverhältnisse sind aber auf eine Bildungsexpansion angewiesen, die der 60er und 70er Jahr des letzten Jahrhunderts in nichts nachsteht.*

Gegenwärtig fehlt uns dafür noch eine konkrete Vorstellung. Aber für die Anerkennung der Differenz von Leistungsfähigkeiten, um den wachsenden Differenzen der Anforderungen gewachsen zu sein, finden wir in einem anderen gesellschaftlichen Feld ein treffliches Beispiel: dem (olympischen) Sport. Die Anerkennung von und die Arbeit mit Differenzen ist dem Feld des olympischen Sports höchst erfolgreich gewesen. Die unterschiedliche Leistungsfähig-

keit von Männern und Frauen hat eine entsprechende sportliche Anerkennung und Unterscheidung gefunden und in spezifischen Auszeichnungen, Medaillen für die Leistungen von Frauen und Männern, ihren Ausdruck erhalten. Über Jahrzehnte hinweg hat diese Differenz durch zu einem durchaus vergleichbaren Zuschauerinteresse geführt. Im Fußball hingegen ist dieser Stand noch nicht erreicht. Nun, aktuell, seit dem Sommer 2004, scheint sich die Anerkennung einer neuen Differenz anzubahnen: die Differenz von behinderten Sportlerinnen und Sportlern bei den Paralympics. Interessanterweise findet zur gleichen Zeit ein paralleler Prozess der Ästhetisierung des Organersatzes in der Werbung statt. Langfristig könnte damit eine weitere, dritte Art von Leistungsfähigkeit Anerkennung finden. Ähnliche Differenzierungsleistungen müssen auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Arbeit erbracht und kommuniziert werden. Zugleich lässt sich ahnen, wie langfristig dieser Prozess der Schaffung von Anerkennung angelegt sein muss.

Sicherheit: Bürgerversicherung als ordnungspolitische Grundsatzfrage

Die gegenwärtige Debatte um Bürgerversicherung oder Gesundheitsprämie kreist um zwei Fragen: Sollen private Krankenversicherungen einen relevanten im Vergleich wohlhabenderen und gesunderen Anteil der Bevölkerung versichern – dagegen stellt sich die Bürgerversicherung? Oder soll die Dynamik der Gesundheitsfinanzierung an die Arbeitskosten gekoppelt bleiben – dagegen steht die Idee der Gesundheitsprämie? Für die Krankenversicherung mag sich ein vernünftiger Kompromiss finden lassen, aber damit ist noch kein System sozialer Versicherung definiert, das zu der alles entscheidenden Institutionalisierung der Arbeit beiträgt. Während Krankheit und Pflegebedürftigkeit als die großen Lebensrisiken, denen alle Gesellschaftsmitglieder gleichermaßen ausgesetzt sind, angesehen werden, kann die Sicherung des Lebensstandards im Alter stärker privatem Spar- und Anlageverhalten – mit privaten Pflichtversicherungen für eine längere Übergangszeit -überlassen werden. Die Sicherung von Einkommen, Bildungs- und Aufstiegschancen, Status und Lebensstil werden noch mehr den Individuen, Ihrer Selbstorganisation in Initiativen und Organisationen – wie den Gewerkschaften überlassen, d. h. die weitere Differenzierung der Gesellschaft auf diesen Feldern wird nicht nur hingenommen, sondern als Schubkraft für ein bewusstes Leben genutzt. In jedem Fall gilt es, die

Bürgerversicherung zwischen Gesundheit und Pflegebedürftigkeit, Alter und Statussicherung, privaten Bildungsanstrengungen und öffentlichen Zugangschancen zu unterscheiden. Es macht keinen Sinn, eine Bürgerversicherung, die die „Reichen und Beamten“ zur Kasse bittet, auf eine unveränderte allgemeine Sozialversicherung zu setzen und zu glauben, damit sei der Gerechtigkeit genüge getan. Die Bürgerversicherung in der Krankenversicherung mag die Punkte haben, dass sie es erlaubt, Arbeits- und Bildungsmärkte freizusetzen – solange jedenfalls bei institutionalisierter gesellschaftlicher Arbeit eine von der ökonomischen Produktivität entlastete einfache allgemeine Arbeit für alle zur Verfügung steht. Nicht minder entscheidend ist die Koppelung jeder Reform des Systems sozialer Sicherung an die Reform des Bildungssystems.

Konsequenzen für die Bildung

Eine Bildungspolitik, die sich von den Zielen Bildungsoffensive, Ganztagschule, Bildungsstandards und Politik der Chancengleichheit leiten lässt, darf nicht in die bildungspolitischen Lager der 70er und 80er Jahre zurückfallen. Als Vorbild interessanter ist der sich in der Mitte der 60er Jahre herausbildende Konsens, Bildungsexpansion und Ausbau der sozialen Sicherung als zusammenhängenden Modernisierungsprozess zu begreifen – allerdings heute mit Individuen, selbstorganisierten Gruppen und dynamischen Unternehmen als Träger und nicht mehr mit einem expansiven Staat wie damals. Die Ganztagschule hat sehr viel mit der Gesamtschule zu tun und ist doch etwas völlig anderes. Dynamik und Legitimität gewinnt eine neue Bildungsexpansion im Kontext von Arbeit als Institution und Bürgerversicherung. Die Konstitution der Gesellschaft durch einfache allgemeine Arbeit verlangt Investitionen im Vor- und Ganztagschulbereich, die erst die spätere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Die Stärkung des Prinzips der Dualität in Bildung und Ausbildung, die zumindest 80% der Bevölkerung ein qualifiziertes Abschlussniveau zwischen *highschool* und *college* – mit starkem berufsbildendem Kern – ermöglicht, schafft erst die materielle Grundlage relativer Gleichheit in informationsindustriellen kapitalistischen Marktwirtschaften. Die Investition in sich selbst, in das eigene Wissen und Vermögen eröffnet dann den Individuen den Raum für Hochschul- und Weiterbildung. Sie können individuellen Wegen folgen, sich organisieren und als Anbieter von Wissen Machtchancen erwerben.

ben. Die Effektivität von Bildungsinvestitionen lässt sich erheblich steigern, wenn Bildung zu einer Angebotsmacht werden kann. Gut ausgebildete Arbeitskräfte stellen eine wachsende Angebotsmacht dar, die Kraft ihrer anspruchsvollen Erwartungshaltung an Berufspositionen und Möglichkeiten der Entwicklung der Wissensarbeit einen wichtigen Impuls verleihen. Bildungsinstitutionen werden dabei zu „lernenden Institutionen,, die einen gesellschaftskonstituierenden Habitus der Selbstständigkeit fördern. Auch hier macht es wieder bei der Bürgerversicherung keinen Sinn, alle Schichten des Systems nach demselben Muster zu gestalten. Während Vor- und Ganztagschulen gar nichts kosten sollten und Schüler- und Meisterbafög entschieden mehr gefördert werden, ist für den Hochschul- und Weiterbildungsbereich eine graduell steigende Selbstbeteiligung der individuellen Bildungsinvestoren finanziell und mental unabdingbar. Statt allerdings auf Studiengebühren als Wellenbrecher zu setzen, bietet es sich an, mit Bildungsgutscheinen in die private Hochschulfinanzierung einzusteigen, weil sie für die Förderung benachteiligter Schichten und andere Steuerungsmotive anschlussfähiger sind als die einfache Steigerung der Einnahmen der Bundesländer als Hochschulträger.

Jede Renaissance des Bildungsbegriffs braucht einen langen Atem, eine Gedächtnispolitik, die nicht nur bis in die 60er Jahre des letzten Jahrhunderts zurückreicht, sondern die Modernität als Bildungsgeschichte vor Augen hat. Mehr noch, die Bildungsgeschichte mag an die neuzeitliche Mobilisierung des Wissens in den verschiedensten Zivilisationen anknüpfen, als der okzidentale Rationalismus der Weltbeherrschung noch nicht mit Industrialismus und okzidentalem Nationalstaat bewaffnet, die Welt zu erobern begann. Im Zeitalter unserer Globalisierung mag diese Grundlegung der Bildungsexpansion vor der Aufklärung von Nutzen sein.

Initiierung von Lernprozessen

Die Konsequenz aus dem gescheiterten Bündnis für Arbeit ist, die strategisch relevanten Akteure in Deutschland in einen tiefgreifenderen Bildungsprozess einzubeziehen, der Kooperations- wie Alternativenentwicklung gleichermaßen einschließt. Alternativenentwicklungen wie die Institutionalisierung der Arbeit, Bürgerversicherung und neue Bildungsexpansion ermöglichen gesteigerte gesellschaftliche Kooperationen, provozieren aber mit Notwendigkeit sozialen

Konflikt, die beide zur politischen Steuerung beitragen. Wer sich für Arbeit als Institution entscheidet, muss sich grundsätzlich für die Entkoppelung von Teilen der Arbeit von Produktivität und für eine überschaubare Zahl unterschiedlicher Kontinuen aussprechen. Die Alter-native ist ein Niedriglohnsektor, für die sich mit Hilfe der Unterscheidung von Vollzeit- und Teilzeitjobs, die Unterstützung der Beschäftigten der zweiten Schicht allerdings erst zu gewinnen wäre. In der Debatte um Bürgerversicherung oder Gesundheitsprämie bilden sich bereits die Konfliktlinien, zwischen Entlastung des Arbeitsmarktes von der Kostendynamik des Gesundheitswesens – zumal unter den gegebenen demografischen Bedingungen – und der Festlegung von Gesundheit und Pflegebedürftigkeit als die gesellschaftliche Solidarität begründenden Erfahrungen. Die Finanzierung der Bildungsexpansion schließlich provoziert auf der einen Seite die Forderung nach Vermögens- und Erbschaftssteuer als Nutzung „toter“ Ressourcen für „lebendige“ Entwicklung. Die einen würden Konjunktur- und Wettbewerbsargumente vortragen, die anderen ihren materiellen Errungenschaften und Ersparnisse bedroht sehen.

Solche Konflikte können nur durchgestanden werden, wenn auf den Feldern Institutionalisierung der Arbeit, Bürgerversicherung und Bildungsexpansion Zusammenhänge strategisch kommuniziert werden. Wer von einem Land wie Dänemark den lockeren Kündigungsschutz übernehmen, das hohe Arbeitslosengeld aber nicht oder nur das hohe Arbeitslosengeld und die harten Vermittlungszwänge nicht, wird irgendwann zu strategischer Kommunikation überhaupt nicht mehr in der Lage sein. Bundespräsident Rau hat dazu aufgerufen, ein „positives Selbstverständnis und ein positives Verhältnis zu sich selber zu gewinnen“. Das verlangt von den Akteuren aber mehr als Optimismus. Vielmehr müssen gesellschaftliche Organisationen, Parteien und Gewerkschaften strategisch kommunikationsfähig werden („*narratives*“), ihre Meinungs- und Entscheidungsbildung an den tatsächlichen Alternativen von institutionalisierter Arbeit, Bürgerversicherung und Bildungsexpansion ausrichten und nicht am Vorstellungs- und Erinnerungsvermögen ihrer Funktionären. Die Grundsatzabteilungen vieler Verbände sind mehr der Ausdruck nicht wahrgenommenen Entscheidungsbedarfs als Antizipation entstehender Entscheidungsverhältnisse. Bei den Gewerkschaften wiegt der Grund vermutlich vor allem in einem Wissenshabitus, der noch so von der korporatistischen Industriegesellschaft geprägt ist, dass bestimmte Entscheidungsbedarfe nicht einmal gesehen werden. Wer aber in allen Verbänden meint, mit traditionellen Bordmitteln der Wissensproduktion und Reform mitgestalten zu können, macht sich immer mehr

von Ministerialbürokratien und professionellen Beratern in Expertenkommissionen abhängig. Was Reaktionszeit, Entscheidungsvorbereitung und Antizipation von Entscheidungslagen angeht, ist das professionelle Wissen vieler Verbände und Gewerkschaften zu gering.

Status von Konzeptarbeit

Zu beachten gilt es den spezifischen Zusammenhang zwischen Institutionen, Organisationen, Milieus und strategischer Kommunikation. Der Bedarf an strategischer Kommunikation für Organisationen wie Gewerkschaften nimmt zu, wenn die Funktionsmechanismen von staatlichen Institutionen wie der Sozialstaat komplexer werden. Die Vergabebedingungen von sozialstaatlichen Leistungen zum Beispiel bei den Hartz-Gesetzen mag man aus moralischer Sicht als „sozial ungerecht“ kritisieren, aus kommunikationspolitischer Sicht werden sie komplizierter. Der Grundgedanke von „Fördern und Fordern“ stellt höhere Ansprüche an die politische Kommunikation, und erst recht höhere Ansprüche an eine adäquate Meinungsbildung innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen und einer Akteurskonstellation wie dem DGB. Insbesondere vor dem Hintergrund der Ausdifferenzierung von Milieus und der Notwendigkeit, sie an eine Organisation zu binden, wird den Aktiven eine neue anspruchsvolle Kommunikationskompetenz abverlangt.

Strategische Kommunikation in der Industriegesellschaft

Welche Art der strategischen Kommunikation brauchten die Institutionen der Industriegesellschaft? Die Institutionen der Industriegesellschaft, beispielsweise der Mitbestimmung und der Tarifpolitik, beruhten auf Regeln mit einem vergleichsweise hohen Grad an Standardisierung, die mit einem entsprechenden Wissen durch ständigen Austausch mit Leben erfüllt werden mussten. Auf diesem Wege haben, im Unterschied zu den Parteien, die auf die besondere Zeitstruktur von Wahlkämpfen gerichtet waren, Gewerkschaften politische Materien wie Arbeit und Einkommen dauerhaft reguliert. Dazu bedienten sie sich der Routineveranstaltungen und Briefe, Optimierungswissen und Spezialisierung, Lobbying, Hintergrundgespräche, Medientermine, Betriebsversamm-

lungen, Demonstrationen und Streiks. Gewerkschaften mussten keine Wahlen gewinnen und sich der Permanenz von Wahlkämpfen unterziehen, deshalb besaßen sie keinen vergleichbaren strategisch ausgerichteten Apparat der Wissensproduktion. Ihre Kommunikationspolitik beruhte im Wesentlichen auf Einflussnahme, Interessenvertretung sowie Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen bei Regelverletzungen.

Als Organisationen waren Gewerkschaften an der ursprünglichen Konstruktion an einem sozialstaatlichen Rahmen nach dem zweiten Weltkrieg beteiligt und in der Zeit danach, diesen Rahmen zu garantieren. Gewerkschaften hatten an der Schaffung und der Stabilisierung des Regelwerkes der Mitbestimmung und Tarifpolitik maßgeblichen Anteil. Im Falle der Nicht-Einhaltung verstanden sie erfolgreich die Mobilisierung der Mitglieder, die Politik und den Protest zu organisieren. Diese Praxis hat die Erwartungen der haupt- und ehrenamtlichen Mandatsträger geprägt, ihr Selbstbewusstsein gründete auf der Erfahrung, dass die Anwendung von institutionenbezogenem Wissen und die kompetente Ausfüllung ihre Rolle nachweislich erfolgreich war, Interessensunterschiede und -konflikte bewältigen und regulieren zu können. Dabei garantierte die den Arbeitnehmern nahe stehende Politik den institutionellen Rahmen, während die Gewerkschaften diesen Rahmen mit Leben erfüllten. Nun, wo der institutionelle Rahmen verändert werden muss, müssen sich Gewerkschaften wie in der Tarifpolitik auf neue kommunikationspolitische Aufgabe einstellen.

Stabile Institutionen und die sie verteidigenden Gewerkschaften hatten loyale Mitglieder oder zumindest die stillschweigende Akzeptanz der nicht gewerkschaftlich organisierten Bevölkerung zur Voraussetzung. Andererseits erleichterten vergleichsweise klare Zielsetzungen und Aufgaben der Institutionen die Bindung von Mitgliedern und Stabilisierung von Milieus erheblich. Der Zusammenhang von institutionell gestützten Werten und deren erfahrbare Manifestation in der Alltagspraxis erforderten nur einen geringen Erklärungsaufwand. Solche Erfahrungen bekräftigten den Glauben der Mitglieder an ihre Organisation und sicherten eine dauerhafte Bindung.

In der Industriegesellschaft spielte der Begriff der strategischen Kommunikation und eine entsprechende Wissensproduktion aufgrund stabiler Institutionen, Klarheit der institutionellen und organisatorischen Ziele sowie ein vergleichsweise geringer Erklärungsaufwand eine vergleichsweise untergeordnete Rolle. Notwendig war die erfahrungsvermittelte Kenntnis des Gefüges aus Tarifpolitik, Betriebsverfassung und Sozialstaat, die kompetente Ausfüllung von

definierten Routinen und eine Beziehung starker Persönlichkeiten zu einer Mitgliederbasis, die an die Institutionen und Organisation glaubten. Das strategische Moment der Kommunikation richtete sich vor allem auf die gekonnte situationsgerechte Auslegung von Regeln und Rollen.

Strategische Kommunikation in der medialen Kommunikationsgesellschaft

Ein Einschnitt, der den gesellschaftsstrukturellen Wandel markieren würde, der eine neue Form der Kommunikation erforderlich macht, lässt sich nicht exakt bestimmen. Mit dem Heraufziehen der „Arbeits- und Wissensgesellschaft“ ist, gegenüber dem Zeitraum nach dem Zweiten Weltkrieg bis zu den sechziger Jahren, als sich die Institutionen, Instrumente und Organisationen der Industriegesellschaft entwickelten, die Ausbreitung der medialen Kommunikationsgesellschaft verknüpft, die an institutionellen Rahmen und kommunikativen Bedarf neue Anforderungen an die Repräsentation stellt. Institutionen und Organisationen sehen sich mit einem Zwang zur öffentlichen Darstellung konfrontiert und sich zu strategischer Kommunikation gezwungen. Von diesem Standpunkt aus erscheinen die Kommunikationsformen der politischen Kultur der alten Bundesrepublik als selbstgenügsam und diskret. Lange Zeit wurden staatliche Institutionen oder Organisationen wie Gewerkschaften an den Resultaten ihrer Handlungen gemessen und die Selbstdarstellung der Kultur überlassen. Die Individuen, die das Treiben in Politik und Gesellschaft beobachtete, vertrauten dem Spitzenpersonal. Die Repräsentationsformen der medialen Kommunikationsgesellschaft, die häufig nur als mediale Scheinwelten und TV-Kultur der Selbstinszenierung beschrieben werden, haben die Existenzgründe für Institutionen und Organisationen inevident werden lassen, so dass das Vertrauen in und der Glaube an sie verloren gegangen ist. Die strategisch relevanten Akteure sind zu Kommunikationsformen gezwungen, die strategisch werden müssen.

Wir haben beschrieben, dass die Modernisierung von Arbeit, sozialer Sicherheit und Bildung ein Programm der Synthetisierung sein muss. Strategische Kommunikation muss synthetisierende Lösungen unterstützen. Sie muss integraler Bestandteil eines Prozesses sein, der Tarifpolitik, Mitbestimmung oder Sozialstaat modernisiert, damit sie ihre regulative Kraft erhalten. Organisationen wie die Gewerkschaften müssen einen Diskurs darüber führen, wel-

chen Tiefgang institutionelle und organisatorische Modernisierung haben muss. Hier reichen angesichts von Unübersichtlichkeit und geringer Plausibilität die gängigen Kommunikationsroutinen nicht mehr aus, Gewerkschaften müssen strategische Politikfelder vielmehr neu definieren und ihre Rolle als definitionskompetente Ordnungsmächten wahrnehmen. Moderne Energiepolitik, um dieses Beispiel zu nennen, zeichnet sich dadurch aus, dass neben hohen technischen Qualitätsstandards die Akzeptanz von Märkten in den Vordergrund gerückt wird. Es geht dabei um die Erweiterung der klassischen kommunikationspolitischen Erfolgsfaktoren „Industrie“, „Arbeit“, „Politik“ und „Wissenschaft“ um den Faktor „Lebensführung“ bzw. „Verbraucherverhalten“. Solche Erweiterung ist nicht additiv, sondern komplementär und synthetisch zu verstehen. Synthese heißt nicht nur, die Industriepolitik zu optimieren, sondern auch den Zusammenhang zwischen Industriepolitik und „Lebensführung“ herzustellen: Wer Flexibilität im ersten Bereich will, muss auch Flexibilität und Homogenität im zweiten Bereich anbieten. Dabei wird den politisch Aktiven abverlangt, Regeln der politischen Kommunikation wie bisher nicht mehr nur ausführen, sondern den Wandel der Institutionen in Ziel und Funktionsweise erläutern zu müssen. Das heißt in vielen Fällen: Einführung flexibler Regeln. Augenfällig ist dies in der Tarifpolitik aufgrund der Zahl der Lösungen für unternehmens- und betriebsbezogene Sonderregelungen in Form von Öffnungsklauseln. Schon die Einführung eines flexibleren Regelwerkes selbst gilt es als Modernisierungsprozess darzustellen. Strategische Kommunikation muss den überproportionalen Erklärungsaufwand infolge von gesteigerter Flexibilität bewältigen. Auf diesem Wege müssen sich Gewerkschaften tendenziell zu Kommunikationsmaschinen wandeln, ihre Funktionsträger zu verbindlichen und vertrauenswürdigen Multiplikatoren.

Als definitionskompetente Ordnungsmächte müssen Gewerkschaften auch strategische Allianzen neu definieren. Aus der Erweiterung der Erfolgsfaktoren in der Energiepolitik folgt, dass die traditionellen Erfolgsallianzen aus Arbeitgebern, Gewerkschaften, Regierungen und Wissenschaft die Repräsentanten des Faktors „Lebensführung“, Verbraucher und Verbraucherverbände mit ins Boot holen müssen. Die Arbeit der Synthese kann nur mit erweiterten strategischen Allianzen erreicht werden, um den notwendigen gesellschaftlichen Konsens für Innovationen zu organisieren.

Ähnliche kommunikationspolitische Herausforderungen stehen den Gewerkschaften angesichts von individualisierten komplexeren Milieus von Arbeitnehmern ins Haus. Der Glaube an Institution und Organisation muss durch

das Argument ergänzt werden. Ihre Zielsetzungen und Werte müssen erläutert werden. Strategische Kommunikation muss diese Leistung erbringen, wenn an die Stelle kollektiver und vergleichsweise einheitlicher Interessen heterogene Interessenlagen von Arbeitnehmern treten, die beispielsweise nach Lebensphasen differenziert sind, die sich nicht mehr nur der Unterscheidung von jung und alt fügen.

In Anbetracht dieser Herausforderungen an kommunikatives Handeln, die von den Kommunikatoren neues Wissen – synthetisches Wissen, im Bewusstsein von Kontingenz, das neuen Formen zusammenbringt und Alternativen generiert –, entsprechende Qualifikationen und ein verändertes Rollenverhalten verlangen, reichen die Bordmittel der Organisationen – Grundsatzabteilungen, organisationspezifische Weiterbildung – nicht mehr aus. Dafür fehlt ein Apparat der Wissensproduktion. Unklar ist, ob er in den Organisationen bereitgestellt werden kann. Wissensproduktion wird bislang als Domäne „des eigenen Hauses“ gesehen. Der Externalisierung steht allerdings der Wunsch der Organisationen nach Autonomie entgegen. Sie macht Gewerkschaften einerseits unabhängig, andererseits schränkt sie sie hinsichtlich der Wissensproduktion ein.

Denkfabriken

Die Entwicklung von Denkfabriken, die die professionalisierte Wissensproduktion organisieren, spiegeln ihre Zeit und die spezifischen Kontexte ihrer Gesellschaften. Die amerikanischen Denkfabriken sind breiter und differenzierter, sind mit den politischen und sozialen Auseinandersetzungen der amerikanischen Gesellschaftsgeschichte verbunden und offen für den Austausch mit wechselnden Regierungen, Administrationen und Institutionen. Am nächsten kommen ihnen in Europa noch britische Ansätze, aber die europäischen Anläufe sind im ganzen noch sehr fragmentarisch. In den Niederlanden und Schweden sind sie ein Teil der jeweiligen politischen Organisationen des sozialen Konsensus, in Deutschland übernehmen die politischen Stiftungen einen Teil ihrer Aufgaben entlang der Linien des Parteiensystems und in den neuen zur Europäischen Union gestoßenen Gesellschaften gehören sie zu den Modernisierungsagenturen, die die Dinge voran treiben.

Eine Denkfabrik lässt sich durch die Eigenart ihrer strategischen Kommunikation bestimmen, durch die Art und Weise wie Wissen produziert, aggregiert

und vermittelt wird. Dadurch wird die Handlungsfähigkeit von Organisationen und Verbänden gestärkt, ein belastbares Orientierungswissen geschaffen, das nicht wie das zerstreute Wissen der Agenda 2010 oder des Bündnisses für Arbeit allein auf situativem Konsensus beruht. Es geht aber nicht allein um Betriebswissen und argumentative Kompetenz, sondern auch um ein Auftreten und Handeln, das mit dem eigenen Standpunkt auch das gegebene Alternativenspektrum vorführt. Dabei werden rituelle Problembeschreibungen aufgebrochen, aber auch neue Begründungsriten eingeführt und stabilisiert. Auf diese Weise werden Mehrheiten konstruiert, prekäre Vorschläge auf ihre Akzeptanz bei strategisch wichtigen Gruppen der Gesellschaft getestet und Gegenkonzepte als Sperrfeuer in die Welt gesetzt.

Gegenwärtig scheinen in Deutschland die Erfolgsaussichten nach dem Scheitern der bisherigen Bündnisse für Arbeit für ein ähnlich ansetzendes Modell einer Stiftung für Arbeit gering zu sein; gleichwohl sollte man die niederländische Idee nicht aus den Augen verlieren. Viel wichtiger aber ist es für die sozialen und politischen Kräfte, die weder den gewerkschaftlich-sozialstaatlichen Traditionalismus pflegen noch der Liberalisierung der wirtschaftlichen und sozialen Institutionen immer wieder hinterher laufen wollen, eigene professionelle Wissensstrukturen aufzubauen. Hier und nur hier ist der originäre Ort einer Denkfabrik für die deutschen Verhältnisse nach 2006. Probleme suchen sich insoweit doch ihre Organisationen und die dramatische Differenzierung der politischen Alternativen in Deutschland – obwohl an der Oberfläche noch nicht vollständig sichtbar – verlangt neue „Aggregationsmaschinen“, die die traditionellen Grundsatzabteilungen, Stiftungen und Beratergremien nicht anzubieten haben. Solche Bemühungen müssen damit rechnen, dass sie nicht nur die Traditionalismen der Organisationen auf der einen Seite gegen sich haben, sondern auch neue *power structure research* der globalisierungskritischen Bewegungen. Aber diese Differenzierung zwischen einem entstehenden europäischen Progressivismus und globaler symbolischer Rebellion – die sich natürlich auch etwas zu sagen haben – wird in jedem Fall nicht ausbleiben.

Bildungsgerechtigkeit

Hermann Schwengel

Im Spiel der politischen Philosophie nimmt Gerechtigkeit zwischen Freiheit und Solidarität eine mittlere und vermittelnde Position ein. Solidarität ist ein moderner universaler Wert, der Gemeinschaft nicht mehr im Kontext traditionaler Hierarchie und Abhängigkeit definiert, sondern im Kontext erweiterter sozialer Menschenrechte. Aber die Spuren vormoderne Brüderlichkeit und historischer Klassenkämpfe bleiben auch in den Formen moderner Sozialstaatlichkeit erhalten. Je mehr kapitalistische Marktwirtschaft von Globalisierung und Individualisierung als durchgreifende Entwicklung der letzten drei Jahrzehnte zu weiterer Differenzierung und Mobilität genötigt werden, umso mehr scheint Freiheit als Grundwert an orientierendem Einfluss zu gewinnen. Britische Philosophen neigen dazu, die Gewichtsverlagerung in der politischen Philosophie endogenen theoretischen und philosophischen Veränderungen zuzuschreiben, tatsächlich liegt es aber wohl näher, sie mehr als Überbau eines Formwandels kapitalistischer Marktwirtschaft zu verstehen. Der Begriff der Solidarität wird pluralisiert, das heißt nicht mehr sozialen Klassen und universaler staatlicher Verbohrung von Rechten ans Herz gelegt, sondern Ethnien, Religionen und Geschlechtern überantwortet, in der Hoffnung, dass diese aus ihren partikulären Interessen schon Universale machen werden. Die Vorstellung allgemeiner Solidarität verflüssigt sich in verschiedenen Sphären der Gerechtigkeit (Michael Walzer). Auf der anderen Seite wächst die Geltungszone der Freiheit um Konsumenten – wie bürgergesellschaftliche Autonomie, um wirtschaftliche Selbständigkeit und umfassende Mobilität, wachsende qualifizierte weibliche Erwerbstätigkeit und Wahl der Familienformen. Im Wettbewerb der Werte zieht Freiheit an Solidarität vorbei, provoziert aber auch fundamentale Ablehnung, Widerstand und unerträgliche Ambivalenz. Dass Solidarität nicht mehr so recht provoziert, ist für einen politisch-philosophischen Wert gefährlich. Das mag sich ändern.

Gerechtigkeit ist in dieser Perspektive das mittlere Feld, auf dem sich der relative Sieg des Begriffs der Freiheit zeigt. Zunächst kann alles das, was Menschen in ihrem beruflichen, privaten und öffentlichen Leben geschieht, als gerecht oder ungerecht von ihnen bewertet werden. Das setzt ein unendliches Spiel in Gang das per Definition kein Ende finden kann, sich beschleunigt und verlangsamt, schnell von der beruflichen in die private Sphäre und zurück wechseln kann und einen Menschen sein Leben lang in Atem halten kann. Mehr als zuvor ist es dem individualisierten Individuum überlassen – und wird ihm auferlegt – sich damit zu beschäftigen, ob es den richtigen Platz in Leben und sozialer Hierarchie eingenommen hat, was es hätte anders machen müssen, um den ihm zustehenden Platz einzunehmen und welche Mächte der Ungerechtigkeit es daran gehindert haben. Die Sphäre der Gerechtigkeit ist porös gegenüber der Sphäre von Glück und Unglück, die Gefühle können sie überschwemmen und die rationale Wertbildung – so wie sie sich die politischen Philosophen vorstellen – im Bruchteil einer Sekunde umstürzen. Die strategische politische Kommunikation, die auf die Modellierung der politischen Wertbildung auf dem Felde der sozialen Gerechtigkeit setzt, lässt sich deshalb auf ein riskantes Spiel ein. Die Übersetzung von Interessen, die der Soziallage von Individuen und Gruppen entspricht, in Ansprüche sozialer Gerechtigkeit, die an den Staat gerichtet werden können, kann sehr leicht in diffuse Auseinandersetzung der Individuen mit sich selbst umschlagen. Es ist ein nicht zu unterschätzender Vorteil des Rückgriffs auf religiöse Sicherheiten, diesen Risiken weniger ausgesetzt zu sein.

Wenn es aber gelingt, soziale Gerechtigkeit einigermaßen aus dem Wechselbad der Gerechtigkeitsgefühle heraus zu halten, macht sich die Gewichtszunahme des Begriffs der Freiheit gegenüber dem der Solidarität erst recht bemerkbar. Soziale Gerechtigkeit wurde in der demokratischen Industriegesellschaft von der Verteilung her definiert. Nur wenn über den politischen Konflikt ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht hergestellt ist, die sich in einem gewissen Verteilungsgleichgewicht zeigt, werden die freiheitlichen Kräfte des Marktes freigesetzt und zugleich die vormodernen Gemeinschaftssehnsüchte zurückgedrängt. Dass diese Idee in der sozialstaatlichen Wirklichkeit häufig zu gleichen Ansprüchen auf das Sozialprodukt umgedeutet worden ist als ein soziales Recht, dem kein Einsatz an politischer Investition entspricht, gehört zur Vorgeschichte des Niedergangs der Solidarität. Es kommt hinzu, dass die übersichtliche industriegesellschaftliche Form produktiver Arbeit zugunsten hochdifferenzierter Produktions-, Konsumptions- und An-

eignungsformen zurückgetreten ist. Angebot und Nachfrage greifen vermittelt über dichte Netze von Wahlchancen und Prioritätsbildung ineinander, die Bedeutung der Märkte als soziale Verhältnisse ist gewachsen und die großindustriellen Aggregate sind auf ein differenziertes kulturelles Umfeld angewiesen – ganz zu schweigen von den Expansionschancen und -zwängen der Globalisierung. Die Individuen haben sich in Lebensplanung, Partnerwahl und persönlicher Wertbildung diesem Wandel bereits ein gutes Stück angepasst und sind für eine Rhetorik sozialer Gerechtigkeit, die auf die älteren industriegesellschaftlichen Muster setzt, schon nicht mehr erreichbar. Soziale Gerechtigkeit lässt sich dann nur noch in einer sozialliberalen Hierarchie begreifen: Sozial gerecht ist zunächst die Abwendung von Armut, weil sie die Individuen überhaupt erst in die Lage versetzt, am Kern des gesellschaftlichen Lebens teilzunehmen. Gleich danach kommt schon der Zugang zu Arbeitsmärkten, weil gesellschaftliches Leben ohne Teilhabe an der Erwerbsarbeit dauerhaft nicht möglich ist. Insofern ist tatsächlich jede Arbeit besser als keine – jedenfalls wenn man die hier vorgestellte Hierarchie der Werte akzeptiert. Der nächste Schritt zu sozialer Gerechtigkeit ist die Verfügbarkeit von Qualifizierung und Bildung, um das eigene Humankapital steigern zu können, um mit harter Arbeit Aufstieg möglich zu machen. Dafür ist – das ist der vierte Schritt – eine leistungsfähige Infrastruktur, öffentlich oder privat angeboten, notwendig, die den Anstrengungen der Individuen einen Rahmen gibt, in dem diese auch Erfolg haben können und allgemeine gesellschaftliche Innovation angestoßen wird. Dann und nur dann wenn diese Schritte gegangen sind, wird man überprüfen, ob ein Eingriff in grundlegende Verteilungsstrukturen der Gesellschaft noch vonnöten ist, wie lange und mit welchen erwarteten Konsequenzen. Die Begründungslast wird von Schritt zu Schritt schwerer. Libertärwertkonservative Republikaner werden am liebsten nach dem ersten Schritt haltmachen, um privaten Märkten auf der einen Seite, Familien und sozialen Gemeinschaften auf der anderen Seite möglichst viel Raum zu geben. Mainstream soziale Liberale werden vor allem in der Mitte verweilen, sich viele Gedanken um Bildung und Chancengleichheit machen, aber vor massiven öffentlichen Investitionen in die ökonomische und soziale Infrastruktur und erst recht vor verteilungspolitischen Interventionen zurückschrecken. Sozialdemokraten werden die fünf Schritte bis zum Ende gehen wollen, aber sich insgeheim eingestehen, dass es höchstens zu erweiterten Investitionen in die Infrastruktur reichen wird. In den Vereinigten Staaten ist das Spektrum mehr zum libertär-wertkonservativen Publikanismus verschoben, in Europa ist es

(noch) in seiner ganzen Breite vorhanden. Aber vergessen wir nicht, dass die ganze Entfaltung dieses Spektrums bereits darauf beruht, dass der Begriff der Freiheit im Spiel der politischen Philosophien Vorrang gewonnen hat. Mit dem Fuß aufzustampfen, die Faust zu recken und den Begriff der Solidarität einfach wiederzuerwecken zu wollen, wird nicht tragen. Wohl aber liegt in der weiteren Evolution von Wissensgesellschaft und globaler Arbeitsteilung eine Dialektik der Bildungsgerechtigkeit, die das Gleichgewicht der politischen Werte wieder herzustellen vermag. Funktional wird Solidarität notwendig sein, damit auch die wohlhabenden *middle classes* die Früchte von Wissensgesellschaft und globaler Arbeitsteilung ernten können. Dem steht sowohl eine finanzwirtschaftliche und managerielle Oligarchie entgegen wie der ethnische und religiöse Populismus der anderen *middle classes*, nämlich der stagnierenden und in ihrem Wohlstand bedrohten. Bildung ist Objekt und Arena dieser neuen Widersprüche des demokratischen Kapitalismus.

Wissensgesellschaft und Kooperationsökonomie

Bildungsgerechtigkeit wird also nicht dadurch entstehen, dass wir der liberalen Gerechtigkeitsdebatte folgen und sie auf das Feld von Qualifikation, Bildung und Ausbildung ausweiten. Auf diesem Wege steht am Ende immer nur wieder die Beschwörung der Chancengerechtigkeit. Es kommt, so meine ich, vielmehr darauf an, dem informationsindustriellen Kapitalismus – vulgo: Wissensgesellschaft – kooperationsökonomische Züge zu verleihen. Ein globaler informationsindustrieller Kapitalismus vernetzt die Konsumentenmärkte und Konsumentenpräferenzen, macht die Lebensstile vergleichbar und die Sehnsüchte ähnlicher. Unternehmen müssen an ihren Standorten die eigenen Ressourcen mit den jeweils fortschrittlichsten Ressourcen der Forschung und Entwicklung, der Produktion und der Verteilung andere Wirtschaftsakteure kombinieren. Zu dieser wachsenden Arbeitsteilung, nicht zuletzt in den Unternehmen selbst, kommt die globale Nutzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien und die Herausbildung eines globalen Kapitalmarktes, die zusammen in der Tat irreversible Konsequenzen für den politischen Umgang mit diesen Kräften erzeugen. Allerdings führt es in die Irre, sofort mit der Entstehung eines Weltmarktpreises für Arbeit zu drohen, der die abhängig Beschäftigten in den entwickelten Wirtschaftsgesellschaften in die allseitige Kon-

kurrenz mit anderen Arbeitnehmern treibt. Die erste und wichtigere Konsequenz der Durchsetzung globaler Wettbewerbsverhältnisse ist nämlich die Notwendigkeit globaler Kooperationsverhältnisse, einer universalen kooperativen Ökonomie, mit der sich der Wettbewerb selbst korrigiert. Die politische Gestaltung muss an dieser inneren Tendenz des globalen informationsindustriellen Kapitalismus ansetzen – so wie Marx an der Konzentration und Zentralisation des industriellen Kapitalismus angesetzt hat – um politische Alternativen zu entwickeln. In der kooperativen Ökonomie nimmt die Bedeutung organisierter betrieblicher Kontexte, der individuellen unersetzbaren Fähigkeit und differenzierten Governancestrukturen zu. Die Entwicklung des Humankapitals von den professionellen und motivationalen zu den kooperativen und persönlichen Ressourcen transferiert den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit in das System aus Unternehmen, Kapitalmärkten und Wissen hinein. Fairness und Chancengerechtigkeit, Pflege und Entwicklung des Humankapitals und sinnvoll biographische Konstruktion werden zu knappen Ressourcen qualifizierten Wachstums. Allerdings erreicht diese kooperationsökonomische Selbsttransformation des Wettbewerbskapitalismus in der Regel lediglich die oberen *middle classes*, während die unteren eher dem Druck ausgesetzt sind, den die von Exklusion bedrohten Klassen schon lang erkennen. Den Korridor von Fairness und moderner Chancengerechtigkeit zu verbreitern heißt aber auch, Einstellungen der Passivität, der bewussten Nutzung sozialstaatlicher Ressourcen und des Abwartens aufzubrechen und die Aktivierung sozialer Bürgerschaft überall voranzustellen. Vielfach wird diese aktive Haltung mit dem Begriff der zivilen Gesellschaft verbunden, aber auch für die *civil society* gilt, dass sie in den guten Zeiten avancierter industriegesellschaftlicher Sicherheit gewachsen ist – oder in der osteuropäischen oder südamerikanischen Opposition – und nicht auf die Risiken des informationsindustriellen Kapitalismus für die untere Mitte der Gesellschaft eingestellt ist. Die Gerechtigkeitsmuster, die hier dann ausgehandelt werden, greifen schon auf Bildungsgerechtigkeit vor. Sie beruhen weniger auf ein für allemal festgelegten Ansprüchen, sondern mehr als früher auf Situation, wirtschaftlichen Bedingungen und betrieblicher Aushandlung. Dieser Modus schließt ein, dass berufliche und professionelle Qualifikation nicht nur fachlich der hochdifferenzierten informationsindustriellen Wirtschaft Rechnung trägt, sondern auch die gesellschaftlichen und moralischen Qualitäten der Individuen weiterentwickelt, um solche Aushandlungsprozesse auch tragen und aushalten zu können. Viele *Motive* der *Neuen Ökonomie*, die zuerst in den Himmel und dann in die Hölle beschrieben worden sind, haben

diese Fairnessstrukturen intuitiv vorbereitet. Aber gerade in der zweiten Hälfte der 90er Jahre, als diese Utopien wuchsen und allerlei dritte Wege nahe legten, waren die Sinne für die Ausweitung fairer informationsindustrieller Strukturen auf die Mehrheitsgesellschaft wie gelähmt. Als dann die schöne Welt der Neuen Ökonomie zusammenbrach, schien Freiheit wieder nur von oben und Solidarität wieder nur von unten definierbar zu sein. Bildungsgerechtigkeit lebt davon, dass bei dem Erwerb professioneller wie politischer Bildung die Motive von Freiheit und Solidarität praktisch, das heißt in Unternehmen, Kommunen und Gesellschaft vermittelt werden.

Bildungsinterventionismus

Bildungsgerechtigkeit ist also kein einfacher Ausfluss allgemeiner Chancengerechtigkeit. Sie muss sich an informationsindustriellem Kapitalismus und globaler Arbeitsteilung bewähren. Dass Freiheit gegenüber Solidaritätsideen politisch in den letzten drei Jahrzehnten an Gewicht gewonnen habe, nutzt ihr ebenso wenig wie die Beschwörung einer industriegesellschaftlichen Solidarität, die es so nicht mehr gibt. Medienpolitisch hängt jede Strategie, die auf Bildungsgerechtigkeit zielt, davon ab, zwischen den erfolgreichen Bildungsintuitionen eines Landes und den prekären Bereichen, in die es zu intervenieren gilt, zu unterscheiden. In Deutschland konnte man in den letzten beiden Jahren verfolgen, was passiert, wenn diese Unterscheidung nicht getroffen wird. Wenn alles, was getan wird, als hässlich und klein im Verhältnis zu dem beschrieben wird, was angeblich zu tun wäre, wenn der evolutionäre Fortschritt kaum noch wahrgenommen würde und die bildungspolitischen Akteure kaum dazu kommen, einen klaren Gedanken zu fassen, lässt sich auch über Bildungsgerechtigkeit nicht vernünftig debattieren. Es gilt, bei der Bildung strategisch zu unterscheiden, wo einzugreifen ist und wo sich eine vernünftige Wirklichkeit schon von selbst entfalten mag.

Einzugreifen ist offensichtlich mit Investitionen in Kinderbetreuung, Vor- und Ganztagschulen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Chancen qualifizierter Frauenerwerbstätigkeit in den Mittelpunkt zu rücken. Wir wissen, dass qualifizierte weibliche Erwerbstätigkeit für Wachstum, Qualität der Dienstleistungen und avancierte Haushaltsproduktion unabdingbar ist. Länder wie Schweden und Frankreich, Großbritannien und die Niederlande ha-

ben sich diese Potentiale auf unterschiedliche Weise bereits gesichert. Es gilt, gesellschaftlich für die Kinder Ganztätigkeit zu organisieren, nicht in einem kollektivistisch-einheitlichen Sinne, wohl aber mit Standards und Chancen für alle. In Deutschland etwa gilt es zu begreifen, dass das Modell der Halbtagschule im internationalen Vergleich begründungspflichtig ist und nicht umgekehrt. Als zweites gilt es beim Einstieg in die Berufsausbildung tätig zu werden, weil dort Entscheidungen fallen, die häufig ein Leben lang nicht mehr korrigiert werden können. Massiv muss in die Schaffung von Zugängen zu Ausbildungs- und damit Arbeitsmärkten investiert werden, damit bestimmte Stadtviertel und ihre Bewohner nicht von vorneherein abgehängt werden. Ausreden kann es hier weder für Unternehmen noch für Staat und kommunale Anbieter geben. Ob man eine Ausbildungsplatzabgabe nach dem dänischen Vorbild oder marktförmigere Lösungen findet, die Notwendigkeit ist für alle Gesellschaften gleich. Ein drittes Glied in der hier skizzierten interventionistischen Viererkette besteht in der Mobilisierung öffentlicher und privater Mittel für einen sensiblen Bereich am Rande der klassischen industriellen Berufsausbildung. Dort stoßen handwerkliche, industrielle und kaufmännische Ausbildungen wegen des wissenschaftlichen Strukturwandels an ihre Grenzen. Unternehmerisches Handeln muss hier mit professioneller Ausbildung von Anfang an verknüpft werden, damit mit der hochqualifizierten Berufsausbildung zugleich Selbständigkeit, neue Unternehmensformen und Teilhabe angereizt werden. Das Prinzip der dualen Ausbildung in Betrieb und Ausbildungsstätte mag hier eine Renaissance auch bei Abschwächung des industriegesellschaftlichen Untergrunds erleben. Schließlich und endlich ist die Förderung von Spitzenuniversitäten, die Maßstäbe für alle anderen setzen, einen entschiedenen Bildungsinterventionismus wert. Neben die Erweiterung der technik- und informationswissenschaftlichen Angebote wird aber die Vermittlung von Organisation, Kultur und *Humanities* treten müssen, gerade wenn *High-Tech*-Produktion, *High-Quality*-Dienstleistungen und entwickelte Haushaltsproduktion sich in der Mehrheitsgesellschaft durchsetzen sollen. Bildungsgerechtigkeit wird am ehesten durch die Verknüpfung dieser vier Ansätze hergestellt nicht durch die allgemeine Bereitstellung von Bildungschancen, derer sich am Ende nur ausgewählte Klassen werden bedienen können.

Wenn man in diese vier Bereiche investieren will – das wird von Land zu Land zu variieren sein – wird man aber gleichzeitig auch Bereiche benennen müssen, die sich evolutionär weiter entwickeln mögen, aber auch in Ruhe gelassen werden müssen. In Deutschland etwa ist die Grundschule keineswegs

von einer weichen sozialliberalen Pädagogik zu Grunde gerichtet worden, sondern hat in den vergangenen Jahrzehnten endlich Anschluss an richtungweisende skandinavische Vorbilder gefunden. Die duale Berufsausbildung trägt nach wie vor in den industriellen Kernbereichen, wenn sie modernisiert und entrostet wird, was in den vergangenen Jahren schon begonnen worden ist. Für die obere Sekundarstufe, Gymnasien und Gesamtschulen gilt es, die Bildungskämpfe der 70er Jahre hinter sich zu lassen und sich entschieden auf die fachliche und humanistische Qualität dieser Ausbildungszeit – vor Studium oder Beruf – zu konzentrieren und eine bessere *High School* zu ermöglichen als etwa in den Vereinigten Staaten. Schließlich und endlich gilt es auch ein breites Hochschul- und Fachhochschulsystem zu schaffen, das wie in Skandinavien an die zwei Drittel eines Jahrgangs zu erfassen vermag – in Abstimmung mit der praktischen Berufsausbildung – und diese Aufgabe kontinuierlich zu erfüllen, ohne sie immer wieder mit überzogenen Anforderungen zu überlasten. Bildungspolitik und Bildungsgerechtigkeit ist etwas für Leute, die über den nächsten Aufstiegs- und Karriereschritt hinaus zu denken vermögen. An ihnen wird sich entscheiden, ob die Zähmung des informationsindustriellen Kapitalismus global ähnlich erfolgreich sein wird wie die des industriegesellschaftlichen im alten Europa.

Literatur

- Dominik Haubner, Erika Mezger, Hermann Schwengel (Herausgeber), Wissensgesellschaft, Verteilungskonflikte und strategische Akteure, Marburg 2004.
- Birger P. Priddat und Josef Wieland, Strategische Herausforderungen der sozialen Marktwirtschaft: Neue Gerechtigkeitsanforderungen in dynamischen Welten. Arbeitspapier 94 der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2004.

Kalkulierte Gründerzeit

Die Bildung strategisch ins Spiel bringen

Hermann Schwengel

Wer sich medien- und ideenpolitisch eine Reformvorstellung aufnötigen lässt, die alles, was man tut, immer hässlich und klein im Verhältnis zu den angeblich großen und zukunftsächtigen Veränderungen erscheinen lässt, hat schon verloren. Dabei weiß jeder, dass es – um nicht sich selbst und andere zu überfordern – zu unterscheiden gilt, nämlich zwischen Lebensbereichen, in denen Gesellschaft, Märkte und Individuen evolutionär gut zurechtkommen – es nur Planungssicherheit, engagierte Leute und Ideen braucht – und Lebensbereichen, in die Politik gezielt, konzentriert und ihrer Konsequenzen bewusst eingreifen muss. Diese Unterscheidung ist nicht zuletzt für die Bildungsreform und Bildungsexpansion notwendig, die in allen Zeitdiagnosen die entscheidende Rolle spielt, um Gründungs- und Innovationsprozesse in Deutschland und Europa in Gang zu setzen. Souverän ist auf diesem Feld nicht, wer die Ausnahmen beherrscht und nur die Mythen einer Gründerzeit zu erzählen weiß, sondern wer kluge Regelentwicklung und kalkulierten Eingriff zu unterscheiden weiß. Wer die Bilder des Fußballs liebt, wird dazu raten, mit einer offensiven Viererkette zu spielen, die den politischen Raum dynamisch erschließt, aber zwischen ihren Gliedern Raum lässt für die Dimension des gesellschaftlichen Spiels, die sich der Strategie entzieht.

Wo eingreifen und wo lassen?

Einzugreifen ist offensichtlich erstens mit der Investition in Kinderbetreuung, Vor- und Ganztagschulen und für die Stärkung des alltäglichen Rahmens der Hausaufgaben. Damit werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die

Chancen qualifizierter Frauenerwerbstätigkeit in den Mittelpunkt gerückt und Potentiale für Wachstum, Qualitätsdienstleistung und Haushaltsproduktion erschlossen, die sich Länder wie Schweden und Frankreich, Großbritannien und die Niederlande auf unterschiedliche Weise bereits gesichert haben. Hier ist die Kraft der Differenzierung notwendig, um die Debatte um Ganztätigkeit nicht allein in den Schemata der Gesamtschule zu führen, aber auch die Einsicht, dass das deutsche Modell der Halbtagsschule im internationalen Vergleich begründungspflichtig ist und nicht umgekehrt, wie Stefan Sell schreibt. Da ist zweitens der politische Eingriff beim Einstieg in die Berufsausbildung, die notwendige Schaffung eines ausreichenden und qualifizierten Angebots an Lehrstellen, die gezielte Investition in den Übergang von der sekundären Schulstufe – einer biografisch außerordentlich anfälligen Sozialisationsphase – in den Beruf und die massive Förderung von Migrantenkindern, damit diese in den Großstädten diesen Schritt auch mittun können. Tarifvertragliche, kommunale und regionale Lösungen sind vorzuziehen, aber das allfällige Kostenargument, Ausbildung sei für die Firmen zu teuer, darf den Zusammenhang zwischen Unternehmen und Menschen, ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben nicht zerreißen. Hier wird an entscheidender Stelle Gesellschaft hergestellt, weder privatisiert noch verstaatlicht. Eine Ausbildungsplatzabgabe nach dem dänischen Vorbild wäre für Deutschland eine kluge Lösung, schreibt Gerhard Bosch. Es ist eine harte politische Frage, ob im kontinentalen Europa skandinavische Gesellschaftlichkeit hergestellt werden kann. Das dritte Glied in der bildungspolitischen Viererkette, das bisher öffentlich noch nicht eingeführt ist, besteht in der Mobilisierung öffentlicher und privater Mittel für den wachstumsträchtigen Bereich, in dem die handwerkliche, industrielle und kaufmännische duale Ausbildung wegen des wissensgesellschaftlichen Strukturwandels an ihre Grenzen stößt. Dort muss das Prinzip der dualen Ausbildung an Berufsakademien, Fachhochschulen und ähnlichen berufspraktischen Einrichtungen deutlich ausgebaut und mit unternehmerischer Perspektive verknüpft werden. Langfristiger Fachkräfte- und Unternehmermangel sind zwei Seiten derselben Medaille. Die Sicherung starker industrieller Kerne wie die vor allem durch qualifizierte weibliche Berufstätigkeit angetriebene Tertiarisierung verlangen gleichermaßen, die Dualität von Bildung und beruflicher Erfahrung zu vertiefen. Schließlich und endlich gilt es, viertens, die Spitzenforschung in den natur-, technik- und informationswissenschaftlichen Bereichen, aber auch in der Verknüpfung von Natur- und Geisteswissenschaften global wettbewerbsfähig zu machen – einschließlich der Bezahlung knappen und

weltweit umworbenen Wissens – und die europäische Konzentration der Spitzenforschung zu fördern. Das wird vor allem im Projektwettbewerb zwischen Fakultäten, Fachbereichen und Forschungseinrichtungen geschehen, während ganze Universitäten wohl eher dort konkurrieren, wo es um eine Verknüpfung von Natur- und Geisteswissenschaften geht, die in den ganzen Bildungsbereich ausstrahlt. Hier gilt es vor allem, verantwortliche Akteure zu schaffen, die in der pluralistischen Konkurrenz von Politik, Ministerial- und Hochschulbürokratien, Universitätsgliederungen und Forschungseinrichtungen längerfristige Perspektiven entwickeln und durchhalten können. Wenn der Pegel wirtschaftsliberaler Rhetorik immer noch steigt, während in der Wirklichkeit die Bildungsbürokratien wachsen, die vorgeben Wettbewerb zu organisieren, ist Stagnation programmiert. Eine gesellschaftliche Politik des Abbaus digitaler Spaltungen, ein notwendiges und wesentliches Element sozialer Gerechtigkeitspolitik in Wissensgesellschaften (Johann Welsch) fügt dem eine neue Herausforderung hinzu.

Drei von vier strategischen Bereichen der Intervention hat die Bundesregierung ideenpolitisch also eigentlich schon erschlossen, aber den Zusammenhang im kommunikationspolitischen Kurzpass fast schon wieder verspielt, weil der Zusammenhang von Elitenuniversität und Massendemokratie nie erklärt wurde, die offene Stelle schnell durch ehrgeizige nationale Akademiegründer versucht wurde zu besetzen und auf das *brainup* der Ministerin sofort ein höhnisches Echo, als ob es von Dieter Bohlen käme, zu vernehmen war. Dass die offensive Viererkette nicht ins Spiel kommt, liegt aber vor allem daran, dass die Räume dazwischen in ihrer Unabhängigkeit von der Politik, ihrer Dynamik und Selbstorganisation nicht respektiert und verstanden werden. Da gibt es zunächst im internationalen IGLU-Vergleich durchaus erfolgreiche Grundschulen, die eine weiche sozialliberale Pädagogik keineswegs zu Grunde gerichtet hat, sondern die ein Stück weit an maßgebliche skandinavische Maßstäbe heranreichen. Da ist zweitens eine duale Berufsbildung, die entrostet alle Chancen hat, erfolgreich evolutionär weiterentwickelt zu werden und Beispiel für die Welt zu bleiben, wenn man ihrem Pragmatismus und der erprobten betrieblichen Flexibilität Raum lässt und in die avancierten informationsindustriellen Bereiche expandieren hilft. Wenn das Prinzip der Dualität auch auf die Finanzierung der wissenschaftlichen Berufsausbildung ausgedehnt wird (Christoph Ehmann), das heißt Studierende mit versicherten Arbeits- oder Ausbildungsverträgen eingestellt werden, wird auch von dieser Seite eine erfolgreiche industrielle Tradition vitalisiert. Da ist drittens die kreative Schnittmenge aus

Gymnasien und Gesamtschulen, die – wenn vom Bildungskampf der 70er Jahre entlastet – praktische Lösungen für eine auf dem globalen Bildungsmarkt wettbewerbsfähige *high school* zu entwickeln in der Lage ist. Hier ist allerdings politische Aufrichtigkeit gefragt. Nur wenn sich die Einen eingestehen, dass nach Jahrzehnten der Emanzipationspolitik die Last der sozialen Herkunft im Vergleich mit anderen Gesellschaften nicht ab-, sondern zugenommen hat, und die Anderen begreifen, dass frühe Selektion und ausgeklügelte Passung als Philosophie des Schulsystems (Hartmut Holzapfel) lähmende Ungleichheit erzeugen, kann der notwendige politische Konflikt auf ein angemessenes neues Niveau gehoben werden. Da sind schließlich die normalen deutschen Universitäten und Hochschulen, die es in dieser Breite und Qualität mit denen vieler entwickelter Bildungsgesellschaften aufnehmen können, die mit knappen Ressourcen zu arbeiten gelernt haben und in Bio- wie Kulturwissenschaften, gesellschafts- und umweltwissenschaftlichen Bereichen über die Grenzen Europas etwas anzubieten haben. Selbständigkeit muss hier angereizt werden, müssen Staat und Verwaltung loslassen können, Mitbestimmung und neuen Typen von Hochschullehrern Raum geschaffen werden. Neue Studiengänge und Leitungsstrukturen brauchen nichts mehr als berechenbare Reformzeit, um Mentalitäten nachhaltig verändern zu können.

Nur wer diese wenig spektakulären Geschichten Erfolg versprechender evolutionärer Normalität glaubhaft zu erzählen weiß, wird auch in der Lage sein, die notwendige durchgreifende Intervention in den anderen Bereichen nachvollziehbar zu machen. Man darf nicht alle gesellschaftlichen Bereiche den publizistisch schäumenden Westerwellen aussetzen, jeden Bürgerkonvent zu arroganter bürgerlicher Inszenierung wachsen lassen, der den Hals nie voll genug bekommen wird und Initiativen für die soziale Marktwirtschaft nachhaffen, für die das Soziale zum philanthropischen Überbau selbstregulierter Märkte schrumpft. Die alte konservative Weisheit, dass man wissen muss, was zu verändern ist und was in Maßen bleiben kann, dass man vor allem zwischen beidem zu unterscheiden weiß, kommt in kalkulierten Gründerzeiten zum Tragen.

Bildungswettbewerb – als gesellschaftspolitischer Wettbewerb

Jede bildungspolitische Viererkette, die zwar zwischen ihren Gliedern Platz für die Komplexität und Vitalität gesellschaftlichen Lebens lässt, aber nach vorne

spielen will, ist auf eine sichernde gesellschaftspolitische Viererkette angewiesen, die, wenn es hart auf hart kommt, die Räume eng machen kann. Wer der Politik einreden will, alle, die etwas von der Sache verstehen, wüssten schon lange, was gesellschaftspolitisch zu geschehen habe, hat keine Ahnung von dieser sichernden Viererkette. Jede Regierung hätte eine Agenda 2010 in das Spiel einführen müssen, aber deren Erfolg hängt – wie man sieht – von der Kunst der defensiven Viererkette ab, die jedes Spiel nach vorne erst möglich macht. Gesellschaftspolitisch dabei nur der Wettbewerbsfiktion zu folgen, nach der es allein darauf ankomme, das Gewicht von Wettbewerbs- gegenüber kooperativer Strukturbildung zu erhöhen, weil Weltmarkt und Weltgesellschaft das verlangten, zerstört das defensive Spiel. Der Kapitalmarkt sei immer noch zu Banken geleitet, heißt es da, die informellen Beziehungsgeflechte korporatistisch überhöht, der Einfluss der organisierten Interessen von Gewerkschaften und Betriebsräten, Tarifvertragsparteien und Mitbestimmungsinstitutionen zu bedeutend, die Barrieren für den Markteintritt neuer Akteure und Unternehmen zu hoch, das Universitätssystem administrativ-planwirtschaftlich organisiert, der Weg von interessanten Erfindungen zu marktfähigen Produkten zu lang, die Selbstorganisation professioneller Vereinigungen zu mächtig, der Wettbewerbsföderalismus dagegen zu schwach, die Staats- und Lohnquote zu hoch und die Verantwortungsbereitschaft der Individuen zu gering, die Entscheidungsverfahren in vom Verhältniswahlrecht blockierten Parlamenten zu ausgeht und die Spielräume unternehmerischen Handelns in Wirtschaft und Politik zu gering. Es ist nicht so, dass diese liberale Kritik nicht in vielem Recht hätte, aber die Fiktion, mit Wettbewerb und Markt eine Formel für alle und alles zu besitzen, die selbst nicht im Wettbewerb steht, legt den Eindruck einer neuen *Deutschen Ideologie* nahe, die schon lange von einer intellektuellen Lust zu einer Last der politischen Debatte geworden ist. Ordnungspolitisch müssen Wettbewerb- und Kooperationsökonomik in Wettbewerb treten können, wenn die sichernde gesellschaftspolitische Viererkette ihr defensives Spiel intelligent aufziehen will. Wer da hinten Freiheit gegen Staat ausspielt und nicht sieht, dass erweiterte Freiheitschancen einen Staat verlangen, der Kommunikations- und Infrastruktur für diese Freiheit bereitstellt, während dieser modernisierte Staat nur dadurch Legitimation gewinnt, dass er die Lebenschancen der Individuen erhöht, begreift die Intelligenz der Defensive nicht. Wer auf die Idee kommt, dass Freiheit sexy sei, während das Vertrauen in den Staat nur mit überkommenem Glauben zu erklären wäre, soll in der Regionalliga spielen.

In der defensiven Viererkette müssen zunächst natürlich *öffentliche Güter*, die Sicherheit, Gesundheit und Lebenschancen ermöglichen, wie sehr sich auch die Stellung der eigenen Gesellschaft im Weltgefüge verändert, angeboten werden. Der Markt stellt öffentliche Güter, die gerade für vitale und attraktive Märkte unabdingbar sind, nicht von Natur aus zur Verfügung, aber sie müssen deshalb nicht notwendig vom Staat erbracht werden. Tatsächlich ist es so, dass ein hohes Niveau öffentlicher Güter gerade dafür sorgt, dass sich Märkte in Lebensbereiche ausbreiten können, die bisher gemeinschaftlich oder privat organisiert waren. Standards, Zugang und Verlässlichkeit sind die Maßstäbe, an denen die Erbringung auszurichten ist. Nicht zuletzt der von hochqualifizierter Frauenerwerbstätigkeit angetriebene Strukturwandel braucht neuartige Märkte, die wiederum ein höheres Niveau öffentlicher Güter verlangen.

Das zweite Glied der defensiven Viererkette ist noch wichtiger, um nach vorne zu spielen. In der Defensive nämlich muss die *Liberalisierung* der Gesellschaft organisiert werden, an der die vorherige Globalisierung in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg letztlich gescheitert ist. Liberalisierung heißt, dass Individuen und Gesellschaft zugetraut wird, mit gesteigerter beruflicher, geografischer und mentaler Mobilität zurechtzukommen und sich an der Globalisierung aktiv zu beteiligen. Bei den Graden an Sicherheit, die erwartet werden, muss dabei unterschieden werden können: Während Gesundheitsvorsorge, Pflege und Grundsicherung im Alter großzügig, mit wenig bürokratischer Kontrolle und nachvollziehbar für jedermann zu gestalten sind – der Kern einer allgemeinen Bürgerversicherung – werden Arbeit, Einkommenschancen und Lebensstandard sehr viel stärker dem Wettbewerb ausgesetzt sein und subsidiärer abgesichert werden müssen. Allgemeine Bürgerversicherung und Liberalisierung von Arbeitsmärkten sind zwei Seiten derselben Medaille. Nur von hier aus kann der lange Pass in die offensive Bildungskette gespielt werden. Die *middle classes*, die für jede durchgreifende soziale Reform entscheidend sind, erwarten diesen Pass auch und wären dafür bereit, ein hohes Niveau öffentlicher Güter zu akzeptieren. Allen muss man das Spiel erklären, sie begnügen sich nicht mehr damit, dass der Ball rund und nach dem Spiel vor dem Spiel ist. Sie werden am Ende auch verstehen, dass, wer den einen zumutet, Lebensstandardsicherung in Sozial- und Bildungsinvestitionen umzuschichten, eine Gegengabe an elementarer Sicherheit anzubieten hat. Ohne Transparenz greifen Defensive und Offensive nicht ineinander.

Das ist auch der Fall für das dritte Glied der sichernden Viererkette, in der es darum geht, das unternehmerische Handeln im gesellschaftlichen Spiel zu

erweitern. Es gilt „strukturell optimistisch“ unternehmerische Unternehmer zu ermutigen, nicht jene Kapitalisten, die am Ende nur die anderen die Risiken eingehen lassen. Unternehmerisches Handeln findet sich von breiten qualifizierten Arbeitnehmerschichten, die Verantwortung in Betrieb, Kommune und Verein zu übernehmen bereit sind, bis zu einem modernen Mittelstand, der nicht nur darauf beharrt, Herr im Hause zu sein, das Familienerbe vor dem Fiskus zu bewahren oder nur die Kosten zu senken. Bei *high-tech*-Unternehmern wie von *high-quality*-Dienstleistern müssen Zahl wie Qualität steigen, um einem *jobless growth* zu entgehen, die Unternehmerschicht sozial und kulturell breiter, differenzierter und vitaler zu machen, den Zugang zu erleichtern und die zweiten Chancen zu vergrößern. Es war noch nie so, dass unternehmerisches Handeln nur aus den historischen Eigentümerklassen heraus wächst, sondern es ist gerade auf neue Typen, Innovation aus den zuvor unterprivilegierten Klassen und Quereinstiege angewiesen. Nicht zuletzt auf die Gewerkschaften wird diese Aufgabe zukommen. Zu sehr dominieren bei ihnen die Motive der Hilfe und Kompensation, zu wenig die der Freiheit und Assoziation, obwohl alle in der historischen Arbeiterbewegung einen Ort haben. Ganz von hinten muss das vierte Glied in der sichernden Viererkette spielen, nämlich das politische Erbe des Kampfes gegen die Klassengesellschaft unter den Bedingungen der Globalisierung zu wahren. Marktgesellschaften bedürfen nicht nur immer wieder neuer Zugangschancen, gleicher Startbedingungen für den Wettbewerb und individualistisch-bürgergesellschaftlicher Gleichheit, sondern der harten politischen Repräsentation der *unteren Mitte* der Gesellschaft. Ob diese Mitte soziologisch identifizierbar ist, mag man bezweifeln, repräsentiert muss die Problemlage trotzdem werden. Gegen die Selbstverstärkungsdynamik, die von der oberen Mitte der Gesellschaft ausgeht, wie gebildet und nobel deren Repräsentanten auch sein mögen, gilt es, Barrieren zu bilden. Globalisierung mag dazu führen, dass sich die Unterschiede zwischen den reicheren und ärmeren Gesellschaften langsam verringern, sicher sorgt sie aber dafür, dass die Unterschiede in den Gesellschaften zunehmen. Es macht einen Unterschied, ob die Mehrheit der wohlhabenden Gesellschaften die Chance bekommt, an der erfolgreichen Anpassung an die globalen Bedingungen teilzunehmen – schließlich haben deren Väter und Mütter für den Aufstieg in die Industriegesellschaft nicht selten bitter bezahlt – oder ob sich eine Allianz von westlichen Oligarchien und orientalistischen *middle classes* den Mehrwert aneignet. Daran erweist sich am Ende Teilhabe, nicht an der Bereitstellung nationaler individueller Zugangs- und Wettbewerbschancen. Wenn über Bildungskonten ein inte-

graler Ansatz der Finanzierung lebenslangen Lernens von der Kita bis zur Weiterbildung (Dieter Dohmen) entsteht, wird die unterschiedliche Ausstattung mit sozialem, kulturellem und ökonomischen Eigenkapital verdeutlicht und auch hier eine Politik der gezielten Vermögensbildung notwendig machen. Es erschreckt, wenn die Bildungsnachfrage genau dort am stärksten zurück geht, wo die Bafög-Förderung nicht mehr und die private Finanzierungsfähigkeit noch nicht greift. Es wird also wieder entscheidend, wie der Kuchen – global – gebacken wird, aber die Verteilungsfrage verschwindet nicht bei globalen Qualifikations- und Bildungsmärkten, sondern gewinnt bei *outsourcing* qualifizierter Arbeit und gesteigerter Bedeutung von Humankapital noch an politischem Gewicht. Die Nagelprobe kommt bei der Verschränkung von Bürgerversicherung und Bildungsfinanzierung.

Die europäische Liga

Sozialdemokratische Strategen könnten auf die alten Ideen der 70er Jahre kommen, es reichte, zwei Regisseure zu benennen – halbrechts der eine und halblinks der andere – die zwischen den beiden Viererketten den Spielfluss organisieren. Das hat schon bei Overath und Netzer selten funktioniert. Darüber hinaus ist das Spiel heute viel dynamischer, jeder muss jede Position einnehmen und das Spiel führen können. Heute müssen sich Sozial- und Christdemokraten zunächst eingestehen, dass sie in einer gemeinsamen kerneuropäischen Liga spielen – mit ähnlicher Verwundbarkeit im globalen Spiel – um dann in den Wettbewerb einzutreten. Die Bildung europäisch-strategisch ins Spiel bringen kann, wer breite Mehrheiten der Gesellschaft in den Prozess der Gesellschaften mitnimmt, nicht wer nur mögliche Verlierer relativ schützt. Die Gleichheit der Lebensverhältnisse in Europa wird dabei nicht das Maß erreichen, das nationale sozialdemokratische Bewegungen für industriegesellschaftliche Mehrheiten zu erringen in der Lage waren, aber es wird entschieden mehr sein als das, was der unteren amerikanischen Mittelklasse geblieben ist. Die deutschen Gründerzeiten sind dabei anders zu kalkulieren als der Reformismus der anderen westlichen Gesellschaften, die uns voraus sind. Ohne die Wiedervereinigung hätte eine Regierung Lafontaine – oder eine Regierung Späth – eine deutsche reformerische Melange zustande gebracht. Die amerikanischen und britischen liberalen Revolutionen der 80er Jahre waren seinerzeit auch

noch keine Antwort auf die Globalisierung, sondern zunächst Mittel, den historischen *decline* ihrer Gesellschaften als Weltmächte aufzuhalten – dabei durchaus zunächst an deutschen und japanischen Leitbildern interessiert – um dann allerdings die Robustheit dieser Anpassung für die Globalisierung zu nutzen. Die kleineren europäischen Gesellschaften von den Niederlanden bis Dänemark, von Schweden bis zur Schweiz haben ihre jeweils spezifische relative Homogenität zunächst zur Lösung ihrer Modernisierungskrisen genutzt, um sich dann ebenfalls für die Globalisierung frühzeitig zu rüsten. Getroffen hat es also am Ende nicht zufällig die großen kontinentalen wohlfahrtsstaatlichen Regimes, die weder inneren Wettbewerb noch globales Spiel rechtzeitig auf einen Nenner zu bringen vermochten. Nachzügler haben aber auch die einmalige Chance, mit Intelligenz defensive und offensive Viererkette auf neue Weise zu verknüpfen – zumal wenn es um Bildung geht – wenn und nur wenn sie der Versuchung der Nachahmung widerstehen: Weder *new labour* und *new democrats* noch wiederbelebte *Reaganomics* und *Thatcherism* helfen. Gegen den Wiederholungszwang können auch die intellektuellen Eliten etwas tun, die, in der Spannung zwischen französischem libertärem Republikanismus und deutscher kritischer Gesellschaftstheorie aufgewachsen, ihre politischen Sinne nun gegenüber der politischen Ökonomie von Europäisierung und Globalisierung schärfen können. Wer sich an dieser Renaissance des Politischen allerdings jetzt nicht beteiligen will, soll sich zum Teufel scheren. Universität, Gewerkschaften und Parteien haben gemeinsam, dass sie beschleunigten Generationen mit strukturellem Themenwandel zu organisieren haben. Das Spiel kann man nur machen, wenn der Abstand zwischen großen Strukturreformen und langen Pässen auf der einen und neugieriger Innovation und Kurzpassspiel auf der anderen Seite nicht zu groß wird.

IV. Politische Philosophie

Was kommt nach dem Leben?

Way of life, Globalisierung und Weltpragmatismus

Hermann Schwengel

„Jede Zeit findet ihr erlösendes Wort. Die Terminologie des 18. Jahrhunderts kulminiert in dem Begriff der Vernunft, die des 19. im Begriff der Entwicklung, die gegenwärtige im Begriff des Lebens.“ So eröffnet Helmuth Plessner 1928 sein Werk *Die Stufen des Organischen und der Mensch*. Es ist die *ex post* beobachtete Härte der Sequenz, die besticht und die Wolfgang Eßbach aufnimmt. Angesichts der Religionskriege stockt die Evidenz der Religion, und die Vernunft errichtet ein neues Tableau. Angesichts der *great transformation* stockt die Evidenz sozialen Zusammenhalts, und Entwicklung muss einen Möglichkeitsraum eröffnen, in der die Widersprüche die Form gewinnen, in der sie sich bewegen können. Stockt die Evidenz der technischen und ästhetischen Verfahren und Objekte, tritt das Leben auf den Plan, um die Pluralität der Existenzen, die Komplexität der Verfahren und die Ubiquität der Objekte zusammenzuhalten. Das Spiel der Deplatzierungen, in dem die großen Worte aus ihrem Zusammenhang gerissen und in die Gegensätze einer neuen Zeit verpflanzt werden – „der Sozialismus ist vernünftig“ – ist bis heute unerschöpflich, und das heißt, die Sequenz von Vernunft, Entwicklung und Leben hat wenig an normativer Kraft verloren.

Plessner spricht von erlösenden Worten. Wie diskursmächtig Vernunft, Entwicklung und Leben noch sein mögen, erlösende Worte sind es nicht mehr. Nicht nur, dass wir gegenüber erlösenden Worten skeptisch geworden sind; die sozialökonomischen und zivilisatorischen Konflikte, die globale Transformation der Gesellschaften und die informations- und biotechnologische Expansion der Artefakte scheinen überhaupt keine *zentralen* Orte, Zeiten und Akteure mehr zuzulassen, von denen „Erlösung“ erwartet werden könnte. Stattdessen wachsen global Schattenwelten, die nicht nur ökonomisch von der Entwicklung

der formellen Wirtschaft abgekoppelt sind, deren Konflikte keiner regulativen Vernunft zugänglich sind und deren Leben keinen Namen kennt. Vernunft, Entwicklung, Leben gelten weiter, aber ihr Geltungsraum beschränkt sich auf die Inseln okzidentaler Welt, die im geographischen Westen dicht beieinander liegen, sich aber immer weiter voneinander entfernen, je weiter man sich vom Zentrum entfernt. Wer liest schon Plessner in Lagos?

Wolfgang Eßbach kennt den Untergrund der Fragen, auf die er sich einlässt: „Vernunft, Entwicklung, Leben sind Antworten. Die Kenntnis der Fragen, auf die sie sich beziehen und die Erinnerung an ihre erstmalige Semantik gehören zu den Dingen, die wir uns aus der europäischen Moderne als Mittel, Symbol und Vorwand in die unbekanntere Zukunft mitnehmen. Vielleicht können wir erst zum Ende des 20. Jahrhunderts denken, dass sie füreinander nicht substituierbar sind, sondern kopräsent gehalten werden müssen: die Universalität der Vernunft, die Gespaltenheit der Entwicklung und der Pluralismus des Lebens.“⁴⁰ Vielleicht aber müssen wir neben der aufgeklärten Kopräsenz von Vernunft, Entwicklung und Leben und der Anerkennung ihres historisch begrenzten semantischen Charakters noch eine dritte Haltung einnehmen, die nicht im Europa Helmuth Plessners ihren historischen Ort hat, sondern die sich nur durch die amerikanische Erfahrung hindurch, die zugleich eine globale ist, bilden kann. Insoweit setzt eine gegenüber Europa um ein Jahrhundert verschobene Sequenz ein, über der keine *erlösenden Worte* stehen, sondern *eröffnende Zeichen*: *way of life*, Globalisierung und Weltpragmatismus. Die Sequenz von Vernunft, Entwicklung und Leben wird andernorts noch einmal aufgenommen, zeitverschoben und mit neuer Orientierungsleistung ausgestattet. Wenn die Erlösung verblasst oder der autoritären Versuchung zu lange ausgesetzt ist, müssen andere Zeichen her. Da wird kein Drama durch eine Farce ersetzt, sondern die Leichtigkeit der Begriffe – *way of life*, Globalisierung und Weltpragmatismus sind zweifellos beweglichere Waffen als die schweren Geschütze von Vernunft, Entwicklung und Leben – eröffnet ein neues Feld der Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit.

⁴⁰ Wolfgang Eßbach, „Vernunft, Entwicklung, Leben. Schlüsselbegriffe der Moderne“, in diesem Band, 13-22, 22.

1. *Way of life*

Way of life ist eine Form des sozialen Zusammenhalts, die eine „Gesellschaft der Individuen“ – so die Bestimmung von Norbert Elias – über die *Wahl* zwischen verschiedenen Herkunfts-, Gegenwarts- und Zukunftskulturen verbindet. Diese Form sozialer Integration vermochte schon vor einem Jahrhundert Amerika aus einem angelsächsischen zunächst zu einem europäischen Amerika zu machen, dann zu einem multikulturellen und hat es heute zu einem globalen gemacht. Die Vernunft nimmt nicht Staatsform an, sondern generiert Konsumentensouveränität, Massenkonsum und eine technikoffene Kultur. Sie hindert die politischen Institutionen durch ihre *cheques and balances* daran, einen starken Begriff des Politischen zu entwickeln und lässt Gleichheit und Ungleichheit miteinander in Wettbewerb treten. Die Religion wird nicht domestiziert, sondern in ihrer Vielfalt, Vitalität und Intensität geschützt und ermutigt, so lange sie nicht an die Grundrechte einer Gesellschaft von Individuen rührt. Der indisch-amerikanische Kulturanthropologe Arjun Appadurai hat die heutige Saugkraft wie die Ausstrahlung dieses *way of life* anschaulich zusammengefasst:

The fact is that the United States, from a cultural point of view, is already a vast free-trade zone, full of ideas, technologies, styles, and idioms (from McDonald's and the Harvard Business School to the Dream Team and reverse mortgages) that the rest of the world finds fascinating. This free trade zone rests on a volatile economy; the major cities of the American borderland (Los Angeles, Miami, New York, Detroit) are now heavily militarized. But these facts are of little relevance to those who come, either briefly or for more extended stays, to this free-trade zone. Some fleeing vastly greater urban violence, state persecution, an economic hardship, come as permanent migrants, legal or illegal. Others are short-term shoppers, looking for entertainment, loans, armaments, or quick lessons in free-market economics or civil-society politics. The very unruliness, the rank unpredictability, the quirky inventiveness, the sheer cultural vitality of this free-trade zone are what attract all sorts of diasporas to the United States.⁴¹

⁴¹ Arjun Appadurai, *Modernity at Large. Cultural Dimensions of Globalization*, Minneapolis 1996, 176.

In Europa ist Vernunft die Antwort auf die Frage, wie die differenten Glaubensstandpunkte in einem Staat ansässig sein können. In Amerika wird die Anerkennung dessen, dass niemand mit Gewalt zu einem Andersgläubigen gemacht werden kann, dass jeder Konfession unterstellt wird, an der *einen* Transzendenz zu partizipieren, durch die Institutionalisierung eines *way of life* zu einer sozialen Tatsache. Die großen Emotionen, die der Glaube weckt, werden nicht allein, wie Eßbach meint, im „Nationalgefühl des territorialen Staates oder als Privatpriestertum im eigenen Herzenstempel“ domestiziert,⁴² sondern deren Intensität und Form sollen in Nachbarschaft, Gemeinde und Zivilreligion aufgehoben werden. Die Zugehörigkeitsgefühle können intensiver und beweglicher bleiben, weil die Grenzen Amerikas zuerst immer weiter hinausgeschoben wurden und dann, als dies nicht mehr möglich war, die Welt bewusst nach Amerika geholt wurde. Dieser historische Prozess war alles andere als kostenlos. Statt mit religiösem Bürgerkrieg ist er mit der Gewaltsamkeit sozialer und ethnokultureller Konflikte bezahlt worden.

Natürlich sind europäische politische Motive in Amerika wirksam geworden, haben sie Rechts- und Wissenschaftssysteme geprägt. Doch hat der *way of life* nie die begriffliche Nobilität von Vernunft, Staat und Institutionen erreicht, dafür ist er zu alltäglich, vorurteilsanfällig und unbestimmt geblieben. Aber er ist auch nicht zu einer kulturell-kulinarischen Größe geschrumpft wie das französische *savoir vivre*, sondern hat die Tocquevillesche Idee, dass soziale Spannkraft gerade aus der Bindung eines gesteigerten Individualismus erwachsen kann, am Leben erhalten.

Am klarsten wird die Idee des *way of life*, wenn man sie neben die der bürgerlichen Gesellschaft stellt. Beide stellen Typen sozialen Zusammenhangs dar. Bürgerliche Gesellschaften sind bei aller Eigenkomplexität durch die Beziehung zum *Staat* bestimmt, die allerdings sehr verschieden ist in Ländern mit stark revolutionärer republikanischer Tradition, frühem und erfolgreichem *nation building*, schneller oder langsamer Industrialisierung, starker oder schwächer ausgeprägter Regionalität. Bürgerliche Gesellschaften verlangen in ihrer Spannung zum Staat starke intermediäre Gewalten, von Kulturverbänden bis zu Industrie- und Handelskammern, vor allem wenn der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit institutionalisiert werden soll. Im Bild des *way of life* können wir uns demgegenüber die dauerhaft stärkere Spannung zwischen *Kultur* und Gesellschaft vorstellen, wird angesichts von Migration und *brain drain* Struktur-

⁴² Eßbach, „Vernunft, Entwicklung, Leben“ (Anm. 1), 16.

wandel regelmäßig erwartet. Deshalb muss das einigende Band der Konsumierung so flexibel wie belastbar sein, kann die Risikovorsorge dezentral und kommunal organisiert sein. Zweifellos ließe sich diese Liste erweitern, und es käme die von Sozialhistorikern regelmäßig beobachtete europäisch-amerikanische Differenz der wohlfahrtsstaatlichen Regimes zum Vorschein.

Aber in unserem Zusammenhang ist etwas anderes wichtiger: Gesellschaften müssen nicht *ein für alle Mal* durch einen *way of life* oder die härteren Bande einer bürgerlichen Gesellschaft zusammengehalten werden, sondern sie können ihren sozialen Aggregatzustand ändern. Mit Progressivismus und *new deal* war aus dem amerikanischen *way of life* fast so etwas wie eine bürgerliche Gesellschaft geworden. In den letzten drei Jahrzehnten hat sich diese Entwicklung freilich wieder in Richtung *way of life* umgekehrt, nicht zuletzt um den Prozess der Globalisierung zu nutzen, anzutreiben und zu formatieren. Der Begriff der Zivilgesellschaft, besonders wenn er wie in der deutschen Sprache in Differenz zu dem der bürgerlichen Gesellschaft gebraucht wird, reflektiert diesen Wechsel des sozialen Aggregatzustandes: Zivilgesellschaft kann sich *gegen* den Staat richten, wie vor den europäischen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa, sie kann *mit* dem Staat die europäischen wohlfahrtsstaatlichen Regimes von ihrem latenten Paternalismus und Autoritarismus befreien, und sie kann *ohne* den Staat transnationale Lebensformen, Konsumstile und Wahrnehmungsmuster und globale Kultur zirkulieren lassen. Zivilgesellschaft beschreibt das Niemandsland zwischen bürgerlicher Gesellschaft und *way of life*. Wenn aus der Welt der *ways of life* mit ihren vielfältigen Szenen, Laboratorien und hybriden Konstruktionen wie der ebenso zunehmenden Ausschließung, Verarmung und Entrechtung breiter Schichten bürgerliche Gesellschaften werden sollen, bedürfen die Zivilgesellschaften politischer Institutionen wie der des Staates, an denen sie sich reiben und bilden können, ebenso wie sie deren Sicherungs- und Garantieleistungen benötigen. Möglicherweise sind das Zusammenfallen von geopolitischer Irak- und struktureller Weltwirtschaftskrise der Auslöser eines solchen Bildungsprozesses.

Der bedeutende amerikanische Ökonom Joseph Stiglitz greift zu Recht auf das amerikanische 19. Jahrhundert zurück, um die heutigen globalen Prozesse des *institution building* zu verstehen.⁴³ Es sind vor allem die Jahrzehnte bis zum Ersten Weltkrieg, die auch die Figuration des *way of life* historisch prägen: Eine gewaltige Gründungs- und Spekulationswelle, technologische und

⁴³ Siehe Joseph Stiglitz, *Globalization and its Discontents*, New York, 21f.

kulturindustrielle Innovationen wälzen das gesamte gesellschaftliche Leben um und bringen am Ende einen amerikanischen Progressivismus hervor, der sich von den europäischen industrie- und sozialpolitischen Traditionen deutlich unterscheidet und für die heutige lockerere globale Sozialintegration von großem Interesse ist. Wenn die Europäer vom hohen Ross ihrer Vernunft, ihrer Religionskritik und ihrer kultivierten Skepsis, mit der sie die eigene Überforderung verdecken, auf Amerika blicken – allen voran Jürgen Habermas und Jacques Derrida –, dann verstellen sie sich den Blick für alltagskulturelle Figurationen wie den *way of life*, der auf dem Weg zum globalen *institution building* etwas mitzuteilen hat. Wenn die europäischen Mehrheiten zu Recht mit tiefem Misstrauen auf den geopolitischen Machtwillen der Vereinigten Staaten schauen, müssen sie sich zugleich ein Stück weit als die besseren Amerikaner verstehen, ihre eigene politische Integration als ein Angebot für andere globale Regionen vertreten lernen. Bevor Wissenschaft, Moralität und Kunst sich in Europa ausdifferenzieren, entwickeln und expandieren konnten, bedurfte es einer Frieden und Evidenz garantierenden Vernunft. Bevor wissenschaftlich-technologische Kultur, die Vergleichbarkeit moralischer Verhaltensweisen und die kreative Differenz ästhetischer Wahrnehmung sich global entfalten können, bedarf es womöglich der Institutionalisierung von *ways of life* in globalen Regionen, die gegenüber der Globalisierung sozialen Zusammenhalt differenziert ermöglichen.

Vor dem gegenwärtigen Drama im Nahen und Mittleren Osten konnte man für einen kurzen historischen Augenblick glauben, dass dort eine solche Region im Rahmen der unverzichtbaren Nachbarschaft Europas entstehen könne. Die Hoffnung bleibt.

2. Globalisierung

Den Individuen des 19. Jahrhunderts brannte – so Eßbach – die Inevidenz des Sozialen auf den Nägeln.

Jahrhundertlang war es selbstverständlich, dass Menschen einander brauchen, um existieren zu können, dass sie ihr Handeln in eine Ordnung bringen, dass sie eine Grenze zwischen ihren Regeln und der Wildnis ziehen müssen. Das Soziale wird unheimlich, wenn Gesellschaft auch als etwas ganz anderes erscheint, als etwas, das den Einzelnen freisetzt, seine selbstgesetzten Zwe-

cke zu verfolgen und sich im Bruch mit alten Sozialordnungen willkürlich zu assoziieren. Sozialität wird nun als beides erfahren: als Zusammenhang von Menschen und als Dunkelfeld, aus dem unberechenbare Kräfte hervortreten.⁴⁴

Nicht sehr viel anders erscheint vielen Individuen heute der Einbruch der Globalisierung in das Spiel der nationalen und regionalen Märkte, der internationalen Beziehungen und sozialen Zugehörigkeiten. Die nüchterne Betrachtung sozialökonomischer Globalisierung führt zu dem Befund, dass man nicht so genau weiß, ob das Glas der Globalisierung nun halb voll oder halb leer ist. Das ist unheimlich. Wir können eine Reihe von Sätzen formulieren, die alle mit einem *Zwar* beginnen und mit einem *Aber* fortfahren: Zwar finden mehr als neun Zehntel des wirtschaftlichen Austauschs nicht auf globaler Ebene statt, sondern innerhalb der großen regionalen Räume in Amerika, Europa und Asien. Zugleich aber haben globalisierte Sektoren für Geld, Technologie und Normbildung einen Einfluss, der weit über ihren Anteil an Produktion und Austausch, weit über das Vermögen vieler Nationalstaaten und mehr noch über die egalitäre Kraft entwickelter Wohlfahrtsstaaten hinausgeht. Zwar ist es richtig, dass Staaten und Gesellschaften nicht wie Firmen und Unternehmen konkurrieren, aber die Erfahrung des Wettbewerbsdrucks ist nicht nur eine Obsession liberaler Eliten, sondern dringt in die Lebenswirklichkeit auch mittelständischer Unternehmen, mittelmäßiger Universitäten und mittlerer Klassen ein. Zwar sind die Finanz- und Wirtschaftskrisen von Asien bis Russland und Südamerika sehr viel mehr auf die Schwäche der dortigen Staaten, die Korruption ihrer Eliten und die Ineffizienz ihrer Bankensysteme zurückzuführen als auf allgemeine Globalisierungseffekte. Wahr ist aber auch, dass den Gesellschaften und Staaten kaum die Zeit gelassen wird, die sich die westlichen Staaten historisch genommen haben, um unter hohen Kosten demokratische Regimes aufzubauen. Zwar ist die aufklärerische Ansicht berechtigt, dass Demokratien eher zum Frieden neigen, dass starke Sozialstaaten eher freien Handel gestatten und kultureller Austausch in offenen Weltgesellschaften eher die Zähmung der Macht befördert und republikanische Tugenden erzeugt. Wahr ist aber auch, dass die gegebenen globalen Institutionen weder die Kraft noch die Legitimität aufweisen, die Balance von Freihandel, globaler Republik und Weltkultur zu erstellen, die für die Ernte dieser aufklärerischen Früchte notwendig wären. Zwar

⁴⁴ Eßbach, „Vernunft, Entwicklung, Leben“ (Anm. 1), 17.

besitzen die die Globalisierung tragenden, weltweit operierenden Unternehmen immer noch einen starken nationalen Kern, was die Leitungsstrukturen, Unternehmensregimes und Marktwahl betrifft. Wahr ist aber auch, dass die globalen Optionen der Unternehmen, die Unternehmenskulturen und die Bildung ihres Managements in *business schools* und transnationalen Bildungsinstitutionen einer Verähnlichungsdynamik unterliegen, die die nationalen Kerne nach und nach entwertet. Zwar sind Besteuerung, Sozialversicherung und Finanzierung gesellschaftlicher Bildungs- und Kultureinrichtungen von Land zu Land außerordentlich verschieden, aber das Niveau der Besteuerung, die Legitimität öffentlicher Aufgaben, öffentlicher Verschuldung und die Belastbarkeit der oberen *middle classes* in den wohlhabenden Gesellschaften sind ebenfalls einem zunehmenden Vergleichs- und Verähnlichungsdruck unterworfen. Nicht nur die Rendite-, sondern auch die sozialen Abstandserwartungen werden verglichen. Skandinavische Gesellschaften mögen zäh sein bei der Verteidigung ihrer wohlfahrtsstaatlichen Regimes, diese einzuführen wird sich auch sonst wo kaum noch jemand trauen.

Man mag dieser Diagnose der Ambivalenz auch den Trost abgewinnen, dass Globalisierung tatsächlich zu gestalten sei, auch wenn wir – frei nach Marx – die Bedingungen nicht wählen können, unter denen wir sie gestalten. Ökonomische Globalisierung ist keineswegs so fortgeschritten, so dynamisch und so eindeutig, wie ihrer Apologeten verkünden oder der Protest dagegen an die Wand malt. Es ist aber gerade diese Zwischenlage, die das Unbehagen schürt und es dem Unbehagen in der Kultur, wie es Freud gegenüber dem Aufstieg der bürgerlichen Gesellschaft formulierte, verwandt macht. Auch hier könnte man das Spiel der Deplatzierungen wieder aufnehmen, das heißt, sich entweder ordnende Hände imaginieren, die mit unternehmerisch-praktischer Vernunft diese Mehrdeutigkeit managen, oder sich einen flexiblen wie glaubensstarken universellen *way of life* ausmalen, der die Ambivalenzen der Globalisierung auslebte.

Kindheit und Alter, Hunger und Lust wurden im 19. Jahrhundert zu sozialen Problemen, weil die sozialen Bindungen nicht mehr dem familialen Muster folgten. Gemeinschaft und Gesellschaft trieben auseinander. Und Vertrauen wurde knapp, weil die Vertrautheit zerriss. Globalisierung erweitert diesen Krisenprozess über die Grenzen von Städten, Regionen und Nationen hinaus und erzwingt neue territoriale, systemische und institutionelle Arrangements, die Mehrheiten Sorge bereiten, gerade weil sie bemerken, dass die Arrangements zu greifen beginnen, ohne dass ihre abschließende Gestalt sichtbar wäre. Dar-

auf wie im 19. Jahrhundert mit Entwicklung zu antworten, war zuletzt der guten alten Modernisierungstheorie der fünfziger und sechziger Jahre möglich, die Gesellschaft noch als „jene neue Stufe des Sozialen begreifen konnte, die sich über die alte Gemeinschaft triumphierend erhebt.“⁴⁵ Einen sozialen Krieg des integralen Alten und unvollkommenen Neuen wird man heute gegenüber der Globalisierung nicht mehr akzeptieren können. Das ewige Lob der Flexibilisierung hängt ebenso allen zum Halse heraus wie die Kritik am Terror der Ökonomie.

Im Kern geht es wohl darum, dass Globalisierung zunächst eine Sache der Wirtschaft ist, dann eine von Medien und Kulturindustrie, vielleicht noch eine von Wirtschaftskultur und urbanen Subgesellschaften in *global cities*, aber keine der Dialektik von Staat und Gesellschaft, welche in Europa das Beziehungsgeflecht von Vernunft, Entwicklung und Leben geprägt hat. So sehr die Vermittlung von Staatlichkeit und Gesellschaftlichkeit das politische Erbe Europas bildet, so sehr müssen sich die Europäer von drei Illusionen trennen. Zu gern glauben sie erstens noch an den alten industriellen Kapitalismus, an ihre langen, intensiven und kondensierten Erfahrungen mit Industrieparlamentarismus, großen industriegesellschaftlichen Organisationen, Verbänden und Parteien und einem sozialstaatlich abgesicherten unverwüstlichen Massenkonsum, kurz, an einen industriellen Lebensstil, der noch die informationstechnologischen und lebensweltlichen Veränderungen der letzten beiden Jahrzehnte überstehen werde. Die Wirtschaftskrisen in Asien und der Zusammenbruch der Märkte der Neuen Ökonomien haben viele in diesem Glauben bestätigt. Wir Europäer glauben zweitens auch gerne, dass europäische Gesellschaften historisch-strukturell eine größere Tiefe und Dichte aufweisen als die amerikanische Gesellschaft und zugleich eine größere Offenheit und Liberalität als asiatische Gesellschaften. Industrialismus, die konfliktreiche Durchsetzung von Staatlichkeit und Demokratie und stabile Familienbildungen versprechen auch in Zukunft Sicherheit im Wandel. Doch dass Gesellschaften sich im globalen Wettbewerb der Sozialstrukturen, bei globaler Beobachtung und globalem Vergleich immer wieder als ganze neu zu erfinden haben, wird verdrängt. Die dritte historisch-europäische Illusion ist deshalb vielleicht die, welche am tiefsten sitzt, dass nämlich Europa eine historische Einheit sei, die sich selbst nur wiederzuerfinden habe. Im Prinzip, so der trügerische Gedanke, sei Europa immer schon da gewesen und lediglich durch Geschichte, Rivalität und Krieg

⁴⁵ Ebd., 18.

auseinander gerissen worden. In der Vorstellung eines kleinen Europa, das Russland, die Türkei und die iranisch-arabisch-israelischen Gesellschaften auf längere Sicht ausschließt, spiegelt sich diese Auffassung, Europa als Wiederholung seiner selbst denken zu können. Vielleicht ist die nächste europäische Erweiterung gegen die Historiker zu verteidigen, so wie die heutige gegen die Ökonomen durchzusetzen war.

Jenseits dieser Illusionen ist die Dialektik von Staatlichkeit und Gesellschaftlichkeit allerdings ein globales soziales und kulturelles Kapital, das die Europäer gerade dann werden nutzen können, wenn eine differenzierte globale Wirtschaftskultur sich durchsetzt. Wie im Falle der Entwicklung müsste Globalisierung sich dann aber auch „spalten“, müssten verschiedene Entwicklungspfade ausdifferenziert, Elitenkonflikte provoziert und gesellschaftliche Mehrheiten in Bewegung gebracht werden. Die Europäische Union wird nur dann ein attraktives Angebot für eine Welt globaler Regionen werden, wenn sie nicht nur ihre Einheit im Verhältnis mit anderen globalen Regionen bestimmt, sondern auch die Differenz zwischen verschiedenen Gestaltungen der Globalisierung in Szene zu setzen weiß.

3. Weltpragmatismus

„Heute bildet der Pragmatismus in seinen verschiedenen Lesarten die transatlantische Brücke für einen lebhaften philosophischen Austausch in beiden Richtungen“, schreibt Jürgen Habermas in Auseinandersetzung mit John Dewey.⁴⁶ Vielleicht kann der Pragmatismus mehr als eine transatlantische, nämlich eine Weltbrücke werden, auf der wir mit der Globalisierung leben und nach der Globalisierung Vernunft einkehren lassen können. Zweifellos bleibt der Pragmatismus Deweys dem *europäischen* Amerika des frühen 20. Jahrhunderts verpflichtet, er kennt nur die Aufhebung des angelsächsischen im europäischen Amerika, nicht aber das multikulturelle und dann globale Amerika. Aber das praktische In-der-Welt-Sein eines globalen Amerika greift auf die Chancen eines Weltpragmatismus vor. Weil Deweys Pragmatismus „die kognitiven Wurzeln einer lebensweltlichen Praxis freigelegt [hat], die darauf einge-

⁴⁶ Jürgen Habermas, „John Dewey: *The Quest for Certainty*“, in: ders., *Zeit der Übergänge. Kleine politische Schriften 9*, Frankfurt / M. 2001, 155-159, hier 155f.

richtet ist, mit dem Zufall und dem Scheitern an einer überraschenden Realität zurechtzukommen“, mag der Pragmatismus für den Umgang mit der Globalisierung, deren Phänomene die meisten noch in die Schubladen des letzten Jahrhunderts einsortieren, besser geeignet sein als andere Denkformen. „Was den Menschen als handelndes Wesen auszeichnet, ist dieses problemlösende Verhalten – zu wissen, wie man eine problematisch gewordene Situation klärt, und zu wissen, dass man sich dabei auf keine andere Autorität verlassen kann als die eigene intelligente Anstrengung.“⁴⁷ Weltpragmatismus ist natürlich erst in Umrissen zu erkennen, er ist noch sprunghaft in seinen Beispielen und bildreich in seinen Begriffen. Aber die Debatte der Globalisierung ist selbst Globalisierung, nämlich die Vermittlung der widersprüchlichen ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Prozesse mit den wissenschaftlichen, philosophischen und ästhetischen Traditionen.

Bei dieser Vermittlung fiele den Vereinigten Staaten, meint Appadurai, eine besondere Rolle zu.

There could be a special place for America in the new, postnational order, and one that does not rely on either isolationism or global domination as its alternative basis. The United States is eminently suited to be a sort of cultural laboratory and a free-trade zone for the generation, circulation, importation, and testing of the materials for a world organized around diasporic diversity. In a sense, this experiment is already under way.⁴⁸

Die entscheidende Frage ist natürlich, wie viele dieser Laboratorien die Welt braucht, wo sie liegen, wie sie betrieben werden und wer sie verantwortet. In Bombay und Berlin, São Paulo und Mailand, Singapur und Barcelona, Johannesburg und Kairo wird man bestreiten, dass solche Laboratorien vor allem in den Vereinigten Staaten zu finden seien. Der Weltpragmatismus wird an keinem Ort seine natürliche Heimat haben, aber der geistige Konflikt um *leadership* hat schon begonnen. Auch mag die Idee des Laboratoriums totalitäre Versuche einschließen, die denen der Sequenz von Vernunft, Entwicklung, Leben nicht nachstehen. Aber die Metapher des Laboratoriums erlaubt, die Sprache von bewusster Risikobereitschaft und offenem Handlungswillen (wie-

⁴⁷ Ebd., 159.

⁴⁸ Appadurai, *Modernity* (Anm. 2), 175.

der) zu finden, welche den historischen Pragmatismus von der europäischen Philosophie der zwanziger Jahre so wohltuend unterscheidet.

Erweisen kann sich die Kraft eines Weltpragmatismus an der Vermittlung von Religion und Kultur. Schon lange meinen Religionswissenschaftler, dass die europäische Säkularisierung womöglich nicht die Regel, sondern global eher die Ausnahme darstelle, während die amerikanische Säkularisierung für andere Glaubens- und Zivilisationswelten anschlussfähiger sei.⁴⁹ Selbst dann jedoch wird sich die Frage nach der Übersetzung von Religion in Kultur stellen, die Wolfgang Eßbach mit Plessner verschärft.⁵⁰ Es wäre jedenfalls fahrlässig zu erwarten, dass mit gesteigerter Migration nur der amerikanische Umgang mit religiöser Vielfalt übrigbleibe. Am Weltpragmatismus wird auch die europäische Säkularisierung als ein zentraler Akteur teilhaben, eine europäische Säkularisierung, die das Säkularisierte kulturell aufbewahrt,⁵¹ aber der ewigen Arbeit an der Differenz von Religion und Kultur verpflichtet bleibt.

Wer aber wären die ersten Träger dieses Weltpragmatismus? In den Elitebildern, die uns vertraut sind, würden wir an eine Verbindung zwischen der kosmopolitischen Klasse des 18. Jahrhunderts und den technisch-ökonomischen Eliten des letzten Globalisierungsschubes vor dem Ersten Weltkrieg denken. Aber die Differenzierung der globalen Eliten ist heute weit fortgeschritten. Von den ökonomischen und politischen Eliten, die die Regeln von Austausch, Kommunikation und Regimebildung aushandeln, lassen sich *knowledge elites* unterscheiden, die technisch-organisatorisches und kulturell-mediales Wissen entwickeln und an sich ziehen, davon wiederum professionelle Avantgarden, die in den *High-tech*-Produktionen und *High-quality*-

⁴⁹ Siehe José Casanova, *Public Religions in the Modern World*, Chicago 1994.

⁵⁰ Bei Plessner heißt es: „Letzte Bindung und Einordnung, den Ort seines Lebens und seines Todes, Geborgenheit, Versöhnung mit dem Schicksal, Deutung der Wirklichkeit, Heimat schenkt nur Religion. Zwischen ihr und der Kultur besteht daher trotz aller geschichtlichen Friedensschlüsse, hinter selten aufrichtigen Beteuerungen, wie sie z.B. heute so beliebt sind, absolute Feindschaft. Wer nach Hause will, in die Heimat, in die Geborgenheit, muss sich dem Glauben zum Opfer bringen. Wer es aber mit dem Geist hält, kehrt nicht zurück.“ *Die Stufen des Organischen und der Mensch. Einleitung in die philosophische Anthropologie* (1928), (= *Gesammelte Schriften*, Bd. 4), hg. v. Günter Dux u.a., 1981, 420; zur Unversöhnlichkeit der Register siehe auch Wolfgang Eßbach, „Religion oder Kultur“, in: *Freitag*, Nr. 35, 23.8.2002.

⁵¹ Vgl. die Friedenspreisrede von Jürgen Habermas, *Glauben und Wissen*. Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 2001, Frankfurt / M. 2002.

Dienstleistungen Arbeits- und Lebensformen der Zukunft prägen. Aber es gibt auch die Repräsentanten öffentlicher Güter auf lokalen, nationalen und transnationalen Niveaus, Wohlfahrts- und Infrastruktureliten, die die regionale territoriale Differenzierung der Welt, Aug in Aug mit der beschleunigten funktionalen Differenzierung, vorantreiben. Am Ende sind da auch die intellektuellen Eliten, die aus Gramscis organischen Intellektuellen über Foucaults operative Intellektuelle in eine globale Rolle hineinwachsen.⁵²

Eliten sind nicht mit herrschenden Klassen identisch.⁵³ Die innere Gewaltenteilung der Globalisierung braucht den Elitenkonflikt, die Entwicklung unterschiedlicher Modernisierungspfade und die Bereitstellung von historischer Zeit, um demokratische Formate zu festigen. Die Eliten können sich nicht von ihren Gesellschaften abkoppeln und zu einer transnationalen Kaste werden, so gerne es viele auch täten. Nicht zuletzt deshalb wird die Struktur des globalen Bildungssektors zu einem Megathema der nächsten Jahrzehnte werden, eben weil Auswahl, Wechsel und Konkurrenz der Eliten für die Evolution zu globaler Demokratie ausschlaggebend sind. Mit Bildung geht die Prägung demokratischer Elitenherrschaft einher wie das Risiko der Entstehung neuer Oligarchien. Der Konsensus der politischen Eliten, Machtwechsel für normal zu halten und sich auf den dauerhaften politischen Wettbewerb einzustellen, hat Jahrhunderte gebraucht und ist heute noch keineswegs überall verbreitet.⁵⁴ Er bleibt ein anspruchsvolles öffentliches Gut. Dass sich globale Eliten also auf einen Weltpragmatismus einlassen, der ihre ökonomischen und kulturellen, sozialen und spirituellen Ansprüche immer wieder dem Urteil von Gesellschaften aussetzt, das auch gegen sie ausfallen kann, wird deshalb ein längerer historischer Lernprozess sein. Dann aber wird die Sequenz von *way of life*, Globalisierung und Weltpragmatismus jene Schärfe entwickeln, welche die von Vernunft, Entwicklung und Leben auszeichnet(e).

⁵² Siehe dazu Hermann Schwengel, „Auf dem Wege zu globalen Eliten. Neue politische Machtkonstellationen im Entstehen“, in: Ronald Hitzler / Frank Harnbostel (Hgg.), *Eliten und Macht*, Opladen, im Erscheinen.

⁵³ Vgl. Eva Etzioni-Halevy (Hg.), *Classes and Elites in Democracy and Democratization. A Collection of Readings*, New York 1997.

⁵⁴ Siehe Michael Burton, John Higley: „The Study of Political Elite Transformations“, in: *International Review of Sociology* 11 (2001), H. 2, 181-200.

Der Eingriff des Intellektuellen

Hermann Schwengel

Einen bedeutenden Intellektuellen ehren, sagt eine alte Weisheit, heißt, über ihn hinausgehen und seine Motive – wenn das alte Hegelsche Wort seinen Sinn behalten soll – »aufheben« (Alois Hahn). Wie kaum ein anderer hat Pierre Bourdieu nach dem Ende des ideologischen Zeitalters begonnen, Ideenpolitik zu betreiben. Die Politik der Ideen kann von den Ideen wie von der Politik regiert werden, und es muss unentschieden bleiben, wer am Ende obsiegt. Es ist hier nicht der Ort und nicht die Zeit, politische Biographien zu schreiben oder alte Feindschaften zu pflegen. Für die Intellektuellen, deren Eingriffschancen Bourdieu formatiert hat, liegen mit Globalisierung, Informationsgesellschaft und terroristisch-bellizistischer Herausforderung genügend Aufgaben bereit, um ihre Energie, ihren Mut und ihre Eitelkeit in kreative Bahnen zu lenken.

Die klassische ideologische Debatte, nämlich die zwischen sozialistischen und liberalen Intellektuellen, hat bereits vor längerer Zeit begonnen zu verblasen. Kapitalismus und Staat, gesellschaftliche Modernisierung und kulturelle Identität geraten zwar nach wie vor über Kreuz, aber neue Problemlagen haben sich über diese mächtigen ideenpolitischen Blöcke geschoben. Nach der *great transformation* von Ökonomie und Staat, die den Einbruch in die Tiefenstruktur traditionellen sozialen Lebens bezeichnet, und der *permanent transformation*, wie wir die nie abgeschlossene Arbeit der gesellschaftlichen und kulturellen Modernisierung charakterisieren können, steht nun die *global transformation* an, deren Formate nach wie vor unklar sind. Pierre Bourdieu argumentiert an den Schnitt- und Sollbruchstellen der Interaktion von sozialen Systemen, kulturanthropologischen Räumen und Feldern und der Praxis empirischer Akteure, denen Intellektuelle mit Sprache und Kraft beizustehen suchen. Interessant ist heute der innere Zusammenhang zwischen seiner Theorie der Praxis, seinem Blick auf Luxus und Notwendigkeit der gesellschaftlichen Arbeit und seine Kritik von Wahrnehmungs-, Variations- und Zugehörigkeitsbereitschaft

sozialer Schichten und Klassen, die mit der Globalisierung an Gewicht gewinnt. Bourdieu gehört noch zur Debatte zwischen sozialistischen und liberalen Intellektuellen – deshalb wird seine Kritik des Neoliberalismus von einer orthodoxen Linken auch gern wiederholt – und schon zur Figuration des *global intellectual*, die im Konflikt um die Gestaltung der Globalisierung zu wachsen beginnt.

Jede neue Figuration der Intellektuellen wird sich aber der älteren intellektuellen Kritik zu stellen haben, dem Vorwurf einer falschen Objektivität, die nur versuche, sich die Hände nicht schmutzig zu machen, dem Vorwurf einer gefährlichen Hybris, wenn sich Intellektuelle tatsächlich in die politische Arena begeben und einer nun einmal nicht perfekten Welt ihre abstrakten Ideale aufzunötigen versuchen. Es bleibt auch die Kritik an der Anmaßung der Intellektuellen, die den *ordinary people* sagen wollen, wie sie etwa mit der Globalisierung umzugehen hätten, um ein Wort von Paul Johnson in den Kontext der Globalisierungsdebatte zu verpflanzen. Der Hinweis, dass der europäische Totalitarismus nicht zuletzt von der Avantgarde der Intellektuellen gelebt habe, lässt sich so heute auch auf die Advokaten blanker Globalisierung anwenden. Aber nicht nur die Intellektuellenkritik, sondern auch die Intellektuellenerfahrung wirkt weiter. Die leitende Idee liberaler wie sozialistischer Intellektueller, traditionale Gesellschaften in – wie auch immer definierte – progressive Gesellschaften zu überführen, bewahrt etwas auf, das die *global intellectuals* zu interessieren hat. Liberale Intellektuelle haben eine moralische und pädagogische Mission, die die Idee der Freiheit auch in Zusammenhängen zu realisieren suchen, in denen die Bedingungen und Chancen ungleich verteilt sind. Von den Salons und Debattierclubs führt der Weg in eine Sphäre, die die Verbindung von Wirtschaft und Politik, Kultur und Kunst, Lebensführung und Lebenschancen als Gegenstand einer *allgemeinen Klasse* versteht und den liberalen Intellektuellen zumutet, bei jeder Reform zu überlegen, warum und wie sie den am meisten benachteiligten Individuen und Gruppen der Gesellschaft zum Vorteil gereicht – eine Anforderung, die John Rawls erst viel später auf den Punkt gebracht hat. Sozialistische Intellektuelle sollten keine Bohemiens sein, sondern in der politischen Erfahrung des Bürgertums gebildete Eliten sein, die auch noch ihre Klassenherkunft in eine Organisations- und Führungsleistung für die Arbeiterklasse und deren geschichtlicher Rolle einzusetzen bereit waren. Wenn die Intellektuellengeschichte auf die Dreyfus-Affaire zurückgeführt wird und zu Schriftstellern von Zola bis Sartre, wird diese Verflechtung von liberaler und sozialistischer Intellektualität deutlich, für deren ambivalentes

Erbe beide Seiten Verantwortung tragen. Ob im Namen der Gerechtigkeit oder im Namen der Freiheit Opfer hingenommen werden, macht für die Verantwortung keinen Unterschied. Fortschritt bedeutete für beide, die aufstiegswilligen und aufstiegsbereiten Individuen durch gesteigerte Teilhabe in einen sozialen Prozess einzubeziehen, der Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand für alle ermöglichte. Jedenfalls kann man nicht so tun, als ob liberale Intellektualität den Weg in die *global transformation* gehen könne, ohne sich im Kern zu verändern. Noch unter den okzidentalischen Bedingungen der *permanent transformation* war eine *dritte Generation* von Intellektuellen entstanden, die stark von ihrer medialen Präsenz, der Fähigkeit zur Darstellung und zur Einbindung in ein Netz von Journalismus, Denkfabriken und ästhetischer Praxis bestimmt waren und Distanz zur Universität hielten. Häufig scheint diese Generation mit den liberalen Intellektuellen zu verschmelzen, aber so einfach geht es nicht.

Die Normalisierung des liberalen wie marxistischen Intellektuellen war zugleich ein Zähmungsprozess. Als Jean Paul Sartre 1968 im Rahmen der Mai-Unruhen in Paris festgenommen werden sollte, hat der französische Präsident Charles de Gaulle bemerkt, dass man Voltaire nicht verhafte und somit ein letztes Mal den liberal-marxistischen Konsensus zum Ausdruck gebracht. Tatsächlich gab es ein mehr oder weniger geheimes Einverständnis zwischen dem republikanisch-demokratischen Staat, der der intellektuellen Grundierung bedurfte, weil er gegenüber dem *ancien régime* sich noch unsicher fühlte, und den Intellektuellen als Priester, Lehrer und geistigen Platzanweiser benötigte, der eine unbestimmte hierarchische Ordnung im Konflikt bestätigt. Die einen hatten die Illusion, als Philosophenkönige wirkliche Macht auszuüben, die anderen, sich eine Legitimation zu verschaffen, die über Besitz und Kontrolle hinauswies. Damit scheint es zu Ende: der historische Kompromiss zwischen sozialistischen und liberalen Intellektuellen trägt ebenso wenig wie der wohlfahrtsstaatliche Kompromiss der Nachkriegsjahrzehnte. Wenn die wohlfahrtsstaatlichen Eliten ihre Sprache verlieren, weil sie die Rationalität und Legitimität ihres wohlfahrtsstaatlichen Regimes nicht mehr auf den Punkt zu bringen vermögen, verlieren auch die liberalen Intellektuellen – wenn sie im vertrauten Spiel von Markt und Staat verbleiben – die Fähigkeit, Rationalität und Legitimität der Bürgergesellschaft zu definieren. Wer die Kosten der Freiheit nicht einzutreiben vermag, sieht genauso schlecht aus wie jemand, der die Komplexität von Gerechtigkeitsansprüchen nicht mehr reduzieren kann.

Antonio Gramsci konnte mit dem organischen Intellektuellen noch die historische Rolle des Intellektuellen im sozialen Klassenkonflikt kulturell variie-

ren. Michel Foucault hatte den spezifischen *operativen Intellektuellen* im Blick, der Biologie gegen Biologie, Rechts- gegen Rechtswissenschaft, Widerstand gegen Kontrolle zu mobilisieren vermochte, für den aber bereits keine große Erzählung mehr die Lebenden und die Toten des Konfliktes verband. Wenn heute von globalen Intellektuellen die Rede ist, so haben diese scheinbar keinen Boden mehr unter den Füßen: Verhalten sie sich wie die liberalen und marxistischen Intellektuellen im Banne von Markt und Staat, simulieren sie einen globalen Klassenkampf, der nicht in den geltenden Institutionen und Milieus der Massen verankert ist. Internalisieren sie die postmoderne Lektion und vervielfachen sie die Konflikt- und Identifikationschancen, so sind sie Multiplikatoren diffuser Gewaltbereitschaft wie Gewaltkritik, deren demokratische Legitimation eher ab- als zunimmt. Die Privatisierung globaler Gewalt, die neben die illegitime Gewalt von *failing states* und die fundamentalistische Gewaltbereitschaft, die Machtwillen und religiöse Rituale unmittelbar zu koppeln sucht, tritt, läßt den *global intellectual* scheinbar nur noch herumirren. Die historische Rolle der Intellektuellen zu beschwören hilft wenig, wohl aber ein Stück weit mit Pierre Bourdieu über Bourdieu hinauszudenken.

Drei komplementäre Motive

Das, was wir Globalisierung nennen, kann auch als ein praktischer Prozess verstanden werden, in dem Akteure die Zusammensetzung ihres Kapitals nutzen, um globales Kapital zu erzeugen. Für Bourdieu sind Akteure weder rationale Berechner noch bloße Spielzeuge der Notwendigkeit, wie er in einem Interview sagt: »Ich gehe davon aus, dass die sozialen Akteure gewitzt, subtil und schlau sind, mindestens ebenso sehr in den beherrschten Klassen wie in den herrschenden. Ich glaube, um einen kabyllischen Bauern oder einen Bauer aus dem Béarn zu verstehen, ist es besser, nicht im 7. Arrondissement von Paris geboren zu sein. Denn die sozialen Beziehungen in diesen Welten sind sehr verwickelt. Die Akteure haben ein enormes Kapital von Kenntnis: Kenntnis der Anderen, von Strategien, von jeweils angebrachten Verhaltensweisen usw. Die Intuition, dass die so genannten primitiven oder einfachen Leute sehr raffinierte, weltkluge Leute sind, hat mich in meiner Arbeit immer geleitet.« Zugleich aber warnt Bourdieu vor dem Populismus, weil man sich auch »keine übertriebenen Vorstellungen vom Volk machen (sollte), wie das in verschiedenen Mi-

lieus immer wieder geschieht: denn durch Entfremden der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen werden Menschen verändert. Man darf von ihnen keine intellektuellen Großtaten erwarten. Was nicht heißt, dass sie nicht raffiniert sind, wenn es um soziale Beziehungen geht. Aber viele Verhaltensweisen, Wirtshausscherze, Unterhaltungen usw. muss man so nehmen, wie sie sind, ohne Beschönigung. Es geht darum, zu verstehen. Der typische Populismus ist dagegen oft eine Umkehrung der arrogance von biens élèves.« Bourdieus Theorie der dynamischen Kapitalzusammensetzung ist damit noch nicht ausgeschöpft. Er spricht im Zusammenhang mit den früheren realsozialistischen Gesellschaften auch von bürokratischem oder politischem Kapital, das zu der gewöhnlichen okzidentalen Kapitalzusammensetzung hinzutritt. Dieser Begriff des politischen Kapitals eröffnet den Zugang zur Diskussion öffentlicher Güter, die der normalen Rivalität der privaten Güterproduktion entzogen sind und im Prinzip jedem zugänglich. Die Debatte um die Rolle öffentlicher Güter ist wesentlich für das Verständnis der Globalisierung, weil öffentliche Güter auf jeder lokalen, regionalen, nationalen und kontinentalen Ebene erbracht werden müssen, wenn die private Güterproduktion und ihr Austausch im Prinzip alle Grenzen zu überwinden in der Lage sein sollen. Globale öffentliche Güter mögen Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und Bildung sein, regionale europäische öffentliche Güter mögen enger geführt sein als dynamische Verteilungsgerechtigkeit, kulturelle Nachhaltigkeit und egalitäre Intelligenz des Konsums, lokale öffentliche Güter mögen die Begegnungschancen unterschiedlicher Klassen und Individuen vor Ort, die Großzügigkeit im Umgang von Lebensentwürfen miteinander und den Zugang zu allen Kommunikationsmitteln enthalten: Auf jeder lokalen, regionalen, nationalen und globalen Ebene müssen Akteure ihr Kapital zusammensetzen, im Konflikt mit anderen Zusammensetzungen behaupten und der Welt privater Güter- eine Welt öffentlicher Güterproduktion komplementär entgegensetzen, wie immer diese von Staat oder Markt erbracht werden. Bourdieu ist hier mit Keynes und Schumpeter in einer Reihe zu betrachten, um die Aggregation der Nachfrage als ökonomischen, sozialen und kulturellen Prozess zu verstehen. Auch die früher häufig geäußerte Kritik, Bourdieus Theorie sei zu französisch, um europäisch oder gar global verallgemeinert zu werden, lässt sich so überwinden: Bourdieu selbst spricht von der französischen Tradition zwar als einem irreduziblen Element, aber auch von einem »historischen Rest«, einer nationalen Tradition, die sich (zwar) nicht vollständig erklären lasse, die aber in die Theorie der Kapitalzusammensetzung eingefügt ist und nicht umgekehrt.

Ein zweites Motiv – neben dem der Kapitalzusammensetzung –, das sich für die differenzierte Auseinandersetzung mit Globalisierungsprozessen vorzüglich eignet, ist Bourdieus strukturelle Hervorhebung des Bildungssektors als distributiver Instanz *sans phrase*. Weltweit gilt, sagt Bourdieu, dass das kulturelle Kapital in Bezug auf die soziale Reproduktion, den Machterhalt, die Privilegien usw. den Platz des ökonomischen einnimmt. Immer mehr ist es dasjenige Kapital, das man braucht, um in der Gesellschaft zu reüssieren. Es ist der neue Reichtum. Das bedeutet nicht, dass das ökonomische Kapital keine Rolle mehr spielt, aber es ist in seiner Bedeutung relativiert. Selbst der Besitzer eines großen ökonomischen Kapitals kann sich nicht mehr vollständig reproduzieren, also seine Stellung weitergeben, ohne die Sanktion des Schulsystems. »Zweifellos entsteht so etwas wie ein globaler Erziehungs- und Bildungssektor, auf dem Wirtschaftsberatungsunternehmen höheren Einfluss als Kultusministerien nehmen und dessen Konkurrenz- und Aufstiegsstruktur für die globale Klassenbildung von entscheidender Bedeutung ist.« Bourdieus Analyse hat fast die Ergebnisse der PISA-Studie vorweggenommen: »Der Mai 68 hat eigentlich nirgends viel bewirkt. Die Bewegung war symbolisch sehr wichtig, sie hat die Gehirne verändert, also die Denkweisen und Wahrnehmungen etwa von Hierarchien, Autorität, dem Verhältnis zwischen den Geschlechtern – aber in der Wirklichkeit, und besonders im Schulsystem, hat sie nicht viel erreicht.« Das Feld von Arbeit, Wissen, Lebensführung und Hierarchie wird im Prozess der Globalisierung neu vermessen und Bourdieus Kritik der ökonomistischen Sprache der Flexibilisierung, der Produktivität und der Wettbewerbsfähigkeit trifft in das Herz dieses Wahrnehmungs-, Deutungs- und Entscheidungsprozesses. Immanuel Todd hat darauf hingewiesen, wie sehr durch Bildung stratifizierte Gesellschaften dazu neigen, wieder stärker oligarchische Führungs- und Machtstrukturen herauszubilden. Die PISA-Studie hat dem deutschen Bildungsreformismus der 70er Jahre seinen Misserfolg vorgerechnet – wie auch den Advokaten bürgerlicher Selektions- und Leistungsideologien – hat aber noch nicht den Sinn für die neuen Risiken der Oligarchie geschärft.

Last but not least, ist es der böse Blick auf die Eliten, der Bourdieu für die Globalisierungsdebatte interessant macht, obwohl oder vielleicht gerade weil Bourdieu im hierarchischen Spiel hoch angesiedelt war, diese Position auch nie geleugnet, sondern sie genutzt hat, um intellektuelle Gegenwelten aufzubauen. Aus den Arbeiten Michael Hartmanns wissen wir, wie sehr die ökonomischen Eliten in Großbritannien und Frankreich, den Vereinigten Staaten und Deutschland sich reproduzieren, wie in Großbritannien und Frankreich die Hierarchi-

sierung des Universitätssystems und in Deutschland informelles, kulturelles Kapital für die Verteidigung erworbener Status-Positionen entscheidend ist – mit den Vereinigten Staaten irgendwo in der Mitte. Bourdieus frühes mit Passeron geschriebenes Werk, wörtlich übersetzt: *Die Erben*, könnte heute neu aufgelegt werden, ohne sehr viel an Aktualität zu verlieren. Interessanter noch ist Bourdieus Analyse der dynamischen Positionsverteidigung, wie sie in der Theorie der feinen Unterschiede bereits angelegt ist und verallgemeinert werden könnte. Bourdieu verteidigt seine komplizierte Methode gegenüber den telekratischen Anforderungen an Simplität, die gerade die Elitentheorie wie die Elitenkritik scheinbar zu befriedigen hat. Wahrscheinlich ist es die tiefe Erfahrung mitten in der Elite zu sein, die Bourdieu vor der Verführung geschützt hat, einfach nur anti-elitistisch zu sein. Er sagt an einer Stelle, dass die Methode von *Elend der Welt* keineswegs einfacher sei als die der *Feinen Unterschiede*, obwohl Medien und Theater die Kritik des Ghettos natürlich mehr lieben als die Kritik der Regisseure, Schauspieler und Professoren. Es ist diese Aufrichtigkeit, die gerade in Bourdieus Interviews durchscheint und den Leser einnimmt.

An den Grenzen der Bourdieuschen Gesellschaftskritik

Schatten wird immer dort geworfen, wo Licht scheint. Bourdieu hat sich nie wirklich für die internationalen Beziehungen interessiert, für die Differenzierung zwischen den lokalen, regionalen, nationalen und kontinentalen Entscheidungsniveaus. Deshalb bleibt sein Begriff des globalen Kapitals unscharf, erlaubt zum Beispiel nicht die Unterscheidung zwischen einem globalen Finanz- und regionalen Dienstleistungskapital, obwohl – wie schon angemerkt – die Theorie der Kapitalzusammensetzung die Instrumente dafür in die Hand gibt. Das führt dazu, dass die europäische Dimension, obwohl sie politisch immer wieder angeführt wird, keine klare Gestalt gewinnt, sondern immer so aussieht, als ob man die national- und wohlfahrtsstaatliche Klassendifferenz gewissermaßen nur eine Etage höher fahren müsse. Das hat sich in der mangelnden Präzision der Bourdieuschen Europäisierungsdebatte bereits gerächt. Diese Unschärfe verbindet ihn mit vielen Intellektuellen wie Günter Grass, mit dem Pierre Bourdieu wie Gerhard Schröder auf anrührende Weise öffentlich aufgetreten sind, was aber zur Klärung der Sache nicht immer beigetragen hat.

Gerade weil Bourdieu einen Sinn für den entstehenden globalen Erziehungs- und Bildungsmarkt hat, weil er die Stellung der Bildung im Quadrat von Arbeit, Wissen, Lebensführung und Hierarchie genau versteht, zögert er vor dem Eintritt in eine echte politisch-ökonomische Debatte. Er bleibt in der überkommenen Arbeitsteilung von Ökonomen und Soziologen befangen. Bourdieu spürt sehr genau, dass sich in der künstlerischen und kulturellen Praxis eine Aggregation von Arbeit, Dienen und Tauschen abzeichnet, die einen anderen Begriff von politischer Ökonomie und gesellschaftlicher Kultur verlangt, als ihn der alte Kapitalismus provoziert hat. Auch für ihn ist es bereits das kulturelle Kapital, das den gewöhnlichen Ton von Angebot und Nachfrage auf den Weltmärkten angibt, wie immer und wo immer auch Industrialisierung nachgeholt werden muss. Weil aber das künstlerische Feld für ihn doch immer noch der Ort bleibt, an dem die außergewöhnlichsten Dinge der Menschheit produziert werden, nimmt er die Normalisierung, die mit der globalisierten tertiären Produktions- und Dienstleistungsweise verbunden ist, nicht mit der Genauigkeit wahr, die seine Methode ansonsten auszeichnet. So bleiben Kritik des Elends der Welt und Kritik der Verfeinerung des Kapitalismus – Kritik der Information, könnte man mit Scott Lash sagen – getrennt und finden nicht wirklich zusammen. Bourdieu weiß sehr wohl, dass seine Untersuchung der feinen Unterschiede in Marketingschulen gelesen wird, aber seine Auseinandersetzung damit bleibt begrenzt.

Vor allem ist seine Vorstellung der Elitenkritik, der Provokation zu Elitenkonflikt und progressiven Verfassung von Elitenkonsensus zu alteuropäisch. Eine intellektuelle Gruppe, die das europäische Parlament berät, eine Buchreihe herausgibt oder »ein Beobachtungsgremium, das kritisch die Schaffung europäischer Institutionen begleitet... eine europäische Universität, damit wir einen kritischen europäischen Rahmen schaffen können«, das ist am Ende so wirkungsvoll wie der Aufruf der Industriegewerkschaft Metall zur Unterstützung der *attac*. Erfolgreich sind diese klassischen Mittel vielleicht noch bei der Abwehr von Angriffen auf Wohlfahrtsansprüche – die bereits leicht in eine bloße Bewahrung des öffentlichen Dienstes umschlägt –, aber für die Auseinandersetzung um die Gestaltung der Globalisierung reichen diese Kommunikationsmittel nicht, zumal die *global transformation* nicht allein von Europa und Amerika aus definiert werden wird. Vermutlich wissen wir nicht, was wir besser machen können, aber wir ahnen, dass mit Pierre Bourdieu mehr als ein Leben zu Ende gegangen ist.

Von Luhmann zu Hegel

Zum Wandel politischer Konstellationen

Hermann Schwengel

Wenn in unserem Zusammenhang vom Wandel politischer Konstellationen die Rede ist, kann es in erster Linie nicht darum gehen, die theoretischen Linien, die von Hegel zu Luhmann und zurück führen – mit Max Weber in der Mitte –, geistesgeschichtlich nachzuziehen. Es gilt vielmehr, die polemische Umkehrung der geistesgeschichtlichen Folge – warum wieder Hegel lesen? – zu verstehen. Für politische Soziologen ist die entwickelte Luhmannsche Gesellschaftstheorie der interessanteste Ausgangspunkt, um hier Boden unter den Füßen zu bekommen. Wenn ich von politischen Konstellationen spreche, dann wie Jacob Taubes über die *Konstellation Nietzsche* gesprochen hat: Es gibt einen Autor, es gibt Texte, es gibt Diskurse, es gibt Handlungsketten, es gibt Referenzen, die auf sozialstrukturellen Wandel, Modernisierungs- und Globalisierungsschübe, Verschiebung politischer Mentalitäten und Spannungen zwischen Religion und Kultur verweisen, ohne dass die Verknüpfung schon zu Erklären und Verstehen reichte. Das Vorbewusste strukturellen Wandels manifestiert sich in solchen Konstellationen wie der *Konstellation Nietzsche*, die auf eine Reihe weiterer der krisenhaften Dekaden vor dem Ersten Weltkrieg verweist.

Im Folgenden will ich eine kleine atmosphärische Skizze der Konstellation Luhmann zeichnen (1), zu der Diedrich Diederichsen vor einiger Zeit angeregt hat.⁵⁵ Danach will ich drei Felder beschreiben, auf denen die Luhmannsche Theorie an kritische Grenzen stößt, kritisch in dem Sinne, dass sie theoretische Masse zur Weiterführung über sich selbst hinaus bereitstellen (2). Danach will ich drei komplementäre Motive bei Hegel nennen, die eine erneute Lektüre und Rezeption der Debatte unter dem Vorzeichen politischen Konstellationswan-

⁵⁵ Vgl. Diedrich Diederichsen, Frankfurter Rundschau, 17.1.2001.

dels nahe legen (3). In der Zusammenfassung will ich schließlich die Überlegung nahe legen, dass die stagnierende politisch-soziologische Globalisierungsdebatte durch die Inversion: von Luhmann zu Hegel in Bewegung gesetzt werden kann.

Systemischer Optimismus und Pessimismus

In der Debatte um die Person des Bundesaußenminister Fischer, einem Exzess an 68er *bashing*, hat Diederich Diederichsen die These illustriert, „die empirischen 68er in Deutschland (seien) im Verlauf der 80er Jahre Luhmannianer geworden. Das hält zwar nicht jung, aber cool... Nicht vergessen sollte man, dass die 68er nicht nur ein moralisches, sondern durchaus auch ein lebensstilistisches Anliegen hatten. Ihre Eltern waren ja nicht nur alte Nazis oder Nazi-Verdränger, sie waren auch geschwätzige Spießer, bis zum heimatvertriebenen Rand voller Provinzialität, ängstlich und traumatisiert“. Die Trennung davon fühlt sich heute bei einem systemtheoretischen Weltbild gut aufgehoben: „Das ist angenehm unfanatisch, steht weit über den konkreten Dingen und hat trotzdem kein Verständnis für Leute, die aus einer Position, die nur ein bisschen über oder neben den Dingen lokalisiert, Einschätzungen formuliert, von denen aus ein Eingriffsrecht oder gar eine Eingriffspflicht abgeleitet wird, mithin politisierte oder politisierende Nachwachsende. Denen kann man dann vorhalten, die eigene Beobachterposition nicht reflektiert zu haben. So hält man sich den Nachwuchs vom Leibe. Und diejenigen, die 68 zurecht weitertreiben wollten, ob mit Deleuze oder Jameson, Butler oder Derrida.“ Der Abkühlungsprozess hat auffallend viele Ex-Maoisten in Wirtschaft und Verwaltung landen lassen, so Diederichsen – wo Mobbing, Cliques und als Sachdiskussion camouflierte Machtpolitik nützliche Sozialisation war, er hat in nächtelangen Fraktionskämpfen gestählte Jungsozialisten zu realpolitischem Führungspersonal und die Sprache der Differenz zur Rhetorik von Kulturmanagern und Kulturdezenten gemacht. Dieser Normalisierungs- und Abkühlungsprozess lässt sich in der Tat vielleicht am besten im elastischen Netz der Systemtheorie durchführen und aushalten. Das führt aber auch zu einem systemischen Pessimismus, der bei Luhmann selbst im Laufe des Lebens immer stärker geworden ist. Systemischer Optimismus dagegen macht sich dann, wie Diederichsen zeigt, nur an einzelnen Figuren aus – Joschka Fischer hat noch etwas von Herbert Wehner,

der eine sitzt immer noch irgendwie im Hotel Lux und der andere besetzt immer noch irgendwelche Häuser – oder er wandert in die positive politische Ökonomie aus, lässt deren Kritik und ihre alte Arbeitswerttheorie hinter sich, um als voluntaristische Handlungstheorie wieder aufzuerstehen. Wenn Luhmann und das elastische Netz der Systemtheorie den systemischen Pessimismus repräsentiert, der den Individuen aber eine souveräne Distanzleistung ermöglicht, hat der systemische Optimismus – in der Regel von der gesellschaftswissenschaftlichen Linken unbemerkt – ebenfalls ein Gesicht gewonnen, nämlich das Josef Schumpeters. Bei den Beratern Lafontaines standen bereits Keynes und Schumpeter gleichberechtigt nebeneinander im Regal. Der zerstörerisch-schöpferische unternehmerische Typus, der die Komplexität der Verhältnisse nicht mehr in souveränem Stil reduziert, sondern durch Risiko- und Aggressionsbereitschaft, aristokratische Attitüde und Management der *Menge*, funktionale Äquivalente für „Integration“ schafft – wogegen sich die Menge wiederum als Akteur zu behaupten sucht⁵⁶ – dringt vor. Integration ist in mancher Hinsicht die Schwundform der alten politischen Figur der Aufhebung, der die Widersprüche, die einmal zur Notwendigkeit der Aufhebung führten, gar nicht mehr bewusst sind, der ein trivialisierter Begriff der politischen Gemeinschaft ausreicht. Integration ist in so vieler Hinsicht ein Nicht-Begriff geworden, der der Schärfe des liberalen Denkens der Differenzierung nur ein Gefühl entgegenzusetzen vermag. Atmosphärisch bilden Luhmann und Schumpeter zwei Seiten derselben Medaille, der die politisch-symbolische Welt des Integrationsdenkens – und Identitätsdenkens – keine eigene Währung entgegenzusetzen vermag. Diesen Zusammenhang gilt es zu durchbrechen.

An den politischen Grenzen der Systemtheorie

Zunächst gilt es, die politische Herausforderung der Systemtheorie, die in der Skizze Diederichsens anklang, zu beschreiben. Sie besteht in einer klareren Fassung der Problemlagen von Globalisierung, Arbeit und Elite. Luhmanns Ansatz der Weltgesellschaft hat Vorteile, die nicht von der Hand zu weisen sind (vgl. zum Folgenden Stichweh, 2000, S. 15ff.).

⁵⁶ Michael Hardt/Antonio Negri, *Empire. Die neue Weltordnung*, 2000, S. 402.

Die Weltsystemtheorie Imanuel Wallersteins arbeitet noch im Wesentlichen mit der Zentrum-Peripherie-Unterscheidung, die aber die funktionale Differenzierung der Weltgesellschaft nicht auszuleuchten vermag. Sie ist zu stark auf Lokalität als Zentrum und Spitze angewiesen, zu sehr auch auf Aufstieg und Fall historischer Nationalstaaten, und vor allem fehlt ihr der Sinn für die strategische Dynamik semi-peripherer Gesellschaften – analog zur Schwäche des klassischen Marxismus bei Verstehen und Erklären von *middle classes*. Die Fortführung des liberalen amerikanischen Parsonsianismus sieht zunächst flexibler aus, weil sie wie bei George Modelski die Unterscheidung von globaler, regionaler, nationaler und lokaler Systemebene mit der Funktionenunterscheidung von Ökonomie, Politik, Gemeinschaft und Kultur kreuztabelliert. Stichweh weist auf ein interessantes Ergebnis dieses Ansatzes hin, indem Modelski in der Periode zwischen 1480 und 1580 Portugal eine dominante Stellung im Weltsystem zuschreibt, zugleich aber für die europäische Region eher in der Rivalität zwischen Spanien und Frankreich Zentralität entsteht. Auch heute ließe sich, darauf weist Stichweh hin, in Braudels Perspektive die Weltgesellschaft als Vernetzung kleiner Sektoren einiger großer Weltstädte verstehen, die mit der politisch-militärischen Hegemonie der Vereinigten Staaten nicht übereinstimmt. Zugleich ist damit aber auch schon die relative Schwäche dieses Ansatzes offenbar, nämlich dass es keinen Begriff gibt, der Stadt- und Staat auf einen Nenner zu bringen vermag, die politisch-geografischen und soziologisch-funktionalen Argumentationslinien laufen nebeneinander her, ohne sich wirklich zu schneiden.

Demgegenüber lässt sich mit Luhmann jede Interaktion und jedes Ereignis in den Modi von Interaktion, Organisation und Gesellschaft beschreiben, so dass die Perspektiven vor Ort zusammen geführt werden können. Die intermediäre Systemebene Organisation – die mediale Kommunikation eingeschlossen – ist zentrale Zugangs- und Vermittlungsagentur zwischen lokaler und globaler Welt. Verbunden mit diesem Primat der Organisation sind zwei weitere leitende Hypothesen, die eine nennt Stichweh die „Undsoweiter“-Hypothese, die andere die Dekontextualisierungsthese. Die eine bedeutet, dass in jeder *lokalen* Interaktion bereits der Keim der nächsten angelegt ist, dass jede Verflechtung die Möglichkeit weiterer globaler Verflechtung einschließt und Macht gegenüber der Verweigerung von Globalisierung bedeutet. Dekontextualisierung bedeutet wie bei Anthony Giddens, dass Professionen, kommunikative Medien wie Vertrauen und generalisierte Symbole aus ihren historischen Zusammenhängen entbettet sind, neu zusammen gesetzt und verbreitet werden. Diese Tri-

as von Organisation, permanenter Anschlusswahrscheinlichkeit und Entbettung drückt die strukturelle Dominanz der Funktionssysteme, monetäre Ökonomie und mediatisierte Kultur aus, während die Engführung von Politik und Gesellschaft – liberal oder marxistisch akzentuiert – demgegenüber zurück tritt. Daran wird die Kritik der Konstellation Luhmann anzusetzen haben.

Das Faszinosum der Systemtheorie rührt auch aus der Tatsache, dass hier die Überdetermination von Begriffen wie Arbeit endgültig anerkannt zu sein scheint und damit Raum für – beobachtersensible – Kommunikation geschaffen wird. Systemtheoretiker wissen allerdings, dass damit Begriff und Sache der Arbeit nicht erledigt sind. Jungluhmannianer wie Dirk Baecker sprechen deshalb erneut von der Form der Arbeit, unter Verwendung des Formbegriffs von George Spencer-Brown, „in dem festgehalten ist, dass eine Bestimmung ... von was auch immer (hier: zum einen der Arbeit, zum anderen jedoch auch des Begriffs der Arbeit) eine Unterscheidung ... voraussetzt, die die bestimmte Seite ... von einer unbestimmten Seite ... unterscheidet. Eine Form enthält beide Seiten der Unterscheidung *und* die Operation ihrer Unterscheidung. ... Der interessante Punkt bei diesem Formbegriff ist, dass diese Bestimmung zum einen auf das hin gelesen werden kann, was sie bezeichnet, zum anderen auch auf den sie begleitenden unbestimmten Raum hin, von dem sie sich absetzt, und zum dritten auf die Operation der Unterscheidung selbst hin, die konkret vollzogen werden muss, soll die Unterscheidung zustande kommen und Bestand haben“ (Baecker, 2002, S. 207). Wem die Arbeitswelt heute zu kompliziert wird, mag sich auf den klassischen Arbeitsbegriff zurückziehen, den Baecker zurückweist, nämlich, dass Arbeit immer dann stattfindet, wenn körperliche Kraft aufgewendet wird. Es gibt immer wieder einmal Reminiszenzen an diesen Arbeitsbegriff, etwa wenn der Historiker Paul Nolte die regierenden Sozialdemokraten damit ärgert, dass er an die harte symbolische Grenze, die der „Blaumann“, die Arbeitskleidung für körperliche Arbeit bildet, erinnert. Aber dieser Arbeitsbegriff ist ebenso klar wie unfruchtbar, weil von ihm kein Weg mehr zu einem Begriff gesellschaftlicher Arbeit führt. Den Blick auf das Oszillieren von Last und Lust der Arbeit zu richten, auf die mehrdimensionale Verknüpfung von Hierarchie und Tätigkeit, die für jede Stellungnahme die Reflexion der eigenen Beobachterposition verlangt, reicht nicht. Die Politik, „die hinter der Durchsetzung der sozialen Ordnung steckt, gibt sich als das Produkt des Gelingens dieser Ordnung immer wieder zu erkennen, weil die Paradoxie von Last und Lust nur aufgelöst werden kann, indem den einen die Lust und den anderen die Last zugewiesen wird. Der Zustand ist so wenig stabil wie die

Paradoxie es ist“ (Baecker, 2002, S. 214). Wenn sich Herren und Knechte unmittelbar gegenüberstehen ist die Paradoxie am Ende. Um das zu vermeiden, können Herren und Knechte gleichermaßen in die Arena der Anerkennung verwiesen werden, mit dem Resultat, dass Anerkennung paradox wird. Diese Geschichte lässt sich mit Baecker noch sehr lange weiter erzählen: Arbeit macht reich und Arbeit macht arm, sie begründet Eigentum und sie bedroht dasselbe Eigentum mit dem Verlust seines Vermögenswertes. Ist das wieder eine Paradoxie, fragt Baecker. Offenbar stößt die Steuerung durch Paradoxien an Grenzen, die sie selbst immer wieder erzeugt. Dann bricht das Reich der Normen wieder in das Spiel der Paradoxie ein, ohne jemals allerdings endgültig die Oberhand zu gewinnen. Die Dialektik von Normierung der Arbeit und Normierung durch Arbeit verdichtet sich wieder in einen identifizierbaren gesellschaftlichen Bereich. Das scheint heute der Fall zu sein, wenn davon die Rede ist, dass die Arbeit der Information – mit dem doppelten Genitiv – den Stoff der Arbeit umwälzt, bis zur Arbeit am menschlichen Genom. Scott Lash gibt seinem neuen Buch den Titel: *Kritik der Information* und suggeriert, an die Stelle der Kritik der politischen Ökonomie träte eben diese Kritik der Information. Das ist gewiss zu früh gesprungen, weil das Politische dieser Arbeit der Information damit keineswegs schon geklärt ist. Nichtsdestotrotz ist die Grenze der systemtheoretischen Verfassung der Arbeit offenbar, wenn ausgerechnet im Feld von Kommunikation, Wissen und Information die Dinge umschlagen und die Sequenz, die Luhmann noch mit Habermas geteilt hat, Arbeit – Interaktion – Sprache umgekehrt werden muss.

Schon die systemtheoretische Reflexion der Weltgesellschaft legt die Frage nahe, wer die zentralen Prinzipien der Organisation, der Anschlussfähigkeit und der Entbettung eigentlich regiert. Nach der Auseinandersetzung mit der systemtheoretischen Verfassung der Arbeit verschärft sich die Frage, wer der *Formgeber* gesellschaftlicher Arbeit ist, einer Form, die das Arbeitgeben wie das Arbeitnehmen einschließt, Arbeit wie Nicht-Arbeit, körperliche wie geistige Arbeit und Produktion wie Dienstleistung. Der schon lange bestehende Verdacht, dass die Luhmannsche Systemtheorie eine heimliche Elitentheorie enthalte, in der die Beobachter aufeinander gehetzt werden, um sich in Schach zu halten, während der elitistische Beobachter aus der Distanz das Spiel verfolgt, das er eröffnet hat. Frei nach Mao Tse Tung: Vom Berge aus beobachten, wie sich die Tiger im Tal zerfleischen. Wenn heute von *knowledge brokers* die Rede ist, von *spin doctors* und Denkfabriken, globalen intellektuellen Zirkeln und strategischen Netzwerken, die an die Stelle der kontroversen Interaktion von

Politik, Wirtschaft und Geist treten, fände die kühle Distanz, die systematische Suche nach funktionalen Äquivalenten für historische Problemlösungen und der Übergang von der Soziologie zur Biologie als posthistorischer Leitwissenschaft in der Systemtheorie vielleicht eine Sprache. Die Elitentheorie funktioniert allerdings nur, wenn in den beiden anderen Bereichen, den der gesellschaftlichen Arbeit und globalen funktionalen Beziehungen Erfolg zu beobachten ist. Daran sind unter dem Zeichen von Terror und Krise Zweifel angebracht.

Von Luhmann zu Hegel

Diesen drei Herausforderungen der Systemtheorie entsprechen drei öffentliche politische Debatten, die mit der theoriegeschichtlichen kaum vermittelt sind. Da ist zunächst natürlich die Debatte um den Status der Globalisierung. Von dem im Vordergrund stehenden *ökonomischen* Globalisierungsschub, der an eine Reihe vorheriger historischer Schübe ansetzen kann und in mancher Hinsicht als Reifungsprozess zu verstehen ist, lässt sich *kulturelle* Globalisierung unterscheiden, in der mediatisierte Oberfläche und antagonistisches Wesen aufeinander stoßen und – obwohl auch dieser Prozess Vorläufe aufweist – von Vermittlung noch keine Rede sein kann. Die *politisch-gesellschaftliche* Globalisierung schließlich ist noch mehr am Anfang. Das lässt sich daran ablesen, dass theoretische Konfigurationen wie globale funktionale Differenzierung, Raum-Zeit-Kompression oder Inklusion bzw. Exklusion unvermittelt im Kontext historisch-empirischer Beschreibungen von National- und Wohlfahrtsstaat auftauchen. Genau hier treffen intellektuelle Konstellationen aufeinander.

Über der zweiten Arena, der der gesellschaftlichen Arbeit, könnte Dahrendorfs doppelte Paradoxie stehen. Die eine lautet: Arbeit ohne Kapital und Kapital ohne Arbeit, die andere: Klassen ohne Kampf und Kampf ohne Klassen. Beide Paradoxien verweisen aufeinander, stiften aber keine Vermittlung. In der Debatte um die Neue Ökonomie hat zwar das Recht auf Arbeit eine gewisse Renaissance erfahren – in dem Maße, in dem die Leitidee industrieller Vollbeschäftigung verblasst ist. Diese ist in der konventionellen gewerkschaftlichen Ritualisierung von Arbeit und sozialem Konflikt stecken geblieben.

Den öffentlich-politischen Untergrund der Elitenfrage bildet der schwelende Tiefenkonflikt zwischen europäischer und amerikanischer Reflexion des Politi-

schen. Man muss nicht alles für bare Münze nehmen, was amerikanische *think tanks* hervorbringen, aber die Unterscheidung zwischen einem kantianischen europäischen Beobachter und einem hobbesianischen amerikanischen, der Beobachtung in Handlung umzusetzen weiß und sich nicht von Anerkennung abhängig macht, sitzt tiefer als es die Rhetorik unbedingt nahe legt. So schnell wie amerikanische Eliten mit Fukuyama die Geschichte für beendet erklärt haben, nehmen sie die Weltgeschichte wieder auf und strafen die europäischen Inszenierungen der Differenz mit Verachtung. Auf allen diesen drei Feldern lassen sich Hegelsche Motive mobilisieren, die für die Vermittlung von Theorie- und öffentlicher Debatte von hohem Interesse wären.

Die zentrale Stellung von Organisation, permanenter globaler Anschlussfähigkeit und Entbettung hat in der Konstellation Luhmann einen Primat der Wirtschaftskultur begünstigt. Demgegenüber ist das Hegelsche Motiv eines Primats der Beziehung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft interessant, deren Vermittlung die wirtschaftskulturellen Wahlprozesse formatiert. Diese Vermittlung verlangt intermediäre Gewalten, die sich gegen ständisch-sozialstrukturelle Verklumpung wie liberale Verflüssigung der politischen Beziehungen zu definieren haben. Verbunden ist diese Vermittlung mit der Drift der Zentren historischer Entwicklung vom Orient zum Okzident, von Oberitalien nach Großbritannien, von Europa nach Amerika, vom Atlantik zum Pazifik. Eine gelungene Vermittlung von bürgerlicher Gesellschaft und Staatlichkeit ist mit einer exemplarischen Stellung in der Entwicklung globaler Zivilisation verbunden und umgekehrt. Vorlesungen zur Philosophie der Geschichte und Rechtsphilosophie sind wieder im Zusammenhang zu lesen. Während sich in der liberalen Debatte das Motiv der Anerkennung weitgehend aus dem Kontext der Arbeit gelöst hat und als wechselseitige Anerkennung politischer und kultureller Bürgerschaft ihr Ziel bestimmt, ist die Grundierung der Anerkennung in der Arbeit das Motiv, das Hegel für Marx' Kritik des industriellen Kapitalismus wie unsere des Informationskapitalismus so interessant werden lässt.⁵⁷ Das unselbständige Bewusstsein, der Knecht, ist der eigentliche Produzent, weil er sich direkt in produktive Arbeit auf die Natur bezieht. In die Form der Arbeit ist die Machtbeziehung zum Herrn von der ersten Vermittlung an eingelassen. Während Fukuyama in seinem „Ende der Geschichte“⁵⁸ Hegels Aktualität noch außerhalb und gegen die Ökonomie in der Risikobereitschaft

⁵⁷ Dirk Baecker (Hg.), *Archäologie der Arbeit*, 2002.

⁵⁸ Francis Fukuyama, *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, 1992.

des herrschaftswilligen Akteurs gesehen hat, ist unter den Bedingungen des informationsindustriellen Kapitalismus gerade der Gestaltungs- und Vermittlungswille in und mit der Ökonomie erneut Ursprung der Aktualität Hegels. Spielen wir mit Hegels Motiven. Wenn sich alte und neue Ökonomie durchdringen, steht den nichts als abhängigen Datenknechten die vermittelte Selbständigkeit der Symbolherren zunächst abstrakt gegenüber: Im Symbolproduzenten ist dem Datenknecht das *Für-sich-sein* ein anderes. Das ist aber nur der Anfang, denn im Bildungsprozess des informationsindustriellen Geistes wird das Für-sich-sein als ein eigenes Für-sich reflektiert, das heißt durch die Informationsarbeit bildet es sich zur reflektierten Subjektivität *an-und-/für-/sich* heran und wird dem Herrn dadurch gleich. Nach diesem Muster gilt es, die Informationsökonomie und ihre globale Struktur – im Kontext des Hegelschen Motivs – zu betrachten. Schließlich und endlich ist das Motiv einer allgemeinen Klasse interessant, die dem Ethos der föderativen und subsidiären Weltrepublik verpflichtet, repräsentative Elitendifferenz – und Elitenkonflikt – öffentlich darstellt, um den Widersprüchen der Globalisierung angemessene Wahl- und Identifikationsprozesse zu ermöglichen. Von der preußischen allgemeinen Klasse führte schon ein geheimer Pfad zur progressivistischen amerikanischen *universal class*, die durch Intellektuelle wie Walter Lipman und Lionel Trilling repräsentiert wurde und ein besseres amerikanisches Erbe darstellt als der heutige partikularistische Bellizismus Washingtons. Die widersprüchliche Existenz der allgemeinen Klasse erlaubt es, ansonsten unerträgliche Kontroversen wie zwischen Religion und Kultur auszuhalten, ganz wie die allgemeine preußische Klasse den Protestantismus mediatisierte. Dabei mag die Vernunft intensiver, verbindlicher und expressiver werden als in ihrer okzidentalen Verfassung.

Alles in allem hat die Anrufung der vergangenen Konstellation Hegel den polemisch-kritischen Sinn, an den Grenzen der Konstellation Luhmann ein neues Spiel zu eröffnen. Es ist der Zusammenhang der drei skizzierten Motive, der uns nötigt, in dieser vermittelten Weise wieder von Hegel zu sprechen, obwohl die historische Zeit zweier Jahrhunderte dazwischen liegt. Hegels Motive sind am Vorabend der Durchdringung der europäischen Gesellschaft durch die industrielle Revolution formuliert, am Vorvorabend der Verschiebung der okzidentalen Machtdynamik über den Atlantik und noch ohne Ahnung, welche Arbeit den Geist in der Vermittlung globaler Zivilisationen noch erwartet. Vielleicht bringt es die Globalisierung aber mit sich, dass diese frühmodernen Motive dazu beitragen, die spätmoderne Abkühlung des Politischen in Europa aufzuheben.

Literatur

Baecker, Dirk (Hg.), Archäologie der Arbeit, Bd. 2, Kulturverlag Kadmos, Berlin 2002.

Diederichsen, Diedrich, Frankfurter Rundschau, 17.1.2001.

Fukuyama, Francis, Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, Kindler Verlag München, 1992.

Hardt, Michael/Negri, Antonio, Empire. Die neue Weltordnung, Campus Verlag, Frankfurt/New York, 2000.

Zwischen Sozialstruktur und Kommunikationspolitik

Wertelitenkonflikte in der Globalisierung

Hermann Schwengel

In den besten Zeiten der *new economy* schien es so, als ob sich Reichtum und Macht zwischen altem Geld, den Medien- und Unterhaltungseliten und den Gewinnern der informationstechnologischen Revolution neu aufzuteilen begonnen. Die Dinge haben sich normalisiert. Die Macht der Sozialstruktur hat ihren Rang wieder eingenommen und wird lediglich durch eine Kommunikationspolitik modifiziert, die strategische Zwischenschichten mobilisiert, während die großen Blöcke konventionell behandelt werden. Globalisierungseliten erregen dazwischen viel weniger Aufmerksamkeit als es der Siegeszug des Globalisierungsdiskurses, der ein Teil der Globalisierung geworden ist, nahe legt. Schon immer war die Elitendebatte ambivalent, hat sie verborgene Konflikte offen gelegt wie sozialstrukturelle Antagonismen verdeckt. Alle sozialstrukturellen Diskussionen der letzten Jahrzehnte hatten diesen ambivalenten elitetheoretischen Hintergrund, der mit der Globalisierung noch einmal an Bedeutung gewonnen hat.

Jede Reflexion der Eliten beginnt mit einer Phänomenologie, die soziale Akteure, die die Möglichkeit haben, ihre Wahl zum Muster der Wahl anderer Individuen und Gruppen zu machen – so können wir Elite verstehen – porträtiert. Das ist bei der zeitgenössischen Erfahrung unseres Globalisierungsschubes und seinen Eliten nicht anders. Da treffen neue Mobilitäten und Immobilitäten aufeinander und steigern sich wechselseitig. Arbeiter, Studenten, Touristen, Asylsucher, die regelmäßig Plätze, Leute, Rechte und Umwelten verbrauchen, registrieren und sortieren sich. Es gibt die Neugier, diese Phänomene und sich selbst zu kartographisieren, Risiken im Umgang mit Natur und Gesell-

schaft einzugehen und neue globale Standards der Lebensführung zu diskutieren – ob zum Beispiel Ehebruch strafbar sein kann – als ob es sich um Entscheidungsprozesse auf jüngstem Terrain handelt. John Urry zeichnet in seinen *global complexities* ein solches Bild, fast schon transzendental an Mobilität, das sich der Differenz von Subjekt und Objekt entzieht. Globalisierungseliten wären jene, die von Position und Leistung her globale Vernetzung schneller erfahren als andere, für die in ihrer Lebenslage Grenzen und Territorien weniger bedeuten als für andere – und sich deshalb mit Imperien, die auch Grenzen flüssig halten müssen, leichter tun – und die sich in den globalen *flows* und *stocks* besser zurecht finden als ihre nur lokalen, regionalen und nationalen Vorgänger. Sie sind aber auch solche, die an ihrem eigenen Körper und ihrer Seele – wie Tom Hanks als Staatenloser auf einem Flughafen – das Ineinandergreifen von Mobilität und Immobilität erleben, als Migrant Kulturplanung betreiben müssen und in einem Maß die Welt tatsächlich nach Erreichbarkeit durchdeklinieren, die anderen fremd geworden ist. Schnellere, deterritorialisierte und originäre Globalitätserfahrung macht aus Menschen wie du und ich neue Eliten der Globalisierung. Schon die Phänomenologie provoziert die Frage nach der Hierarchie, die klassische Dahlsche Frage *Who governs?* bloß weiter, aber bevor Herkunfts-, Positions- und Leistungseliten unterschieden werden, gilt es im Gedächtnis zu behalten, dass Eliten eine Erfahrung gemeinsam haben, nämlich dass die Asymmetrie der Macht, wie sie Max Weber charakterisiert hat, und die Macht als eines Vermögens, mit anderen etwas zu tun, wie sie Hannah Arendt verstanden hat, untrennbar vermittelt sind. Diese tiefe Verankerung in der Machterfahrung erlaubt es Eliten, tiefen sozialstrukturellen Wandel zu verstehen, zu übergreifen und in ihr Handeln einzubeziehen. Das gilt für die humanistischen Eliten, die den neuzeitlichen Wandel begleiteten und formatierten, die Idee der Eliten, wie sie Mosca und Pareto zu Beginn des letzten Jahrhunderts formulierten, als sie die aristokratische *persistence of the old regime* (Arno Mayer) mit futuristischer Modernität verknüpften, das galt für den letzten großen Schub elitetheoretischer Reflexion nach dem Zweiten Weltkrieg, als C. Wright Mills die amerikanische *power elite* kritisch in ihrer synthetischen Leistung porträtierte. Es ist kein Zufall, dass die soziologische Reflexion der Politik der Lebensstile, die die Differenzierung von Klassen- und Schichtenlagen bis an den Horizont der Individualisierung getrieben hat, keine echte Elitentheorie hervorgebracht hat, weil die Veränderung des sozialstrukturellen Rahmens nicht weit genug ging, um „harte“ Elitendebatten zu provozieren. Das beginnt sich mit der Erfahrung der Globalisierung und ihren Macht-

chancen zu ändern. Wo wir früher von Lebensstilpionieren gesprochen haben, müssen wir heute von Eliten der Globalisierung sprechen.

Über die Phänomenologie der Globalisierungseliten hinauszukommen ist alles andere als einfach. Eliten bleiben, zeigt uns die empirische Forschung, im Bannkreis der nationalen Sozialstrukturen, sie bilden die Schichtung nach Einkommen, Macht und kulturellem Kapital nach und rekrutieren sich nach wie vor mehr aus sich selbst als aus transnationalen Interaktionen. Die Verflechtung der ökonomischen Eliten ist – gemessen an der empirischen Internationalität und Mobilität – sehr viel geringer als es die Managementliteratur nahe legt, die nationale Schließung von Position und Aufstieg dominiert und schließt die Funktionseliten ein, die brav in ihrem Fach und zuhause bleiben. Die Entfernung von der historisch-gesellschaftlichen Klassen- und Sozialstruktur wächst natürlich, wenn wir Eliten als handelnde Person und Gruppen betrachten, die in der Öffentlichkeit hervortreten – das war für Dieter Classens ein entscheidendes Kriterium – die Prominenz wollen und als Keil ihrer Organisation von *choice* betrachten. Für die wirtschaftlichen, kulturellen, medialen und professionellen Funktionseliten – aber eben weniger für die ökonomischen und politischen – gelten insoweit eher globale Szenen- und Gruppenbildungsprozesse. In ihrer Inszenierung müssen solche Eliten, die über die Grenzen hinaus bekannt werden, etwas riskieren, manchmal Regelbruch in Kauf nehmen und ihre Entscheidungen öffentlich skelettieren lassen. Mit Claus Leggewie können wir dann quer zur normalen Elitenrekrutierung nach Leistung, funktionaler Macht, Herkunft und Vermögen eine vertikale Ordnung der Eliten nach Prominenz aufbauen, die Sprecherrollen für bestimmte Problemlagen bereit hält. Das aristokratisch-unternehmerische Machen, das schon Schumpeter fasziniert hat, wird hier professionell entfaltet. Experten werden nur dann zu Eliten, wenn sie in Sprache und Auftreten den harten Prominenzbedingungen gehorchen, die wiederum Medieneliten formulieren, ohne dass diese selbst in eine zentrale Rolle kämen. Niemand ist Elite dadurch, dass er Ökonomie-, Politik- oder Romanistikprofessor ist, aber auch nicht dadurch, dass er Herausgeber, Chefredakteur oder Leitartikler ist. Eliten durch Prominenz bleiben gefährdet, weil sie sich von der zuordnenden Sozialstruktur zwar entfernen, aber die Medien der Globalisierung nicht wirklich beherrschen. Zu einer globalen Elite werden sie nur in der kurzen Zeit des transnationalen Zusammentreffens, bei prestigeträchtigen Konferenzen und der Begegnung mit den wirtschaftlich und politisch Mächtigen, aber ihre gestalterische Macht hält sich in engen Grenzen. Sie repräsentieren die Machterfahrung, dass wir alle einmal berühmt sein werden, aber

nur für eine Viertelstunde, wie Andy Warhol angemerkt hat. Von der Sozialstruktur und ihrer Differenzierung der Klassen- und Schichtenlagen, der Lebens- und Entscheidungschancen bis zu den Kommunikationseliten, die vorgeben, die Sozialstruktur in Bewegung bringen zu können, ist nur ein dünnes, leicht zerreißbares Band gesponnen. Umso mehr ist es interessant zu verstehen, was sich zwischen den „natürlichen“ Eliten der Sozialstruktur, die deren Macht- und Deutungschancen mehr oder weniger abbildet und den Kommunikationseliten, die Position, Herkunft und Leistung souverän zu mischen suchen, abspielt.

Wie schon in den skizzierten Umbruchperioden sozialer Erfahrung wird es dann spannend, wenn Eliten historisch-soziologisch tiefen Strukturwandel vermitteln, sei es den zwischen den Klassen und den zwischen Funktionssystemen, die sich aber beide überlappen. Schon Klasseneliten gaben nicht die Interessen und Leidenschaften wider, die die sozialen Klassen charakterisierten, sondern entwickelten natürlich einen eigenen Machtraum, der Nähe und Distanz zu den vertretenen Klasseninteressen variierte und diese in gewisser Weise erst konstituierte. Erst recht gewinnen Systemeliten Legitimität dadurch, dass sie an den strukturellen Koppelungsstellen zwischen den Funktionssystemen wirken, mit der Eigenlogik der Funktionssysteme spielen und die wechselseitige Irritierbarkeit politischer Macht, ökonomischer Potenz und rechtlicher Entscheidungsgewalt nutzen (Armin Nassehi). Eliten sind hier immer Übersetzer, manchmal Spieler – die verschiedene Rollen einnehmen können und dabei selbst etwas aufs Spiel setzen – aber immer Akteure, die Normalisierung durch Unruhe erzeugen. Im Kontext der Globalisierung muss die Leistung von Klassen- und Funktionselementen aufgehoben werden, d. h. globale Klassenvermittlung – die wie immer Pazifizierung verlangt – und die globale Funktionsvermittlung, die das Management von Irritation, Unvorhersehbarkeit und Komplexität verlangt, auf einen Nenner gebracht werden. Die Kommunikationseliten, ihre Agenturen und medialen Umfeldler glauben, dass diese Aufgabe ihnen gewissermaßen natürlich zuwachse. Dieser Irrglaube geistert seit mehr als einem Jahrzehnt durch Agenturen, Redaktionen und Denkfabriken, schließt Sozialstrukturanalyse und Design kurzschlüssig zusammen und betäubt die politischen Gehirne. Tatsächlich aber ist es so, dass sich zwischen die Machtbildungschancen, die sich aus der Sozialstruktur ergeben, den empirischen Machthabern und ihrem Umkreis der Macht auf der einen und den gesellschaftlichen Kommunikationseliten, die die Medien, Geld, Macht, Wahrheit und Vertrauen steuern, eine Zwischenschicht aus offenen oder sublimen Elitenkon-

flikten geschoben hat, die auf mittlere und längere Sicht die Entscheidungsverhältnisse prägen werden. An dieser Stelle gilt es nur knapp die beiden Konflikte von Machteliten zu nennen, die über die aus der Sozialstruktur hervorgehenden Konfliktniveaus hinausgehen, aber doch nahe an den bekannten zentralen Konfliktarenen moderner demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften bleiben. Da ist zunächst der Konflikt um Reichweite und Status öffentlicher Güter, die die Dynamik privater Güterproduktion begrenzen, aber auch anreizen und gestalten, von Bildungs- und Gesundheitswesen bis zur Kommunikations- und Biotechnologie. Die Debatte um die Reichweite öffentlicher Güter beerbt in gewisser Weise die ältere von Staat und Markt, führt sie aber auf ein Feld, wo es nicht mehr um globale Systemalternativen geht, sondern um den zähen Konflikt um die Vermittlung öffentlicher und privater Aneignung, libertärwertkonservativer oder progressivistisch-demokratischer Verfassung der Wirtschaftskultur und die lokalen, regionalen, nationalen, kontinentalen und globalen Niveaus der Erbringung öffentlicher Güter. Ein großer Teil der wohlfahrtsgesellschaftlichen und sozialstaatlichen Problemlagen lässt sich in der Konfliktarena öffentlicher Güter austragen. Ein zweiter damit verwandter Konflikt von Machteliten dreht sich um die Gestaltung von Dienstleistungsprozessen, solchen der globalen technologischen Arbeitsteilung zugeordneten und solchen der gesellschaftskonstituierenden Arbeit zuzuschreibenden. Globale Arbeitsteilung und gesellschaftskonstituierende Arbeit sind nicht dasselbe. Dienstleistungsprozesse können allein globalen Entwicklungskernen ihrer Dynamik zugeordnet werden, aber auch im Kontext lokaler und regionaler Konstitution sozialen Lebens und der Eröffnung breiter Lebenschancen betrachtet werden. Beide Konflikte von Machteliten betreffen avancierte Modernisierung, aber für die Durchsetzung von Globalisierung in den Mentalitäten der Mehrheitsbevölkerung sind zwei Konflikte von Werteliten vielleicht sogar noch ausschlaggebender. Eliten müssen die Alternativen klarer ausleuchten, bevor sie im demokratischen Wettbewerb und im Konflikt der Machtressourcen entschieden werden. Während Machteliten an der Variation der durch die Sozialstruktur gegebenen Teilhabechancen ansetzen, strukturieren Werteliten die weicheren und kommunikativeren Stoffe, die noch nicht im Konflikt um Ressourcen, Zugänge und Gewalt formatiert sind, sondern in Mentalitäten, Einstellungen und Präferenzen noch flüssig sind.

Zwei Niveaus von Wertkonflikten und Werteliten sind dabei von Bedeutung, die in den Vereinigten Staaten bereits eine ausgeprägtere Gestalt gewonnen haben, neue politische Kräfte konstituieren und globale Szenen vorberei-

ten. Im letzten amerikanischen Wahlkampf gerieten zwei Werteliten aneinander, die Klassen wie Funktionen zu vermitteln haben. „Every society has two aristocracies“, schreibt David Brooks, „the members of the aristocracy of mind produce ideas, and pass along knowledge. The members of the aristocracy of money produce products and manage organisations. In our society these two groups happen to be engaged in a bitter conflict about everything... You can't understand the current bitter political polarisation without appreciating how it is inflamed or even driven by the civil war within the educated class. The percentage of voters with college degrees has doubled in the past thirty years. As the educated class has grown, it has segmented. The economy has produced a large class of affluent knowledge workers – teachers, lawyers, architects, academics, journalists, therapists, decorators and so on – who live and vote differently than the equally well-educated but more business-orientated peers.“ (so auch Peter Berger). Der Punkt ist, managerielle und professionelle Eliten erstreben eine unterschiedliche Tiefe und Intensität gesellschaftlicher Vermittlung. Managerielle Eliten wollen es bei Optionen belassen, akzeptieren in höherem Maße Unsicherheit und erwarten Flexibilität. Professionelle Eliten betonen den sozialen und psychologischen Kontext, auf Erfahrung und Beruf beruhende Kompetenz und die Sicherheit von Verhaltenserwartungen. Das ist auch die Debatte, ob europäische oder amerikanische urbane Eliten die besseren Standorte organisieren können. In diese professionell-managerielle Differenzierung brechen nun die Effekte der Globalisierung ein: Sind die Bindungsansprüche professioneller Eliten nicht am Ende „elitistisch“ und das Flexibilitätsverlangen managerieller Eliten ohne Sinn für historisch-räumliche Differenzierung? Werteliten repräsentieren diese Wahl- und Konfliktprozesse, beschreiben die Alternativen und eröffnen demokratische Entscheidungschancen. Auch in der Debatte um die Zukunft unserer Universität in einem entstehenden globalen Bildungssektor treffen managerielle und professionelle Eliten aufeinander.

Auch für einen zweiten Konflikt von Werteliten geht es darum, wie tief und intensiv die Vermittlung gesellschaftlicher Beziehungen gehen soll. Die Rede ist von religiösen und säkularen Werteliten, deren Konflikt in den Vereinigten Staaten in die Körper von Republikanern und Demokraten eingeschrieben ist. Aber Amerika ist hier nicht die Ausnahme, sondern eher die kommende globale Regel, allerdings universaler verfasst. Religiöse Werteliten neigen dazu, den Identitätswillen und die Intensität von Glaubensgemeinschaften nicht gesellschaftlich zu vermitteln, sondern entweder – dort wo sie herrschen – mit institutioneller Macht auszustatten oder – dort wo sie nicht herrschen – nur formell

im Rahmen einer pluralistischen Verfassung koexistieren zu lassen. Von Vermittlung ist keine Rede. Genau dadurch lassen sich säkulare Werteliten aber definieren, die auch auf dem Feld von Religion und Kultur den Widersprüchen eine Form geben wollen, in der sie sich bewegen können – so würden Marx und Hegel es ausdrücken. Dabei werden Identitätswillen und Intensität des Glaubens nicht eliminiert, sondern bei Wahrung der Spur der Religionsgeschichte aufgehoben. So aufbereitet erreicht auch dieser Konflikt der Werteliten Europa, nicht zuletzt mit der Frage des Beitritts der Türkei zur Europäischen Union.

Die soziologischen Daten machen klar, dass in den zivilgesellschaftlichen Haltungen – von dem Verlangen nach autoritativer Führung über die Rolle der Frau im gesellschaftlichen Arbeitsprozess bis zur Sanktionierung des Ehebruchs – ein scharfer Unterschied zwischen dem bisherigen Europa und der Türkei besteht. Wo es Zwei-Drittel-Mehrheiten in Europa gibt, gibt es Ein-Drittel-Minderheiten in der Türkei und umgekehrt, mit den südosteuropäischen Gesellschaften in der Mitte. Religiöse Werteliten halten diese Differenz für so stark, dass die Zivilisationen institutionell stärker getrennt bleiben sollten. Säkulare Werteliten halten dagegen einen europäischen Islam, die Vermittlung von Glauben und Wissen, Säkularisierung ohne Eliminierung und zivile Vergemeinschaftung – zwischen durchschnittlichen türkischen und durchschnittlichen alteuropäischen Einstellungen zur Lebensführung – für möglich. Wenn die säkularen Werteliten diese Vermittlungen nicht hinbekommen, können sie auch ihren Prozess von Lissabon, der Europa zur wachstumsstärksten Region global machen soll, vergessen. Sie bleiben dann auf der Sottise hängen, dass bereits in Afghanistan der nackte Bauch der Frauen über die Burkha, die nahezu vollständige Verdeckung des weiblichen Gesichts, gesiegt habe. Dann sollten wir es mit Europa sein lassen, die Ayatollahs in Teheran und Washington werden sich schon verständigen. Die europäische Zivilgesellschaft muss jedenfalls entschieden härtere Züge annehmen.

Zwischen die Positionseliten, die die hierarchische Sozialstruktur widerspiegeln, und die Kommunikationseleiten, die mit Auftreten und Prominenz Aufmerksamkeit organisieren, schiebt sich also der entscheidende Konflikt der Werteliten. Als wir vor einem Jahrzehnt von digitalen Eliten gesprochen haben, die technologisch, kulturell und sozial den Strukturwandel anführten, sind wir zweifellos zu kurz gesprungen. Aber der sublimale Kampf der Werteliten um professionell-managerielle und religiös-säkulare Differenzierung knüpft daran an. Die Elitenreflexion am Ende des letzten Jahrhunderts war noch durch den

informationstechnologischen Modernisierungsschub der beiden Jahrzehnte davor geprägt, aber nicht durch die erst entstehenden Realitäten der Globalisierung. Modernität und Globalität sind seitdem stärker auseinander getreten als wir uns das haben vorstellen können. Ihre Vermittlung wird globale Eliten konstituieren und diese die Vermittlung. Altes Geld ist daran natürlich beteiligt, denn die Finanzmärkte bleiben den Eigentumsverhältnissen verpflichtet, Leute wie du und ich sind ebenfalls daran beteiligt, denn die Verfassung der Welt wird selbst ein imperialer Prozess nur dann sein, wenn er zugleich ein populärer ist. Aber zwischen altem Elitismus und Populismus bilden sich Macht- und Wertelitekonflikte, die den Machthabern wie den Bevölkerungen etwas in die Hand geben werden.

Literatur

Dominik Haubner, Erika Mezger, Hermann Schwengel (Hrsg.), *Agendasetting und Reformpolitik. Strategische Kommunikation zwischen verschiedenen politischen Welten*, Marburg 2005

Ronald Hitzler, Stefan Hornbostel, Cornelia Mohr (Hrsg.), *Elitenmacht*, Wiesbaden 2004

J. Ray, *Why Elites Tend Left* <http://www.members.optusnet.com.au/Jonjayray/elitism.html>

John Urry, *Global Complexity*, Polity Press, Cambridge, 2003.

Kulturelle Globalisierung

Hermann Schwengel

Als nach dem Fall der Berliner Mauer sich die harten Strukturen der alten Weltordnung scheinbar aufzulösen begannen, offener Weltwirtschaft, offener internationale Beziehungen und offener Kommunikation die Zukunft zu gehören schien, war kulturelle Globalisierung so etwas wie der Zwilling wirtschaftlicher Globalisierung. Gewiss, die Globalisierung der Märkte und des Geldes waren schneller als die der Arbeit und der Dienstleistungen, aber die beschleunigte Globalisierung von Information, Wissen und Kultur schien auch langsamere soziale Vernetzungen nach sich ziehen zu können – jedenfalls für einen kurzen Moment der Geschichte. Danach herrschte lange bei der Sicht auf kulturelle Globalisierung die Perspektive der Ambivalenz vor: Globalisierung führt zu Homogenität wie Heterogenität, stärkt universale Merkmale der Kulturen die partikulare, stiftet kulturelle Gemeinsamkeiten wie Konflikte gleichermaßen an. Die Diskurse überlappten sich, McDonaldisierung und Kritik der McDonaldisierung waren bis auf die Vorzeichen austauschbar, das Grundwort Globalisierung mit nahezu jedem Bestimmungswort kombinierbar und die Diskursmaschine begann leerzulaufen. Aber auch Ambivalenz dauert nicht ewig. Der 11. September, terroristische Anschläge und Drohungen brachten die Dimensionen von Gewalt und Hass in die Diskurse kulturelle Globalisierung zurück, die natürlich in Wahrheit niemals verschwunden waren.

Im Winter 2006 sind drei Motive zeitlich und sachlich miteinander verbunden, die das Gesicht kultureller Globalisierung auf längere Sicht prägen werden – mit dem Mord an dem holländischen Filmemacher Van Gogh als Zwischenglied zwischen den heutigen Motiven und denen vor ein paar Jahren: Da ist zunächst die sowohl geschürte wie echte Empörung in der islamischen Welt gegenüber den in Dänemark publizierten *cartoons*, die den Propheten Mohamed zum Gegenstand haben. Womöglich wird davon weniger die Debatte um Meinungsfreiheit oder Respekt vor anderen Religionen und deren Empfindungen in

Erinnerung bleiben als die Tatsache, dass das säkulare Europa und nicht das religiöse Amerika – was iranische islamische Gelehrte immer gesehen haben – den eigentlichen Gegenpol zum theokratischen Regime darstellt, der angenommene militärisch-ökonomische Imperialismus jedenfalls nicht dasselbe Gesicht hat wie die politisch-kulturelle Konkurrenz. Religionswissenschaftler haben den Europäern schon immer klargemacht, dass ihre anspruchsvolle Methode der Säkularisierung, nämlich es nicht bei einem sozialen Pluralismus zu belassen, sondern gesellschaftliche Auseinandersetzung über Grundmotive religiösen Wollens herbeizuführen, eher die Ausnahme als die Regel ist und historisch eher in der Defensive als im Vormarsch ist. Solange die Industriegesellschaft noch Normen, große Organisationen und Lebensformen prägte, schien die Gewaltenteilung zwischen öffentlicher Politik und privater Religion im Einklang mit den Produktionsverhältnissen zu sein, aber mit der Lockerung der zivilisatorischen Klammer der Industriegesellschaft werden fundamentalere Reflexivität und fundamentalere Lebensansprüche wieder freigesetzt. Das trifft das durch Industriegesellschaft, große Massenorganisationen und private Familie konstituierte moderne Europa sehr viel mehr als das mehr *pluralistische* und weniger industrialistische Amerika. Diese europäisch-amerikanische Differenz zeigt sich verschoben auch in Europa, zwischen dem alten und neuen Europa nämlich. Die Parallelität des Endes des atomaren Gleichgewichts, das die Konflikte zwischen den Staaten befriedete und des Endes des sozialstaatlich vermittelten Ausgleichs zwischen Arbeit und Kapital in den reichen Gesellschaften trifft Europa sehr viel härter als andere und vermittelt den Eindruck ideologischer Leere, den andere auch wahrnehmen. Der französische Soziologe Michel Wieviorka hat den kühnen Bogen zwischen dem strukturellen Zusammenbruch der Nachkriegsordnung und den Subjekten geschlagen, die im Pariser Herzen Europas wie an seinen Peripherien – bis nach Südostasien – wissen wollen welche gesellschaftliche Richtung Europa einschlagen wird.

Ein zweites Motiv kommt in der Meldung zum Ausdruck, dass sich das amerikanische Unternehmen Google verpflichtet hat, in seinen chinesischen Angeboten die chinesische Zensur ein Stückweit vorwegzunehmen, bestimmte Zugänge nicht zu öffnen und den Suchmaschinen soziale Kontrolle aufzuerlegen. Zugleich lässt die Meldung aufhorchen, dass ein großes indisches Unternehmen eine Kampagne für indische Waren und Dienstleistungen, die gezielt mit dem Motto der Demokratie für dieses Land wirbt, finanziert hat. Nicht nur als Markt, sondern auch als Gesellschaft treten Indien und China in die Weltordnung ein. Der Aufstieg Indiens und Chinas ist nicht mit dem der ostiasiati-

schen Tigerökonomien von Korea und Taiwan, Hongkong und Singapur seinerzeit vergleichbar, denn die größten Nationalstaaten der Geschichte schicken sich an als globale Regionen der wirtschaftlichen Clusterbildung, der ideologischen Produktion und sozialen Kontrolle neue Formate zu geben. Mit der Notiz zur Rolle großer indischer Unternehmen lässt sich die These verbinden, dass *nationale* Unternehmen doch eine zentrale Rolle spielen, nicht mehr als protektionistische Trutzbürgen nationaler Industrie- und Wohlfahrtsstaaten, sondern – der originären Idee durchaus nahe – als Vermittler zwischen privater wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Dynamik auf der einen und öffentlichen Gütern und öffentlicher Kontrolle auf der anderen Seite im globalen Kontext. Der Auf- und Abstieg reicher und armer Nationen und Regionen, die Differenzierung globaler Ordnung durch neue Typen von Akteuren ragt unmittelbar in die kulturelle Globalisierung hinein, verändert deren Logik und Währung und lässt die harmlose wirtschaftskulturelle Interpretation kultureller Globalisierung als harmlose Vermittlung der *flows* von Kapital und Wissen zurücktreten. Wann genau China und Indien welche Rolle im Weltwirtschaftssystem einnehmen werden, wann sie wen überholt haben werden und wie sich Nachbarn und Rivalen damit auseinandersetzen, mag nicht genau zu bestimmen sein, wohl aber dass viele einzelne wirtschaftliche, soziale und kulturelle Akteure bereits jetzt diese Tatsache in ihre Wahrnehmung und Kommunikation aufnehmen.

Das dritte Motiv, das in diesem Zusammenhang relevant ist, ist die Verknüpfung der Auseinandersetzung um die politische und wirtschaftliche Rolle des Iran als eines großen Energielieferanten und eines politisch-ideologischen Wettbewerbers im Kampf um die richtige Deutung der modernen Geschichte. Dabei geht es nicht in erster Linie um die zwischen Lächerlichkeit und Gefährlichkeit schwankende Relativierung des Holocaust durch den iranischen Staatspräsidenten, sondern um die okzidentale Debatte, ob sich der Iran historisch-strukturell mit der Mitte der Dreißiger Jahre in Deutschland vergleichen lässt. Diese Annahme, die auch die deutsche Bundeskanzlerin offenbar zu übernehmen bereit ist, unterwirft die politische, ökonomische und kulturelle Debatte um das Gesicht der Globalisierung den ideologischen Motiven des letzten Jahrhunderts. Vielleicht ist die Antwort richtig, aber zumindest muss zuvor geklärt werden, ob mit dem Ende des kurzen zwanzigsten Jahrhunderts nicht auch dessen historizistische Selbstbeschreibung zurücktreten muss. Die Verbindung von Ressourcen- und regionalem Hegemonialkonflikt mit der europäischen Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts schließt den Kreis zu den dänischen

cartoons, in denen ebenfalls Europa und der Nahe Osten ihre ferne Nähe neu entdecken.

Mit der kulturellen Globalisierung wie mit den Migrations- und Demographieprozessen wird Europa zu einer Art globalisierungspolitische Arena, die es sich selbst kaum gewünscht hat. Stark alternde Gesellschaften sollen langsam, aber unaufhörlich wachsende qualifizierte Migrationsströme aufnehmen, vitale Kompetenzen in höhere Lebensalter verlagern und religiöse Vermittlung, nicht nur Koexistenz und neutralen Pluralismus, anbieten. Hochmut und Depression liegen da dicht beieinander, ob vom ersten, zweiten oder dritten Europa die Rede ist. Wenn wir vom ersten Europa sprechen, so meinen wir zugleich das karolingische das Nachkriegseuropa, das durch wirtschaftliche Prosperität, sozialen Frieden und postideologische Verständigung sich die Geschichte vom Leib zu schaffen hofft. Schon das zweite Europa brachte kreative Zugänge wie irritierende Herausforderungen. Der Einschluss des westlichen Europas Großbritanniens brachte ein kühles liberales Gesellschaftsmodell ins Spiel, das lokalen und kulturellen Einheiten Gemeinschaft ermöglichen soll, aber Staat und Gesellschaft auf abstraktere Regelsätze zu bringen sucht. Das nördliche zweite Europa Skandinaviens brachte umgekehrt eine staatliche Vergemeinschaftung ins Spiel, die aber der privaten Wirtschaft große flexible Innovationsräume und den Individuen freiheitliche Lebensführung ermöglichte. Das südliche zweite Europa von Spanien und Portugal bis Griechenland brachte die Erfahrung nachholender und nach autoritärer europäischer Modernisierung in Erinnerung als der globale Wettbewerb schon mächtig anwuchs. Das ostmitteleuropäische zweite Europa hat die nach autoritäre Erfahrung bereits von Anfang an mit der Globalisierung vernetzen müssen, die Sedimente europäischer Modernisierungsgeschichte in sich aufnehmen und mit einem mächtigen Weltmarkt vermitteln müssen. Das alte erste Europa muss sich nicht mit einem neuen zweiten herumschlagen – das glauben nur amerikanische Neokonservative und verstockte rheinische Kapitalisten – sondern die harte Diskussion mit dem dritten Europa, von den Nachfolgesellschaften der Sowjetunion bis zu den Gesellschaften des Nahen Ostens und des Mittelmeers suchen. Auszuweichen ist dieser Debatte sowieso nicht, denn die skizzierten erkenntnisleitenden Beispiele führen auf die Auseinandersetzung um die kulturelle Globalisierung in der Arena Europas. Es wird gefährlich, aber die Europäer haben die Chance zur Vermittlung zwischen aufstrebenden, antagonistischen und vieldeutigen Kräften, wenn sie sich selbst in Bewegung halten. Sie können die aufgeklärten – und manchmal melancholischen – „Griechen“ gegenüber den wachsenden

„römischen“ Ansprüchen in der Weltgeschichte des einundzwanzigsten Jahrhunderts werden, die sich an ihre jugendlichen Begriffe des Politischen erinnern, ohne sie naiv der Rivalität und dem Wettbewerb globalen gesellschaftlichen Lebens entgegenzusetzen. Griechen werden nicht nur Hauslehrer, sondern auch Philosophen. Das europäische Sozialmodell mag sich unter dem Druck echter globaler Konkurrenz flexibilisieren müssen, die Geschichte der großen europäischen industriellen Massenorganisationen, ihrer Parteien und Gewerkschaften mag dezentralisierteren Tarif- und Repräsentationsformen weichen und der alteuropäische Begriff industrieller Arbeit dem globalen Wissenspragmatiker – der weiß wie etwas geht - Terrain überlassen müssen, die griechische Arbeit der Vermittlung auf- und abstrebender Mächte wird bleiben. Vermittlung ist – für den, der es bereits vergessen hat – nicht kommunikationstechnische Moderation, sondern die Aufhebung der Gegensätze in einem Medium das nicht Zwang ist.

Geht es bei kultureller Globalisierung also nicht mehr um die Aufwertung der kulturellen Vielfalt, die schon für Herder Ausgangspunkt einer offenen Geschichtsphilosophie waren, geht es nicht mehr um die Verankerung nachhaltiger Kulturpolitik in lokalen Agenden, nicht mehr um die Realisierung von Menschenrechten in einer weitgefächerten Kultur der Differenz, nicht mehr um die Vernetzung globaler und lokaler Wahrnehmungs- und Darstellungsmuster, nicht mehr um die Kommunikation gleichzeitiger und ungleichzeitiger Erfahrung und nicht mehr um die Verknüpfung tiefsitzender kulturanthropologischer Empfindungen von Stolz und Hass mit den beweglichen Strukturen reflexiver Modernisierung, kurz: geht es nicht mehr um die in drei Jahrzehnten um kulturelle Globalisierung aufgebauten Motive einer wenn nicht politischen, so doch kulturellen Generation? Natürlich hat es in Deutschland zu Beginn dieses Jahrhunderts Leute gegeben, die zwischen der aufbauenden Nachkriegsgeneration und der nun aktiven Globalisierungsgeneration eine direkte Verbindung herzustellen suchten, die die suchenden und rebellischen, differenzierenden und einfügenden Zwischengenerationen in den Hintergrund treten lassen wollten. Sie sind mit guten Gründen ebensowenig gewählt worden wie die Bewahrer einer vermeintlichen zweiten Gründung der Republik mit 1968. Seien wir gelassen. Die kulturelle Globalisierung hat Europa als ihre Arena gefunden. Weder die Rhetorik eines transeuropäischen liberalen Kapitalismus noch die nachträgliche Erhebung der Distanz zu Kolonialismus und Imperialismus zu einer europäischen Größe wird daran etwas ändern. Die beste Zeit der *cultural, linguistic, cosmopolitan* und *complexity turns* wäre vorbei, wenn sie nur die späte postmo-

derne Wohlstandserfahrung der europäischen Gesellschaften erinnert und kontextualisiert. Sie beginnt, wenn sie wieder in Zusammenhang gebracht wird mit der globalen Arbeitsteilung, dem Auf- und Abstieg im Wohlstand der Nationen, der globalen Tertiarisierung von Produktionen und Dienstleistungen, von demographischer Verschiebung und Migration. Damit muss nicht die Leichtigkeit kultureller Globalisierung verschwinden, die Reisende und Studenten, Touristen und Schriftsteller, Filmemacher und professionelle Arbeitnehmer, Experten und Spezialisten erfahren können. Kulturelle Globalisierung fasziniert und wehe uns, wenn diese Faszination abbricht. Der Provinzialismus hat noch nie zu etwas Gutem geführt. Aber der gesellschaftliche Preis, der für die Vermittlung der unabweisbaren Risiken kultureller Globalisierung gezahlt werden muss, steigt. Die Börse für deren Preisbildung liegt vermutlich in Europa. Vielleicht sogar in Deutschland.

Epilog: Das Prekariat als Lernprozess

Hermann Schwengel

Es gibt sie, die Unterschicht. Wir kennen die sozialen Tatsachen, dass Armut und Ungleichheit wachsen, obwohl Deutschland noch zu den egalitäreren Ländern zählt. Wir können die Zahlenkolonnen der Pisa-Studie aufmarschieren lassen, das Migranten der dritten Generation noch schlechter integriert scheinen als die der ersten. Wir können Frauen und Männer aus der Arbeitslosigkeit erzählen lassen und in bewegenden Bildern Kinderarmut zeigen. Wir können die Schritte nachgehen, die nach und nach nach unten führen, die eine Entlassung, die eine Scheidung, die eine Lebenskrise und die eine Enttäuschung. Wir können verstehen, wie sich die Kreise an verlorenem Einkommen, an verschlechterter sozialer Lage und eingebüßtem Respekt ausweiten, von denen, bei denen alles zusammenkommt, zu denen, die mühsam mit Bescheidenheit ihre Traditionen wahren bis zu denen, die sich in der Mitte ihres Lebens dauerhaft bedroht fühlen – alles Motive der mittlerweile berühmten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die auch den dramatischen Unterschied von Ost- und Westdeutschland hervorhebt. Warum also regen wir uns auf, wenn sich die Gefühllosigkeit doch zuvor schon eingespielt hatte?

Auf dem Weg von der Klassen- zur Schichtanalyse, von der Betrachtung von Milieus zu der von Lebensstilen und Szenen ist das Bild der Gesellschaft zwar immer vielfältiger und genauer geworden, aber die harten sozialen Grenzwerte, an denen die Gesellschaft als Gesellschaft zerbrechen kann, sind in den Hintergrund getreten. Mit der Erfindung der Unterschicht als *Prekariat* kehrt diese alte schroffe Wahrnehmung zurück, ob man sie von außen oder innen betrachtet, verachtet oder verklärt, an ihr vorbeischaudet oder sie anstarrt. Im Prekariat scheint alles zusammenzukommen, was uns an die Grenze führt. Die häufig niedrige Herkunft wird durch die Erfahrung gesellschaftlichen Abstiegs gesteigert, die Erfahrung des Verlierens wird von der Sehnsucht nach einer gemeinwohlorientierten Führung begleitet, die den Verlust kompensiert, eher

einfache und traditionelle Arbeitsverhältnisse sind mit den mit Abstand größten finanziellen Unsicherheiten verbunden, der höchste Nichtwähleranteil bei der letzten Bundestagswahl mit überdurchschnittlich hohem gewerkschaftlichen Organisationsgrad, linker Präferenz und zugleich hohem Rechtswählerpotential – wiederum alles Motive der FES-Studie.

Die Unterschicht als Prekariat bezeichnet eine aufschlussreiche Kehre im historischen Bild der Unterschicht. Die Unterschicht als Prekariat klingt wie Proletariat, ist es aber nicht. Für die Unterschicht galt, dass sie zwar lange ruht, aber umso heftiger dann aufbegehrt, dass sie als gefährliche Größe der Kontrolle bedarf und dass sie eine Masse darstellt, in der die Individuen verschwinden. Diesem Bild konnte sich das bürgerliche Leben als Maß und Mitte, Selbstkontrolle und Disziplin, Individuum und Vermittlung entgegenstellen. Heute nehmen die neuen bürgerlichen Kreise die Unterschicht vorwiegend als lethargisch wahr, der sie die eigene *vita activa* entgegenstellen können. Sie beobachten deren Lust an schneller Befriedigung bei *fast food* und Fernsehen, der sie die Arbeit am eigenen Körper und am eigenen Geist entgegensetzen können. Manche fühlen sich nervös berufen, der Unterschicht zu erklären, dass man mit günstig zu erwerbendem Seelachs, Petersilie, Kartoffeln und Salat ein sehr viel besseres Leben führen könne als mit *Hamburger* und *Fried chicken*. Wo die einen fett und unbeweglich sind, sind die anderen fit und mobil. Gleichwohl ahnt man, dass die Unterschicht als Prekariat nicht kaltgestellt ist. Dass man sich nicht sicher sein kann, dass die Kräfte der alten Unterschicht nicht wiederkehren. Man ist beruhigt, wenn einem erklärt wird, dass die Verhältnisse Pariser Vorstädte hier so nicht gegeben sind. Die ganz Zornigen mögen in den brennenden Autos der französischen Unruhen das Zeichen sehen, dass eine neue revolutionäre *multitude* entsteht. Wahrscheinlicher aber ist eine List der Geschichte, dass die sichtbare Existenz der Unterschicht als Prekariat der oberen Mitte der Gesellschaft irgendwann die Lust am aktiven, mobilen und körperbewußten Leben so verdirbt, dass sie zur Finanzierung von Sozialinvestitionen bereit sind.

Die größten Lernchancen bietet die Erfindung der Unterschicht als Prekariat den Sozialdemokraten, der Repräsentation der unteren Mitte der Gesellschaft. Ihr Vorsitzender hat diese Debatte womöglich weder zufällig noch ironisch angestoßen. Wenn wir die Machtmechanik der Gesellschaft in fünf Quintile aufteilen, lassen sich ganz verschiedene Perspektiven unterscheiden. Die Wahlforscher starren auf das mittlere Quintil, weil dort vermeintlich über die Mehrheit entschieden wird. Die Armuts- und Reichtumsforscher schauen auf das oberste

und unterste Quintil, mit denen vermeintlich armes und reiches Leben aufeinander prallen. Interessant wird es, wenn wir das zweite Quintil von unten anschauen. Die Unsicherheitsgefühle sind empirisch nämlich nicht ganz unten am stärksten, sondern in der Schicht darüber und fressen sich immer höher hinauf. Wer von den schneidigen jungen Progressiven das Prekariat verachtet, weiß nicht, wie weit sich die prekären Lebensgefühle bereits hochgearbeitet haben. Wer umgekehrt nichts als die Linderung der Not des Prekariats im Kopf hat, versteht nicht, wie sehr die untere Mitte der Gesellschaft durch den Willen definiert ist, ein oder gar zwei Quintile aufzusteigen, um so nicht auf Lotterie oder Gewalt angewiesen zu sein. Die Politik, die diesen Sachverhalt nicht nur erklären, sondern verändern kann, hat die größten Machtchancen. Die obere Mitte der Gesellschaft, die das zweite Quintil von oben repräsentieren, hat strukturähnliche Probleme. Aber ihr steht vielleicht ein Befreiungsschlag von ganz oben zur Verfügung, wie ihn Peter Ehrlich in der *Financial Times Deutschland* vorgeschlagen hat, nämlich, dass die Herren Wiedeking, Kleinfeld, Ackermann, Albrecht und die Damen Mohn und Springer eine Initiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer starten. Die Entstehung des Prekariats als Lernprozess.